

# **„Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands.**

## **Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen – Konstanten und Wandlungen.**

### **Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990“**

1. Einführung
  - 1.1. Begriffsbestimmung
  - 1.2. Forschungsstand
  - 1.3. Methodik und Material
2. Analyse des demoskopischen Datenmaterials zur deutschen Frage
  - 2.1. Befragte Identität: Staats- und Nationalbewußtsein im geteilten Deutschland
    - 2.1.1. Vorstellungen von der Nation
    - 2.1.2. Zwei Staaten – eine Nation
    - 2.1.3. Bürger und Staat
    - 2.1.4. Nationalstolz und Nationalsymbole
    - 2.1.5. Zusammenfassung
  - 2.2. Identität zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Deutschlandpolitische Positionen im Wandel
    - 2.2.1. Einstellungen zur Wiedervereinigung: Wunsch und Erwartung
    - 2.2.2. Politischer Stellenwert der Wiedervereinigung
    - 2.2.3. Modelle der Wiedervereinigung
    - 2.2.4. Einstellungen zur Deutschlandpolitik
    - 2.2.5. Zusammenfassung
  - 2.3. Identität zwischen Nähe und Distanz: Die Beziehungen zwischen den Deutschen
    - 2.3.1. Persönliche Beziehungen und Kontakte
    - 2.3.2. Sympathie für die DDR-Bürger
    - 2.3.3. Interesse an und Kenntnisse über die DDR
    - 2.3.4. Beurteilung des DDR-Systems
    - 2.3.5. Zusammenfassung
3. Auswahlbibliographie
4. Zusammenfassung: Kontinuität und Wandel der deutschen Frage im Bewußtsein der Westdeutschen

## 1. *Einführung*

Die Untersuchung von Werten, Orientierungen und Einstellungen der Deutschen zur Nation besitzt einen besonderen Stellenwert. Dies zeigt sich einmal mehr im Prozeß des inneren Zusammenwachsens der Deutschen. Im Bewußtsein, einer gemeinsamen Nation anzugehören, vollendeten die Deutschen 1989/90 die staatliche Einheit. Seither mehren sich in Ost und West Anzeichen von gegenseitiger Unkenntnis und mangelndem Verständnis. Dieser Spannungsbogen von bewahrter Nähe und erwiesener Distanz verleiht der deutschen Frage neue Aktualität: Welche Rolle spielte die Teilung im Bewußtsein der Bevölkerung? Konnte trotz der über vierzig Jahre erlebten Zweistaatlichkeit ein Zusammengehörigkeitsgefühl aufrechterhalten werden? Oder waren im Bewußtsein der Bürger doch zwei eigenständige Nationen entstanden? Welche Muster bestimmten das Bild der Westdeutschen vom anderen deutschen Staat und seinen Bewohnern? Diese Anfragen an die Identität der Deutschen leiten die vorliegende Untersuchung. Denn nur aus der systematischen Analyse der Einstellungen der Westdeutschen zur deutschen Frage zwischen 1945 und 1990 läßt sich ein Zugang zu den gegenwärtigen Herausforderungen finden.

### 1.1. *Begriffsbestimmung*

Will man die deutsche Frage im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung untersuchen, ist zunächst das Profil dieses Begriffs abzustecken. Die deutsche Frage – in manchen Wörterbüchern auch als Deutschlandfrage bezeichnet – ist ein historischer Begriff, dessen Entstehung sich mit der modernen Nationalbewegung an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert verbindet.<sup>1</sup> Die deutsche Frage als historisches Faktum beschreibt seit dieser Zeit das Thema der politischen Organisation der Deutschen und die Forderung nach einer nationalen Gesamtordnung in Deutschland. Schon die geschichtlichen Erfahrungen machen deutlich, daß sich der Begriff einer einfachen Kurzdefinition entzieht. Dokumentieren sich in der Diskontinuität der deutschen Geschichte doch spezifische Problemlagen: der späte Prozeß der Staatsgründung, die Frage der demokratischen Gesellschaftsordnung, die Mittellage in Europa, nationalistische Überhöhungen und historische Zäsuren. Stets war die deutsche Frage eingebunden in das politische Geflecht der europäischen Staatenwelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und seit der deutschen Teilung kam den weltpolitischen Konstellationen eine noch größere Bedeutung zu: die

<sup>1</sup> Ausführlich dazu vgl. Werner Weidenfeld, *Der deutsche Weg*, Berlin <sup>2</sup>1991.

Spaltung Deutschlands war Bestandteil eines Systemkonflikts. Die Etappen der deutschlandpolitischen Diskussion spiegeln dies alles wider.<sup>2</sup>

Die Grundsatzposition zur deutschen Frage war in der Präambel des Grundgesetzes festgeschrieben: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Doch die Nachkriegsjahre waren in der Bundesrepublik Deutschland geprägt durch die Ambivalenz von Einheitsziel und Westintegration. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre bestimmten Statusfragen und die Aussöhnung mit dem Osten die Argumentationslinie der deutschen Frage. Der entscheidende deutschlandpolitische Einschnitt lag im Übergang zum Zwei-Staaten-Konzept. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 wurde trotz des Offenhaltens der deutschen Frage eine tiefgreifende Zäsur vollzogen: Den Übergang vom Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland zum Prinzip und Status der Gleichberechtigung zwischen beiden Staaten, verbunden mit dem Ziel, normale, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln. In den Folgejahren, verstärkt jedoch seit Anfang der 80er Jahre, kam es auf politisch-kultureller Ebene zu weiteren Akzentverschiebungen der deutschen Frage. Vor allem in der intellektuellen Öffentlichkeit wurden die verschiedenen deutschlandpolitischen Positionen zunehmend zum Gegenstand von Selbstverständnisdebatten und Identitätsnachfragen: Selbstdefinition und Selbstbegrenzung waren für die Bundesbürger nach dem Grundlagenvertrag offenbar noch vager geworden. Gesucht wurde somit eine tiefer grundierte Identität, ein neuer Standort. Es ging um das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu sich selbst. Korte bezeichnet die deutsche Frage daher als „komplexes Problem-bündel“, in dem sich „... konstante historisch-politische Fragestellungen, wie die nach der Einheit der Nation sowie den machtpolitischen Konstellationen und dynamisch wechselnde politisch-kulturelle Komponenten, wie die Suche nach dem eigenen Selbstverständnis“<sup>3</sup> überlagern. Als Thema der politischen Kultur reflektiert die deutsche Frage somit auch die subjektiven Dispositionen der Deutschen und ist gleichzeitig ein wichtiges Element ihrer kollektiven Identität.

Damit ist zunächst auf die Notwendigkeit einer Definition des Identitätsbegriffes verwiesen. In der sozialwissenschaftlichen und sozialpsychologischen Forschung existieren dazu unterschiedliche Ansätze.<sup>4</sup> Allgemein anerkannt ist, daß Identität aus einem Prozeß der Selbstdefinition, aus der Abgrenzung des Selbstbildes gegenüber Fremdbildern entsteht. Dies gilt für die Herausbildung von personaler Identität ebenso wie für die Herausbildung von kollektiver

2 Weiterführend dazu vgl. Karl-Rudolf Korte u. Werner Weidenfeld, Deutsche Frage, in: dies. (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 126–131.

3 Karl-Rudolf Korte, Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren, Köln 1990, S. 13.

4 Ausführlich dazu vgl. Werner Weidenfeld, Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven, in: ders. (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 13–49.

Identität. Identität ist die Summe unseres Orientierungswissens, sie formt sich aus einem Gemisch von Gedächtnisstoffen, Gegenwartserfahrungen und Zukunftserwartungen.

- Die Menschen haben ein bestimmtes Verhältnis zu ihrer Vergangenheit. Ihr Gedächtnis speichert wichtige Ereignisse. Geschichte wirkt identitätsstiftend.
- Menschen ordnen die Welt, in der sie leben. Soziale und politische Standortbestimmungen in der Gegenwart stiften Identität.
- Menschen denken voraus, überlegen zukünftiges Handeln. Sie beziehen also die Zukunft in die Gegenwart mit ein. Zukunft formt Identität.

Kollektive Identität basiert auf gemeinsamen Überzeugungen, gemeinsamen Zuschreibungen und Einordnungen. Identität bedeutet somit Wir-Gefühl und Gemeinschaftserfahrung. Kollektive des modernen Zeitalters besitzen nicht eine vorgegebene Identität eines allgemeinen Glaubenssystems, sondern sie stehen vor der Notwendigkeit, aus symbolisch aufgebauten Lebenswelten ihre Identität auszubilden.

Individuen und Kollektive ohne klare Identität sind auf Dauer pathologisch gefährdet. Der Nation kommt als Bezugsrahmen bei der Identitätsbildung eine entscheidende Bedeutung zu. Sie kann als Grundlage für ein sicheres Selbstgefühl, für die Verarbeitung von Informationen aus der Umwelt und für die Abwägung von individuellen und gesellschaftlichen Ansprüchen fungieren. Der Stellenwert der Nation in der Identitätsbildung wird allerdings relativiert durch die Tatsache, daß jedes Individuum in einer Fülle von intersubjektiv erlebten Realitäten, in einer Vielzahl von Gemeinschaftsbezügen lebt. Diese Formen von Gemeinschaftsbewußtsein stehen meist einfach nebeneinander, oftmals sogar recht unverbunden, jeweils als eine Variante einer relativierten Identifikation. Nationales Bewußtsein ist eine dieser relativierten Identifikationsformen.<sup>5</sup>

Auf die Frage, was die nationale Identität der Deutschen ausmacht, gibt es keine einfache Antwort. Der Zweifel an der ausreichenden Gewißheit einer Identität der Deutschen gehört zu den Konstanten der politischen Kultur. In diesem Zusammenhang ist dann kritisch vom Identitätsverlust, vom Identitätsdefizit, von doppelter oder auch unbekannter Identität der Deutschen die Rede. Dahinter verbergen sich zuallererst Unsicherheiten hinsichtlich der Geschichte der Deutschen. Nation und Nationalstaat sind in Deutschland erst sehr spät verwirklicht worden. Es gab weder eine staatliche noch eine räumliche Kontinuität. Immer wieder kam es deshalb zu Diskussionen über einen deutschen Sonderweg in der Geschichte.<sup>6</sup> Die Katastrophe des

5 Vgl. Werner Weidenfeld, Die Frage nach der Einheit der deutschen Nation, München, Wien 1981, S. 40.

6 Vgl. dazu Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, München 1980 sowie Peter Alter, Nationalismus, Frankfurt a.M. 1985.

Nationalsozialismus wurde als Bestätigung dieser These gewertet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte sich die politische und staatliche Diskontinuität in Deutschland mit der Teilung in zwei Staaten fort. In beiden Staaten wurden gegensätzliche Gesellschaftssysteme etabliert. Beide Staaten waren eingebunden in antagonistische Bündnissysteme. Beide Staaten waren feste Bestandteile im Ost-West-Konflikt.

Deutsche Identität konstituiert sich somit aus drei Varianten von Gemeinschaftserfahrungen:

- dem Erfahrungshorizont der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland; obwohl die Verhältnisse in Deutschland durch die Teilung nicht normal sind, so die These, wird die Bundesrepublik Deutschland im Bewußtsein der Mehrheit der Bürger zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer nationalen Identität;
- dem Erfahrungshorizont der Bürger in der DDR; es wird davon ausgegangen, daß sich auch hier mit der Stabilisierung des Systems Teilidentifikationen herausbildeten;
- dem Erfahrungshorizont der Deutschen in einer Nation; damit ist die Frage nach dem Erhalt des Zusammengehörigkeitsgefühls im geteilten Deutschland verknüpft.

Im Blick auf diese konkrete deutsche Nationserfahrung sind spezifische Problemlagen zu beachten. In modernen Industriegesellschaften besteht ein wachsender Bedarf an kollektiver Identifikation als Orientierungsmoment. Doch die historische Belastung des Nationsbegriffs wirkt in die Gegenwart hinein: Ein selbstverständlicher Umgang mit diesem Element kollektiver Identität scheint in Deutschland nicht möglich zu sein.

Die wissenschaftliche Diskussion um das Nationverständnis besitzt eine lange Tradition. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg wurde eine breite Palette von Begriffsreflexionen diskutiert. Dennoch gibt es wissenschaftstheoretisch betrachtet keine allgemeingültige Definition des Begriffs Nation.<sup>7</sup> Trotz umfangreicher Interpretationsansätze und Definitionsversuche kommt es im Sprachgebrauch wie auch im Sinnverständnis zu Überschneidungen mit verwandten Begriffen wie „Volk“, „Staat“ und „Klasse“.<sup>8</sup>

7 Grundlegend dazu vgl. etwa Ernèste Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris 1882; Friedrich von Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, hrsg. u. eingeleitet von Hans Herzfeld, München 1962; Karl W. Deutsch, *Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality*, Cambridge/Mass., London 21975; ders., *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, hrsg. v. A. Ashkenasi u. P. Schulze, Düsseldorf 1972 sowie für einen knappen Überblick Dieter Blumenwitz, *Der Nationenbegriff und die Deutsche Frage*, in: *Zeitschrift für Politik*, 1985, Heft 3, S. 268–278, hier S. 269.

8 Ausführlich dazu vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974*, o.O. 1974, S. 66 f, mit detaillierten Literaturverweisen; einen aktuellen Überblick zur Begriffsgeschichte vgl. Reinhart Koselleck, *Volk, Nation*, in: ders. u. Otto Brunner (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141–431.

Die politische Realität der deutschen Teilung macht die Zweifel an der Unterscheidung zwischen „Staatsnation“ und „Kulturnation“ anschaulich.<sup>9</sup> Statt dessen scheint es sinnvoll, der vorliegenden Untersuchung eine kommunikationstheoretische Begründung<sup>10</sup> des Nationsverständnisses zugrunde zu legen: Danach würde sich Nationalbewußtsein manifestieren als Kommunikationsbereitschaft in Verbindung mit dem Interesse, ein stabiles Kommunikationssystem zu schaffen. Die Nation strebt nach der Schaffung einer gemeinsamen politischen Ordnung. Diese Variante verbindet die wichtigsten, unbestrittenen Komponenten der vorhandenen Definitionsversuche mit der Chance empirischer Überprüfbarkeit.

Ziel der Untersuchung ist es, mittels der von 1945 bis 1990 erhobenen empirischen Daten zur deutschen Frage zu prüfen, welche Rolle diese im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung gespielt hat. Kernfrage ist, ob trotz der über vierzig Jahre dauernden Teilung ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Deutschen bewahrt werden konnte.

Deshalb ist zu fragen:

1. Welche Vorstellungen prägen die nationale Identität der westdeutschen Bevölkerung? (Kap. 2.1 Befragte Identität: Staats- und Nationalbewußtsein im geteilten Deutschland)
2. Wie sehen die deutschlandpolitischen Positionsbeschreibungen der Bundesbürger aus? (Kap. 2.2 Identität zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Deutschlandpolitische Positionen im Wandel)
3. Wie lassen sich die Beziehungen zwischen den Deutschen beschreiben? (Kap. 2.3 Identität zwischen Nähe und Distanz: Die Beziehungen zwischen den Deutschen)

Die ermittelten Ergebnisse sind in den übergeordneten Interpretationszusammenhang der Fragestellung einzuordnen und zu bewerten. Als Prämisse wird vorausgesetzt, daß sich in der kurzen Phase der deutschen Nationalstaatlichkeit von 1871 bis 1945 ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein herausgebildet hat<sup>11</sup>, das seitdem zum Bezugspunkt kollektiver Identität geworden ist.

<sup>9</sup> Wesentliches Merkmal von Kulturnationen ist nach Meinecke der gemeinsam erlebte „Kulturbesitz“: „Gemeinsprache, gemeinsame Literatur und gemeinsame Religion sind die wichtigsten und wirksamsten Kulturgüter, die eine Kulturnation schaffen und zusammenhalten“; dagegen beruhen Staatsnationen „... vorzugsweise auf der vereinigenden Kraft einer gemeinsamen politischen Geschichte und Verfassung“; vgl. Meinecke, *Weltbürgertum*, a.a.O., S. 10.

<sup>10</sup> Die kommunikationstheoretische Begründung des „nation-building-process“ leistete erstmals Karl W. Deutsch in seiner Studie „Nationalism and Social Communication“, a.a.O.

<sup>11</sup> Vgl. beispielsweise Alter, *Nationalbewußtsein*, a.a.O., S. 17–30 sowie Werner Weidenfeld, *Geschichte und Politik*, in: ders. (Hrsg.), *Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation*, Köln 1987, S. 13–32; Schweigler sieht das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen manifestiert in dem Bewußtsein, einem Volk anzugehören, das den Zweiten Weltkrieg begonnen und verloren hat; dazu vgl. Gebhard Schweigler, *Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 8)*, Düsseldorf <sup>2</sup>1974, S. 111.

## 1.2. Forschungsstand

Die Literatur zur deutschen Frage ist sehr umfangreich.<sup>12</sup> Nachdem Willy Brandt mit seiner Regierungserklärung von 1969 das Konzept von den zwei Staaten einer deutschen Nation geprägt hatte<sup>13</sup>, rückte dies als Kernproblematik der deutschen Frage in den Mittelpunkt der intellektuellen Debatte. Eine Vielzahl von Publikationen hat seither untersucht, ob es im Bewußtsein der Deutschen trotz der staatlichen Teilung noch eine gemeinsame deutsche Nation gibt.<sup>14</sup> Anfang der 70er Jahre wurden zur Beantwortung dieser Frage auch verstärkt Ergebnisse der Meinungsforschung herangezogen. Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß nur wenige Untersuchungen auf einer breiten empirischen Datenbasis gründen und zugleich bei der Ergebnisinterpretation einem theoriegeleiteten Untersuchungsansatz folgen. Zu dieser Kategorie von empirischen Studien zählen vor allem die Arbeiten von Lutz Niethammer, Gebhard Schweigler, Peter Christian Ludz u. a. und zuletzt von Silke Jansen. Zahlreiche andere Publikationen, vor allem Aufsätze zum Thema, beziehen Ausschnitte aus dem demoskopischen Fundus zum Nationalbewußtsein der Deutschen in die Betrachtung ein. Diese können hier nur teilweise erörtert werden, finden im folgenden aber Eingang in die Untersuchung. Ohne explizite theoretische Einbindung wird umfangreiches empirisches Datenmaterial vor allem von Elisabeth Noelle-Neumann und Mitarbeitern des Instituts für Demoskopie Allensbach erhoben und interpretiert. Zu nennen sind hier insbesondere die Titel: „Eine demoskopische Deutschstunde“ (1983)<sup>15</sup>, „Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen ihren Charakter zu ändern“ (1987)<sup>16</sup> und „Demoskopische Geschichtsstunde. Vom Wartesaal der Geschichte zur Deutschen Einheit“ (1991)<sup>17</sup>. Auch hat Anne Köhler für Infratest, München, umfassende empirische Arbeiten vorgelegt. Hervorzuheben ist die Studie „Die Deutschen und ihr Vaterland“<sup>18</sup> von 1987,

12 Eine Literaturübersicht vgl. z. B. bei Albrecht Tyrell (Redaktion), Bibliographie zur Deutschlandpolitik 1941–1974, Frankfurt a.M. 1975; eine aktuellere bibliographische Übersicht ist zu finden bei Tilman Mayer, Die Nationale Frage in Deutschland, in: Neue Politische Literatur, Heft 3/1983, S. 295–324.

13 Im Wortlaut formulierte Brandt: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“; zit. nach: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. IV: 28. Oktober 1969–23. März 1970, Bonn-Bad Godesberg 1970, S. 9–40, hier S. 12.

14 Einen ausführlichen Überblick vgl. bei Korte, Standort, a.a.O.; zum Wiederaufleben der Intellektuellendiskussion im Umfeld der deutschen Vereinigung 1990 vgl. Barbara Rheinbay, Die Deutschlandbilder der west- und ostdeutschen Intellektuellen im Prozeß der deutschen Einigung (Studien der Stresemanngesellschaft, Nr. 3), Mainz 1993.

15 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Eine demoskopische Deutschstunde, Osnabrück 1983.

16 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher, Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987.

17 Elisabeth Noelle-Neumann, Demoskopische Geschichtsstunde. Vom Wartesaal der Geschichte zur Deutschen Einheit, Osnabrück 1991.

18 Infratest Kommunikationsforschung/Die Welt, Die Deutschen und Vaterland. Repräsentativumfrage im Oktober 1987 zum Thema „Deutschland“, München, Bonn 1987.

die in Zusammenarbeit mit der Tageszeitung „Die Welt“ entstanden ist. In diese Kategorie gehört ferner eine kaum noch zu übersehende Zahl von empirischen Berichten, die in die Sekundäranalyse miteinzubeziehen sind.

Die empirischen Studien zur deutschen Frage weisen durchaus Übereinstimmungen hinsichtlich der nationstheoretischen Annahmen auf. Auch reflektieren sie zum Teil identisches Datenmaterial. Dennoch kristallisieren sich gegensätzliche Ergebnisinterpretationen und Standpunkte heraus.<sup>19</sup>

1.) Eine erste Gruppe von Autoren vertritt die These eines *gesamtdeutschen Nationalbewußtseins*, so vor allem die interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeitsgruppe um Peter Christian Ludz.

In den „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974“ wird mit Hilfe verschiedener sozialwissenschaftlicher Methoden der Nachweis erbracht, daß das Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation aufgrund ethnischer, historischer und kultureller Gemeinsamkeiten trotz der Teilung Bestand hat. Dazu wird ein umfassender Vergleich der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebensbereiche in beiden deutschen Staaten vorgenommen. Analysiert werden in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer von Infratest im Juli und August 1972 durchgeführten Repräsentativerhebung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin. Ergänzend werden Einzelbefunde anderer Meinungsforschungsinstitute herangezogen. Der erste Themenkomplex der Erhebung befaßt sich mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik. Darüber hinaus wird in der Umfrage versucht, die Einstellungen der Bundesbürger zu ihrem Staat und zur DDR in vergleichender Perspektive zu ermitteln. Im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses stehen die Einstellungen der Bevölkerung zur deutschen Frage. Hier wird insbesondere das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR beleuchtet. Schließlich werden die europäischen Dispositionen der Bundesbürger erfragt. Die Autoren stellen sowohl ein Schwinden des Glaubens an die deutsche Einheit als auch einen relativen Rückgang des Stellenwertes der deutschen Frage fest.<sup>20</sup> Auch das Interesse an der DDR, die von einer Mehrheit der Bevölkerung als eigenständiger Staat betrachtet wird, nimmt demnach ab. Doch wird gleichzeitig der Nachweis geführt, daß es im Bewußtsein der Deutschen tatsächlich „zwei Staaten einer Nation“ gibt.<sup>21</sup>

19 Detailliert zur Operationalisierung der Theorien und theoretischen Ansätze von „Nation“ und „Nationalbewußtsein“ in empirischen Forschungsbeiträgen vgl. Martin Schultz, Die deutsche Frage in der Meinungsforschung der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung und Darstellung theoretischer Ansätze und Ergebnisinterpretationen (unveröffentl. Manuskript, Mainz 1989).

20 Schwankungen ergeben sich vor allem im Zusammenhang mit ökonomischen Fragen, doch immerhin stehe die Wiedervereinigung „... an der Spitze der außenpolitischen Ziele“; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., S. 115.

21 Vgl. ebenda, S. 107–120.



Zu den Vertretern der These von der Fortexistenz eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins zählt nicht zuletzt Elisabeth Noelle-Neumann. Deren Institut für Demoskopie, Allensbach, hat zweifelsohne am kontinuierlichsten Erhebungen zur deutschen Frage durchgeführt. Die empirischen Ergebnisse führen sie zu dem Schluß: „Nichts deutet auf ein Abnehmen der Gefühle nationaler Verbundenheit.“<sup>22</sup> Der Wunsch nach staatlicher Einheit sei ungeboren, doch in absehbarer Zeit nicht zu realisieren. Die Befindlichkeit der Westdeutschen wird daher mit dem Bild vom „Wartesaal der Geschichte“ illustriert: „Sehr lange im Wartesaal der Geschichte auszuharren, das scheint gegenwärtig die treffendste Beschreibung der Stimmungs- und Erwartungslage der Bevölkerung der Bundesrepublik.“<sup>23</sup>

Eine Mittelposition nimmt Silke Jansen ein, die zugleich die bisher umfassendste Analyse des demoskopischen Datenbestandes vorgenommen hat. Sie schlägt in ihrer Untersuchung „Meinungsbilder zur deutschen Frage“ (1990)<sup>24</sup> vor, „in Form einer Synthese der verschiedenen Erklärungsansätze Nation kommunikationstheoretisch zu definieren.“<sup>25</sup> Ausgangspunkt ist die Darstellung der artikulierten Politik der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beeinflussende Variable der Meinungsbildung der Bürger. Die Sekundäranalyse des empirischen Datenmaterials stützt sich vor allem auf Zeitreihen zum Themenkomplex „Wiedervereinigung“. Darüber hinaus untersucht sie ausgewählte Indikatoren zur nationalen Identität der Bundesbürger. Jansen wertet das Festhalten am Ziel der deutschen Einheit als Ausdruck eines diffusen Zusammengehörigkeitsgefühls nach der Formel „Zwei deutsche Staaten eines Volkes“. Doch führt sie die Analyse des Datenmaterials auch zu der Schlußfolgerung, „... daß die Bürger der Bundesrepublik sich gegenüber der DDR und ihrer Bevölkerung mit emotionaler Distanz bewegen ... Parallel zu diesem Gefühl der Entfremdung und des Auseinanderlebens hat sich eine zunehmende Identifikation der Deutschen mit der Bundesrepublik als ihrem Staat entwickelt.“<sup>26</sup> „Westdeutsches Nationalbewußtsein“ ist nach Jansen somit „kein Tabu mehr“.<sup>27</sup> Defizite in der nationalen Identität sieht Jansen vor allem bei der jungen Generation. Die Ende der 80er Jahre diskutierten Konzepte zur Lösung der deutschen Frage hält sie für unrealistisch.

22 Elisabeth Noelle-Neumann, Im Wartesaal der Geschichte. Bleibt das Bewußtsein der deutschen Nation lebendig?, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der deutschen Frage, Köln 1985, S. 133–146, hier S. 138.

23 Noelle-Neumann, Wartesaal, a.a.O., S. 136.

24 Silke Jansen, Meinungsbilder zur deutschen Frage. Eine Längsschnittanalyse von Repräsentativerhebungen in der Bundesrepublik Deutschland (Kieler Schriften zur politischen Wissenschaft, Bd. 6), Frankfurt a.M. 1990.

25 Ebenda, S. 10.

26 Ebenda, S. 258.

27 Ebenda; als Nation beurteilen die Bundesrepublik Deutschland auch Kurt Sontheimer, Nation und Nationalismus, in: H. Steffen (Hrsg.), Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Analysen, Bd. 2, Göttingen 1972, S. 130–152, hier S. 138 u. S. 141 sowie Wolfgang J. Mommsen, Nation und Nationalbewußtsein in der Gegenwart, in: Politik und Kultur, Heft 2, 1974, S. 16–28, hier S. 28.

Trotzdem plädiert sie gewissermaßen in praktischer Umsetzung des kommunikationstheoretischen Nationskonzeptes für den Einsatz der Deutschlandpolitik für verbesserte Interaktions- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Deutschen in Ost und West, „damit das Gefühl nationaler Verbundenheit nicht verloren geht“.<sup>28</sup>

2.) Eine zweite Gruppe von Autoren negiert die Existenz eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins und geht statt dessen von einem Teilstaatsbewußtsein bzw. von einem *westdeutschen National(staats)bewußtsein* aus. Am prononciertesten wird dieser Standpunkt von Gebhard Schweigler und Lutz Niethammer vertreten.

Aus Schweiglers Sicht lautet die „eigentliche deutsche Frage – existiert die Nation Deutschland heute noch?“<sup>29</sup> Neben einer „internationale(n) Übereinstimmung über eine gemeinsame DDR/BRD-Verantwortung für die deutsche Geschichte“ sei das wichtigste Kriterium hierfür „das Zusammengehörigkeitsgefühl und -Wollen der Deutschen selbst ... – das Nationalbewußtsein, in anderen Worten“.<sup>30</sup> Der theoretische Fokus seiner Publikation „Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR“ (1973) richtet sich daher auf die Untersuchung des deutschen Nationalbewußtseins. Der kommunikationstheoretische Ansatz Karl W. Deuschs wird ergänzt durch theoretische Konzepte der Sozialpsychologie. Der Hauptteil der Studie widmet sich der Frage, ob sich die Einstellungsmuster, welche das Nationalbewußtsein der Deutschen markieren, verändert haben. Wenn die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands ein auf ihren eigenen Staat bezogenes „Nationalstaatsbewußtsein“ entwickeln, so die Hypothese, ist die Existenz der Nation gefährdet. Dafür findet Schweigler im demoskopischen Datenmaterial zahlreiche Belege. Als Indikatoren für ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein zieht er Einstellungen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR sowie zur Wiedervereinigung heran. Westdeutsches Nationalbewußtsein wird anhand der symbolischen, kulturellen, institutionellen und funktionalen Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland analysiert. Schweigler ist der Meinung, daß seit Beginn der siebziger Jahre „... mindestens 60% aller erwachsenen Westdeutschen ein westdeutsches Nationalbewußtsein und kein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein mehr teilen.“<sup>31</sup> Er kommt deshalb zu dem Schluß, „daß sich nämlich im Bewußtsein und aufgrund des Bewußtseins der Bürger der Bundesrepublik dieser Staat in den letzten Jahren zu einem Nationalstaat entwickelt hat, der – nach innen wie nach außen – mit anderen Nationalstaaten voll vergleichbar ist. Die Deutsche Frage hat hier ihre Beantwortung gefunden.“<sup>32</sup>

28 Jansen, Meinungsbilder, a.a.O., S. 261.

29 Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 9.

30 Ebenda, S. 10.

31 Ebenda, S. 195.

32 Ebenda, S. 184.

Niethammer konstatiert in seinem umfangreichen Aufsatz „Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die BRD“<sup>33</sup> von 1972 einen „Zerfall des Bewußtseins nationaler Zusammengehörigkeit“ und ein zunehmendes „Desinteresse“ an der deutschen Frage. Seine Darstellung folgt vier Analyseschritten: Zunächst werden Nation, Nationalstaat und Nationalismus in theoretischer Perspektive als sozialgeschichtliches und ideologisches Prinzip untersucht. Die deutsche Nationalstaatlichkeit erscheint dabei in Anknüpfung an eine Formulierung Karl W. Deutschs als „pathologischer Lernprozeß“. Zweitens wird die Zweistaatlichkeit als Kernfrage der deutschen Innen- und Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt. Im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses stehen hierbei die Vorentscheidungen, die in der nationalen Frage getroffen wurden. Drittens wird auf Grundlage demoskopischen Datenmaterials einschließlich einer eigenen Repräsentativerhebung vom Februar 1971<sup>34</sup> „den Einstellungen der Bevölkerung zum gesamtdeutschen Komplex, zur staatsgesellschaftlichen Selbstverständigung der BRD und zu den europäischen Dispositionen nachgespürt“<sup>35</sup>. Im vierten und letzten Abschnitt werden Rückschlüsse auf die Handlungsoptionen der deutschen Politik in nationaler wie internationaler Perspektive gezogen. Ein „noch nicht recht bewußt gewordenes BRD-Nationalgefühl“ geht nach Niethammers Befund einher mit dem Empfinden „eine(r) besonderen Verantwortung der BRD gegenüber der DDR“.<sup>36</sup> Die Bundesrepublik Deutschland betrachtet er als „Krypto-Nation“<sup>37</sup>. Sein Fazit lautet: „Gesamtdeutsches Nationalbewußtsein ist kein Faktor, der das politische Verhalten der großen Mehrheit der Bevölkerung der BRD bestimmt; er wird künftig an Bedeutung verlieren.“<sup>38</sup>

3.) „Bei der zentralen Kontroverse zwischen bundesdeutschem und gesamtdeutschem Nationalbewußtsein wird jedoch zu Beginn der siebziger Jahre übersehen, daß es keinen dichotomischen Gegensatz zwischen Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland und gesamtdeutscher Verbundenheit geben muß.“<sup>39</sup> Eine dritte Gruppe von Autoren postuliert deshalb in vermittelnder Perspektive ein *Nebeneinander verschiedener Identitätsschichten*. Hier werden die demoskopischen Befunde zum nationalen Selbstverständnis in ein Komplementärmodell von Identität eingeordnet. Auf diese Weise gelingt es,

33 Lutz Niethammer, Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die BRD. Nationalstaat ohne Nationalökonomie?, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg), Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 2: Das Vordringen neuer Kräfte, München/Wien 1972, S. 13–107.

34 Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang, daß Niethammer zum Teil ungewöhnlich lange und komplizierte Frageformulierungen eingesetzt hat; dazu vgl. ebenda, Anhang S. 103–107.

35 Ebenda, S. 16.

36 Ebenda, S. 99 f.

37 Ebenda, S. 82.

38 Ebenda, S. 98; zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Kitzmüller u. a.; dazu vgl. Erich Kitzmüller, Heinz Kuby u. Lutz Niethammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland. Teil I, in: APuZ, B 33/1973, S. 3–30 u. Teil II, in: B 34/1973, S. 3–30.

39 Korte, Standort, a.a.O., S. 40.

staatliche, nationale, regionale und übernationale Orientierungen zu integrieren. Die unterschiedlichen Bewußtseinsebenen werden kontextbezogen und als einander ergänzend interpretiert.

Erwin K. Scheuch etwa wertet die ambivalenten empirischen Befunde als „Mehrfach-Identitäten“<sup>40</sup>. Die Sprach- und Kulturnation bestehe im Bewußtsein der Bevölkerung weiter, ebenso wie der Wunsch nach der Einheit Deutschlands. Zugleich drücke sich die Verbundenheit mit der Bundesrepublik in der Zustimmung zu ihrer Symbolik und ihren staatlichen Leistungen aus. Daneben identifizierten sich die Bundesbürger auch mit Europa.<sup>41</sup> Scheuch stellt insgesamt fest: „Eine nationale Frage erscheint . . . nicht akut, ohne daß dies ein Verschwinden des Selbstverständnisses *deutsch* [Hervorh. im Origin.] wäre. Dieses Selbstverständnis erscheint eben nicht als Konkurrenz zu daneben wirksamen Identifizierungen regionaler bis nationaler Art.“<sup>42</sup>

In diesen Kontext sind nicht zuletzt die Mainzer Publikationen zum nationalen Selbstverständnis der Deutschen einzuordnen, die empirisches Datenmaterial in die Darstellung miteinbeziehen. Dies gilt etwa für „Die Frage nach der Einheit der deutschen Nation“ (1981) und zahlreiche Beiträge in den Materialienbänden der „Studiengruppe Deutsche Frage“.<sup>43</sup> Vier Schichten unserer kollektiven Identität als Deutsche lassen sich unterscheiden: 1. lokal-regionale Bezüge; 2. staatsbezogenes bundesrepublikanisches Bewußtsein; 3. nationsbezogenes, gesamtdeutsches Bewußtsein und 4. europäisches Bewußtsein.<sup>44</sup> Die demoskopischen Befunde weisen Anfang der achtziger Jahre auf eine sehr positive Prädisposition der Westdeutschen zur deutschen Frage hin. Ihr Kenntnisstand über die DDR ist recht gering. Doch sie sind kommunikativ offen, am deutschen Mitbürger in der DDR ausgeprägt interessiert.<sup>45</sup> Karl-Rudolf Korte stellt in seiner Publikation „Der Standort der Deutschen“ (1990) fest, daß die Erhebungen zur deutschen Frage in einem Punkt übereinstimmen: „Die Bundesbürger haben danach zu Beginn der siebziger Jahre die Selbsterkennung der Bundesrepublik vollzogen, ein Prozeß, der sich seit der Mitte der sechziger Jahre bereits andeutet. Dieser Befund gilt jedoch nur insoweit, als damit nicht gleichzeitig die Frage der Intensität des noch bestehenden nationalen Zusammengehörigkeitsbewußtseins gestellt wird. Denn hier verlaufen die zentralen Konfliktpositionen.“<sup>46</sup>

40 Erwin K. Scheuch, Nationalität deutsch – Für die Bundesdeutschen ein Nicht-Problem, in: Politik und Kultur, Heft 6, 1983, S. 3–19, hier S. 14.

41 Vgl. ders., Die deutsche Nation im Bewußtsein der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen, Mainz 1984, S. 161–188, hier S. 168.

42 Ebenda, S. 183 f.

43 Eine Übersicht der Titel vgl. in der Bibliographie.

44 Vgl. Weidenfeld, Normalität, a.a.O., S. 40.

45 Ausführlich dazu vgl. Weidenfeld, Die Frage, a.a.O., S. 53.

46 Korte, Standort, a.a.O., S. 41.

Umfangreiches Datenmaterial analysiert nicht zuletzt der Band „Die Deutschen. Profil einer Nation“ (1991)<sup>47</sup>. Hier wird in einem Teilkapitel das Verhältnis der Bundesbürger zu ihrem Staat untersucht. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung der Systemakzeptanz, der politischen Beteiligung und der Systembindungen. In einem weiteren Analyseschritt wird nach den regionalen, nationalen und europäischen Einstellungsmustern gefragt, die das Profil der Gemeinschaftsorientierungen der Deutschen bestimmen. Die Studie kommt zum Ergebnis, daß die Westdeutschen seit den sechziger Jahren eine pragmatische Demokratiezufriedenheit entwickelt haben. Zur Standortverankerung im freien Westen gehörte zunächst das Gefühl der Vorläufigkeit, die Bundesrepublik Deutschland wurde als „Provisorium“ betrachtet. Nach dem Mauerbau vom 13. August 1961 wurde sie im Bewußtsein ihrer Bürger jedoch zunehmend zu Deutschland. Es kam zur Selbstanerkennung der Bundesrepublik als Staatsnation. Die DDR blieb Vergleichsgesellschaft, zu der die Bundesrepublik eine demokratische Gegenidentität entwickelte.

### 1.3. *Methodik und Material*

Die Analyse der Entwicklung des Nationalbewußtseins und Zusammengehörigkeitsgefühls der Bundesbürger von 1945/49 bis 1990 stützt sich vorwiegend auf die demoskopischen Beiträge zur deutschen Frage. Herangezogen werden hier Repräsentativerhebungen, Einzelerhebungen und Mehrthemenumfragen der folgenden Meinungsforschungsinstitute und Forschungsgruppen (in alphabetischer Reihenfolge):

- Emnid Meinungsforschungsinstitut, Bielefeld;
- Infas, Bonn;
- Infratest, München;
- Institut für Demoskopie, Allensbach;

Ferner tragen die Forschungsgruppe Wahlen e. V., Ipsos und – bis Anfang der 60er Jahre – das Deutsche Institut für Volksumfragen (DIVO) zur Datenlage bei. Für die amerikanische Besatzungszone und die frühen Jahre der Bundesrepublik Deutschland sind die Daten des Office of Military Government of the United States for Germany (OMGUS) und der High Commission for Germany (HICOG) hervorzuheben.

In die Analyse miteinzubezogen wird außerdem die wissenschaftliche Sekundärliteratur, insbesondere soweit diese Datenmaterial und Primärerhebungen zum Thema analysiert.

<sup>47</sup> Werner Weidenfeld u. Karl-Rudolf Korte, Die Deutschen – Profil einer Nation, Stuttgart 1991.

Ausgewertet wird somit Datenmaterial, das in den Quellenformen Manuskripte, veröffentlichte Aufsätze, Tabellen- und Berichtsbände, Fragebogenkataloge zugänglich ist.<sup>48</sup>

Das vorliegende Datenmaterial wird sekundäranalytisch ausgewertet, insbesondere durch

- Längsschnittanalysen
- sowie exemplarische Vergleiche ausgewählter Indikatoren und Teilgruppen; von besonderem Interesse sind hierbei mögliche Generationeneffekte.

Auf diese Weise lassen sich Kontinuität und Wandel im Meinungsbild der Bundesbürger zur deutschen Frage erfassen.

Dabei ergeben sich folgende methodische Probleme:

1.) Hinsichtlich der Längsschnittanalyse bestehen schwerwiegende methodische Schwierigkeiten, die bei der Interpretation der Ergebnisse entsprechend zu berücksichtigen sind:

- Frageformulierungen variieren zwischen den verschiedenen Meinungsforschungsinstituten und auch innerhalb derselben im zeitlichen Verlauf; gleiches gilt für die Antwortvorgaben. Widersprüchliche Ergebnisse können somit ein Artefakt der verschiedenen verwendeten Instrumente sein.
- Fragen werden in unregelmäßigen Zeitabständen erhoben.
- Es werden unterschiedliche Stichproben und Kategorien verwendet; in älteren Erhebungen fehlen Angaben zum Erhebungsverfahren und soziostrukturelle Aufschlüsselungen meist ganz.
- Auch identisch formulierte Fragestellungen sind über die Jahre nicht ohne weiteres vergleichbar, da der Bedeutungsgehalt politisch geprägter Begriffe Wandlungen unterworfen ist.
- Schwer abzuschätzen ist aus der zeitlichen Distanz und in der Zusammenschau des vorhandenen Datenmaterials der Einfluß von aktuellen Ereignissen oder politischen Konstellationen zu bestimmten Erhebungszeitpunkten auf die demoskopischen Ergebnisse. Aufgrund der Unregelmäßigkeit der Erhebungen ist jedoch die Methode der gleitenden Durchschnitte, mit der man derartige Fehlerquellen bei der Interpretation auszuschließen versucht, für die meisten Fragestellungen nicht möglich.<sup>49</sup>

2.) Bestimmte, inhaltlich für das Thema zentrale Fragestellungen wurden nur vereinzelt erhoben. Dennoch soll versucht werden, dieses Material in die

48 Die Auswertung des Datenbestandskatalogs des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung hat ergeben, daß dadurch die zentralen und in einer gewissen Kontinuität erhobenen Datenbestände erfaßt werden können. Datenmaterial, das ausschließlich auf elektronischen Datenträgern gespeichert ist, würde nur zur punktuellen Vertiefung beitragen.

49 Dabei werden die Werte mehrerer aufeinander folgender Zeitpunkte gemittelt und diese Mittelwerte der Analyse zugrundegelegt.

Darstellung miteinzubeziehen, um dadurch interessante Facetten des Nationalbewußtseins nicht außen vor zu lassen. Außerdem ist das Datenmaterial im Hinblick auf inhaltliche Lücken zu untersuchen.

3.) Aufgrund der begrenzten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sowie des knappen Zeitrahmens kann eine solche Analyse lediglich Ergebnisse zu den zentralen Aspekten der Themenstellung liefern. Darüber hinaus sind jedoch weitergehende Forschungsfragen und -perspektiven aufzuzeigen.

Bei der Analyse und Ergebnisinterpretation des Datenmaterials zur deutschen Frage im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Das Kernproblem liegt in der Operationalisierbarkeit der zu untersuchenden Fragestellung. Es gibt keinen spezifischen, wissenschaftlich allgemein anerkannten Indikator für das Nationalbewußtsein. Vielmehr läßt sich die Fragestellung empirisch nur beleuchten, indem eine ganze Bandbreite von Daten miteinbezogen wird, welche die kollektiven Meinungen und Einstellungen der Bundesbürger zur Nation betreffen.

2. Das Nationalbewußtsein steht nicht in Dichotomie zu anderen Formen des Gemeinschaftsbewußtseins. Zugleich sind aus dem Vorhandensein eines Staatsbewußtseins oder eines europäischen Bewußtseins jedoch keinerlei Rückschlüsse auf das Nationalbewußtsein zu ziehen, weil diese verschiedenen Bewußtseinsformen meist recht unverbunden nebeneinander bestehen.

3. Ebenso sind direkte Schlußfolgerungen von der Zustimmung bzw. Ablehnung bestimmter statusrechtlicher Fragen oder politischer Ereignisse auf Art und Intensität des Nationalbewußtseins nicht möglich.

4. Am schwersten wiegt jedoch, daß die verwendeten Frageformulierungen die komplexen Zusammenhänge kollektiver Orientierungsmuster zur deutschen Frage nicht konkret abfragen. Dies gilt etwa für den Zusammenhang zwischen den Einstellungen der Westdeutschen zu ihrem eigenen Staat und dem Empfinden der gesamtdeutschen Zusammengehörigkeit. Somit liegt die Originalität der Analyse in dem Versuch, das vorhandene Datenmaterial so zu strukturieren, daß die verschiedenen Faktoren des Gemeinschaftsbewußtseins verknüpft werden können.

## 2. Analyse des demoskopischen Datenmaterials zur deutschen Frage

### 2.1. Befragte Identität: Staats- und Nationalbewußtsein im geteilten Deutschland

#### 2.1.1. Vorstellungen von der Nation

Die Vorstellungen der Bevölkerung über die Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West lassen sich ablesen an geographischen und begrifflichen Zuordnungen. Zunächst gilt es daher, die Deutungsmuster des Nationsbegriffs zu beleuchten: Was verstehen die Westdeutschen unter „Nation“? Welche räumlichen Vorstellungen kommen hier zum Ausdruck? Wie entwickelte sich der Sprachgebrauch?

#### Die Begriffe „Staat“ und „Nation“

In der Diskussion um die deutsche Frage spielen die Ordnungsvorstellungen „Staat“ und „Nation“ eine zentrale Rolle. Zugleich ist umstritten, welches Verständnis die Bevölkerung von diesen komplexen Begriffen hat. In der Erhebung zu den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation von 1974 wurde deshalb direkt und offen nachgefragt:

- „Was verstehen Sie eigentlich unter Staat?“
- „Was ist Ihrer Meinung nach eine Nation?“<sup>50</sup>

Tabelle 1: Bedeutungsdimensionen der Begriffe „Staat“ und „Nation“ (männliche Arbeitnehmer)

	„Staat“	„Nation“
(Häufigkeit der Nennungen in %)		
Regierung und Land	36	20
Politische Einheit	14	6
Volk	18	23
Kulturelle Einheit	2	18
Staat = Nation	1	–
Nation = Staat	–	5
sonstiges/w.n.	29	28
	(= 100)	(= 100)

Quelle: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., S. 108.

<sup>50</sup> Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., Tabellen 30–31, S. 108.



Die Ergebnisse des Assoziationstests machen deutlich, daß der Bedeutungsgehalt des Begriffs „Nation“, aber auch des Begriffs „Staat“ für einen großen Teil der Bevölkerung im unklaren liegen dürfte. Rund ein Drittel der Befragten war nicht in der Lage, sein Verständnis des Begriffs der Nation näher zu definieren. Je geringer der formale Bildungsgrad und das politische Interesse, um so größer war die Unsicherheit.

Auch wurden die Bedeutungsdimensionen beider Begriffe ganz unterschiedlich beschrieben. Für die Gruppe der männlichen Arbeitnehmer ist dies in den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974 gesondert ausgewertet worden (siehe obenstehend).

Beide Begriffe werden demnach inhaltlich stark von den Bedeutungsdimensionen „Regierung und Land“ sowie „Volk“ aufgefüllt. Die Autoren der Studie gehen daher von einem „Vorstellungssyndrom“ aus, „... das von den Begriffen Volk, Staat, Nation und Regierung umschrieben wird. Innerhalb dieses Syndroms erfolgt dann durch Akzentuierungen der einen oder anderen Bedeutungsdimension die Differenzierung der einzelnen Begriffe.“<sup>51</sup> Nach der Datenlage scheint der Begriff „Staat“ stärker politisch gebunden („Regierung und Land“, „Politische Einheit“), der Begriff „Nation“ hingegen eher vopolitisch bestimmt („Volk“, „kulturelle Einheit“)<sup>52</sup>. Auch ist festzuhalten, daß nur etwa 40 Prozent der Befragten überhaupt zwischen „Staat“ und „Nation“ unterschieden. „Der Umstand, daß jemand auf Aufforderung eine Bestimmung abstrakter Begriffe nicht vornehmen kann, bedeutet jedoch nicht, daß solche Begriffe als Elemente von Ordnungsvorstellungen bei diesen Personen völlig fehlen. In spezifischen Situationen können sie durchaus Orientierungskraft für Einstellungen und Verhalten gewinnen.“<sup>53</sup>

Vor diesem Hintergrund kann die Interpretation weiteren Datenmaterials zum Nationverständnis der Deutschen nur sehr vorsichtig erfolgen. Das IfD Allensbach hat dazu eine assoziative Fragestellung entwickelt, die vier Dimensionen miteinbezieht: Welche Bedeutung hat der Begriff „deutsche Nation“ in der zeitlichen Perspektive, d.h. erstens in der Vergangenheit, zweitens in der Gegenwart und drittens in der Zukunft; viertens wird nach dem Verständnis von „deutscher Kultur“ gefragt.<sup>54</sup>

51 Ebenda.

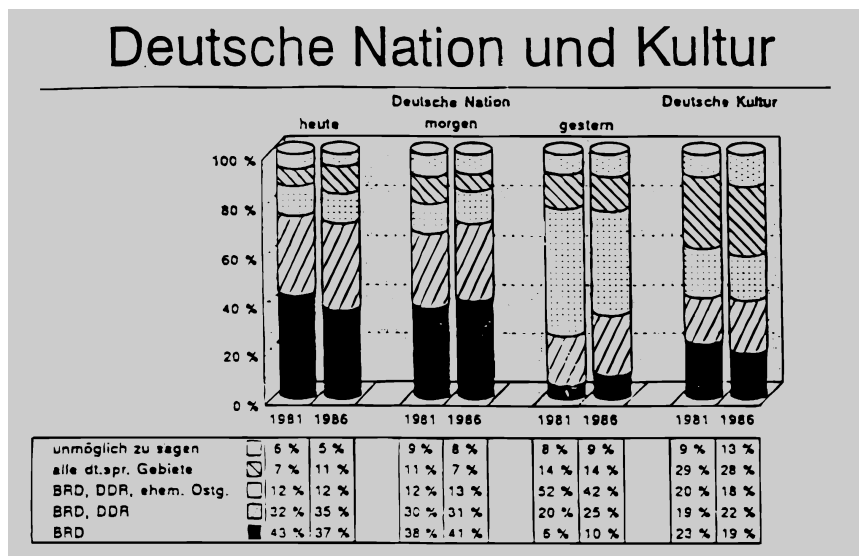
52 In diesem Zusammenhang wird angemerkt, daß die kulturelle Dimension der Nation nur für Personen mit höherer Schulbildung von größerer Bedeutung ist; vgl. ebenda.

53 Ebenda.

54 Die vier genannten Frageaspekte wurden vom Institut für Demoskopie, Allensbach, in vier voneinander unabhängigen Stichproben erhoben, so daß gegenseitige Frageeffekte ausgeschlossen werden konnten; vgl. Gerhard Herdegen, Einstellungen der Deutschen (West) zur nationalen Identität, in: Dirk Berg-Schlosser u. Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung (PVS-Sonderheft, 18), Opladen 1987, S. 205–221, hier S. 206.

Die zuletzt im Juli 1986 eingesetzte Frageformulierung lautet: „Einmal angenommen, im Fernsehen kommt ein Beitrag mit dem Titel: 'Die deutsche Nation heute'. Könnten Sie nach dieser Liste sagen, was ist mit der deutschen Nation in diesem Fall gemeint?“. In repräsentativen Parallelgruppen wurde variiert: „die deutsche Nation morgen“ bzw. „die deutsche Nation gestern“. In einer weiteren Parallelgruppe wurde gefragt: „Einmal angenommen, im Fernsehen kommt ein Beitrag mit dem Titel: 'Die deutsche Kultur'. Von wo wird da berichtet? Könnten Sie es nach dieser Liste sagen?“<sup>55</sup>

Schaubild 1:



Quelle: Erstellt aus Daten des Allensbacher Archivs, IfD-Umfrage 4002, 4075 zit. nach Herdegen, Einstellungen, a.a.O. S. 208.

– Unter „Die deutsche Nation heute“ verstand im Juli 1986 eine relative Mehrheit von 37 Prozent der Bundesbürger ausschließlich die Bundesrepublik, weitere 35 Prozent sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR. 23 Prozent beschrieben ein darüber hinausreichendes Nationsverständnis, das weitere deutschsprachige Gebiete umfaßte. Damit hatte sich die Wahrnehmung seit

<sup>55</sup> Anders als bei den direkten Fragen nach dem Verständnis des Begriffs „Nation“ liegt die Zahl der Indifferenten im Durchschnitt deutlich unter 10 Prozent; das Szenario einer Fernsehsendung ist offensichtlich weniger alltagsfern und regt so zu spontanen Antworten an; vgl. Herdegen, Einstellungen, a.a.O., S. 208.

1981, als dieser Titel noch eindeutiger der Bundesrepublik zugeordnet worden war, tendenziell erweitert.

– Auch in der Zukunftsdimension wurde unter der deutschen Nation an erster Stelle die Bundesrepublik verstanden. Die Verengung der nationalen Perspektive hatte von 1981 bis 1986 sogar leicht zugenommen. Fast ein Drittel der Bundesbürger bezog hier ebenfalls die DDR mit ein. Der Anteil weiter gefaßter Vorstellungen war leicht rückläufig.

– Jeder zehnte Bundesbürger zählte auch zur „deutschen Nation gestern“ nur die Bundesrepublik, jeder vierte nur die Bundesrepublik und die DDR. Insgesamt wurde der historische Begriff der Nation jedoch geographisch am weitesten gefaßt. Die Mehrheit der Bundesbürger bezog hier die ehemaligen Ostgebiete mit ein – mit eher rückläufiger Tendenz.

– Ähnliches gilt auch für die „deutsche Kultur“, die aus Sicht der Bundesbürger an erster Stelle alle deutschsprachigen Gebiete umfaßte.

Insgesamt läßt sich aus diesen Daten kein homogener Trend ablesen. Die Vorstellungen von der „deutschen Nation heute“ und „morgen“ wurden bestimmt von der Bundesrepublik Deutschland. Eine fast ebenso wichtige Rolle spielte jedoch die Perspektive, die auch den anderen Teil Deutschlands miteinbezog. Am weitesten war der historische Begriff von der Nation gefaßt. Hier waren insbesondere die DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete, aber auch andere deutschsprachige Gebiete Teil der Vorstellungswelt. Es bleibt weiter untersuchungsrelevant, welche Elemente dieses historische Nationsverständnis formten. Offensichtlich spielten hier nicht allein gemeinsame Traditions- und Kulturbestände eine Rolle. So reichte die „deutsche Kultur“ in der Wahrnehmung der Mehrheit der Bürger zwar über die Bundesrepublik hinaus, doch wurde dieser Begriff enger verstanden als die „deutsche Nation gestern“.

#### *Vorstellungen von „Deutschland“*

Rückschlüsse auf die Vorstellungen der Deutschen von der Nation lassen auch ihre Beschreibungen und Assoziationen zum Begriff „Deutschland“ zu. Im empirischen Datenmaterial gibt es Anhaltspunkte dafür, daß sich die Sichtweise hier grundlegend verändert hat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs herrschte die Meinung vor, Deutschland sei als territoriale Einheit unteilbar. In einer HICOG-Befragung aus dem Jahr 1949 wurde gefragt: „Auf dieser Liste stehen einige Gebiete, die früher einmal einen Teil Deutschlands bildeten. Welche von Ihnen, glauben Sie, sind von Rechts wegen deutsche Gebiete?“ Insbesondere Ostpreußen, Schlesien, das Saargebiet und Danzig wurden von der eindeutigen Mehrheit der Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone als „von Rechts wegen deutsche Gebiete“ betrachtet.<sup>56</sup>

<sup>56</sup> Vgl. Anna J. Merritt u. Richard L. Merritt, *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949–1955*, Urbana/Chicago/London 1980, S. 21–55.

Ergebnisse aus den sechziger Jahren machen deutlich, daß die Auffassungen der Deutschen hierzu allmählich auseinandergingen. So wurde der Begriff „Wiedervereinigung“ inhaltlich bereits enger gedeutet: Wenngleich das Meinungsklima in dieser Zeit keineswegs gefestigt<sup>57</sup> erscheint, trat die Forderung von der Herstellung des Deutschen Reichs in seinen Grenzen von 1937 bereits hinter die Vorstellung von einer Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR zurück (vgl. Tabelle 2).<sup>58</sup>

Tabelle 2: Die Bedeutung des Begriffs „Wiedervereinigung“

	Aug. 1965	Feb./ März 1966	Nov./ Dez. 1966	Okt. 1967	Dez. 1967
Vereinigung von Bundesrepublik und DDR	51%	42%	57%	47%	56%
Vereinigung von Bundesrepublik, DDR, Oder-Neiße-Gebiete	x	24%	15%	22%	20%
Herstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 <sup>1)</sup>	34%	23%	16%	23%	17%
unentschieden	15%	11%	12%	8%	7%

1 bei Infas wörtlich: „Bundesrepublik, Berlin, Ostzone, Oder-Neiße-Gebiete, Sudetenland, Ostpreußen“.

Quelle: Erstellt aus Daten des IfD und Infas (vgl. Übersicht).

### Übersicht der Fragen:

#### IfD: 1965

„Was haben Sie sich unter der Wiedervereinigung vorgestellt? Haben Sie an eine Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der jetzigen Ostzone gedacht, oder haben Sie sich ein Deutschland in den Grenzen von

57 Dies übersieht Schweigler in seiner Argumentation; vgl. Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 110–111.

58 Herdegen liefert empirische Belege dafür, daß der Begriff „Wiedervereinigung“ für die Bevölkerung keinen pejorativen Bedeutungsgehalt besitzt; auch inhaltlich machen die Bundesbürger keinen Unterschied zu Ersatzbegriffen; vgl. Gerhard Herdegen, Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage. Teil I, in: Deutschland Archiv, Heft 12/1987, a.a.O., S. 1259–1273, hier S. 1262 f.

1937, also einschließlich der Gebiete Ostpreußen, Pommern, Schlesien vorgestellt?“<sup>59</sup>

*Infas: 1966–67*

„Immer wieder ist von Wiedervereinigung die Rede. Wer oder was soll eigentlich wiedervereinigt werden?“<sup>60</sup>

*Tabelle 3: Deutschlandbegriff nach Alter und Bildung (1985)*

Frage: „Wenn von Deutschland die Rede ist, was ist das für Sie? Die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, das ehemalige Deutsche Reich oder haben Sie keine bestimmten Vorstellungen?“

	Kombi Alter + Schule							
	ges. –34 Volks- schule	–34 Mittel- schule	–34 Abitur- ohne Lehre	35+ Volks- mit Lehre	35+ Volks- schule	35+ Mittel- schule	35+ Abitur	
(n=)	(1.050)	(151)	(128)	(50)	(195)	(335)	(160)	(30)
(Angaben in %)								
Bundesrepublik	59	67	68	74	49	53	65	49
Bundesrepublik + DDR	25	20	23	17	30	24	24	42
ehem. Deutsches Reich	11	2	4	2	13	18	9	9
keine best. Vorstellung	6	11	6	7	8	5	2	0

*Quelle:* Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen vom August 1985, zit. nach Gibowski, German Identity, a.a.O., S. 8 f.

Den Wandel der Vorstellungen belegen auch Ergebnisse aus den achtziger Jahren. So verbanden die Bundesbürger im August 1985 mit dem Begriff „Deutschland“ mehrheitlich (59 Prozent) nur noch die Bundesrepublik. Alter und Bildung beeinflussen hier nachhaltig die Perspektive. In der jüngeren Generation wurde kaum an das Raumbild des Deutschen Reiches angeknüpft. Vielmehr dominierte in allen Teilgruppen die Gleichsetzung von „Deutschland“ mit der Bundesrepublik. Bildung hat in den beiden Altersgruppen eine unterschiedliche Bedeutung: In den älteren Generationen spielte bei formal hoher Bildung die DDR eine fast ebenso starke Rolle wie die Bundesrepublik. Dagegen bezogen gerade die formal höher Gebildeten

<sup>59</sup> Vgl. Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967, Allensbach, Bonn 1967, S. 388 (im folgenden zitiert: Jahrbuch, Bd. IV).

<sup>60</sup> Vgl. Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Materialbericht (Ergebnisse von August-Dezember 1967), Bad Godesberg 1968, o.S.

unter den Jüngeren überwiegend nur die Bundesrepublik, nicht aber die DDR in ihren Deutschlandbegriff mit ein (vgl. Tabelle 3).<sup>61</sup>

Der sprachliche Reflex des nationalen Selbstverständnisses wird zudem mit folgenden, zum Teil mehrfach erhobenen Fragestellungen erfaßt:

### *Die Bundesrepublik Deutschland im Sprachgebrauch*

#### *Übersicht der Fragen:*

##### *Infratest: 1982, 1987;*

„Wie ist das eigentlich, wenn man Sie im Ausland fragt: 'In welchem Land leben Sie?' – was antworten Sie da?“<sup>62</sup>

##### *IfD: 1966, 1980, 1982*

„Wenn Sie von unserem Gebiet mit Ihren Bekannten sprechen – wie nennen sie das?“<sup>63</sup>

*Tabelle 4: Die Bundesrepublik Deutschland im Sprachgebrauch (Angaben in Prozent)*

	1966	1980	1982	1982	1987
	IfD	IfD	IfD	Ifr	Ifr
Deutschland	12	34	34	66	66
Bundesrepublik	36	26	27	<sup>1</sup> 21	<sup>1</sup> 26
Westdeutschland	29	12	12	6	3
BRD	–	13	11	–	3
Westen	8	5	2	x	x
Bei uns, unser Teil	5	5	6	x	x
Bundesrepublik Deutschland	3	4	6	x	x
Bundesgebiet	2	1	–	x	x
Bundesland	–	–	–	4	3
sonstiges	<sup>2</sup> 7	<sup>2</sup> 5	<sup>2</sup> 6	2	2

1 bei Infratest zusammengefaßt „Bundesrepublik (Deutschland)“;

2 beim IfD Allensbach zusammengefaßt „andere/keine Angabe“;

x Kategorie wurde nicht erfaßt;

– Kategorie wurde von weniger als 0,5% der Befragten genannt.

*Quelle:* Erstellt aus Daten des IfD und Infratest (vgl. Übersicht).

61 Vgl. Gibowski, Wolfgang G., Wie stehen die Deutschen zu Deutschland? Beitrag für die Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung „German Identity – 40 Years after Zero“, Washington D.C., 12.-14. Dezember 1985, S. 9.

62 Vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 82.

63 Übersicht vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u. Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Bd. VIII, München u. a. 1983, S. 211.

Die Ergebnisse der beiden Meinungsforschungsinstitute, Infratest und IfD Allensbach, lassen sich nur sehr bedingt miteinander vergleichen. Besonders deutlich wird dies an den Ergebnissen aus dem Jahr 1982. Die erheblichen Differenzen sind darauf zurückzuführen, daß die Frageformulierung von Infratest eine Situation im Ausland beschreibt, während das IfD ganz allgemein nach dem Sprachgebrauch im Bekanntenkreis fragt (vgl. Tabelle 4).<sup>64</sup>

Unabhängig davon ist festzustellen, daß die Verwendung des Begriffs „Deutschland“ durch die Westdeutschen spätestens seit den achtziger Jahren am gebräuchlichsten war. An zweiter Stelle wurde der Kurzbegriff „Bundesrepublik“ benutzt. War in den sechziger Jahren noch häufig von Westdeutschland die Rede, spielte dieser Begriff in den achtziger Jahren nur noch eine nachgeordnete Rolle. Alle übrigen Bezeichnungen – darunter das Kürzel „BRD“ – stießen nach wie vor auf eher geringe Akzeptanz. Der Befund ist ambivalent: Die Bevorzugung des Begriffes „Deutschland“ kann nicht eindeutig als Ausdruck eines gesamtdeutschen, über die Bundesrepublik hinausreichenden Verständnisses gewertet werden. Statt dessen deutet einiges auf eine Vereinnahmung dieser Bezeichnung für den westlichen Teil des Landes hin. Hinzu kommt, daß die häufige Verwendung der Begriffe „Bundesrepublik“ und „Westdeutschland“ insgesamt eher auf eine Abgrenzung vom östlichen Teil Deutschlands hinweist. Zumindes wurde hier sprachlich differenziert, um die realen Verhältnisse geographisch exakt auszudrücken.<sup>65</sup>

### *Die DDR im Sprachgebrauch*

#### *Übersicht der Fragen:*

##### *Emnid: 1967*

„Wenn bei Ihnen zu Hause über das deutsche Land zwischen Elbe, Ostsee und Oder gesprochen wird, welche Bezeichnungen gebrauchen Sie dann?“<sup>66</sup>

##### *Infas: 1968–74*

„Wenn Sie vom anderen Teil Deutschlands reden, wie bezeichnen Sie ihn dann?“ („Denken Sie bitte einmal nach.“)

64 Interessant wäre auch zu untersuchen, inwieweit die Formulierung „Wenn Sie von *unserem* Gebiet sprechen ...“ eine Abgrenzung vom „Gebiet der anderen“ provoziert.

65 Lediglich im Ausland wird hier sprachlich großzügiger verfahren, d.h. das eigene Land weniger genau bezeichnet, was jedoch auch auf Verständigungsgründe zurückzuführen sein könnte.

66 Vgl. Emnid, Das Bild der politischen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland (Juni/Juli 1967), Bielefeld 1967 zit. nach Jansen, Meinungsbilder, a.a.O., S. 178 ff.

(ab 1971 wird grundsätzlich zum Nachdenken aufgefordert; ab 1973 wird eingeleitet: „Nun etwas anderes: ...“)<sup>67</sup>

*Infratest: 1968;*

„Sie wissen, daß Deutschland seit dem Ende des letzten Krieges geteilt ist. Wie bezeichnen Sie den anderen Teil Deutschlands?“<sup>68</sup>

*1969, 1972, 1987;*

„Und wie bezeichnen Sie gewöhnlich den anderen Teil Deutschlands?“<sup>69</sup>

*1990*

„Hier ist eine Karte von unserem Land. Wenn Sie von dem rechten Teil, den Sie auf der Karte sehen, so mit Ihren Bekannten sprechen – wie nennen Sie ihn heute, wie sagen Sie da?“<sup>70</sup>

*IfD: 1966, 1980, 1982*

„Hier ist eine Karte von Deutschland. Sie sehen hier links unser Gebiet und rechts den anderen Teil Deutschlands. Wenn Sie vom anderen Teil Deutschlands so mit Ihren Bekannten sprechen – wie nennen Sie es, was sagen Sie da?“<sup>71</sup>

Umfangreicher ist das vorliegende Datenmaterial zur Bezeichnung des östlichen Teil Deutschlands durch die Westdeutschen. Auch hier ist zu berücksichtigen, daß von der Demoskopie teilweise offene Fragen und teilweise Listenvorgaben eingesetzt wurden. Ein Grundtrend läßt sich allerdings durchgängig ablesen. Die Bezeichnungen aus der Nachkriegszeit – wie Zone, Ostzone, sowjetische Besatzungszone (SBZ), aber auch Mitteldeutschland<sup>72</sup> – wurden von den Bundesbürgern immer seltener benutzt (vgl. Tabelle 5). Zudem messen alle drei Meinungsforschungsinstitute (Infas, Infratest, IfD) – je nach Erhebungsform auf unterschiedlichem Niveau – den gleichen Trend: Der Begriff DDR, der auf eine Eigenstaatlichkeit Ostdeutschlands verweist, hat sich kontinuierlich durchgesetzt (vgl. Schaubild 2).<sup>73</sup>

67 Vgl. erstmals in: Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Vierteljahresanalyse I. Quartal 1968 (Ergebnisse von Januar-März 1968), Bad Godesberg 1968, S. 2–3.

68 Vgl. Infratest, Die westdeutsche Bevölkerung und die DDR – Urteile und Vorurteile –, München 1968, S. 9.

69 Vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 84.

70 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u. Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Bd. IX, München u. a. 1993, S. 390.

71 Übersicht vgl. Noelle-Neumann/Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 211.

72 Erschwert wird die Analyse insbesondere auch dadurch, daß Infas diese Bezeichnungen in eine Kategorie „anderes“ zusammengefaßt hat, obgleich in den sechziger und siebziger Jahren hier die meisten Nennungen abgegeben wurden; dabei dürfte der Begriff „Mitteldeutschland“ quantitativ eine deutlich geringere Rolle gespielt haben, als die verschiedenen Varianten des Zonen-Begriffs; dies verdeutlichen die Aufsplittings für die ersten Erhebungszeitpunkte.

73 Offen muß bleiben, inwieweit der Wert des IfD Allensbach für das Jahr 1980 einen Trendeinbruch markiert oder auf methodische Fehler der Erhebung zurückzuführen ist; Vergleichswerte anderer Institute liegen für diesen Zeitpunkt nicht vor; allerdings verzeichnet das IfD selbst nur zwei Jahre später einen enormen Anstieg des Gebrauchs der Bezeichnung „DDR“; dieser 1982 gemessene Wert bestätigt den Gesamtrend.



Tabelle 5: Die Deutsche Demokratische Republik im Sprachgebrauch (Angaben in %)

	1966	1967	1968		1969		1970	1971	1972		1973	1974	1980	1982	1987
	IfD	Emnid	<sup>1)</sup> Ifr	Inf	Ifr	Inf	Inf	Inf	Ifr	Inf	Inf	Inf	IfD	IfD	Ifr
DDR	11	8	20	26	23	30	41	47	48	55	58	61	37	66	75
Ostzone	48	58	46	x	40	x	x	x	26	x	x	x	33	13	13
Ostdeutschland	12	–	10	x	16	x	x	x	14	x	x	x	13	8	7
drüben, von drüben	5	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	4	6	x	x
Zone	9	12	10	x	7	x	x	x	3	x	x	x	4	2	1
Mitteldeutschland	4	11	7	x	9	x	x	x	3	x	x	x	2	1	1
sowjet. besetzte Zone/ sowjet. Besatzungs- gebiet/besetzte Zone	4	8	<sup>2)</sup> 3	x	<sup>2)</sup> 3	x	x	x	<sup>2)</sup> 1	x	x	x	2	1	<sup>2)</sup> –
Dt. demokrat. Republik	x	–	x	3	x	3	2	2	x	1	3	3	x	x	x
Sowjetzone	3	x	<sup>3)</sup> 2	x	x	x	x	x	x	x	x	x	–	1	x
Deutschland	x	x	x	x	–	x	x	x	–	x	x	x	x	x	1
sonstiges <sup>4)</sup>	9	6	2	(72)	–	(67)	(57)	(52)	4	(44)	(39)	(36)	9	6	3

1 bei Infratest Listenvorgaben;

2 bei Infratest Listenvorgabe „SBZ“;

3 bei Infratest „Russische Zone“;

4 beim IfD Allensbach und Emnid zusammengefaßt „andere/k. A.“; ebenso Infas, darunter auch die Kategorien „Ostzone“, „SBZ“ u.ä.; bei Infratest 1968 „keine Angabe“;

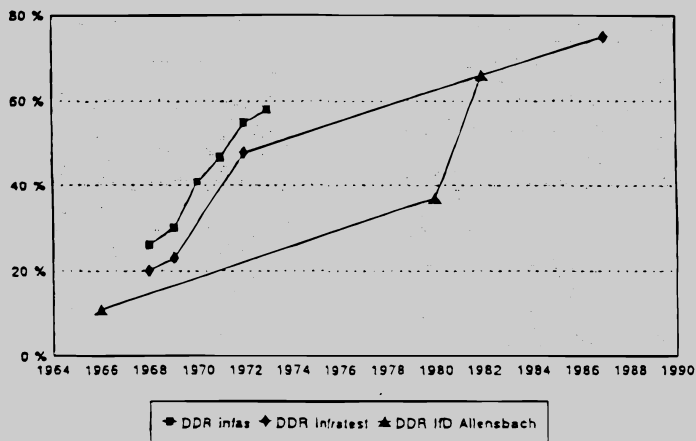
x Kategorie wurde nicht erfaßt;

– Kategorie wurde von weniger als 0,5% der Befragten genannt.

Quelle: Erstellt aus Daten von Emnid, IfD, Infas und Infratest (vgl. Übersicht).

Schaubild 2:

### Die Deutsche Demokratische Republik im Sprachgebrauch Verwendung der Bezeichnung "DDR"



Quelle: Erstellt aus Daten von IfD, Infaz, Infratest (vgl. Übersicht).

### Bezeichnung Deutschlands und seiner beiden Teile im Oktober 1990

Seit der deutschen Einheit zeichnet sich eine grundlegende Änderung im Sprachgebrauch der Westdeutschen ab, in der sich die neuen Verhältnisse widerspiegeln.<sup>74</sup> Erste Ergebnisse zeigen, daß die Bezeichnung „Deutschland“ für den westlichen Teil des Landes deutlich zurückhaltender verwendet wird als in der Vergangenheit. Statt dessen ist am häufigsten von „Westdeutschland“ die Rede. Fast ebenso häufig wird die Bezeichnung „Bundesrepublik“ benutzt.<sup>75</sup> Die Abkürzung „BRD“ ist weiter verbreitet als in der Vergangenheit.<sup>76</sup>

74 Dazu vgl. auch Wolfgang Bergsdorf, Die Wiedervereinigung der deutschen Sprache, in: Deutschland Archiv, Heft 10/1993, S. 1182–1191, hier besonders S. 1186 ff.

75 Fraglich ist, weshalb in der Listenvorgabe nicht auch die Bezeichnung „alte Bundesrepublik“ vorgegeben wurde, in Analogie zur „ehemaligen“ bzw. „früheren DDR“.

76 Das IfD Allensbach hat in einer Erhebung aus dem Jahr 1974 eine deutliche Reserviertheit gegenüber der Abkürzung „BRD“ festgestellt; lediglich 9 Prozent der Befragten wünschten sich diese Bezeichnung für den westlichen Teil des Landes; vgl. Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1974–1976, Bd. VI, Allensbach 1976, S. 55.

*Tabelle 6:* Westdeutschland im Sprachgebrauch (Oktober 1990)

Frage: Und wenn Sie von dem linken Teil mit Ihren Bekannten sprechen – wie nennen Sie den?“ (offene Frage)

Westdeutschland	26%
Bundesrepublik	24%
Deutschland	20%
BRD	18%
Westen, Westteil	6%
Wessi-Land	–
anderes	5%
weiß nicht, k.A.	1%
Summe	(=100)

*Quelle:* Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 390 (Bevölkerung der alten Bundesländer ab 16 Jahre).

Gänzlich verändert hat sich der Sprachgebrauch hinsichtlich der ehemaligen DDR. Die Ergebnisse des IfD Allensbach für das Jahr 1990 sind in nachfolgender Übersicht dargestellt:

*Tabelle 7:* Ostdeutschland im Sprachgebrauch (Oktober 1990)

Frage: Hier ist eine Karte von unserem Land. Wenn Sie von dem rechten Teil, den Sie auf der Karte sehen, so mit Ihren Bekannten sprechen – wie nennen Sie ihn heute, wie sagen Sie da?“ (offene Frage)

Osten, Ostteil,	
Ostprovinzen, Ostdeutschland	29%
DDR	27%
ehemalige DDR	24%
frühere DDR, alte DDR	6%
Ostzone, Zone	3%
Ex-DDR	2%
Die neuen Bundesländer	2%
anderes	6%
weiß nicht, k. A.	1%
(Summe)	(100)

*Quelle:* Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 390 (Bevölkerung der alten Bundesländer ab 16 Jahre).

Außerdem fragte das IfD anlässlich der deutschen Einheit nach der Bezeichnung Gesamtdeutschlands (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Bezeichnung des vereinten Deutschland im Oktober 1990

Frage: Wie nennen Sie heute unser Land, ich meine jetzt das gesamte Gebiet, das Sie auf der Karte sehen?“ (offene Frage)

Deutschland	63%
BRD, Bundesrepublik	17%
Gesamtdeutschland	8%
Vereinigtes, vereintes, wiedervereinigtes Deutschland	5%
West- und Ostdeutschland	3%
anderes	2%
weiß nicht, keine Angabe	2%
(Summe)	(100)

Quelle: Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 390 (Bevölkerung der alten Bundesländer ab 16 Jahre).

Die Rangfolge ist eindeutig: Fast zwei Drittel der Westdeutschen favorisieren die Bezeichnung „Deutschland“. Ist dieses Ergebnis Ausdruck eines selbstverständlicheren Umgangs mit einem zuvor durch die Teilung belasteten Begriff? Oder handelt es sich hier um den pragmatischen Umgang mit einer neuen Situation, da alle anderen Bezeichnungen zu umständlich, oder aber wenig trennscharf sind?

### 2.1.2. Zwei Staaten – eine Nation

Das IfD Allensbach hat im November 1967 eine Frage gestellt, die ein Kernproblem des deutschen Nationalbewußtseins anspricht: „Wie geht es Ihnen rein gefühlsmäßig: Gibt es für Sie heute ein Deutschland oder zwei Deutschland?“. Die Ergebnisse verweisen unmittelbar auf die innere Gespaltenheit der Westdeutschen in dieser Frage: So ging die eine Hälfte der Bundesbürger von der Existenz eines Deutschlands aus. Gleichzeitig betrachteten 43 Prozent die beiden Teile Deutschlands als zwei deutsche Staaten.<sup>77</sup>

Ist dieser Befund als Beleg dafür zu werten, daß daß Bewußtsein der Deutschen, einer Nation anzugehören, durch die Teilung brüchig geworden war? Um hier zu differenzierteren Einsichten zu gelangen, haben die Meinungsforschungsinstitute verschiedene Frageinstrumente entwickelt. Eingesetzt wurden die Begriffspaare „ein Staat/zwei Staaten“ und „eine Nation/zwei Nationen“. Gefragt wurde außerdem nach der Existenz von „einem Volk bzw. zwei Völkern“.

<sup>77</sup> Daten aus IfD-Umfrage vom Nov. 1967, zit nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 140.

*Übersicht der Fragen**Emnid: 1974, 1984*

„Würden Sie sagen, daß die DDR und die Bundesrepublik eine deutsche Nation darstellen oder würden Sie sagen, daß beide Staaten nicht einer deutschen Nation angehören?“<sup>78</sup>

*Infratest: 1972, 1976*

„Über Deutschland als Staat, das deutsche Volk und die deutsche Nation heute gibt es verschiedene Ansichten. Welcher von diesen drei Ansichten stimmen Sie persönlich am meisten zu?

(1976: „Über Deutschland und die deutsche Nation ... Welcher dieser beiden Ansichten stimmen Sie persönlich eher zu?“; nur Antwortvorgabe B und C)

A Weder die Bundesrepublik noch die DDR sind Staaten wie die meisten anderen. Sie sind nur Übergangsregelungen und werden eines Tages einen einheitlichen Staat bilden.

B Die Bundesrepublik und die DDR sind heute zwei selbständige Staaten. Ihre Bürger gehören aber einer einheitlichen Nation an.

C Bundesrepublik und DDR sind zwei selbständige Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen, deren Bürger nicht mehr eine einheitliche Nation bilden.“<sup>79</sup>

*1984, 1987*

„Ich lese Ihnen jetzt einige Begriffe vor, die zum Teil etwas unscharf sind und unter denen nicht jeder das gleiche versteht. Dennoch möchte ich Sie bitten, mir zu sagen, was Sie darüber denken. Sind die Deutschen in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR für Sie ein Volk oder zwei Völker?“<sup>80</sup>

*1984, 1987*

„Und sind die Bundesrepublik und die DDR ein Staat oder zwei Staaten?“<sup>81</sup>

*Infas: 1977–1980*

„Die Bundesrepublik und die DDR sind heute zwei selbständige Staaten. Wenn Sie einmal an die Einwohner der Bundesrepublik und der DDR

78 Vgl. Emnid, Informationen, Nr. 3–4/1984, S. 8 f.

79 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., Tab. 34, S. 111 sowie Infratest, Meinungen der Bevölkerung in der Bundesrepublik zur Deutschlandpolitik und zur DDR 1976, Berichtsband I, München 1977, S. 25 ff.

80 Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 86 f.

81 Ebenda.

denken, gehören diese Bürger einer einheitlichen Nation an oder gehören sie nicht mehr einer einheitlichen Nation an?“<sup>82</sup>

IfD: 1971

„Glauben Sie, daß wir trotz der Aufteilung in Bundesrepublik und DDR auch in Zukunft ein Volk, eine deutsche Nation bleiben werden oder glauben Sie, wir werden uns im Laufe der Geschichte auseinanderleben – etwa so wie Deutsche und Österreicher?“<sup>83</sup>

Eine Zeitreihenanalyse ist aufgrund der vereinzelt erhobenen Erhebungszeitpunkte und der erheblich divergierenden Frageformulierungen bzw. Antwortvorgaben nicht vertretbar. Gesondert sind zunächst die Ergebnisse des IfD Allensbach aus dem Jahre 1971 zu betrachten, da hier keine dichotomischen Begriffspaare verwendet wurden. Statt dessen zielt die Frageformulierung auf die allgemeine Einschätzung der Befragten. Das IfD ermittelte in allen Altersgruppen eine pessimistische Sicht der nationalen Zusammengehörigkeit:

Tabelle 9: Einschätzung der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen

Altersgruppen	auseinanderleben	Nation bleiben	unentschieden
16–29:	69%	16%	15%
30–44:	74%	18%	8%
45–59:	60%	30%	10%
ab 60:	55%	22%	23%

Quelle: IfD, Stimmung vom 25. Oktober 1971, zit. nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 144.

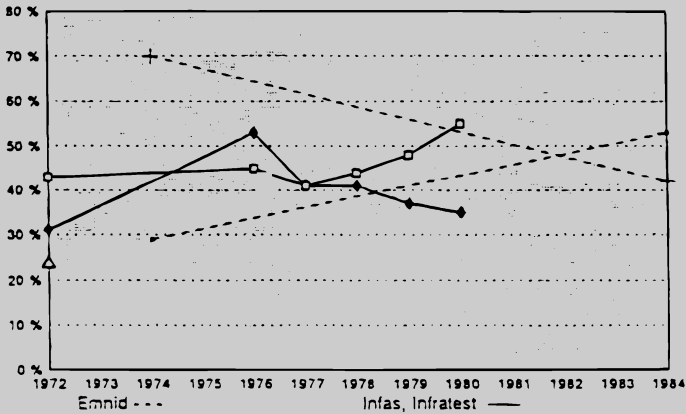
Die Ergebnisse der übrigen Meinungsforschungsinstitute zur Zusammengehörigkeit der Nation sind im nachfolgenden Schaubild dargestellt. Nach den Daten von Infratest und Infas hatte sich die Vorstellung von „zwei Staaten einer Nation“ bis 1980 mehrheitlich durchgesetzt. Zuletzt stimmten 55 Prozent der Westdeutschen der Aussage zu, die Bundesrepublik und die DDR seien „zwei selbständige Staaten“, die jedoch einer „einheitlichen Nation“ angehörten. Mindestens ein Drittel ging allerdings nicht nur von der Existenz zweier Staaten, sondern auch von zwei Nationen in Deutschland aus. 1976 wurde dieser Standpunkt sogar als Mehrheitsmeinung ermittelt.

82 Vgl. erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Oktober 1978, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1979, Übersicht 2.03; zuletzt in: dass., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband-, Bonn-Bad Godesberg 1980, S. 75.

83 Daten aus IfD, Stimmung v. 25.10.1971, zit. nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 144.

Schaubild 3:

## Zusammengehörigkeit der deutschen Nation



Quelle: Erstellt aus Daten von Emnid, Infas u. Infratest (vgl. Übersicht).

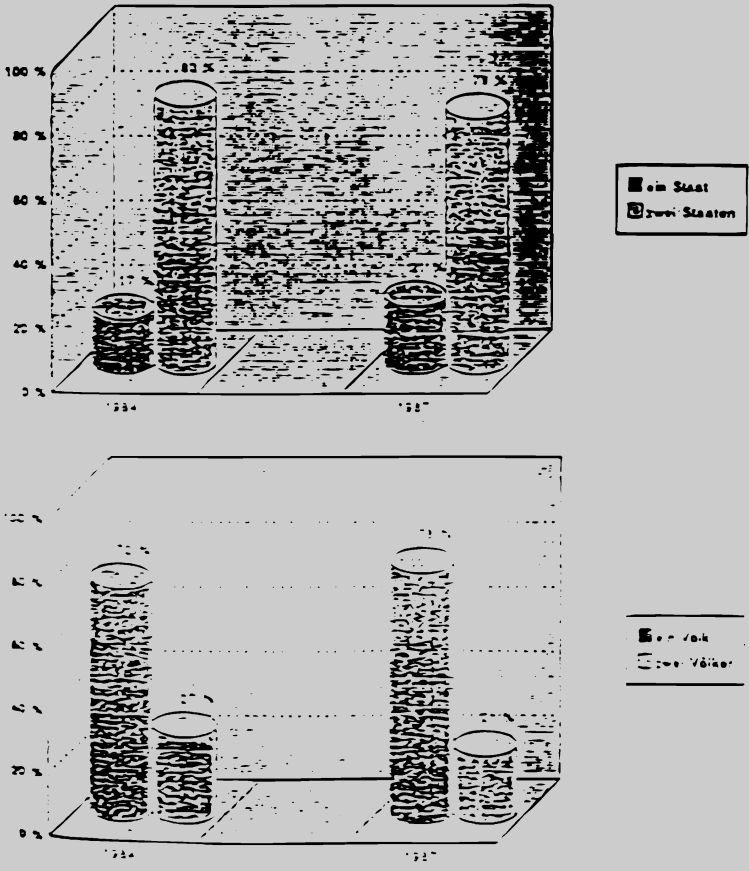
Emnid setzte eine weniger komplexe Frageformulierung ein und gelangte zu einem anderen Befund (vgl. Schaubild 3). Auch hier wurde nach der Zusammengehörigkeit der Nation gefragt – jedoch ohne die Existenz zweier Staaten in Deutschland in gleichem Maße zu betonen. Demnach hatte sich das Bewußtsein der Westdeutschen innerhalb eines Jahrzehnts grundlegend gewandelt. Während 1974 noch die große Mehrheit (70 Prozent) an der Vorstellung von einer deutschen Nation festhielt, empfand so 1984 nur eine Minderheit von 42 Prozent. Statt dessen bekannte sich mehr als die Hälfte zu dem Gefühl, daß es zwei deutsche Nationen gab.

Die Demoskopie hat somit hinsichtlich der nationalen Zusammengehörigkeit disparate Tendenzen in den Einstellungen der Westdeutschen ermittelt. Aufgrund des eher diffusen Bedeutungsgehalts der verwendeten Begriffe läßt sich jedoch kaum eindeutig bestimmen, welches Frageinstrumentarium die höhere Validität besitzt: Welche Assoziationen beeinflussen konkret das Antwortverhalten? Wird die nationale Verbundenheit etwa durch den Hinweis auf die Teilung in zwei Staaten stimuliert? Oder mißt die allgemeiner gefaßte Formulierung tieferliegende Wahrnehmungsmuster? Fest steht, daß ein Großteil der Bevölkerung an der Einheit der Nation festhielt. Doch zugleich sind Brüche im Zusammengehörigkeitsgefühl nicht zu übersehen.

Konkretisieren läßt sich der Befund durch zwei Erhebungen von Infratest, das in den Jahren 1984 und 1987 die Begriffe „Staat“ und „Volk“ abgefragt hat. Der diffuse Nationsbegriff konnte auf diese Weise umgangen werden. Die Bundesbürger gingen demnach in gleichem Maße von zwei deutschen Staaten wie von einem deutschen Volk aus (vgl. Schaubild 4).

Schaubild 4:

## Zusammengehörigkeit von Volk und Staat



Quelle: ●●●●



Die große Mehrheit der Westdeutschen ging von der Existenz zweier Staaten in Deutschland aus. Nur eine Minderheit, immerhin aber jeder fünfte betrachtete die Bundesrepublik und die DDR als einen Staat. Diese Vorstellung hatte von 1984 bis 1986 sogar leicht zugenommen. Gleichzeitig war die Meinung, es gebe zwei deutsche Völker, rückläufig. Vielmehr dominierte klar das Bewußtsein, daß die Deutschen in Ost und West einem Volk angehören.

In diesem Zusammenhang ist auf erhebliche altersspezifische Unterschiede hinzuweisen. Diese lassen sich verdeutlichen anhand einer Gegenüberstellung der Einstellungsdaten der jüngeren und der älteren Generation für das Jahr 1987:

*Tabelle 10:* Das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR nach Altersgruppen (1987)

	14–29 Jahre	60 Jahre u. älter
ein Volk	65%	90%
zwei Völker	34%	9%
k.A.	1%	1%
ein Staat	16%	32%
zwei Staaten	83%	67%
k.A.	1%	0%

*Quelle:* Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 86.

Fast zwei Drittel der Jugendlichen, gegenüber 90 Prozent der über 60jährigen, vertraten die Vorstellung von einem deutschen Volk. Doch immerhin 34 Prozent hielten die Deutschen in Ost und West für zwei Völker. Ebenso betrachteten 83 Prozent der jüngeren Befragten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR als zwei Staaten, während diese Auffassung in der älteren Generation lediglich 67 Prozent teilten.

Weiter differenzieren lassen sich die Befunde zum gesamtdeutschen Nationalbewußtsein durch solche Erhebungen, die nach der DDR als Ausland fragen. Hierzu liegen Ergebnisse von den beiden Meinungsforschungsinstituten Infas und Infratest vor, die zusammen genommen eine geradlinige Trendentwicklung ergeben.

### *Übersicht der Fragen*

*Infas: 1973–75, 1977–80*

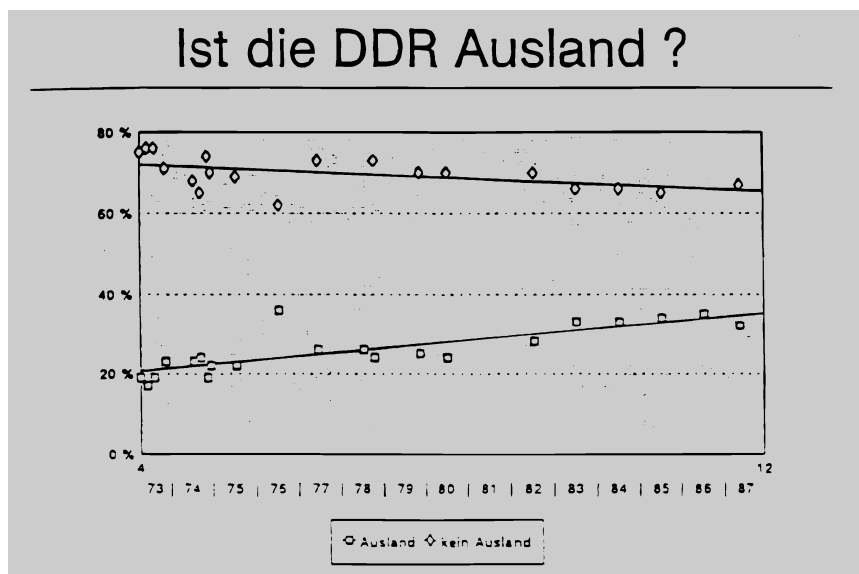
„Ist die DDR für Sie Ausland?“<sup>84</sup>

<sup>84</sup> Vgl. erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im April 1973, – Tabellenband-, Bonn-Bad Godesberg 1973, Übersicht 19; zuletzt in: Infas, Resonanz (Ergebnisse vom Juli 1980), – Tabellenband –, a.a.O., S. 73–74.

Infratest: 1976, 1978 1982–87

„Ist die DDR für Sie Ausland oder kein Ausland?“<sup>85</sup>

Schaubild 5:



Quelle: Erstellt aus Daten von Infas und Infratest (vgl. Übersicht).

Demnach wurde die DDR von den Bundesbürgern zunehmend als „Ausland“ betrachtet. Von 1971 bis 1987 stieg der Anteil derjenigen, die sich in diesem Sinne äußerten, von 19 Prozent auf 32 Prozent. Dennoch war die eindeutige Mehrheit stets der Meinung, die DDR sei „kein Ausland“. Auch hier belegt ein Altersvergleich erhebliche Unterschiede in den Einstellungen der Generationen (s. Tabelle 11).

Obwohl die Mehrheit der Westdeutschen über die Jahrzehnte an der Zusammengehörigkeit der beiden Teile Deutschlands festhielt, haben sich diese im Bewußtsein – vor allem der jungen – Bevölkerung doch voneinander entfernt.

<sup>85</sup> Vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, Band II, Berichtsband, München 1982, S. 36; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen der Bundesbevölkerung und von DDR-Besuchern (I. und II. Welle), Berichtsband 1985, Band 6, München 1985, S. 12 ff; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen der Bundesbevölkerung, Berichtsband 1986, Band 4, München 1986, S. 14 f; dass./ Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 88 f.

*Tabelle 11:* Das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR nach Altersgruppen (1987)

	14–29 Jahre	60 Jahre u. älter
DDR ist ...		
Ausland	51%	12%
kein Ausland	48%	88%
k.A.	2%	–

*Quelle:* Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 88.

### *Die Situation im Jahr der deutschen Einheit*

Im Oktober/November 1990 hat Infratest erneut nach dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen gefragt. Die Ergebnisse verdeutlichen nochmals, wie sehr die Teilung das Nationalbewußtsein der Deutschen geprägt hat:<sup>86</sup>

*Tabelle 12:* Einstellungen der Deutschen zur Zusammengehörigkeit im Oktober/November 1990:

„Der andere Teil Deutschlands ...

- |  |     |
|--|-----|
| – ... war für mich schon immer Teil eines gemeinsamen Deutschlands, das zusammengehört.“         | 42% |
| – ... war für mich früher ein anderes Land, mittlerweile überwiegen jedoch die Gemeinsamkeiten.“ | 31% |
| – ... war für mich immer ein anderes, fremdes Land. Das ist bis heute so geblieben.“             | 20% |
| – Befragter stimmt keiner Meinung zu.  | 6%  |

*Quelle:* Infratest, Die Deutschen West und Ost im Herbst 1990. Gemeinsamkeiten und Divergenzen, – Analyseband-, München 1990, S. 1.

Unter den Westdeutschen sah jeder fünfte in der ehemaligen DDR ein „fremdes Land“. Fast ein Drittel erlebte ein Zusammengehörigkeitsgefühl erst seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Doch für einen Großteil der Bundesbürger (42 Prozent) hatte der östliche Teil Deutschlands schon immer zur gemeinsamen Nation gezählt.

86 Der Wortlaut der Frage wird nicht angegeben.

Auch das IfD Allensbach schickte zu dieser Problematik im November 1990 eine Frage ins Feld: „Eine Frage zur deutschen Einheit: Wenn Sie hören: 'Wir sind ein Volk', stimmt das, oder empfinden Sie das nicht so?“. Die klare Mehrheit (54 Prozent) der befragten Westdeutschen beantwortete dies positiv. Gleichwohl ist festzuhalten, daß ein Drittel sich nicht als ein Volk empfand. Vor dem Hintergrund der historischen Zäsur in Deutschland und des damit verknüpften Stimulus der Frageformulierung erscheint dieser Anteil recht hoch.<sup>87</sup>

### 2.1.3. *Bürger und Staat*

Den Ordnungsrahmen für die Gemeinschaftserfahrungen der Westdeutschen bildet das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Die Selbstwahrnehmung der Bundesbürger wird nachhaltig geprägt von ihrem Verhältnis zum eigenen Staat. Im folgenden gilt es, anhand zentraler Fragestellungen der Demoskopie zu prüfen, wie sich im Untersuchungszeitraum Systemakzeptanz und Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland entwickelt haben. Eine positive Grundeinstellung, so die Hypothese, kann als Baustein der Selbstanerkennung als Staatsnation<sup>88</sup> gewertet werden.

Zwischen 1955 und 1965 war in der Bundesrepublik Deutschland der Prozeß der Etablierung der Demokratie im Sinne der Akzeptanz durch die Bürger weitgehend abgeschlossen. Die Forschung hat dies durch eine Vielzahl von Untersuchungen nachgewiesen, wie an anderer Stelle ausführlich dokumentiert wurde.<sup>89</sup> Exemplarisch soll dieser Befund im folgenden empirisch belegt werden.

Nachstehende Grafik veranschaulicht anhand zentraler Indikatoren im Zeitverlauf, daß wesentliche Funktionselemente der Demokratie von einer wachsenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung getragen wurden. Die Verlaufskurven weisen seit Mitte der sechziger Jahre fast konstant nach oben, was einem zunehmenden Legitimitätseinverständnis gleichkommt.

### *Übersicht der Indikatoren*

#### *Mehr als eine Partei:*

„Do you think it is better for a country to have several parties, so that a variety of different opinions can be represented, or only one party, so that as much unity as possible exists?“ (Zustimmung in Prozent);<sup>90</sup>

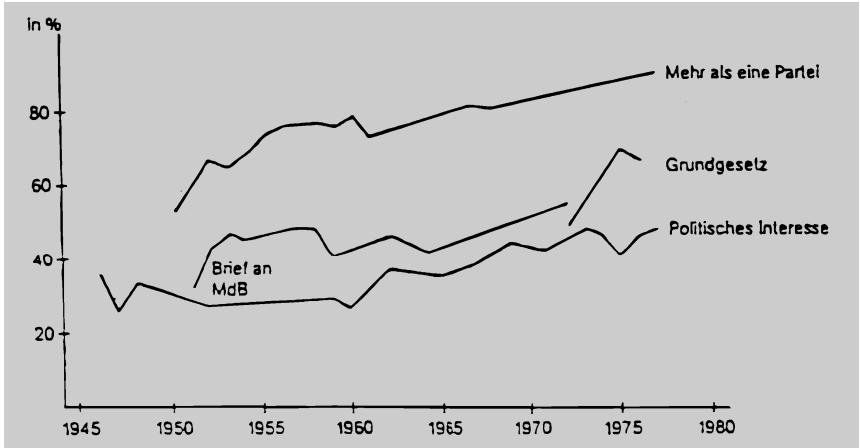
87 13 Prozent der Befragten waren unentschieden; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 449.

88 Zum Begriff der „Staatsnation“ vgl. oben Kap. 1.

89 Zu den Ergebnissen von David P. Conradt und anderen vgl. Weidenfeld/Korte, Das Profil, a.a.O., S. 87 ff.

90 Vgl. David P. Conradt, *The German Polity*, New York/London <sup>3</sup>1986, S. 53.

Schaubild 6: Indikatoren des Legitimitätseinverständnisses in der Bundesrepublik



Quelle: zit. nach Franz Urban Pappi. Die politischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland zum Legitimitätseinverständnis der Bevölkerung, in: Außerschulische Bildung 1982, H.3.

#### Grundgesetz:

„Manche sagen: Die im Grundgesetz festgelegten demokratischen Verhältnisse sind in unserem Staat nicht befriedigend. Um zu einer wirklichen Demokratie zu kommen muß man das ganze System verändern und ein neues Grundgesetz schaffen. Wollen Sie das auch oder wollen Sie das nicht?“ (Zustimmung in Prozent);<sup>91</sup>

#### Brief an MdB:

„Wenn Sie dem Abgeordneten, der Ihren Wahlkreis vertritt, einen Brief schreiben würden: Was denken Sie – was würde mit dem Brief geschehen?“ – „Brief würde gelesen werden“ (Zustimmung in Prozent);<sup>92</sup>

#### Politisches Interesse:

„(Einmal ganz allgemein gesprochen -) Interessieren Sie sich für Politik?“ (Zustimmung in Prozent);<sup>93</sup>

91 Vgl. Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VI, a.a.O., S. 72.

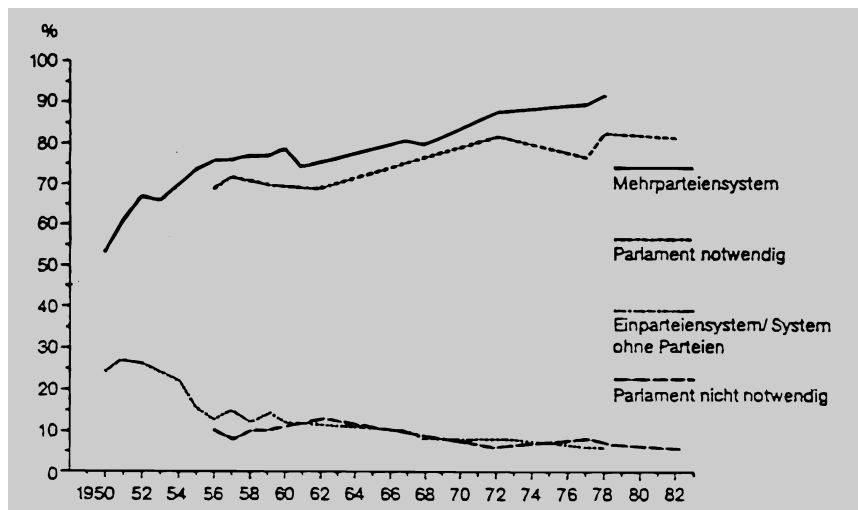
92 Vgl. Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach<sup>3</sup>1956, S. 162 (im folgenden zitiert: Jahrbuch, Bd. I); dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 182 sowie dies. (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, Allensbach/Bonn 1974, S. 250 (im folgenden zitiert: Jahrbuch, Bd. V).

93 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. V, a.a.O., S. 213; Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VI, a.a.O., S. 63 sowie dies. (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976–1977, Bd. VII, Wien/München/Zürich 1976, S. 62.

„Are you yourself interested in political affairs or do you prefer to leave that to others?“ (Zustimmung in Prozent);<sup>94</sup>

Schaubild 7 zeigt auf einer anderen Datenbasis und mit ergänzenden Indikatoren ebenso deutlich den Trend der wachsenden Akzeptanz der demokratischen Regierungsform und der parlamentarischen Verfahrensweisen in Westdeutschland. Mehrparteiensystem und Parlament wurden zu selbstverständlichen Bestandteilen der politischen Ordnung.

Schaubild 7: Unterstützung der Institutionen des politischen Systems (in Prozent)



Quelle: Allensbacher Archiv, zit. nach Dieter Fuchs, Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989, S. 97.

Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Verhältnis der Westdeutschen zu ihrem Staat ist zudem der Grad der Systemzufriedenheit. Hier läßt sich für die siebziger und achtziger Jahre ein ebenso geradlinig verlaufender Entwicklungstrend nicht nachweisen.<sup>95</sup> Auch dazu soll eine Auswahl von Einzeldaten und Zeitreihen dargestellt werden, welche die wichtigsten Aspekte der Entwicklung transparent machen.

94 Vgl. Anna J. Merritt u. Richard L. Merritt, Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945–1949, Urbana/Chicago/London 1970, S. 44.

95 Vgl. dazu Oscar W. Gabriel, Politische Kultur und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986 sowie Bettina Westle, Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden 1989.

– Trotz der zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen und innenpolitischen Situation waren die Bundesbürger im Sommer 1972 mit der gesellschaftlichen Ordnung grundsätzlich einverstanden. Dieses Einverständnis ging jedoch einher mit einer „allgemeinen Reformoffenheit“<sup>96</sup>. Während 21 Prozent der Befragten der Ansicht waren, die „Verhältnisse in der Bundesrepublik sollen so bleiben, wie sie sind“, meinten 53 Prozent „die Verhältnisse ... (seien) im wesentlichen ... befriedigend. Einige Mißstände müßten jedoch beseitigt werden“. Etwa jeder fünfte hielt eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse durch „konsequente Reformen“ für dringend notwendig. Nur 3 Prozent forderten eine „revolutionäre Umgestaltung“.

– Im Jahr 1977 antworteten die Bundesbürger auf eine Frage nach der Systemzufriedenheit zu 69 Prozent „einigermaßen zufrieden“; weitere 17 Prozent zeigten sich „sehr zufrieden“ mit dem politischen System.<sup>97</sup>

– Seit 1984 fragt das Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) jährlich nach der Zufriedenheit mit der Demokratie: „Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h. zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“. In diesem Zeitraum gaben immer mehr Menschen an, insgesamt zufrieden zu sein. Im Mai 1990 wurde sogar erstmalig ein Wert von über 80 Prozent gemessen. Diese Steigerung von 73 Prozent (1989) auf 85 Prozent (1990) ist nur im Kontext der Vereinigung beider Staaten zu bewerten. Die Zufriedenheit mit der Demokratie Westdeutschlands ist in dem Maße gestiegen, wie sie sich als das Modell des vergrößerten neuen Deutschland erwies und den Menschen die Schattenseiten der DDR deutlicher vor Augen traten als zuvor. Die hohe Zufriedenheit mit der Demokratie ist gleichzeitig Ausdruck des stabilen politischen Systems in einer Phase des geschichtlichen Umbruchs in Deutschland (vgl. Schaubild 8).

– Zur Demokratiezufriedenheit lassen sich zwei weitere Zeitreihen einander gegenüberstellen<sup>98</sup>:

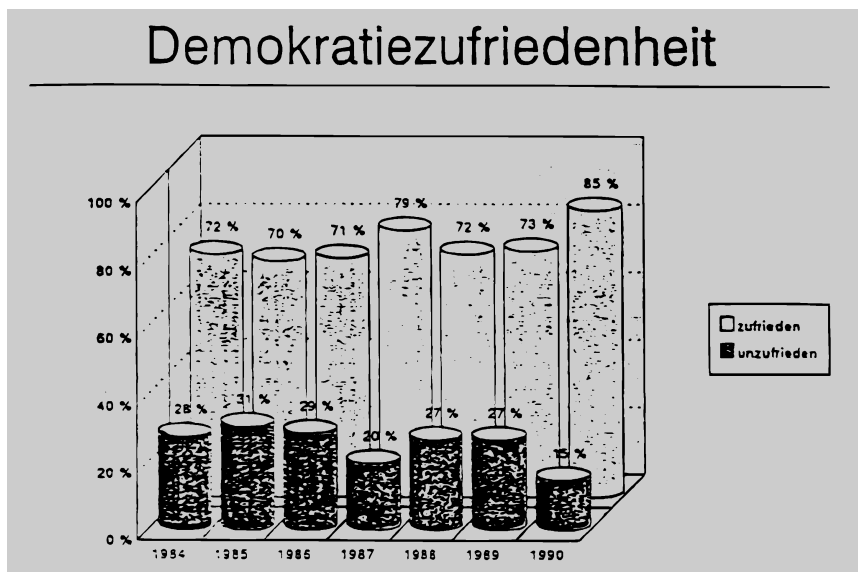
Ein klares Verlaufsmuster zeigt sich bei dem Indikator der Forschungsgruppe Wahlen. Demnach lassen sich vier verschiedene Phasen unterscheiden. Die erste Phase reichte bis kurz vor der Bundestagswahl 1980 und war durch

96 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., S. 93; die Frageformulierung und empirischen Daten vgl. ebenda, S. 92 f.

97 Entnommen aus Rudolf Wildenmann, Wie unzufrieden die Deutschen sind, in: Capital, 10/1977, S. 219.

98 Ausführlich analysiert und dargestellt bei Dieter Fuchs, Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland, Opladen 1987 (PVS-Sonderheft 18), S. 357–377, hier S. 361–365; Dieter Fuchs, Die Unterstützung, a.a.O., S. 134 ff; vgl. auch Bettina Westle, Zur Akzeptanz der politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 253–295.

Schaubild 8: Zufriedenheit mit der Demokratie



*Quelle:* Erstellt aus Daten des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik, Berichte 1984–90, Mannheim (Befragte im Bundesgebiet ohne Berlin (West)).

eine fast gleichbleibend hohe Demokratiezufriedenheit gekennzeichnet. Daran schloß sich die zweite Phase mit einem deutlichen Abfall der Demokratiezufriedenheit an. Ein Tiefpunkt lag im Februar 1982. Kurz vor der Bundestagswahl 1983 gab es wieder einen Höhepunkt mit erneut rund 80 Prozent Demokratiezufriedenheit. In der letzten und vierten Phase, die kurz nach der Bundestagswahl einsetzte, pendelte sich die Demokratiezufriedenheit um etwa 70 Prozent wieder ein.

In zwei wichtigen Aspekten stimmt der Trend der Demokratiezufriedenheit der Eurobarometer-Umfragen mit den Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen überein. Auch hier zeigt sich nämlich ein Absinken der Demokratiezufriedenheit, das Anfang 1980 begann und seinen Tiefpunkt im Frühjahr 1982 erreichte. Auch läßt sich das Einpendeln der Demokratiezufriedenheit nach der Bundestagswahl 1983 auf einem etwas niedrigeren Niveau als vor der Aufstiegsphase ablesen.

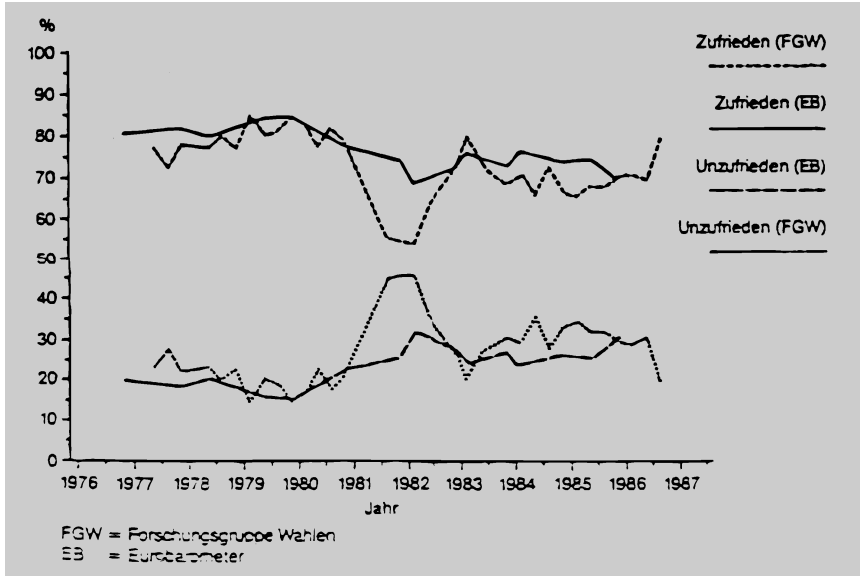
– Im internationalen Vergleich läßt sich jedoch das relativ hohe Niveau der Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren weiter verdeutlichen (vgl. Tabelle 13).



*Schaubild 9: Zufriedenheit mit der Demokratie*

Frage (Eurobarometer): „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?“;

Frage (Forschungsgruppe Wahlen): „Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik, d. h. zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“.



*Quelle:* Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim (FGW); Eurobarometer (EB); entnommen aus: Weidenfeld/Korte, *Die Deutschen*, a.a.O., S. 92; dort zit. nach Fuchs, *Die Unterstützung*, S. 140.

Im Ländervergleich der Eurobarometer-Umfragen erweist sich die Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik als kontinuierlich relativ hoch. Die Bundesbürger waren sogar mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedener als die Bürger der meisten anderen EG-Staaten. Nur in Dänemark und Luxemburg wurden ähnliche Durchschnittswerte ermittelt.

- Die Ergebnisse der Umfragen aus dem Jahr 1990 zeigen, daß mit der Einheit die Zustimmung zum demokratisch-parlamentarischen System in Deutschland deutlich anstieg. Die alte Bundesrepublik war weitgehend das Modell Deutschland. Die neue Bundesrepublik unterscheidet sich nicht

Tabelle 13: Zufriedenheit mit der Demokratie („sehr/ziemlich zufrieden“ in Prozent)

Frage: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in ... funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?“

Mitgliedstaat	1980	1981	1982	1982	1983	1983	1984	1984	1985	1985	1986	1986	1987	1987	1988	1988	1989	1989	1989	1990	
Belgien	34	35	40	44	43	53	44	47	52	58	50	48	53	45	55	48	58	53	63	66	49,5
Dänemark	60	67	61	57	70	71	68	70	68	72	74	66	70	69	74	53	70	67	61	75	67,2
Deutschland	73	70	68	67	71	66	71	73	73	69	80	71	75	68	77	68	76	78	78	81	72,7
Frankreich	36	53	44	45	36	46	40	38	44	39	49	50	52	42	51	42	54	56	54	53	46,2
Griechenland	53	52	60	58	59	61	60	57	59	51	56	57	61	49	51	52	53	53	48	34	54,2
Großbritannien	51	48	60	58	64	61	60	60	51	52	51	53	58	56	57	47	57	56	55	49	55,2
Irland	48	59	56	47	45	43	50	44	49	46	52	44	54	46	55	45	59	57	59	65	51,2
Italien	21	20	21	19	17	20	20	28	25	28	30	25	30	26	27	36	27	27	29	29	25,3
Luxemburg	77	75	63	59	62	60	64	68	72	67	75	67	77	68	70	64	82	76	77	71	69,7
Niederlande	51	59	55	50	53	54	54	58	56	58	61	60	61	57	61	66	71	74	73	73	60,3
Spanien										51	51	56	49	55	47	45	57	51	60	56	52,5
Portugal										34	52	59	56	70	53	46	57	53	60	67	55,2

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Eurobarometer 1980–1990, eigene Berechnung aus Weidenfeld/Korte, Die Deutschen, a.a.O., S. 94.

von der alten, was die Verfassung, den Föderalismus, die Gesetze, die politischen Institutionen betrifft. Die Westdeutschen haben in den Monaten der Erweiterung des Jahres 1990 diesem Gefühl Ausdruck verliehen. Auch vor dem Hintergrund der Ausnahmesituation des Jahres 1990 untermauert dies nochmals den Befund einer positiven Grundeinstellung der Bundesbürger zu ihrem Staat.

Als grundlegende Faktoren für die Herausbildung von Systemakzeptanz und Demokratiezufriedenheit werden in der sozialwissenschaftlichen Forschung die parteipolitischen Präferenzen, politischen Wertorientierungen und vor allem die ökonomischen Lageeinschätzungen untersucht. Spezifische Indikatoren des Staatsbewußtseins sind ferner das politische Interesse der Bürger, Partizipation und Wahlverhalten, das Verhältnis zu Politikern, Parteien, politischen Institutionen, Bürokratie und Behörden und nicht zuletzt zum Grundgesetz. Diese umfangreiche Faktorenliste kann an dieser Stelle nicht eingehend untersucht werden.<sup>99</sup> Geht es doch in erster Linie um die Grundtendenzen des Beziehungsgeflechts zwischen Bürgern und Staat. Zwar relativieren spezifische Befunde den Optimismus, der von einer hohen generellen Systemzufriedenheit ausgeht. Zu nennen wäre etwa die neue politische Konfliktlinie, die unter dem Schlagwort Politikverdrossenheit thematisiert wird. Doch wird in der Regel nicht das politische System als Ganzes zur Disposition gestellt, sondern primär dessen Funktionsdefizite kritisiert.

Wie tiefgreifend die Identifikation mit der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist, hat die Diskussion über den Modus der Einheit nochmals deutlich gemacht. Für die Mehrheit der Westdeutschen war die Gesamtheit des politischen Gemeinwesens der Bundesrepublik die einzig akzeptable Grundlage für die Vereinigung mit der DDR: Nach Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen vom März 1990 stimmten 57 Prozent der Westdeutschen für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23; immerhin 60 Prozent votierten im Kontext der Vereinigungsdebatte für die unveränderte Beibehaltung des Grundgesetzes.<sup>100</sup> In der Vorstellung der meisten wurde so die Bundesrepublik geographisch auf die DDR ausgedehnt, lange bevor dies auch dem staatlichen Prozeß des Beitritts der DDR in der Realität entsprach. Während der Teilung hatte sich ein eigenständiges Staatsbewußtsein entwickelt, das auf einem Grundkonsens zur demokratischen Ordnung basierte. Diese Systemakzeptanz und -zufriedenheit

<sup>99</sup> Dies wurde an anderer Stelle versucht; vgl. Weidenfeld/Korte, Die Deutschen, a.a.O..

<sup>100</sup> Die Frage lautete: „Fordert die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR auch eine neue Verfassung?“; vgl. Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 65 vom 19.3.1990; Infas ermittelte dann im Oktober 1990, daß 93 Prozent der Westdeutschen („sehr dafür“/“dafür“) die Übernahme des Grundgesetzes in der ehemaligen DDR befürworteten; vgl. Michael Wolffs, Dokumentation: Deutsche Einheit, Nationalbewußtsein und Westbindung im Meinungsklima der Bevölkerung (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin 1991, S. 26.

hat die Wahrnehmung spezifischer Aspekte der deutschen Frage geprägt. Gleichwohl lassen die Befunde zur Systemorientierung keine direkten Schlüsse auf eine Bi-Nationalisierung im Bewußtsein der Bundesbürger zu.

#### 2.1.4. *Nationalstolz und Nationalsymbole*

Die Identität der Westdeutschen erhält ihre Konturen erst durch die affektiven Bindungen an das politische Gemeinwesen. Im Fokus der empirischen Sozialforschung steht hier der Stolz auf die Nation und ihre Symbole. Im vorliegenden Zusammenhang sollen diese Indikatoren Hinweise darauf liefern, inwieweit sich in diesem Einstellungsbereich teilstaatliche Orientierungen herausbildeten.

Die Nation war den Westdeutschen nie gleichgültig. Über die Jahre vertrat eine Mehrheit die Auffassung, Nationalbewußtsein sei wichtig (1986: 20 Prozent „sehr wichtig“; 41 Prozent „ziemlich wichtig“). Zugleich meinte gut die Hälfte der Bevölkerung, das Nationalbewußtsein sei in der Bundesrepublik „in gerade richtigem Maße“ ausgeprägt.<sup>101</sup> Beinahe schon klassisch ist die Frageformulierung der Demoskopie: „Sind Sie stolz darauf, ein(e) Deutsche(r) zu sein?“. Das IfD Allensbach hat dazu seit 1967 wiederholt Daten erhoben (vgl. Schaubild 10)

Das nationale Selbstbewußtsein in der Bundesrepublik erweist sich als stabil.<sup>102</sup> Der überwiegende Teil der Bevölkerung war „stolz darauf“, Deutscher zu sein. Gut drei Viertel der Befragten äußerten sich so, und diese Einstellung blieb seit Ende der sechziger Jahre nahezu unverändert ausgeprägt. Wie auch bei anderen Indikatoren des Begriffsfelds Nation zeigt sich, daß ältere Bürger am ausgeprägtesten stolz darauf waren, Deutsche zu sein. Am geringsten war der Nationalstolz dagegen bei den Jugendlichen, wengleich sich hier seit Beginn der achtziger Jahre ein leicht steigender Trend ablesen läßt.<sup>103</sup> „Die andere Scheidelinie der Einstellung zur deutschen Nation“, so merkt Herdegen an, „folgt dem Raster der politischen Ideologien (...) Nach den herkömmlichen Definitionen zählt die Bundesrepublik zu den Ländern, in denen Nationalstolz stark ideologieabhängig im Sinne des Links-Mitte-Rechts-Spektrums ist und auf der linken Seite schwach, rechts aber vergleichsweise stark ausgeprägt

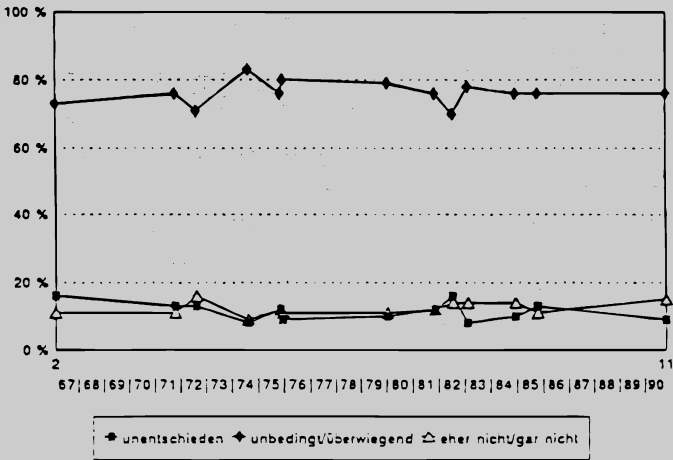
101 Daten des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung vgl. in: Wolffs, Patriotismus in der Einschätzung der Bevölkerung. Umfragedaten aus den Jahren 1980–1987. Eine Fortschreibung (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin 1987, S. 3 sowie ausführlich zu diesem Thema: Karl-Rudolf Korte, Nation und Nationalstaat. Bausteine einer europäischen Identität, Melle 1993 (Deutschland Report 18).

102 Für weiterführende Hinweise vgl. Michael Wolffs, Patriotismus, Wiedervereinigung und Europäische Gemeinschaft in der Einschätzung der Bevölkerung. Umfragedaten aus den Jahren 1951–1986, (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin Dezember 1986.

103 Vgl. dazu ausführlicher, Wolffs, Patriotismus (1951–1986), a.a.O., S. 1.

Schaubild 10:<sup>104</sup>

## Sind Sie stolz darauf, ein Deutscher zu sein ?



Quelle: Erstellt aus Daten des IfD Allensbach.

erscheint.<sup>105</sup> Eine gravierende Veränderung des Nationalstolzes läßt sich trotz des Einigungsprozesses nicht feststellen. Dies belegen auch Erhebungen anderer Meinungsforschungsinstitute. So antworteten in einer Befragung vom Mai 1990 auf die Frage „Sind Sie stolz darauf, Deutscher zu sein?“ 70 Prozent der Westdeutschen mit „Ja“.<sup>106</sup> Ähnlich die Ergebnisse einer Spiegel-Umfrage von September/Oktober 1990: Die Westdeutschen bekannten zu 66 Prozent, „sehr stolz“ bzw. „ziemlich stolz“ zu sein.<sup>107</sup>

Schließlich haben international vergleichende Studien ergeben, daß der Nationalstolz der Westdeutschen auf mittlerem Niveau und im Vergleich zu anderen Ländern eher schwach ausgeprägt war. Nach den Daten der Internationalen

104 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 156; Übersichten vgl. in allensbacher berichte, Nr. 23/1981, S. 25; Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 394 sowie Edgar Piel, Wie deutsch sind die Deutschen?, in: Die neue Ordnung 1/1985, S. 6.

105 Herdegen, Einstellungen, a.a.O., S. 216.

106 Vgl. Ipos, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990 in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Ergebnisse zweier repräsentativer Bevölkerungsumfragen, Mannheim 1990, S. 76; schon im Vorjahr ermittelte Ipos fast exakt die gleichen Werte, die in der Tendenz somit etwas niedriger lagen als die Ergebnisse von Allensbach; dazu vgl. dass., Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1989, Mannheim 1989, S. 63.

107 Vgl. Daten einer Spiegel-Umfrage in der gesamtdeutschen Bundesrepublik, in: Der Spiegel, Nr. 46 vom 12.11.1990, S. 114.

Wertestudie von 1981/82 lag die Bundesrepublik Deutschland mit 59 Prozent der Befragten, die Nationalstolz äußerten, sogar am Ende der Rangskala:

Tabelle 14: Nationalstolz im internationalen Vergleich (in Prozent)

Frage: „Sind Sie stolz, ... (Nationalität) zu sein? Würden Sie sagen ...?“

Land	Stolz	Nicht stolz	Unentschieden
USA	96	2	2
Irland	91	6	3
Island	89	9	2
Mexiko	88	11	1
Großbritannien	86	11	3
Spanien	83	12	5
Finnland	81	17	2
Italien	80	17	2
Frankreich	76	17	7
Dänemark	71	22	7
Belgien	70	19	11
Schweden	69	25	6
Japan	62	31	7
Niederlande	60	32	8
Deutschland	59	29	12

Quelle: Internationale Wertestudie 1981/82, zit. nach Fuchs, Die Unterstützung des politischen Systems, S. 127.

Auch die Eurobarometer-Erhebungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bestätigen diesen Befund. So äußerten im April 1982 und April 1983 60 Prozent bzw. 56 Prozent der Bundesbürger Stolz auf ihre Nationalität („sehr stolz“/„ziemlich stolz“). Nur in Belgien war der Nationalstolz im Frühjahr 1982 noch geringer ausgeprägt.<sup>108</sup>

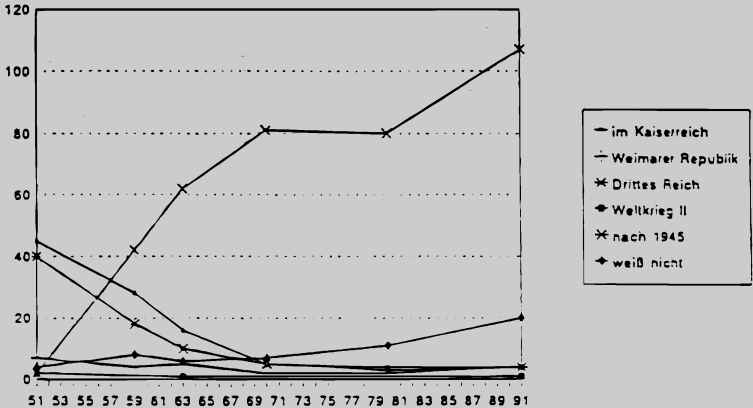
Die Interpretation dieser Ergebnisse wird dadurch erschwert, daß der Begriff „Nationalstolz“ offenbar in Deutschland stärker problematisiert wird als anderswo. Hinzu kommt, daß die Frageformulierung: „Sind Sie stolz darauf, ein(e) Deutsche(r) zu sein?“ völlig offen läßt, auf welches Deutschland sich der Nationalstolz der Befragten bezieht. Schweigler geht davon aus, daß „... letztlich nur die Bundesrepublik als Objekt des Stolzes gelten kann ...“<sup>109</sup>. Denn die große Mehrheit der Westdeutschen war trotz der Teilung der Meinung, es gehe Deutschland besser als jemals zuvor (vgl. Schaubild 11).

108 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft, Nr. 19/1983, S. 54; weiterführend hierzu vgl. Frank Brettschneider u. a., Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen 1992, S. 433–624, hier S. 551.

109 Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 157.

Schaubild 11:<sup>110</sup>

## "Wann in diesem Jahrhundert ist es nach Ihrem Gefühl Deutschland am besten gegangen?"



Quelle: Erstellt aus Daten des IfD Allensbach.

Ende der fünfziger Jahre wurde die Lage in der Bundesrepublik erstmals positiver eingeschätzt als im Kaiserreich und Dritten Reich. Scheuch kommentiert in diesem Zusammenhang: „Etwas vergrößernd kann diagnostiziert werden, daß erst mit dem Mauerbau 1961 durch das SED-Regime in der DDR die Identifizierung der Deutschen in der Bundesrepublik mit ihrem Staat zur Selbstverständlichkeit wurde. Zugleich konsolidierte sich zunächst die DDR.“<sup>111</sup>

Sinnvoller scheint es zu prüfen, inwieweit sich die Leistungen, auf die sich der Nationalstolz der Bürger bezieht, der Nation als Ganzes oder aber der Bundesrepublik Deutschland zuordnen lassen. Erstmals fragten Almond und Verba im Jahr 1959: „Mal ganz allgemein gesprochen: Auf welche Dinge in diesem Land sind Sie am meisten stolz?“<sup>112</sup> Aus dem Panel (vgl. Tabelle 15) ergibt sich zunächst folgende Interpretation: Demnach waren im Jahr

<sup>110</sup> Vgl. erstmals Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 127; zuletzt in: Noelle-Neumann/Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 187.

<sup>111</sup> Scheuch Erwin K., Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht, Bergisch-Gladbach 1990, S. 187 f.

<sup>112</sup> Die Formulierung lautet im Original: „Speaking generally, what are the things about this country that you are most proud of?“; Gabriel Almond u. Sidney Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Boston 1965, S. 64.

1959 nur sieben Prozent der Deutschen stolz auf ihr politisches System. Die Volkseigenschaften und die Wirtschaft stellten sie dem Politischen mit deutlichem Abstand voran. Die Funktion des politischen Systems bestand in dieser Zeit offenbar vor allem in der Ermöglichung hoher wirtschaftlicher Prosperität. Folglich war die Wirtschaftskonjunktur eine der wichtigsten externen Bestimmungsfaktoren der politischen Kultur der fünfziger Jahre.<sup>113</sup>

Tabelle 15: Quellen des Stolzes (in Prozent)

Frage: „Mal ganz allgemein gesprochen: Worauf sind Sie im Hinblick auf unser Land am meisten stolz als ... (Nationalität)?“

Anmerkung: Mehrfachnennungen sind möglich.

	1959				1978	
	USA	Groß britannien	Italien	Mexiko	Deutsch- land	Deutsch- land
Politisches System,						
politische Institution		85	46	3	30	731
Soziale Gesetzgebung		13	18	1	2	618
Internationale Position		5	11	2	3	59
Wirtschaftssystem	23	10	3	24	33	40
Eigenschaften der						
Bevölkerung	7	18	11	15	36	25
Geistige Tugenden						
und Religion	3	1	6	8	3	6
Beiträge zur Kunst	1	6	16	9	11	10
Beiträge zur Wissenschaft		3	7	3	1	1213
Natürliche Eigenschaften						
des Landes	5	10	25	22	17	14
Andere	9	11	21	14	3	10
Nichts, weiß nicht	4	10	27	16	15	–
	158	148	118	144	148	176
N (Befragte)	(970)	(963)	(995)	(1007)	(955)	(2030)

Quelle: Daten von Gabriel A. Almond u. Sidney Verba (für 1959) sowie Rudolf Wildenmann (für 1978) zit. nach Fuchs, Die Unterstützung, a.a.O., S. 125.

Ein Teil der Faktoren, auf die sich der Nationalstolz der Bürger richtete („politisches System, politische Institutionen“, „soziale Gesetzgebung“, „internationale Position“ und nicht zuletzt das „Wirtschaftssystem“), läßt sich eindeutig auf die Bundesrepublik Deutschland beziehen. Allerdings erhielten die Werte, die Deutschland als Ganzes bzw. als Kulturnation zuordenbar sind („Eigenschaften der Bevölkerung“, „geistige Tugenden und Religion“, „Beiträge zur Kunst“, „Beiträge zur Wissenschaft“ und die „natürliche(n) Eigenschaften des Landes“) insgesamt größeren Zuspruch. Daraus schließt

113 Vgl. auch Kurt Sontheimer, Deutschlands politische Kultur, München 1990, S. 24 ff.



Schweigler, „daß um 1958/59 eine geringe Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung sich noch sentimental an Gesamtdeutschland gebunden gefühlt haben dürfte.“<sup>114</sup>

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung begann die Bevölkerung sich parallel mit dem neuen politischen System und mit seiner politischen Ausrichtung nach Westen zu identifizieren. In den siebziger Jahren deuteten die demoskopischen Daten<sup>115</sup> denn auch einen Einstellungs- und Identifikationswandel an. Dem Wirtschaftsstolz, für den die Umfragen bis in die siebziger Jahre hinein steigende Tendenzen bescheinigten, stand komplementär die Hochschätzung der Demokratie gegenüber. Offenbar hatte eine Angleichung an ein Identifikationsprofil westlichen Standards stattgefunden: Der Stolz auf politische Systemmerkmale hatte sich weit nach vorne geschoben. Die Bezugnahme auf die politischen Institutionen hatte deutlich zugenommen. Nationalstolz wurde nicht mehr vorrangig über Volkseigenschaften oder das Wirtschaftssystem gestiftet. Es waren auch diese Ergebnisse, die viele Beobachter zu der Behauptung veranlaßten, die Bundesrepublik Deutschland sei mittlerweile ein postnationalstaatliches politisches Gemeinwesen geworden.<sup>116</sup>

Versucht man für das Jahr 1978 erneut, die Elemente des Nationalstolzes danach zu unterscheiden, ob sie sich auf die Bundesrepublik Deutschland oder aber auf Gesamtdeutschland bzw. auf die Kulturnation beziehen, so stellt man fest, daß sich die Verhältnisse umgekehrt haben. Sämtliche Faktoren, die sich auf die Bundesrepublik beziehen („politisches System, politische Institutionen“, „soziale Gesetzgebung“, „internationale Position“ und das „Wirtschaftssystem“), erfuhren größeren Zuspruch. Dagegen hatte der Stolz auf gesamtdeutsche oder kulturelle Aspekte insgesamt eher abgenommen (vgl. Tabelle 15).

Eine andere internationale Studie aus dem Jahre 1987/88 kommt im Vergleich zur politischen Systemidentifikation zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien zu ganz ähnlichen Ergebnissen:<sup>117</sup>

Der Vergleich mit 1959 bestätigt für die Bundesrepublik eine enorme Veränderung: Wissenschaft, Kunst und Sport rangieren weit hinter Grundgesetz, Wirtschaft und Sozialstaat. Die gefühlsmäßige Anbindung an die eher abstrakten institutionalisierten Errungenschaften des politischen Gemeinwesens hat in Deutschland praktisch die gleiche Intensität erreicht wie in Großbri-

114 Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 161.

115 Daten vgl. bei Harro Honolka, Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität, München 1987, hier besonders S. 99 ff.

116 Eine Zusammenfassung der Diskussion vgl. Jürgen Habermas, Der DM-Nationalismus, in: Die Zeit, Nr. 14 vom 30.3.1990.

117 Die Frage wurde 1987 im Rahmen der British Election Study und 1988 im Rahmen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) gestellt; in der Tabelle sind beide Umfrageergebnisse integriert; Interpretation und Erläuterung vgl. in: ISI, Informationsdienst soziale Indikatoren, Nr. 2 (Juli 1989), S. 1–4.

*Tabelle 16:* Quellen des Nationalstolzes von Westdeutschen und Briten im Vergleich 1987/88 (in Prozent)

	Deutsche		Briten	
	Anteil	Rangplatz	Anteil	Rangplatz
Grundgesetz/	51	1		
Monarchie	55	1		
Wirtschaft	50	2	14	7
Wohlfahrtsstaat	39	3	43	3
Wissenschaft	37	3	51	2
Kunst	22	5	17	6
Sport	20	6	25	5
Bundestag/	10	8		
Parlament	27	4		
Nichts davon	20	7	6	8

Befragte in der Bundesrepublik Deutschland n=3052; in Großbritannien n=3862

*Quelle:* ALLBUS 1988; British Election Study 1987, zit. nach Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI), Juli 1989, Nr. 2, S. 2.

tannien. Diese Daten lassen nicht mehr den Schluß zu, daß man von einer gefühlsmäßigen Distanz der Mehrheit der Bürger gegenüber ihrem politischen Gemeinwesen sprechen kann.<sup>118</sup>

Eine weitergehende Differenzierung der Verbundenheit der Westdeutschen mit der Bundesrepublik Deutschland sollen die empirischen Befunde zu ihren Einstellungen in bezug auf die Bundesflagge und Nationalhymne ermöglichen.

Die emotionalen Bindungen an das Symbol „Bundesflagge“ sind von einem niedrigen Ausgangsniveau in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, als nur etwa ein Viertel der Bevölkerung positive Gefühle damit verband, bis Anfang der sechziger Jahre deutlich gewachsen: 1961 gab fast die Hälfte der Bundesbürger an, sich zu freuen, wenn sie „irgendwo die schwarz-rot-goldene Bundesflagge sehen“. Dieser Trend setzte sich in der Folgezeit fort. Eindeutig hat nach Datenlage die Freude über die Bundesflagge in den achtziger Jahren weiter zugenommen. Im Oktober 1990 antworteten schließlich 58 % (Durchschnittswert) der Bundesbürger „Ja, ich freue mich“ (vgl. Schaubild 12).<sup>119</sup>

<sup>118</sup> Auch aus den Ergebnissen der qualitativen Leitstudie der Forschungsgruppe Deutschland zum Geschichtsbewußtsein der Deutschen spricht die veränderte Grundorientierung; ausführlich dazu vgl. Werner Weidenfeld u. Felix Philipp Lutz, Die gesplante Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit, in: APuZ, B 31–32/1992, S. 3–22.

<sup>119</sup> Vgl. dazu auch Elisabeth Noelle-Neumann, Das Deutschenbild der Deutschen, in: FAZ, Nr. 66 vom 19.3.1991.

### Übersicht der Fragen:

IfD 1951–53, 1961, 1972, 1977, 1981, 1982, 1990

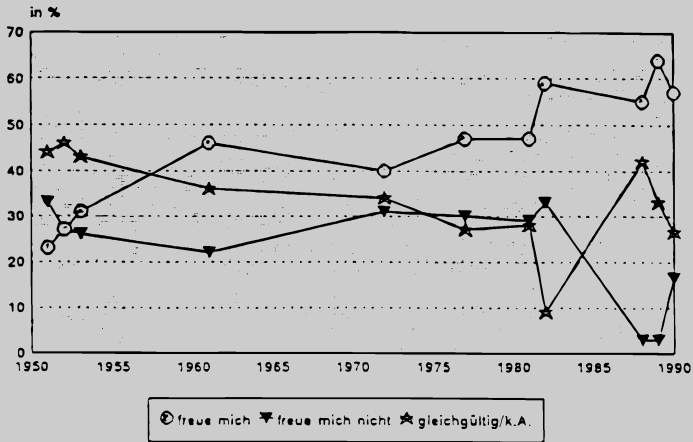
„Freuen Sie sich, wenn Sie irgendwo die schwarz-rot-goldene Bundesflagge sehen?“<sup>120</sup>

Ipos: 1988–1989

„Wenn Sie irgendwo die schwarz-rot-goldene Bundesflagge sehen: Finden Sie das gut, ist Ihnen das egal, oder stört Sie das?“<sup>121</sup>

Schaubild 12:

## Freude über die Bundesflagge



Quelle: Erstellt aus Daten von Ipos und IfD (vgl. Übersicht).

Nach Auffassung der Westdeutschen war eine Nationalhymne für die Bundesrepublik unverzichtbar. So meinten im Oktober 1961 85 Prozent „Wir brauchen eine Nationalhymne“.<sup>122</sup> Auch in der deutschen Teilung sah die westdeutsche

120 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 158 und Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 397 sowie allensbacher berichte, Nr. 23/1981, S. 24.

121 Vgl. Ipos, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1988, Mannheim 1988, S. 79 ff; dass., Einstellungen 1989, a.a.O., S. 60 ff sowie dass., Einstellungen 1990, a.a.O., S. 74.

122 11 Prozent waren gegensätzlicher Auffassung; die Frageformulierung lautete: „Finden Sie, wir brauchen eine Nationalhymne, oder braucht man eigentlich keine?“; vgl. Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach/Bonn 1965, S. 258. (im folgenden zitiert: Jahrbuch, Bd. III).

Bevölkerung keinen Grund, auf eine Nationalhymne zu verzichten. Dies belegen Ergebnisse einer Allensbach-Erhebung aus dem Jahr 1961, in der gefragt wurde: „Manche Leute sagen, solange Deutschland nicht wiedervereintigt ist, sollten wir überhaupt keine Nationalhymne haben. Finden Sie das auch, oder finden Sie das nicht?“ Zwar wollten 13 Prozent deshalb lieber auf eine Nationalhymne verzichten. Die eindeutige Mehrheit (72 Prozent) sah dies jedoch anders.<sup>123</sup> Auffallend ist – wenngleich sich an der Grundauffassung der Bundesbürger nichts verändert hat –, daß bei einer Wiederholung der Frage nach der Notwendigkeit der Nationalhymne im November 1981 nur noch 69 Prozent der Bundesbürger dies zustimmend beantworteten.<sup>124</sup>

Wie die Bundesflagge wurde auch die deutsche Nationalhymne von den Bundesbürgern mehrheitlich geschätzt. Dies belegen Ergebnisse von Ipos für das Ende der achtziger Jahre. Von 1988 bis 1989 war der Anteil derjenigen, die es gut fanden, wenn zu besonderen Anlässen die Nationalhymne gespielt wurde, sogar von 59 Prozent auf 67 Prozent gestiegen. Offen muß bleiben, inwieweit dieses Ergebnis von den Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik positiv beeinflußt wurde. Außerdem bedeutet die positive Einstellung gegenüber der Nationalhymne nicht automatisch, daß die Bundesbürger auch Stolz beim Abspielen empfanden. Hier bestand durchaus eine Tendenz zu emotionaler Gelassenheit (vgl. Tabelle 17).<sup>125</sup>

Tabelle 17: Einstellungen zur Nationalhymne

Frage: „Wenn bei besonderen Anlässen die deutsche Nationalhymne gespielt wird: Finden Sie das gut, ist Ihnen das egal, oder stört Sie das?“, falls „gut“: „Empfinden Sie auch stolz dabei?“<sup>126</sup>

	Mai/Juni 1988	April/Mai 1989
finde ich gut	59%	67%
ist mir egal	36%	28%
stört mich	5%	5%
empfinde ...		
Stolz	47%	
keinen Stolz	13%	
ist mir egal	36%	
stört mich	5%	

Quelle: Ipos, Einstellungen 1988, a.a.O., S. 79ff  
sowie dass., Einstellungen 1989, a.a.O., S. 60 ff.

123 Vgl. ebenda.

124 Vgl. Noelle-Neumann/Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 186.

125 Ablehnung wie auch emotionale Distanz gegenüber der Nationalhymne sind am größten unter den Wählern der Grünen; am positivsten ist die Einstellung der CDU/CSU-Wähler; vgl. Ipos, Einstellungen 1988, a.a.O., S. 79 ff.

126 Vgl. dass., Einstellungen 1988, a.a.O., S. 79 ff.

Das Spielen der Nationalhymne zum Programmschluß im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurde von den Bundesbürgern mehrheitlich begrüßt. Die Zustimmung wuchs hier im Laufe der achtziger Jahre deutlich.

*Übersicht der Fragen:*<sup>127</sup>

*Ipos: 1988*

„Seit einiger Zeit wird zum Abschluß des Fernsehprogramms die Bundesflagge gezeigt und die Nationalhymne gespielt. Finden Sie das gut, ist Ihnen das egal, oder finden Sie das nicht gut?“<sup>128</sup>

*IfD: 1976*

„Kürzlich wurde der Vorschlag geäußert, daß in allen Radioprogrammen nachts zum Sendeschluß die Nationalhymne, das Deutschlandlied, gespielt werden soll. Sind Sie dafür oder dagegen?“<sup>129</sup>

*1986*<sup>130</sup>, *1990*

„Seit einiger Zeit wird ja zum Programmschluß in ARD und ZDF die deutsche Nationalhymne gesendet. Finden Sie das gut oder nicht gut?“<sup>131</sup>

*Tabelle 18:* Nationalhymne zum Sendeschluß

Bewertung	1976	1988	1990
positiv	31%	42%	48%
negativ	32%	48%	20%
unentschieden/k.A.	37%	10%	32%

*Quelle:* Daten des IfD und Ipos (vgl. Übersicht).

Überraschend ist zunächst ein Ergebnis des IfD Allensbach, wonach es im Sommer 1986 40 Prozent aller Bundesbürger sogar für richtig hielten, daß nicht nur die dritte Strophe, sondern alle drei Strophen des Deutschlandliedes in der Schule gelernt werden sollten. Jeweils etwa ein Drittel lehnte

127 Darüber hinaus liegt ein Ergebnis von Emnid vor, das jedoch völlig von den übrigen Daten abweicht; demnach fanden das Spielen der Nationalhymne zum Programmschluß im April 1985 65 Prozent der Befragten gut; ein Drittel lehnte dies ab; 3 Prozent machten keine Angaben; dazu vgl. Emnid, Informationen, Nr. 6–7/1985, S. 21; da zudem die genaue Formulierung der Frage nicht offengelegt wird, sind die genannten Ergebnisse nicht in die Tabelle integriert worden.

128 Vgl. Ipos, Einstellungen 1988, a.a.O., S. 82.

129 Vgl. Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VII, a.a.O., S. 58.

130 Nach einem Ergebnis von Allensbach aus dem Jahr 1986 finden es vor allen anderen die CDU/CSU-Wähler (70 Prozent) gut, daß zum Programmschluß in ARD und ZDF die deutsche Nationalhymne gespielt wird; es folgen mit deutlichem Abstand die FDP- (57 Prozent) und die SPD-Wähler (48 Prozent); keine Mehrheit findet diese Einrichtung unter den Wählern der Grünen; hier überwiegt mit 48 Prozent die Ablehnung; dazu vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 396; da die Daten für die Gesamtbevölkerung nicht vorliegen, können diese Ergebnisse nicht in die Tabelle eingefügt werden.

131 Vgl. ebenda.

dies ab bzw. war in dieser Frage unentschieden.<sup>132</sup> Doch wie aussagekräftig sind diese Daten, wenn man berücksichtigt, daß ein Großteil überhaupt nicht den vollständigen Text der Nationalhymne kannte?<sup>133</sup> Obgleich die Geläufigkeit der Nationalhymne seit den sechziger Jahren deutlich gestiegen war<sup>134</sup>, kannten 1989 doch nur 60 Prozent der Westdeutschen den Anfang der dritten Strophe.<sup>135</sup> Im Jahr der deutschen Einheit stieg dieser Anteil auf immerhin 70 Prozent an.<sup>136</sup> Fraglich ist deshalb, inwieweit die historisch-politische Bedeutung von den Befragten erfaßt wird, wenn nicht zumindest die Verse „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Einigkeit, und Recht und Freiheit“ in der Frageformulierung mit vorgegeben werden.

Überzogener Nationalismus ist aus den vorangestellten Indikatoren nicht ablesbar. Der Umgang mit der Nationalsymbolik war unpräzise. Deutlich wird gleichwohl die affektive Bindung der Westdeutschen an ihr Gemeinwesen einer liberalen Demokratie. Doch entfaltete der Symbolgehalt der Bundesflagge seine größte Wirkung in der Phase des Umbruchs in der ehemaligen DDR: Eindeutiger und frühzeitiger als alle Meinungsumfragen signalisierten die vielen deutschen Fahnen mit dem Bundesadler bei den regelmäßigen Montagsdemonstrationen in Leipzig und Dresden Ende 1989 den Willen zur deutschen Einheit.

### 2.1.5. Zusammenfassung

1. In den Jahrzehnten der Teilung hat sich die Vorstellungswelt der Westdeutschen von der Nation nachhaltig verändert. Das empirische Datenmaterial verdeutlicht einerseits, daß das Gebiet der DDR im Nationbegriff der Bevölkerung stark verwurzelt war. In besonderem Maße galt dies in historischer und kultureller Perspektive. Andererseits bestimmte die Bundesrepublik

132 Die eingesetzte Frage lautet: „In den Schulen von Baden-Württemberg soll jetzt die ganze Nationalhymne, also nicht nur eine, sondern alle drei Strophen des Deutschlandliedes gelernt werden. Einmal ganz allgemein gefragt: Finden Sie das richtig, oder finden Sie das nicht richtig?“, zit. nach Wolffs, *Patriotismus (1951–1987)*, a.a.O., S. 9; schon 1951 sprach sich ein Viertel für die erste Strophe aus, nachdem gefragt wurde: „Als Nationalhymne wird im allgemeinen nur eine Strophe gesungen. Soll nun die erste Strophe, also 'Deutschland, Deutschland über alles', oder die dritte Strophe 'Einigkeit und Recht und Freiheit' gesungen werden?“, fast ein Drittel lehnte dies jedoch ab; dazu vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), *Jahrbuch*, Bd. I, a.a.O., S. 159.

133 Die Bundesbürger schätzen ihren Kenntnisstand selbst sehr gering ein; auf die Frage: „Es wird vielfach behauptet, daß eine ganze Reihe von Bundesbürgern den Text der deutschen Nationalhymne (3. Strophe des Deutschlandliedes) nicht beherrschen. Würden Sie nach Ihrer Kenntnis dieser Behauptung zustimmen?“ antworteten lediglich 15 Prozent mit „nein“; dagegen würden 83 Prozent dem zustimmen; vgl. Emnid, *Informationen*, Nr. 6–7/1976, Anhang, A 7.

134 Übersicht dazu vgl. Noelle-Neumann/Piel (Hrsg.), *Jahrbuch*, Bd. VIII, a.a.O., S. 186.

135 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), *Jahrbuch*, Bd. IX, a.a.O., S. 396.

136 Die Frageformulierung von Emnid lautete: „Es wird ja viel über die Nationalhymne diskutiert. Bislang wird in der Bundesrepublik die dritte Strophe des Deutschlandliedes gespielt. Wissen Sie, wie sie anfängt? Nennen Sie mir bitte die ersten Worte“; vgl. Spiegel-Spezial: *Das Profil der Deutschen*. Was sie vereint, was sie trennt. Arbeitsdaten – Tabellenband, Bielefeld 1991, Tabelle 52.

Deutschland im Bewußtsein der Westdeutschen die Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation.

2. Diese Konzentration der nationalen Vorstellungswelt betrifft die ehemaligen deutschen Ostgebiete weitaus stärker als die DDR. Wurden diese Gebiete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch als untrennbar zur Nation gehörig betrachtet, so erstreckte sich der Wiedervereinigungsgedanke zunehmend nur noch auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Entsprechend hat sich auch der Bedeutungsgehalt des Begriffes „Deutschland“ gewandelt. Die Mehrheit der Westdeutschen, vor allem jedoch die junge Generation, assoziierte hier nicht mehr das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937. Vielmehr wurde an erster Stelle die Bundesrepublik mit „Deutschland“ gleichgesetzt, allenfalls noch die DDR in das Begriffsverständnis miteinbezogen.

3. Dies spiegelte sich auch im Sprachgebrauch der Bundesbürger wider: Der Begriff „Deutschland“ wurde für den westlichen Teil des Landes vereinnahmt. Die Nachkriegsbezeichnungen für den östlichen Teil – wie Ostzone, Sowjetzone, SBZ u.ä. –, die unmittelbar auf den Zustand der Teilung verwiesen, verschwanden weitgehend aus der Alltagssprache. Statt dessen setzte sich bei der großen Mehrheit der Bevölkerung die Bezeichnung „DDR“ durch, die eine Eigenständigkeit des ostdeutschen Staates impliziert. Bundesrepublik Deutschland und DDR wurden insofern sprachlich auseinanderdividiert. Aktuelle empirische Ergebnisse machen jedoch deutlich, daß sich die historische Zäsur der deutschen Vereinigung bereits in der Sprache niederschlägt. Zwar werden für beide Teile des Landes eigene, zum Teil auch neue Bezeichnungen (z. B. „ehemalige DDR“) verwendet. Doch steht der Begriff „Deutschland“ eindeutig wieder für beide zusammen.

4. Die Teilung Deutschlands ging einher mit dem Gefühl, daß sich Ostdeutsche und Westdeutsche auseinanderlebten. In allen Altersgruppen dominierte hier eine pessimistische Sicht der nationalen Verbundenheit. Die Teilung in zwei Staaten bestimmte die Realität und damit auch die Wahrnehmung der Menschen.

5. Die DDR wurde zunehmend, doch niemals von einer Mehrheit der Bevölkerung als Ausland empfunden. Grundsätzlich hielt man im Westen – allerdings mit rückläufiger Tendenz – an der Vorstellung von einer deutschen Nation fest. Das Bewußtsein der Westdeutschen ließ sich insofern mit einer zentralen Formel der Deutschlandpolitik kennzeichnen: „Zwei Staaten einer Nation“. Ebenso betrachtete die Mehrzahl die Deutschen in Ost und West als ein Volk.

6. Auch in der jungen Generation überwog ein Zusammengehörigkeitsgefühl, doch ist insgesamt eine stärkere gefühlsmäßige Distanz zum östlichen Teil Deutschlands festzustellen als im Bevölkerungsdurchschnitt. Eine deutlich stärkere Affinität zeigte sich in der älteren Generation.

7. Wie sehr die Teilung das Nationalbewußtsein der Bundesbürger letztlich

geprägt hat, veranschaulichen die Reaktionen im Jahr der Einheit: Obwohl man dem Zusammengehörigkeitsgefühl nun konkreten Ausdruck verlieh, wurden doch Distanzen spürbar.

8. Objektiv nachvollziehbar ist die Distanz zwischen West und Ost im Blick auf die politischen Systeme, welche die Lebenswirklichkeit der Menschen wesentlich bestimmten. Die Westdeutschen haben über die Jahrzehnte ein stabiles und positives Verhältnis zu ihrem politischen Gemeinwesen entwickelt. Aus den Daten ist ein wachsendes Legitimationseinverständnis zu erkennen. Die kontinuierlich auf hohem Niveau gemessene Demokratiezufriedenheit untermauert die positive Grundeinstellung der Bürger zur politischen Ordnung der Bundesrepublik. Zwar wurden und werden spezifische Funktionsdefizite des parlamentarischen Systems durchaus kritisiert, doch als Ganzes stellte die Mehrheit dieses keineswegs zur Disposition.

9. Ein eigenständiges Staatsbewußtsein ist vor dem Hintergrund dieser pragmatischen Demokratiezufriedenheit ablesbar. Der Weg zur deutschen Einheit hat nochmals verdeutlicht, wie tief die Identifikation mit der Bundesrepublik als Staat verankert ist. Es entsprach auch dem Willen der westdeutschen Bevölkerung, daß das politische System der alten Bundesrepublik zum Modell für das vereinte Deutschland wurde.

10. Die Bindung an das politische Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland wird auch in den nationalen Orientierungen greifbar. Die Westdeutschen waren mit ihrem Nationalbewußtsein zufrieden. Trotz der Teilung war die Mehrheit stolz auf die Nation und überzeugt, es gehe den Deutschen besser als je zuvor in der Geschichte. Doch welche Deutschen waren hier gemeint? Auf welches Deutschland bezog sich dieser Stolz?

11. Die Demoskopie läßt sich zur Beantwortung dieser Fragen nur indirekt heranziehen. Die Angleichung des Identifikationsprofils an andere westliche Demokratien verweist auf eine nationale Selbstfindung. Nicht mehr kulturelle Errungenschaften und Volkseigenschaften der Deutschen waren primäre Quellen des Stolzes. Vielmehr überwogen Kriterien und Leistungen, die sich dem politischen Gemeinwesen der Bundesrepublik zuordnen lassen. Hinzu kommt, daß sowohl die Bundesflagge als auch die Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland eine breite Akzeptanz in der westdeutschen Bevölkerung besaßen.

12. Von einer gefühlsmäßigen Distanz gegenüber dem „Provisorium Bundesrepublik“ kann somit nicht die Rede sein. Bausteine einer Selbstanerkennung der Bundesrepublik als Staatsnation sind unverkennbar. Im Blick auf das gesamtdeutsche Bewußtsein heißt dies jedoch auch, daß gemeinsame Bezugspunkte der Deutschen in den Hintergrund rückten.



## 2.2. *Identität zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Deutschlandpolitische Positionen im Wandel*

### 2.2.1. *Einstellungen zur Wiedervereinigung: Wunsch und Erwartung*

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen findet seinen unmittelbaren Ausdruck im Wunsch nach Überwindung der Teilung. Folgende, zum Teil erheblich variierende Frageformulierungen wurden von den Meinungsforschungsinstituten in diesem Kontext eingesetzt<sup>137</sup>:

*Übersicht der Fragen:*

*Divo: 1954–57, 1959–62;*

„Wenn Sie alles bedenken, was ist Ihre Einstellung hinsichtlich einer gegenwärtigen Wiedervereinigung von ganz Deutschland?“<sup>138</sup>

*FGW: 1979, 1980, 1984–86, 1989–90;*

„Sind Sie persönlich für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, gegen die Wiedervereinigung, oder ist Ihnen die Wiedervereinigung gleichgültig?“<sup>139</sup>

*Infas: 1979;*

„Einmal ganz allgemein gefragt: Sind Sie für die Wiedervereinigung Deutschlands, ist Sie Ihnen gleichgültig, oder sind Sie gegen eine Wiedervereinigung?“<sup>140</sup>

*Infratest: 1969, 1972, 1987;*

„Würden Sie eine solche Wiedervereinigung wünschen, ablehnen oder ist Ihnen das gleichgültig?“<sup>141</sup>

*1984, 1990,*

137 Zur Konjunktur des Themas „Wiedervereinigung“ in der bundesdeutschen Demoskopie vgl. Birgit Szumni et al., Datenreport: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, in: ZA-Informationen 26 vom Mai 1990, S. 62–71, hier besonders S. 63.

138 Vgl. Divo, Pressedienst, Mai I, 1962, S. 5; die Kategorie „dafür“ zusammengefaßt aus den Antwortvorgaben „sehr stark dafür“, „stark dafür“ und „etwas dafür“; die Kategorie „dagegen“ zusammengefaßt aus „etwas dagegen“, „stark dagegen“ und „sehr stark dagegen“; die Ausweikkategorie lautet „gleichgültig“ und die Restkategorie „keine Meinung“.

139 Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen vgl. in: FGW, Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juli 1986. Sonderauswertung für Kennzeichen D, o.S; die Prozentwerte wurden neu berechnet für alle Befragten; vgl. weiterhin in: Wahlstudie 1980 (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), Köln 1981, S. 335; die Daten für 1989 zit. nach FGW, Politbarometer 1989 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), S. 234; die Daten für 1990 zit. nach den Politbarometer-Berichten der Süddeutschen Zeitung; die Ausweikkategorie lautet „gleichgültig“ und die Restkategorie „keine Angabe“.

140 Vgl. Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Jahresbericht 1979 –, Bonn-Bad Godesberg 1980, S. 23; die Ausweikkategorie lautet „gleichgültig“; die Restkategorie wird nicht angegeben.

141 Vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 90 ff; die Ausweikkategorie lautet „gleichgültig“ und die Restkategorie „keine Angabe“.

Einstellungen zur Wiedervereinigung im Trendvergleich: „eher für Vereinigung“, „eher gegen Vereinigung“, „ist mir egal/k.A.“<sup>142</sup>

*IfD: 1976, 1981, 1989*

„Wünschen Sie sehr, daß die Wiedervereinigung kommt, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?“

(1981: „Wünschen Sie, daß ...?“)<sup>143</sup>

1986–87, 1989–90

„Mal ganz allgemein gefragt: Sind Sie für oder gegen eine deutsche Wiedervereinigung?“<sup>144</sup>

*Ipos: 1990*

„Sind Sie persönlich für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, gegen die Wiedervereinigung, oder ist Ihnen die Wiedervereinigung gleichgültig?“<sup>145</sup>

*OMGUS*

*Surveys: 1948*

Einstellung zur Wiedervereinigung (Frageformulierung nicht angegeben)<sup>146</sup>

In die Trenddarstellung sind die Daten von Infas, Infratest, Ipos und der FGW einbezogen worden. Die Ergebnisse von OMGUS, Divo und des IfD Allensbach sind gesondert eingezeichnet.

In der Besatzungszeit bekannten sich in den ersten, nicht repräsentativen Umfragen in der amerikanischen Zone 96 Prozent der Bevölkerung zur Wiedervereinigung. Dieser Anteil ist in den folgenden Jahrzehnten allmählich zurückgegangen. Stets blieb jedoch die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung bei der Zustimmung zum Wiedervereinigungsziel: Im gesamten Untersuchungszeitraum unterstützten dies durchschnittlich 81 Prozent der Westdeutschen. Seit Ende der sechziger Jahre/Anfang der siebziger Jahre befürworteten die Vereinigung im Durchschnitt drei Viertel der Bundesbürger. Auffallend ist

142 Vgl. Infratest, Die Deutschen West und Ost, a.a.O., S. 2; der Fragetext wird nicht angegeben; nach Jansen lautete dieser 1984: „Wünschen Sie eine Wiedervereinigung eher, lehnen Sie eine Wiedervereinigung ab oder ist sie Ihnen gleichgültig?“; zit. nach Jansen, Meinungsbilder, a.a.O., S. 78.

143 Diese Frage ist nicht in den Trendvergleich miteinbezogen worden, da hier wenig trennscharfe bzw. ungleichgewichtige Antwortvorgaben (Kategorienpaar: „Wünsche ich mir sehr“ und „Ist mir nicht so wichtig“) verwendet wurden; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 432.

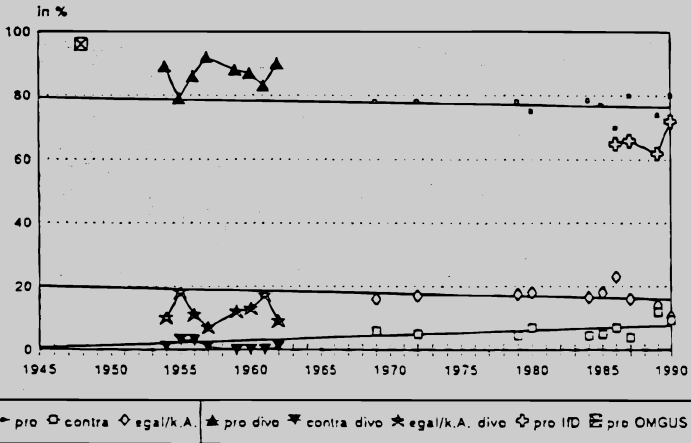
144 Ebenda, S. 437; die Ausweikkategorie lautet „unentschieden“; die Restkategorie wird nicht angegeben.

145 Vgl. Ipos, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990 in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Mannheim 1990, S. 68; die Ausweikkategorie lautet „gleichgültig“; die Restkategorie wurde nicht angegeben.

146 Vgl. Merritt/Merritt, Public Opinion in Occupied Germany, a.a.O., Report No. 123 vom 25.5.1948, S. 241; Umfrage vom Mai 1948 in Darmstadt und Berlin (West) mit ca. 200 bzw. über 450 Befragten; es wird nur der Prozentwert für die zustimmende Kategorie angegeben.

Schaubild 13:

# Wiedervereinigungswunsch



*Quelle:* Erstellt aus Daten von DIVO, FGW, IfD, Infas, Infratest, Ipos und OMGUS (vgl. Übersicht).

in diesem Zusammenhang, daß in den Umfragen des IfD Allensbach der Wiedervereinigungswunsch bis 1990 deutlich zurückhaltender geäußert wurde als in den übrigen Erhebungen.<sup>147</sup> In der Längsschnittbetrachtung fällt zudem auf, daß nur ein geringer, jedoch zunehmender Prozentsatz der Bevölkerung die Vereinigung ablehnte.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle, daß der Wunsch nach Wiedervereinigung in der jüngeren Generation der 14–29jährigen, vor allem aber unter den 14–21jährigen deutlich geringer ausgeprägt war als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dies veranschaulicht die nachfolgende Tabelle S. 60.

Die weitgehende Konstanz des Wiedervereinigungswunsches im Bevölkerungsdurchschnitt weist jedoch darauf hin, daß die in jüngeren Jahren geäußerte Gleichgültigkeit und Ablehnung mit steigendem Alter aufgegeben wurde. Dieser Einstellungswandel wird von der Meinungsforschung auf das gleichzeitig wachsende politische Interesse und die zunehmende Kenntnis der DDR zurückgeführt.<sup>148</sup>

<sup>147</sup> Auch wurden hier stets die größten Anteile von Gleichgültigen ermittelt, die im Schaubild aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt sind.

<sup>148</sup> Ausführlicher dazu vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 91.

Tabelle 19: Wiedervereinigungswunsch der jungen Generation in den achtziger Jahren

	1981 14–21J.	1984 14–29J.	1985 14–21J.	1987 14–29J.	1990 14–21J.
dafür	59%	67%	57%	67%	67%
dagegen	11%	7%	13%	8%	15%
gleichgültig	30%	25%	30%	25%	18%
k.A.	1	1	0	0	–

*Quelle:* Zusammengestellt aus Daten von Infratest, Die DDR und die deutsche Frage. Informationsstand und Einstellungen der bundesdeutschen Jugendlichen 1985, Band 2/ Berichtsband, München 1985, o.S.; dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 90 sowie dass., Die Jugend und die deutsche Vereinigung. Einstellungen von Jugendlichen in Deutschland West, Bericht, München 1990, S. 21.

Infratest hat im April/Mai 1987 konkret nach den Gründen für die Zustimmung bzw. Ablehnung der Wiedervereinigung gefragt.<sup>149</sup> Zwei Drittel der Befragten befürworteten die Wiedervereinigung wegen des Gefühls der Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West: „weil nach meiner Meinung Deutschland aus Gründen der nationalen Tradition zusammengehört“. Fast ebenso wichtig erschien das Ziel der Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands (61 Prozent), dicht gefolgt von der Hoffnung, daß mit der Teilung auch ein „Spannungsherd in Europa“ beseitigt werde (60 Prozent). Ein Drittel der Befragten wählte die Antwortmöglichkeit „weil es dem mehrheitlichen Willen der DDR-Bevölkerung entspricht“. Die Gegner der Wiedervereinigung begründeten ihre Position vor allem mit der Furcht vor internationalen Spannungen bzw. vor einer Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Dies wirft die Frage auf, inwieweit der Wiedervereinigungswunsch auch bei auftretenden Schwierigkeiten Bestand gehabt hätte.

Für die siebziger und achtziger Jahre läßt sich außerdem bestätigen, daß sich die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung nahezu konstant dafür aussprach, am Auftrag des Grundgesetzes zur Vollendung der deutschen Einheit festzuhalten. Durchschnittlich 72% vertraten diese Auffassung.<sup>150</sup> Anhand weiteren Datenmaterials läßt sich jedoch auch aufzeigen, daß man sich bereits Mitte

149 Die Frageformulierung lautet: „Weshalb würden Sie eine Wiedervereinigung eher wünschen?/ Weshalb würden Sie eine Wiedervereinigung eher ablehnen? Welche dieser Gründe auf dieser Liste treffen für Sie zu? Oder gibt es für Sie andere Gründe?“; vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 92 f.

150 Ergebnisse hierzu vgl. in: Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 434 sowie eine Übersicht bei Emnid, Informationen, Nr. 4/1989, S. 10 f; anzumerken ist in diesem Zusammenhang, daß die Bundesbürger grundsätzlich eine starke Affinität zum Grundgesetz aufweisen; dazu vgl. Weidenfeld/Korte, Die Deutschen, a.a.O., S. 114 f.

der sechziger Jahre allmählich an die deutsche Teilung gewöhnt hatte. Dies belegen etwa direkte Nachfragen von Infas und Allensbach:

*Übersicht der Fragen:*

*Infas: 1964–70*

„Was meinen Sie, sehen die Menschen hier in Westdeutschland die Teilung Deutschlands als einen unerträglichen Zustand an oder hat man sich mit der Zeit an die Teilung gewöhnt?“<sup>151</sup>

*IfD: 1956, 1962–63*

„Wie sehen Sie die Lage zur Zeit: Finden Sie die Teilung Deutschlands ist ein unerträglicher Zustand oder würden Sie sagen, man hat sich allmählich daran gewöhnt?“

(1956: „ganz unerträglicher Zustand“)<sup>152</sup>

Noch im Januar 1989 stimmten in einer Allensbach-Erhebung 61 Prozent der Befragten der Aussage zu „Für die deutsche Einheit muß man eintreten, auch wenn sie nicht sofort zu erreichen ist. Bei großen Zielen muß man in Kauf nehmen, daß man ihre Erfüllung selbst nicht mehr erlebt.“ Immerhin jeder fünfte äußerte sich ablehnend.<sup>153</sup> Wenige Monate später kam es zum Fall der Mauer. In dieser historischen Phase zeichnete die Demoskopie ein widersprüchliches Bild vom Meinungsklima in Deutschland. Im Westen herrschte vor allem Uneinigkeit über das Tempo und den Weg des Einigungsprozesses. Wurde der Wunsch nach Wiedervereinigung im Herbst 1989 auch etwas verhaltener geäußert – eine klare und wachsende Mehrheit der Westdeutschen stimmte im Vereinigungsjahr für dieses Ziel.<sup>154</sup>

In den langen Jahrzehnten der Teilung war der Wunsch nach Wiedervereinigung deutlich zu unterscheiden von den Annahmen über die Wahrscheinlichkeit der Realisierung dieses Ziels. Obgleich dazu umfangreiches Datenmaterial vorliegt, läßt sich keine übergreifende Zeitreihe für den gesamten Untersuchungszeitraum erstellen. Denn erneut ist festzustellen, daß das Frageinstrumentarium erhebliche Unterschiede aufweist. Folgende Fragen wurden von den Meinungsforschungsinstituten ins Feld geschickt:

151 Vgl. erstmals in Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Kontakte, Informationen, Meinungen (Ergebnisse von August-Dezember 1967), Bad Godesberg 1967, S. 9; zuletzt in Infas, Meinungen und Einstellungen zum Verhältnis von BRD und DDR (Ergebnisse vom 2. Halbjahr 1970), Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 25.

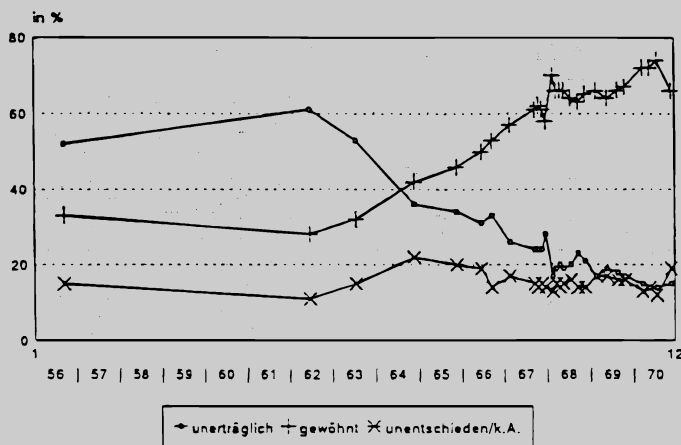
152 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 389; die Daten vom Dezember 1967 zit. nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 138.

153 Unentschieden waren 19 Prozent; besonders hoch fiel die Zustimmung unter den Personen aus, die „sehr stolz“ (75 Prozent) bzw. „ziemlich stolz“ sind, Deutsche zu sein (68 Prozent); vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 434

154 Vgl. beispielsweise FGW, Politikbarometer-Erhebungen 1989–1990 sowie ausführlich Korte, Karl-Rudolf (unter Mitarbeit von Jürgen Gros u. Thomas Lillig), Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands (im Erscheinen).

Schaubild 14:

## Gewöhnung an die Teilung ?



Quelle: Erstellt aus Daten des IfD und Infas (vgl. Übersicht).

### Übersicht der Fragen:

*DIVO: 1955, 1958–59, 1961–63*

„So wie die Dinge liegen, halten Sie jetzt die Aussichten auf eine Wiedervereinigung von ganz Deutschland für gut oder für schlecht? (falls 'gut': sehr gut oder gut?; falls 'schlecht': schlecht oder sehr schlecht?)“<sup>155</sup>

*Emnid: 1951–59, 1973, 1983, 1989*

„Rechnen Sie damit, daß die Trennung zwischen dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands und der Bundesrepublik in absehbarer Zeit fortfällt und wieder ein gemeinsames Deutschland entsteht?“

(1957: „in die sowjetisch besetzte Zone ...“; 1958–59, 1964: „zwischen dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands – also ich meine die sog. DDR – ...“; seit 1973: „zwischen der DDR und der Bundesrepublik ...“)“<sup>156</sup>

155 Übersicht vgl. Divo, Pressedienst, Januar I 1964, S. 10.

156 Übersicht vgl. Emnid, Informationen, Nr. 5–6/1989, S. 13.

1955–58

„Glauben Sie, daß in absehbarer Zeit eine Möglichkeit besteht, eine Wiedervereinigung auf friedlichem Wege herbeizuführen?“<sup>157</sup>

1965–66, 1980, 1985, 1989

„Was glauben Sie, wird eine Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit möglich sein? (Und wenn ja, innerhalb der nächsten 10 Jahre, der nächsten 20 Jahre oder noch später?“)<sup>158</sup>

FGW: 1979–80, 1984–85

„Deutschland ist seit 30 Jahren geteilt. Glauben Sie, daß der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen Staat innerhalb der nächsten 30 Jahre mit Sicherheit erfolgen wird, eventuell erfolgen wird, wenig wahrscheinlich ist oder ganz unmöglich ist?“

(1985: „... seit 40 Jahren geteilt. Glauben Sie, daß der Zusammenschluß . . . innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre mit Sicherheit erfolgen wird...?“)<sup>159</sup>

1989

„Glauben Sie, daß es in den nächsten Jahren zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kommt oder glauben Sie das nicht?“<sup>160</sup>

HICOG

Surveys: 1951

„Glauben Sie, daß so wie die Dinge heute liegen, die Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands gut oder schlecht sind?“<sup>161</sup>

IfD: 1952–57, 1960–61, 1965

„Wie beurteilen Sie zur Zeit die Aussichten auf eine Wiedervereinigung der Ostzone mit der Bundesrepublik? Hier ist eine Liste: Welche dieser Ansichten drückt auch Ihre aus?“

– „Die Wiedervereinigung mit der Ostzone wird nach meiner Ansicht noch im Verlauf der nächsten 12 Monate durch Vermittlung der UN auf friedlichem Wege erfolgen.“

(1961, 1965: „innerhalb der nächsten 5 Jahre ...“)

157 Übersicht vgl. Emnid, Informationen, Nr. 38/1958, Anhang, A 2.

158 Übersicht vgl. Emnid, Informationen, Nr. 4/1989, S. 10.

159 Vgl. FGW, Politbarometer 1979 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), S. 79; die Daten für 1980 vgl. in: Wahlstudie 1980 (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), a.a.O., S. 334 f; dies., Politbarometer 1984 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), S. 54; dies., Politbarometer 1985 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), S. 149 sowie bei Gibowski, German Identity, a.a.O., S. 11.

160 Vgl. FGW, Politbarometer 1989 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), S. 236; die Ausweichkategorie lautet „weiß nicht“, die Restkategorie „keine Angabe“.

161 In zwei Erhebungen wurden 800 Westdeutsche befragt; vgl. Merritt/Merritt, Public Opinion in Semisovereign Germany, a.a.O., Report No. 115 v. 19.12.1951, S. 147 f.

– „Ich halte es für wahrscheinlich, daß eine Wiedervereinigung mit der Ostzone auf friedlichem Wege erfolgen wird, aber das dürfte wohl noch ein paar Jahre dauern.“

(1960–61: „wohl noch Jahre ...“; 1961, 1965: „wohl noch viele Jahre ...“)

– „Es besteht meiner Meinung nach keine Aussicht dafür, daß eine Wiedervereinigung mit der Ostzone auf friedlichem Weg möglich ist.“

– „Kann ich nicht beurteilen“ bzw. andere Antworten<sup>162</sup>

1966–67, 1969–70, 1972, 1986, 1989

„Glauben Sie, daß Sie es noch erleben werden, daß sich Ost- und Westdeutschland wiedervereinigen?“<sup>163</sup>

1976, 1981

„Glauben Sie, daß sich Ost- und Westdeutschland noch einmal wiedervereinigen oder glauben Sie das nicht?“<sup>164</sup>

*Infas: 1966, 1967*

„Halten Sie es für möglich, daß es in den nächsten 10 Jahren dazu kommt, daß die beiden Teile Deutschlands wiedervereinigt werden?“<sup>165</sup>

1970

„Glauben Sie, daß zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, also zur Wiedervereinigung, kommen wird?“<sup>166</sup>

1971–75, 1977–78, 1984–85

„Glauben Sie, daß die Bundesrepublik Deutschland und die DDR wieder einmal einen einheitlichen Staat bilden werden?“<sup>167</sup>

*Infratest: 1968, 1972, 1976, 1984, 1987*

„Deutschland ist nun schon seit mehr als 20 Jahren geteilt. Glauben Sie, daß es innerhalb der nächsten 20 Jahre bestimmt wiedervereinigt wird,

162 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 315; dies. (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957, S. 318 (im folgenden zitiert: Jahrbuch, Bd. II) sowie dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. III, a.a.O., S. 481 sowie dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 396.

163 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 396 sowie Wolffs, Patriotismus (1986), a.a.O., S. 26.

164 Übersicht vgl. Noelle-Neumann/Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 209 sowie dies./Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 432.

165 Vgl. Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Materialbericht (Ergebnisse von August-Dezember 1967), a.a.O., Übersicht 10.

166 Vgl. Infas. Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Februar/März 1970, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970, Übersicht 11.

167 Vgl. erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom II. Quartal 1971, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg, Übersicht 8; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen, Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Oktober 1978, – Tabellenband –, a.a.O., Übersicht 2.02 sowie dass., Report für die Presse, Nr. 11 vom 19.09.1984, S. 3 und dass., Report für die Presse, Nr. 14 vom 14.06.1985, o.S.; die Ausweichkategorie heißt „weiß nicht“, die Restkategorie „keine Angabe“.



oder ist das ungewiß, oder wird es in den nächsten 20 Jahren sicher nicht wiedervereinigt?“<sup>168</sup>

(1972: „Deutschland ist nun schon mehr als 25 Jahre geteilt. Glauben Sie, daß es innerhalb der nächsten 25 Jahre zu einer Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR kommen wird ...?“)<sup>169</sup>

(1976: „Deutschland ist nun schon 30 Jahre geteilt. Glauben Sie, daß es innerhalb der nächsten 30 Jahre zu einer Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR kommen wird ...?“)<sup>170</sup>

(1984, 1987: „Deutschland ist nun schon rund 40 Jahre geteilt. Glauben Sie, daß es innerhalb absehbarer Zeit zu einer Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR kommen wird ...?“)<sup>171</sup>

Vor allem in den 50er bis Mitte der sechziger Jahre haben die Meinungsforschungsinstitute je nach Erhebungsform ganz unterschiedliche Ergebnisse ermittelt. In den nachfolgenden Schaubildern sind die Ergebnisse von Divo und Emnid sowie des IfD Allensbach integriert (vgl. Schaubild 15 a+b).<sup>172</sup>

Allein das IfD ermittelte durchgängig – mit einem Höhepunkt Mitte der 50er Jahre – großen Optimismus in der Wiedervereinigungsfrage. Gleichwohl ist auch in dessen Umfragen in weiten Teilen der Bevölkerung eine negative Einschätzung abzulesen. Durchschnittlich 32 Prozent meinten, es bestünde „keine Aussicht“ auf Realisierung dieses Ziels.<sup>173</sup> Dagegen hat Divo bereits gegen Ende der 50er Jahre ein deutliches Anwachsen des Pessimismus festgestellt. Nicht einmal jeder fünfte Befragte hielt die Chancen für „gut“ bzw. „sehr gut“.<sup>174</sup> Ein geteiltes Meinungsklima zeigen die Daten von Emnid auf. Die Gruppe der Optimisten ist etwa so groß wie die der Pessimisten. Auch hier ist der Anteil der ersten jedoch rückläufig. Zudem wählte die große Mehrheit der Befragten die – in den Schaubildern 15 a) + b) aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht abgebildete – Ausweichkategorie „ungewiß“, die eher negativ zu verstehen sein dürfte.<sup>175</sup>

168 Vgl. Infratest, Die westdeutsche Bevölkerung 1968, a.a.O., S. 12.

169 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., S. 114; die Zweifler und Pessimisten wurden hier außerdem gefragt: „Glauben Sie, daß die Bundesrepublik und die DDR überhaupt noch einmal wiedervereinigt werden?“; 19 Prozent hielten dies für „wahrscheinlich“, mehr als die Hälfte für „ungewiß“, ein Viertel für „ausgeschlossen“, vgl. ebenda.

170 Vgl. Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 30.

171 Vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 94.

172 Nicht in die Darstellung einbezogen wurde das Einzelergebnis der HICOG sowie die zweite aufgelistete Emnid-Frage, da hier eine Bedingung für die Wiedervereinigung in der Frage formuliert wird; vgl. dazu die Übersicht der Fragen in diesem Abschnitt des Kapitels.

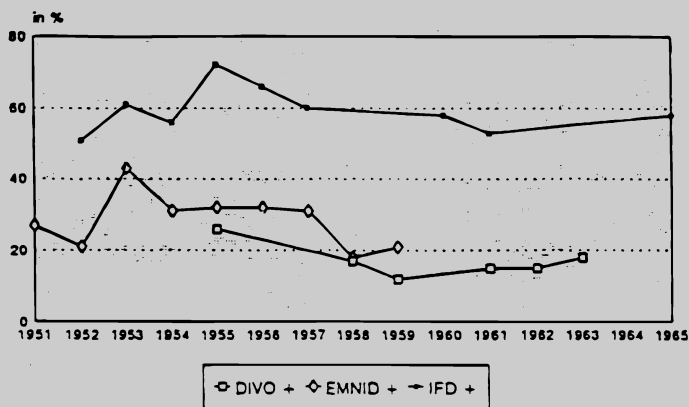
173 Zusammengefaßt wurden in der Grafik die Werte für die Kategorien „bald“ und „in einigen Jahren“; nicht abgebildet ist die Kategorie „weiß nicht“.

174 Nicht abgebildet ist die Kategorie „mittelmäßig“, die sowohl positiv als auch negativ gemeint sein kann und deren Anteil im Erhebungszeitraum deutlich abgenommen hat; auch die Antwortverweigerer werden nicht im Schaubild dargestellt.

175 Nicht abgebildet wird auch die Kategorie „weiß nicht“.

Schaubild 15a):

## Chancen einer Wiedervereinigung positive Einschätzung



Quelle: Erstellt aus Daten von Dive, Emnid und IfD (vgl. Übersicht).

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre tat sich nach der Datenlage eine „Meinungsschere“<sup>176</sup> auf – Ausdruck der „Kluft zwischen manifesten Zielen und beginnender Desillusionierung“<sup>177</sup>. Diese Entwicklung ist im folgenden Schaubild dargestellt<sup>178</sup>:

Erneut sind die Werte je nach Erhebungsform auf unterschiedlichem quantitativen Niveau angesiedelt. Erhebliche Differenzen sind vor allem hinsichtlich der pessimistischen Einschätzungen festzustellen. Die Anteile der Optimisten liegen dagegen näher beieinander. Doch alle Meinungsforschungsinstitute haben den gleichen Grundtrend ermittelt: Der Glaube an eine Wiedervereinigung war eindeutig rückläufig. Vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nahm der Optimismus deutlich ab. Die große Mehrheit der Westdeutschen rechnete seither nicht mehr mit einer Wiedervereinigung. In den achtziger Jahren hielten durchschnittlich nur noch 7 Prozent eine mittelfristige Perspektive für realistisch. Erst 1989 zeichnete sich in den Daten eine Trendwende ab.

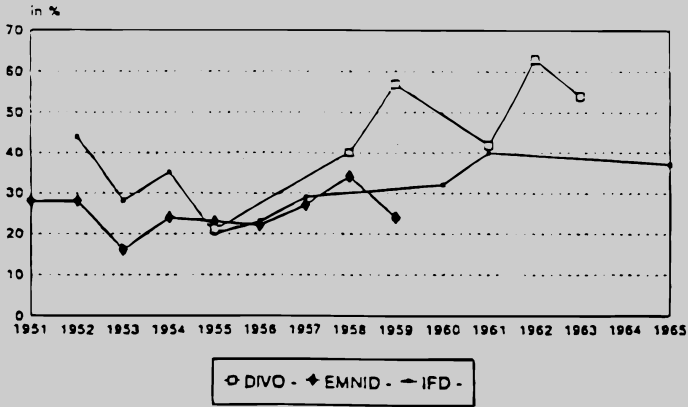
176 Elisabeth Noelle-Neumann, Urteile über Bonn, in: Die Zeit vom 26.3.1971.

177 Niethammer, Traditionen, a.a.O., S. 51.

178 Nicht in die Darstellung mit einbezogen wurden die Daten zur dritten aufgelisteten Emnid-Frage, da hier in Abstufung und Inhalt abweichende Antwortvorgaben verwendet wurden; vgl. dazu die Übersicht der Fragen zu diesem Abschnitt.

Schaubild 15b):

## Chancen einer Wiedervereinigung negative Einschätzung



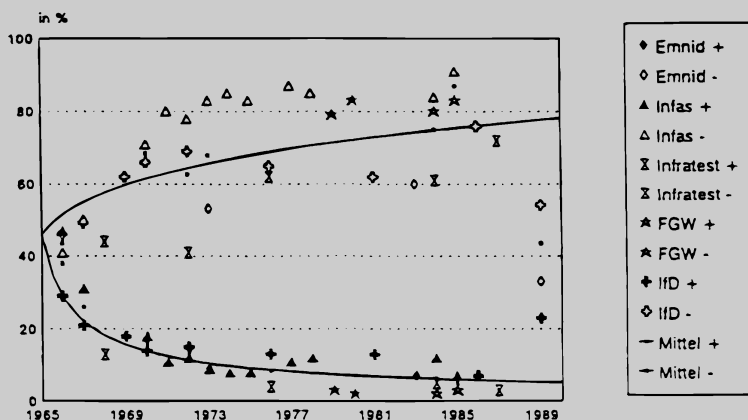
Quelle: Erstellt aus Daten von Divo, Emnid und IfD (vgl. Übersicht).

Die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung durch die Bundesbürger ist einzuordnen in den jeweiligen zeitgeschichtlichen politischen Kontext. Für die fünfziger Jahre hat Emnid hierzu einige interessante Daten vorgelegt, die verdeutlichen, daß die Westdeutschen an erster Stelle, aber mit deutlich rückläufiger Tendenz „die Haltung des Ostens“ für die Verhinderung einer Wiedervereinigung verantwortlich machten (vgl. Schaubild 17).

Dazu trugen nach Meinung der Westdeutschen in erster Linie „die Haltung Rußlands“, „der Kommunismus“ und die „Machtgier der Sowjets“ bei. „Die Pankower Regierung“ bzw. die „SED“ spielten innerhalb dieser Kategorie von Antworten nur eine geringe Rolle. 1954 waren 49 Prozent der Befragten dieser Meinung, 1958 noch 28 Prozent. Zuletzt betrachtete eine knappe Mehrheit die „Gegensätze der Großmächte“ – der Faktor der in den vorangegangenen Jahren an zweiter Stelle genannt worden war – als Haupthindernis. Der „Haltung des Westens“ wurde in diesem Zusammenhang deutlich weniger Bedeutung beigemessen. Der Anteil derjenigen, welche die Verantwortung hier verorteten, lag im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1958 bei etwa 14 Prozent. Interessant ist allerdings die Tatsache, daß neben den Westmächten und der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik die Regierung Adenauer konkret als Hindernis genannt wurde.

Schaubild 16:

# Chancen einer Wiedervereinigung



Quelle: Erstellt aus Daten von Emnid, FGW, IfD, Infas und Infratest (vgl. übersicht).

In den folgenden Jahrzehnten wurden die Berliner Mauer und der Eiserne Vorhang zu Synonymen für die Spaltung Deutschlands und Europas. Wunschvorstellung der Westdeutschen blieb eine auf friedlichem Wege verwirklichte Wiedervereinigung. Doch auch noch in den achtziger Jahren stand dem in der Wahrnehmung der Bevölkerung der Ost-West-Konflikt entgegen. So meinten in einer IfD-Befragung vom Dezember 1986 nur 10 Prozent, es werde zur Wiedervereinigung kommen, auch „wenn Europa in den nächsten Jahrzehnten in zwei Machtblöcke, also in Ost und West, geteilt bleibt“.<sup>179</sup> Die große Mehrheit (71 Prozent) hielt dies jedoch „für unmöglich“.

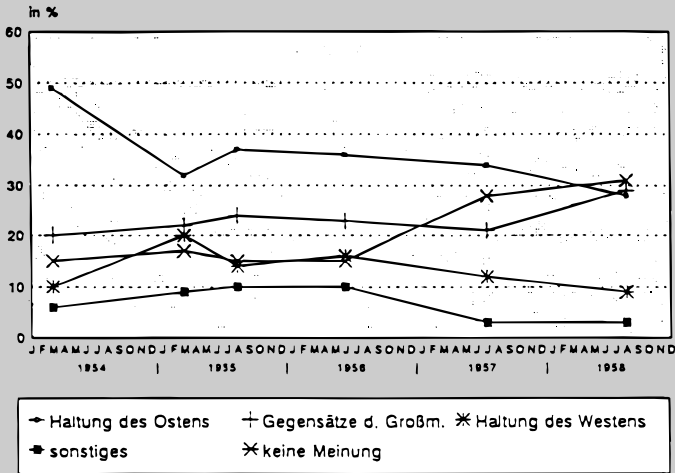
## 2.2.2. Politischer Stellenwert der Wiedervereinigung

Dieses Auseinanderklaffen von Wunsch und Wirklichkeit wirft die Frage nach der Relevanz des Wiedervereinigungsziels auf: Welchen Stellenwert besaß die deutsche Vereinigung gegenüber anderen politischen Zielsetzungen? Handelte es sich hier um ein wirkliches Bedürfnis der Westdeutschen, für das man Opfer zu leisten bereit war?

<sup>179</sup> So der Kern der Allensbach-Frage; unentschieden waren weitere 19 Prozent; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 431.

Schaubild 17:<sup>180</sup>

## Haupthindernis für eine Wiedervereinigung Deutschlands



Quelle: Erstellt aus Daten von Ennid.

### Was ist wichtiger?

Schon eine HICOG-Befragung vom September 1949 macht deutlich, daß die Wiedervereinigung in Konkurrenz mit anderen politischen Zielsetzungen zurückgestellt wurde. Demnach hielten 71 Prozent der Befragten den Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus für wichtiger als die Überwindung der Teilung.<sup>181</sup>

Für die Folgejahre läßt sich der Stellenwert der Wiedervereinigung in der politischen Prioritätenliste der Westdeutschen anhand einer Reihe von Meinungsumfragen zu den wichtigsten Problemen, Fragen oder Aufgaben in der Bundesrepublik aufzeigen. Die umfassendste Zeitreihe kann hierzu auf

<sup>180</sup> Ennid: Worin sehen Sie das Haupthindernis für eine deutsche Wiedervereinigung?“ (offene Frage); vgl. erstmals Ennid, Informationen, Nr. 3/1954, S. 3.

<sup>181</sup> Vgl. Merritt/Merritt, Public Opinion in Semisovereign Germany, a.a.O., S. 28: „... 71 per cent felt that checking the spread of communism was more important than uniting Germany (against 25 per cent who found reunification to be more important)“; dieses Ergebnis ist auch Ausdruck des starken Bedrohungsempfindens, das in den fünfziger und sechziger Jahren im Westen gegenüber der Sowjetunion bestand; vgl. dazu etwa die Ergebnisse des IfD in: Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 352 sowie dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. III, a.a.O., S. 559.



stung/Beendigung der Kriegsfolgen (Friedensvertrag)/Europäische Vereinigung/Entwicklungshilfe, Entwicklungsländer/sonstiges/weiß nicht, keine konkrete Angabe

*Jan 59-Jan 63:*

Wiedervereinigung/Wirtschaftslage (darunter: Preise, Löhne, Währung, Wohnungsbau, Wiederaufbau, Landwirtschaft)/Frieden erhalten/Europäische Vereinigung, Förderung der EWG/Berlin-Frage/Innenpolitische Aufgaben (darunter: Verkehr, Krankenhausbau, Zusammenhalt der einzelnen Parteien)/Rüstung, Atomfragen, Abrüstung/Beendigung der Kriegsfolgen/sonstiges/weiß nicht, keine Antwort

*Jan 63-Jan 67:*

Die Wiedervereinigung/Das Berlin-Problem/wirtschaftliche Lage, Löhne, Preise, Währung/den Frieden bewahren, Ausgleich zwischen Ost und West/soziale Aufgaben, Innenpolitik/Vereinigung Europas/Rüstung, Abrüstung, Atomfragen/Beendigung der Kriegsfolgen/bessere Ostpolitik, Annäherung an den Osten/weiß nicht, keine Antwort

*Jan 68-Mai 72:*

Verbesserung der wirtschaftlichen Lage (Preise, Löhne, Stabilität, Währung)/Innenpolitische Probleme (Verkehr, Jugendfragen, Studentenunruhen, Schul- und Bildungspolitik, innere Sicherheit, Landwirtschaft, Krankenhausbauten usw.)/Die Ostpolitik/Erhaltung des Friedens/Wiedervereinigung Deutschlands/Die Außenpolitik/Die Berlin-Frage/Herstellung klarer Verhältnisse zur DDR (auch Anerkennung)/Verteidigungsprobleme/anderes/unentschieden, weiß nicht

*1972–82:*

Wirtschaftliche Probleme, Wirtschaftslage (darunter: Ölkrise, Energiekrise, Preise, Löhne, Währung, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt, Renten)/Sicherung des Friedens, Lösung des Ost-West-Konfliktes/Rüstung, Abrüstung, Atomfragen/Wiedervereinigung/Berlin-Frage/Innenpolitik/Europäische Vereinigung

Nachdem zu Beginn der fünfziger Jahre wirtschaftlichen Fragen die größte Bedeutung beigemessen wurde, führte das Wiedervereinigungsziel seit dem Sommer 1953 bis in das Jahr 1965 die Prioritätenliste an. Zwischen 30 und 47 Prozent der Bundesbürger betrachteten in diesem Zeitraum die Wiedervereinigung als eine der wichtigsten Fragen, „mit der man sich in der Bundesrepublik heute allgemein beschäftigen sollte“. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war jedoch ein deutliches Abfallen des politischen Stellenwertes dieses Themas festzustellen. Zugleich erhielten ökonomische Anliegen ein zunehmendes Gewicht. Niethammer verweist in diesem Zusammenhang

auf die wirtschaftlichen Einbrüche gegen Ende des Jahrzehnts und stellt fest: „Die Dynamik wirtschaftlicher Integration und die zunehmende Erkenntnis, daß eine friedliche Revision der Kriegsfolgen unmöglich ist, erlaubte großen Teilen der Gesellschaft nur dann die Priorität auf die Wiedervereinigung zu legen, wenn unmittelbare Interessen wie Friede und Wohlstand nicht tangiert wurden und derzeit keine besondere Aufmerksamkeit forderten.“<sup>184</sup> Im weiteren Kurvenverlauf wird deutlich, daß die Wiedervereinigung kontinuierlich an Bedeutung verlor und etwa zeitgleich mit dem Abschluß der Ostverträge von der politischen Prioritätenliste verschwand<sup>185</sup>: Seit 1972 wurde die Wiedervereinigung noch von maximal einem Prozent der Befragten genannt.

Der hohe Stellenwert des Wiedervereinigungsziels bis in die sechziger Jahre läßt sich durch weitere empirische Ergebnisse untermauern. So ermittelte DIVO von 1958 bis 1962 Werte um 40 Prozent für die Wiedervereinigung als wichtigstes Problem, dem „Deutschland heute gegenübersteht“.<sup>186</sup> Für die Priorität wirtschaftlicher Probleme seit Mitte der sechziger Jahre sprechen darüber hinaus Daten von Infas, das vom Herbst 1964 bis Winter 1972/73 nach dem wichtigsten Problem fragte, „mit dem man sich heute in der Bundesrepublik beschäftigen sollte“ (vgl. Schaubild 19).

*Antwortkategorien:*

*ab Herbst 64:*

Wiedervereinigung Deutschlands/Freie Wahlen in Ost und West/Erleichterung für die Menschen im Osten/Berlin-Problem/Internationale Entspannung, Frieden, Abrüstung/Verteidigungsprobleme, EWG, europäische Integration/Preise, Löhne, Kaufkraft, Arbeitsplätze/Anderes/keine Angabe.

*ab Juni/Juli 68:*

Wiedervereinigung Deutschlands/Erleichterungen, geregeltes Nebeneinander/Äußere Sicherheit, Friede, Entspannung/EWG, europäische Integration/Ruhe, Ordnung, Innere Sicherheit/Preise, Löhne, Kaufkraft, Arbeitsplätze

*ab Februar/März 70:*

Wiedervereinigung Deutschlands/Berlin-Problem, Beziehungen zur DDR/

184 Niethammer, Traditionen, a.a.O., S. 60.

185 Dies gilt auch im wörtlichen Sinne, denn die Meinungsforschungsinstitute gaben etwa seit den siebziger Jahren diesen Begriff den Befragten auch nicht mehr zur Einstufung vor; verwendet wurden statt dessen verwandte Kategorien wie etwa „Entwicklung der Deutschland- und Ostpolitik“ oder „Situation West-Berlins“; vgl. z. B. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O..

186 Divo, Pressedienst, Okt I 1959, S. 1; dass., Pressedienst, Mai I 1961, S. 3 sowie dass., Pressedienst, Mai I 1962, S. 2: „Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Problem, dem Westdeutschland heute gegenübersteht?“, einen steigenden Stellenwert des Wiedervereinigungsziels ermittelte auch Emnid mit der Frage: „Was wäre Ihrer Meinung nach für 19xx die dringendste Aufgabe der Bundesrepublik?“. (1960: „Was wäre nach Ihrer Meinung die dringendste Aufgabe für 1960 die dringendste Aufgabe der Bundesregierung?“; erstmals vgl. Emnid, Informationen, Nr. 52/1951, S. 3–4 zuletzt in: dass., Informationen, Nr. 52–53/1959, S. 5.



Schaubild 19:<sup>187</sup>

Quelle: Erstellt aus Daten von Infas.

Ostpolitik, Oder-Neiße Problematik/Äußere Sicherheit/Preis, Löhne, Kaufkraft/Anderes

ab Juni/Juli 71:

Ostpolitik, Berlin-Problem/Äußere Sicherheit/Innere Reformen/Preise, Löhne, Kaufkraft/Anderes/Weiß nicht, keine Angabe.

Die Legende zur Grafik steht für folgende Antwortkategorien:

*Wiedervereinigung*: Wiedervereinigung Deutschlands

*Wirtschaft*: Preise, Löhne, Kaufkraft, Arbeitsplätze

*Europäische Union*: Verteidigungsprobleme, EWG, europ. Integration

*Frieden*: Internationale Entspannung, Frieden, Abrüstung/äußere Sicherheit

*Ostpolitik*: Berlin-Problem, Ostpolitik/Beziehungen zur DDR/Oder-Neiße Problematik

<sup>187</sup> Die Formulierung der Frage lautet: „Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Problem, mit dem man sich heute in der Bundesrepublik beschäftigen sollte?“ (offene Frage); Mehrfachnennungen waren möglich; vgl. erstmals in: Infas, Gesamtdeutsches Barometer (Ergebnisse von August-September 1967), a.a.O., 1967, S. 12 zuletzt in dass., Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom IV. Quartal 1972, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 13–14; zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Infratest; dazu vgl. Infratest, Die westdeutsche Bevölkerung 1968, a.a.O., S. 22.

Die Werte für die Wiedervereinigung sanken im Erhebungszeitraum von anfangs 38 Prozent auf nur noch 8 Prozent im Oktober/November 1970. Seit Juni/Juli 1971 wurde „Wiedervereinigung“ nicht mehr als eigene Kategorie aufgeführt. Statt dessen hat das Institut seit Februar/März 1970 die Kategorie „Ostpolitik“ verwendet.<sup>188</sup>

Auch Infratest hat 1976 und 1987 nach den Aufgabenbereichen gefragt, um die sich die Bundesregierung vorrangig kümmern sollte. Anstelle des Wiedervereinigungsziels wurde den Befragten die umfassendere Kategorie „Deutschland- und Ostpolitik“ zur Einstufung vorgelegt.<sup>189</sup> Die Liste der als sehr wichtig bezeichneten Aufgaben führten die Kategorien „Sicherheit der Arbeitsplätze“, „Umweltschutz“, „Innere Sicherheit/Verbrechensbekämpfung“ und „Abrüstung“ an. Die „Entwicklung der Deutschland- und Ostpolitik wurde auf den dritt- beziehungsweise viertletzten Platz verwiesen. Wenngleich die Wichtigkeit dieses Politikfeldes 1987 leicht gewachsen war (von 25 auf 29 Prozent), erreichte es doch bei weitem nicht den Bedeutungszuwachs, den beispielweise der Umweltschutz in der gleichen Zeitspanne erfahren hatte (von 51 auf 72 Prozent).

Der empirische Befund zum Stellenwert des Wiedervereinigungsziels läßt sich zusammenfassen: „Die Wiedervereinigungsfrage ist deaktualisiert worden, weil im Zusammenleben der Deutschen ein, wenn auch eingeschränkt akzeptabler modus vivendi gefunden worden ist und weil unter den derzeitigen Umständen eine konkrete Lösungsmöglichkeit für die deutsche Frage nicht gegeben erscheint. Als langfristiges Anliegen unterstützen die Bundesbürger die Wiedervereinigung in ihrer großen Mehrheit.“<sup>190</sup> Doch auch nach dem Umbruch in der DDR, als die Wiedervereinigung wieder auf die politische Tagesordnung gerückt war, wurde diesem Thema von den Westdeutschen nur ein nachgeordneter Stellenwert beigemessen. Das Ziel „deutsche Einheit“ hielten im Mai 1990 zwar 29 Prozent der Westdeutschen für „sehr wichtig“, doch nimmt es damit nur den elften Rang unter den insgesamt 13 Antwortvorgaben ein.<sup>191</sup>

188 Vgl. Infas, Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Februar/März 1970, – Tabellenband –, a.a.O., Übersicht 8.

189 Erstmals in Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 3; zuletzt in: dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 64: „Auf dieser Liste stehen verschiedene Aufgabenbereiche, um die sich die Bundesregierung kümmern muß. Bitte sagen Sie mir zu jedem, ob Sie diesen Aufgabenbereich für sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig oder ganz unwichtig halten.“

190 Herdegen, Perspektiven, Teil I, a.a.O., S. 1263; dazu vgl. im Detail auch Kap. 2.2.1.

191 Ipos, Einstellungen 1990, a.a.O., S. 54: „Wir haben hier eine Reihe von Aufgaben und Zielen, über die in der Bundesrepublik gesprochen wird. Sagen Sie uns bitte für jede dieser Aufgaben, ob Sie Ihnen persönlich sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig oder ganz unwichtig erscheint“; die Antwortvorgabe „deutsche Einheit“ wurde 1990 erstmals vorgelegt; die zitierten Ergebnisse umfassen die Angaben zur Kategorie „sehr wichtig“.

## *Wiedervereinigung und europäische Einigung*

Die Zurückdrängung der Wiedervereinigung aus dem aktuellen Sorgehorizont der Westdeutschen ging einher mit einer Hinwendung zur europäischen Perspektive. Dies belegen die folgenden Ergebnisse von Emnid und Infas:

### *Übersicht der Fragen:*

#### *Emnid: 1951–1959*

„Was halten Sie für vordringlicher: Die Vereinigung der Ost- und der Westzone Deutschlands oder eine europäische Vereinigung?“<sup>192</sup>

1960:

„Was halten Sie für vordringlicher: Die Vereinigung Deutschlands oder eine europäische Vereinigung?“<sup>193</sup>

1965:

„Was halten Sie für vordringlicher: Die Wiedervereinigung Deutschlands oder eine europäische Vereinigung?“<sup>194</sup>

1973–1989:

Was halten Sie für vordringlicher: Die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik oder die europäische Vereinigung?“<sup>195</sup>

#### *Infas: 1989–90:*

„Was hat für Sie Vorrang: Das weitere Zusammenwachsen, die Integration Westeuropas unter Einschluß der Bundesrepublik oder die Wiedervereinigung, die staatliche Einheit von Bundesrepublik und DDR?“<sup>196</sup>

Bis in die siebziger Jahre räumte die große Mehrheit der Westdeutschen der Überwindung der Teilung Deutschlands eindeutigen Vorrang vor der europäischen Vereinigung ein. Zehn Jahre später, als diese Frage erstmals wieder ins Feld geschickt wurde, hatte sich das Meinungsbild umgekehrt: 60 Prozent sprachen sich zuerst für die europäische Vereinigung aus, 36 Prozent für die deutsche Vereinigung. Dieser Befund wurde noch in einer Erhebung vom Juni 1989 bestätigt: Im Westen hielten lediglich 40 Prozent die deutsche Vereinigung für vordringlicher als die europäische. Doch etwa 60 Prozent gaben der Einigung Europas den Vorrang. Erst im Frühjahr 1990 kehrten sich hier die Prioritäten um (vgl. Schaubild 20).

192 Vgl. Übersicht in Emnid, Informationen, Nr. 19/1959, S. 4.

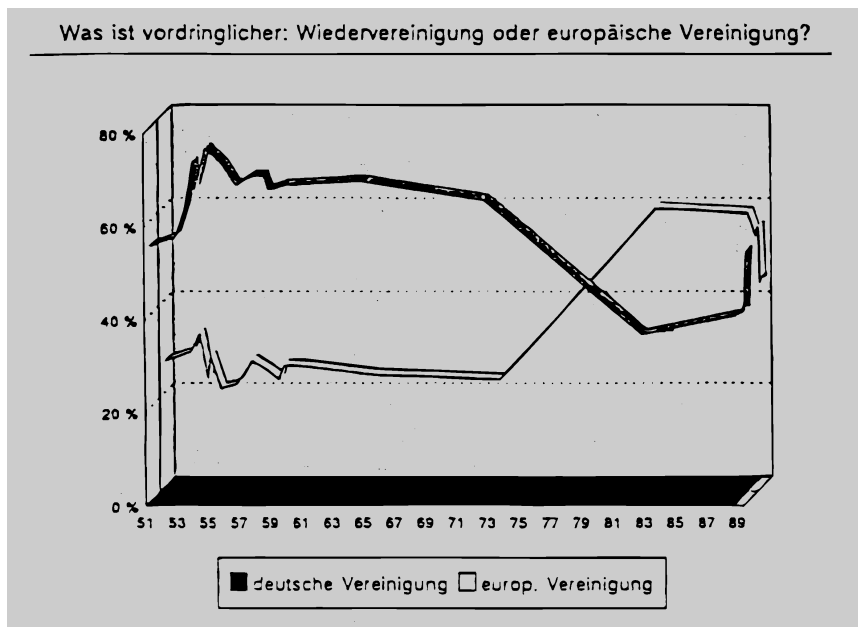
193 Vgl. Emnid, Informationen, Nr. 37/1960, S. 4.

194 Vgl. Emnid, Informationen, Nr. 32/1965, Anhang S. 1.

195 Vgl. erstmals in: Emnid, Informationen, Nr. 5–6/1973, A23-A24; zuletzt in: Emnid, Informationen, Nr. 5–6/1989, A31-A35.

196 Vgl. Infas, Politogramm Aktuell, Januar 1990.

Schaubild 20:



Quelle: Erstellt aus Daten von EMNID und Infas.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß die deutsche und die europäische Vereinigung im Bewußtsein der Bevölkerung keinen Widerspruch darstellten. Dies belegt etwa eine Erhebung des IfD Allensbach vom März 1979, in der gefragt wurde: „Hier unterhalten sich zwei über Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands. Wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“

Der eine: „Ich habe Bedenken gegen die europäische Vereinigung, wie sie jetzt geplant ist, nur mit den westeuropäischen Ländern. Ich fürchte, wir verbauen uns damit die Chance zur deutschen Wiedervereinigung.“

Der andere: „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist im Augenblick gar nicht zu verwirklichen, aber die europäische Einigung ist möglich. Deshalb sollte man jetzt mit aller Kraft erst einmal ein vereintes Europa schaffen.“

Nur 12 Prozent der Westdeutschen betrachteten demnach die europäische Vereinigung als Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands. Eine überwältigende Mehrheit von 62 Prozent stimmte dem nicht zu und sprach sich deshalb für ein vereintes Europa aus.<sup>197</sup> Dieses Ergebnis weist auch darauf

197 Vgl. Noelle-Neumann/Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 604.

hin, daß der Vorzug einer europäischen Vereinigung nicht gleichzusetzen ist mit der Aufgabe des Wiedervereinigungsziels.

In den achtziger Jahren hat sich diese Einschätzung noch verstärkt. Nach einer Befragung des IfD Allensbach glaubten 1985 nur 13 Prozent der Westdeutschen, die Chancen auf Wiedervereinigung würden in einem vereinigten Europa sinken. Der größte Prozentsatz der Befragten (49 Prozent) vertrat die Auffassung, die Aussichten blieben gleich, da die europäischen Einigung keinen Einfluß auf die Realisierung dieses Ziels habe. 21 Prozent meinten sogar, die Chancen würden steigen.<sup>198</sup>

### *Opfer und Kosten*

Der Stellenwert der Wiedervereinigung im Bewußtsein der Westdeutschen läßt sich nicht zuletzt an ihrer persönlichen Opferbereitschaft für dieses Ziel messen. In den Daten finden sich dazu nur vereinzelte Hinweise. Hier ist ganz eindeutig ein Defizit zu beklagen. Verstärkt wird erst seit der aktuellen Kostendiskussion im deutschen Einigungsprozeß nach der Opferbereitschaft gefragt.

Erstmals hatte das IfD Allensbach im August 1953 erhoben, ob die Westdeutschen bereit wären, drei Milliarden Mark an Rußland zu zahlen, wenn dadurch die Wiedervereinigung ermöglicht würde. Eine relative Mehrheit von 47 Prozent der Befragten unterstützte diesen „Handel“. Fast ein Drittel lehnte derartige Zahlung ab (31 Prozent). Eine fast ebenso große Mehrheit befürwortete diesen Weg zur Vereinigung (41 gegenüber 34 Prozent), auch wenn dafür Steuererhöhungen notwendig werden würden.<sup>199</sup>

Daneben ist eine Wiederholungsbefragung des IfD hervorzuheben, in der die Befragten jeweils mit einem konkreten Finanzierungsplan der Wiedervereinigung konfrontiert wurden:

1959:

„Eine Frage zur Wiedervereinigung Deutschlands. Es heißt ja, daß Rußland ziemlich hohe finanzielle Forderungen stellt, um die Ostzone herauszugeben.

198 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 1012: „Manche Politiker sagen, eine Wiedervereinigung Deutschlands ist nur in einem vereinigten Europa möglich. Was glauben Sie, wenn es mit der Einigung Europas weiter vorangeht: Steigen dann die Chancen für die Wiedervereinigung oder sinken die Chancen dadurch?“

199 Vgl. Erich Peter Neumann u. Elisabeth Noelle, Antworten. Politik im Kraftfeld öffentlicher Meinung, Allensbach <sup>2</sup>1955, S. 160: „Vielleicht geben die Russen die Ostzone frei, wenn Westdeutschland sich verpflichtet, noch drei Milliarden Mark Reparationen an Rußland zu zahlen. Angenommen, wir könnten so die Wiedervereinigung erreichen: sollten wir da Rußland solche Reparationen anbieten oder nicht anbieten?“/“... Angenommen, wir könnten so die Wiedervereinigung erreichen: sollten wir in Westdeutschland dann diese drei Milliarden durch eine Erhöhung der Steuern aufbringen und sie Rußland anbieten, oder sind Sie gegen ein solches Angebot.“

Deshalb ist der Vorschlag gemacht worden, jeder Deutsche in der Bundesrepublik, der mehr als 300 Mark im Monat verdient, sollte 10 Jahre lang einen Teil seines Einkommens abführen. Hier auf dieser Liste können Sie sehen, wie das gedacht ist. Links steht immer das Monatseinkommen und rechts daneben der Betrag, der davon 10 Jahre lang für die Wiedervereinigung abgeht.“

1967 und 1969:

„Setzen wir einmal voraus, es gebe Gründe für die Annahme, daß Rußland die Wiedervereinigung zuließe, wenn dem Ostblock ein sehr hoher Kredit zur Verfügung gestellt würde. Dieses Geld könnte die Bundesregierung allein aus den Steuern nicht aufbringen. Angenommen, man würde dann ein Gesetz erlassen, daß jeder Deutsche in der Bundesrepublik, der mehr als 500 Mark monatlich verdient, 10 Jahre lang einen Teil seines Einkommens abführen müßte. Hier auf dieser Liste können Sie sehen, wie das gedacht ist. Links steht immer das Monatseinkommen und rechts daneben der Betrag, der davon 10 Jahre lang für die Wiedervereinigung abgeht. Was ist Ihre Meinung: Wären Sie für oder gegen diesen Plan?“

1990:

„Die Wiedervereinigung und vor allem die vorhergehende Währungs- und Wirtschaftsunion kosten die Bundesrepublik viel Geld. Angenommen, man würde dann ein Gesetz erlassen, daß jeder Deutsche in der Bundesrepublik, der mehr als 1.900 Mark monatlich verdient, 10 Jahre lang einen Teil seines Einkommens abführen müßte. Hier auf dieser Liste können Sie sehen, wie das gedacht ist. Links steht immer das Monatseinkommen und rechts daneben der Betrag, der davon 10 Jahre für die Wiedervereinigung abgeht. Was ist Ihre Meinung: Wären Sie für oder gegen diesen Plan?“

Bereits 1959 war der Befund ambivalent: Einerseits war mehr als die Hälfte der Befragten nicht bereit, für das Ziel der deutschen Vereinigung zusätzliche Abgaben zu leisten. Andererseits waren 37 Prozent – die Mehrzahl zögernd – mit den doch beträchtlichen vorgeschlagenen Belastungen einverstanden.<sup>200</sup> Bei den Wiederholungsbefragungen in den Jahren 1967 und 1969 hatte die Opferbereitschaft weiter abgenommen. Zuletzt lehnten zwei Drittel der Westdeutschen finanzielle Opfer für die deutsche Einheit ab. 1990 waren schließlich nur noch 20 Prozent bereit, Abgaben zu leisten. Eine klare Mehrheit von 77 Prozent war gegen solche Pläne.<sup>201</sup>

Konkret auf die Probe gestellt wurde die Solidarität mit den Landsleuten aus dem Osten angesichts der Übersiedlerwelle im Jahr 1984. Infratest fragte in diesem Zusammenhang: „Gegenwärtig dürfen im Vergleich zu früher relativ

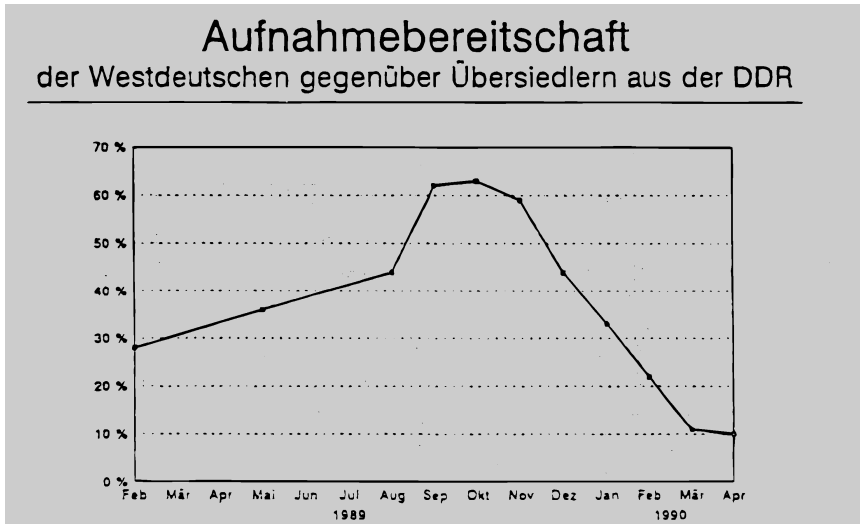
200 Die Frage ist so angelegt, daß mit steigendem Gehalt der Befragten auch der vorgeschlagene Einkommensverzicht höher ausfiel; vgl. Neumann, Erich Peter, Wiedervereinigung und öffentliche Meinung, in: Die Politische Meinung 9/1964, S. 29.

201 Trendvergleich des IfD zur Opferbereitschaft für die Wiedervereinigung, vgl. in: Die Zeit v. 9.3.1990.

viele DDR-Bürger legal in die Bundesrepublik übersiedeln. Zwischen Januar und März 1984 kamen mehr als 13.000. Man schätzt, daß auch im April dieser Zustrom nicht abreißen wird. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß jetzt so viele DDR-Bürger zu uns kommen?“. Eine Mehrheit der Befragten von 46 Prozent äußerte Bedenken und antwortete „teils gut/teils schlecht“. Nur 18 Prozent beurteilten die Übersiedlerwelle als „uneingeschränkt gut“. Weiteren 22 Prozent war dieses Ereignis egal.<sup>202</sup> Gleichwohl war die Hilfsbereitschaft der Westdeutschen groß: So stimmten 59 Prozent der Aussage zu: „Jeder von uns sollte DDR-Übersiedlern persönlich helfen, wo er nur kann.“ Angesichts der zweiten, noch größeren Flüchtlingswelle stieg der Anteil der Hilfsbereiten im August 1989 auf 75 Prozent.<sup>203</sup>

Daneben hat Emnid vom März 1989 bis Mai 1990 konkret nach der Aufnahmebereitschaft der Westdeutschen für Übersiedler aus der DDR gefragt (vgl. Schaubild 21).<sup>204</sup>

Schaubild 21:<sup>204</sup>



Quelle: Erstellt aus Daten von Emnid.

202 Vgl. Anne Köhler u. Volker Ronge, Ein Test auf die Wiedervereinigung? Die Reaktion der Bundesdeutschen auf die Übersiedlerwelle aus der DDR vom Frühjahr 1984, in: Deutschland-Archiv 12/1984, S. 53.

203 Vgl. Richard Hilmer u. Anne Köhler, Die DDR im Aufbruch. Was halten die Bundesdeutschen Ende Oktober 1989 von Flüchtlingswelle und Reformen?, in: Deutschland Archiv 12/1989, S. 1389–1393.

204 Emnid-Daten vgl. in: Der Spiegel, Nr. 9 v. 26.02.1990 und Nr. 18 v. 30.04.1990.

In der Grafik sind die Prozentwerte derjenigen abgebildet, die sich für die Aufnahme aller Übersiedler aussprachen. Auffällig ist die wachsende Zustimmung bis zum Oktober 1989, die nach dem Fall der Mauer jedoch rapide zurückging. Im Februar 1990 waren nach der Datenlage die meisten Westdeutschen eher skeptisch gegenüber den Übersiedlern eingestellt: 71 Prozent hielten die finanzielle Hilfe für Übersiedler für zu hoch, 76 Prozent sprachen sich gegen eine Gleichstellung bezüglich der Rentenansprüche aus und 81 Prozent wollten nur Übersiedler aufnehmen, die Wohnung und Arbeitsplatz in Westdeutschland vorweisen konnten.

Im Kontext des deutschen Einigungsprozesses haben die Meinungsforschungsinstitute zahlreiche Daten zur Opferbereitschaft und Solidarität mit den Ostdeutschen erhoben. Einige zentrale Ergebnisse sollen im folgenden exemplarisch dargestellt werden. Bei aller Freude über die deutsche Einheit wurden unter den Westdeutschen schon früh Bedenken laut, die Vereinigung könne eher Nachteile bringen.<sup>205</sup> Die große Mehrheit erwartete im Februar 1990 Steuererhöhungen (75 Prozent), ebenso wie knapperen Wohnraum (71 Prozent), höhere Sozialversicherungsabgaben oder eine größere Staatsverschuldung (61 Prozent).<sup>206</sup>

Daß man für die Vereinigung mit der DDR Lasten würde übernehmen müssen, akzeptierte die Mehrheit der Westdeutschen erst relativ spät. So fragte Allensbach im Vereinigungsjahr: „Lothar de Mazière, der Ministerpräsident der DDR, hat gesagt, daß die Bürger der DDR vierzig Jahre lang den schweren Teil der deutschen Geschichte getragen haben, und daß darum die Westdeutschen jetzt auch bereit sein müssen, Lasten zu übernehmen, um der DDR beim Wiederaufbau zu helfen. Sehen Sie das auch so, oder meinen Sie das nicht?“. Zwar ist in dieser Fragestellung noch nicht von der Wiedervereinigung, sondern von einer weiterhin existierenden DDR die Rede. Die Ergebnisse sind dennoch eindeutig: Während im April 1990 nur 27 Prozent der Befragten zustimmten, schnellte die Akzeptanz im Juni 1990 auf 78 Prozent hoch.<sup>207</sup> Dieser Stimmungsumschwung weist auf die wachsende Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung hin. Im Oktober 1990 räumten schließlich 44 Prozent der Westdeutschen ein, daß eine Steuererhöhung zur

205 Vgl. beispielsweise Ipos, Einstellungen 1990, a.a.O., S. 70.

206 Die Frage lautet: „Hier auf diesen Karten ist einmal aufgeschrieben, was sich durch eine Wiedervereinigung der deutschen Staaten ereignen kann. Was davon erwarten Sie, was wird wohl eintreten?“, die Nachfrage: „Noch eine Frage zu den Veränderungen, die Sie erwarten. Verteilen Sie die Karten doch bitte auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob man diese Veränderung für die Wiedervereinigung in Kauf nehmen kann, oder ob man das nicht in Kauf nehmen kann, ob das nicht zu verantworten ist“; Mehrfachnennungen waren möglich; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 441.

207 Vgl. ebenda, S. 443.



Finanzierung der Einheit notwendig sei und 78 Prozent rechneten sogar damit.<sup>208</sup>

Unsicherheit herrschte jedoch lange Zeit über Art und Ausmaß dieser Lasten. Im März 1990 meinten 55 Prozent der von Allensbach Befragten, daß die Bundesbürger für die Wiedervereinigung große Opfer würden bringen müssen. 27 Prozent verneinten dies.<sup>209</sup> Eine Befragung vom Februar 1990 weist auf ein Besitzstandsdenken der Westdeutschen hin. Zwar stimmte etwa jeder fünfte (21 Prozent) der Aussage zu: „Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist eine nationale Aufgabe. Da darf man jetzt nicht kleinkariert die Kosten aufrechnen.“ Doch zwei Drittel fürchteten vor allem die damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken und meinten: „Ich finde, man muß jetzt vor allem auch an die Kosten denken. Wir können jetzt nicht aufs Spiel setzen, was in der Bundesrepublik geschaffen wurde. Die Wiedervereinigung muß man langsam und Schritt für Schritt angehen“.<sup>210</sup>

Die persönliche Bereitschaft, etwas für die deutsche Einheit zu tun, erscheint eher begrenzt: Im Februar 1990 fragte Allensbach konkret nach, ob eine Ergänzungsabgabe zur Lohn- und Einkommenssteuer eingeführt werden sollte, oder ob sich die Befragten dies nicht leisten könnten. Die eindeutige Mehrheit (58 Prozent) meinte, sich dies nicht leisten zu können. 23 Prozent erklärten sich einverstanden; 19 waren unentschieden.<sup>211</sup>

### 2.2.3. Modelle der Wiedervereinigung

Der Wiedervereinigungswunsch der Westdeutschen läßt sich weiter differenzieren hinsichtlich ihrer Vorstellungen, wie ein vereinigtes Deutschland aussehen sollte und könnte. Die Demoskopie stellte hier die Frage nach der inneren Ordnung in den Mittelpunkt: Welche Bedingungen wären die Bundesbürger auf dem Weg zur staatlichen Vereinigung bereit zu akzeptieren? Die politischen Systeme der beiden deutschen Staaten treten hier in Konkurrenz: Sollte eine Wiedervereinigung in einem Staat nach westlichem, freiheitlich-demokratischen Vorbild oder nach östlichem, kommunistischem Muster erfolgen? Auch die Einbindung der Systeme in die internationale

208 Vgl. ebenda, S. 458: „Was meinen Sie, ist eine Steuererhöhung zur Finanzierung der Einheit notwendig, oder könnte es auch ohne Steuererhöhung gehen?“; sowie: „Rechnen Sie mit einer Steuererhöhung zur Finanzierung der Einheit, oder rechnen Sie nicht damit?“.

209 Vgl. ebenda.

210 So der Kern der Frage, die eingeleitete wurde: „Hier unterhalten sich zwei über die Wiedervereinigung. Einer sagt: ... Der andere: ... Wem stimmen Sie eher zu?“; vgl. ebenda.

211 Dieses Mehrheitsverhältnis zog sich durch alle Parteienhängerschaften hindurch; so äußerten sich 52 Prozent der CDU-, 46 Prozent der FDP-, 66 Prozent der SPD- und 58 Prozent der Grünen-Anhänger auf die Frage: „Es gibt ja den Vorschlag, daß eine Ergänzungsabgabe zur Lohn- und Einkommenssteuer eingeführt werden soll, also eine Art zusätzliche Steuer. Mit diesem Geld soll die Wirtschaft in der DDR angekurbelt werden. Wären Sie persönlich einverstanden, eine Sondersteuer zu zahlen, oder könnten Sie sich das nicht leisten, könnten Sie nicht auf einen Teil Ihres Einkommens verzichten?“; vgl. ebenda, S. 457.

Staatenwelt ist – insbesondere als Frage nach der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands – in einigen Erhebungen thematisiert worden.

Die frühesten Daten zu diesem Themenkomplex finden sich in den Berichten der High Commission for Germany (HICOG), die noch in die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland zurückreichen. Bereits im September 1949 wurde ermittelt, daß 81 Prozent der Befragten eine Wiedervereinigung unter einer Regierung nach ostdeutschem Vorbild nicht akzeptiert hätten. Lediglich für 4 Prozent wäre dies eine akzeptable Vorstellung gewesen. Dieses Ergebnis ist als erster Beleg dafür zu werten, daß die Westdeutschen die Wiedervereinigung nicht um jedem Preis erlangen, sondern an bestimmte politische Voraussetzungen geknüpft sehen wollten.<sup>212</sup>

Von Ende März bis Mitte April 1955 wurde ebenfalls im Auftrag der HICOG gefragt: „Would you be willing, for the sake of reunification, to...“

- „... accept an all-German election which would not be as free as those here in West Germany?“;
- „... accept some form of government other than democratic?“;
- „... accept the present leaders of the East Zone government as members of an all-German government?“;
- „... recognize the present leaders of the East Zone as conferees?“;
- „... accept withdrawal of NATO forces from Germany, which means diminished security for Germany, if Russian troops would leave East Germany at the same time?“.<sup>213</sup>

Das Frageinstrument zielt sowohl auf die innere Ordnung als auch auf die äußere Sicherheit eines vereinten Deutschland. Die Daten zeigen somit zweierlei: Zum einen dominierte im Frühjahr 1955 klar die Auffassung, daß eine Vereinigung in einem demokratischen System nach westlichem Vorbild erfolgen sollte. Zum anderen hätte mehr als die Hälfte der Befragten den Abzug der alliierten Streitkräfte aus beiden Teilen Deutschlands akzeptiert, wenn dadurch die Wiedervereinigung hätte erreicht werden können. Im einzelnen sind folgende Ergebnisse festzuhalten:

- 68 Prozent der Befragten hätten einem Verzicht auf eine freie gesamtdeutsche Wahl nicht zugestimmt.<sup>214</sup>
- Ebenso wären 62 Prozent der Befragten gegen die Wiedervereinigung Deutschlands in einem nicht demokratischen Regierungssystem gewesen.<sup>215</sup>

212 Vgl. Merritt/Merritt, *Public Opinion in Semisovereign Germany*, a.a.O., S. 28 (Report No. 1 (30 Dezember 1949)).

213 Befragt wurden 843 Personen ab 18 Jahren im gesamten Bundesgebiet; vgl. ebenda, S. 29.

214 Nur 10 Prozent sprachen sich dafür aus und 22 Prozent hatten dazu keine Meinung; vgl. ebenda.

215 13 Prozent meinten, auch ein anderes System akzeptieren zu können; 25 Prozent hatten keine Meinung; vgl. ebenda.

- Daß 59 Prozent der Befragten die damaligen Regierungsmitglieder der DDR nicht in einer gesamtdeutschen Regierung sehen wollten, kann als Hinweis auf eine antikommunistische Grundhaltung gesehen werden und verweist auf das Legitimationsproblem der ostdeutschen Regierung.<sup>216</sup>
- Dennoch sprachen sich 46 Prozent der Befragten dafür aus, mit der DDR-Führung in Verhandlungen zu treten.<sup>217</sup>
- Schließlich hätten 53 Prozent den Abzug der alliierten Truppen aus Westdeutschland befürwortet, wenn sich zur gleichen Zeit die sowjetischen Einheiten aus der Ostzone zurückzogen hätten – auch um den Preis eines Verlustes an Sicherheit.<sup>218</sup>

Wie gezeigt wurde, verlor das Thema der Wiedervereinigung Ende der sechziger Jahre innerhalb der breiten Öffentlichkeit immer mehr an Bedeutung.<sup>219</sup> Jede Diskussion über denkbare Modelle einer Wiedervereinigung hatte deshalb spekulativen Charakter. Es verwundert insofern nicht, daß die empirischen Befunde dieser Zeit eine starke Heterogenität erkennen lassen. Für die Jahre 1967 bis 1969 liegen dazu Umfrageergebnisse aus Infas-Repräsentativerhebungen vor. 1967 wurden die Westdeutschen nach ihrer allgemeinen Einschätzung gefragt: „Angenommen, es käme zur Wiedervereinigung. Wie würde das wiedervereinigte Deutschland im Innern wohl aussehen: würden da die gegen-

Tabelle 20: Modelle eines vereinten Deutschland

	Aug./Sept. 1967	Oktober 1967	November 1967	Dezember 1967
(n=)	(2235)	(1081)	(1099)	(1008)
„Im wiedervereinigten Deutschland wird...“				
... westliche Ordnung vorherrschen.“	24%	27%	26%	25%
... östliche Ordnung vorherrschen.“	4%	4%	3%	5%
... Mischung aus Ost und West vorherrschen.“	49%	50%	50%	48%
„Weiß nicht; keine Angabe“	23%	19%	21%	22%

Quelle: Zusammengestellt aus Daten von Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Materialbericht (Ergebnisse von August-Dezember 1967), a.a.O., Übersicht 6.

216 Nur 18 Prozent sprachen sich für die Beteiligung amtierender DDR-Politiker an einer gesamtdeutschen Regierung aus; 23 Prozent der Befragten hatten keine Meinung; vgl. ebenda.

217 31 Prozent befürworteten dies nicht und 23 Prozent hatten keine Meinung; vgl. ebenda.

218 25 Prozent sprachen sich gegen den Abzug der Truppen aus; 22 Prozent der Befragten hatten dazu keine Meinung; vgl. ebenda.

219 Vgl. Kapitel 2.2.2 Politischer Stellenwert der Wiedervereinigung.

wärtigen Ordnungen in Westdeutschland oder in Ostdeutschland vorherrschen, oder würde es eine Mischung aus beiden Teilen geben?“ (vgl. Tabelle 20).

Der empirische Befund der von August bis Dezember monatlich durchgeführten Erhebungen ist eindeutig: Die Westdeutschen waren sich der machtpolitischen Realitäten in Europa bewußt. Rund die Hälfte aller Bundesbürger ging davon aus, daß in einem wiedervereinigten Deutschland eine „Mischung aus Ost und West“ vorherrschen werde. Gut ein Viertel glaubte außerdem, das westliche Ordnungsmodell könnte sich durchsetzen. Einem System östlicher Prägung wurden dagegen kaum Chancen eingeräumt.

Im darauffolgenden Jahr 1968 befragte Infas die Westdeutschen monatlich von Januar bis Mai nach ihrem eigenen Wunschmodell: „Wie sollte, Ihrer Meinung nach, ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen. Hier sind mehrere Möglichkeiten. Welcher würden Sie am ehesten zustimmen?“ (den Befragten wurde eine Karte vorgelegt).

Tabelle 21: Wunschmodelle eines vereinten Deutschland

	Januar 1968 (1053)	Februar 1968 (997)	März 1968 (990)	April 1968 (1061)	Mai 1968 (982)
„Im wiedervereinigten Deutschland wird... ...westliche Ordnung vorherrschen.“	27%	32%	36%	38%	29%
...östliche Ordnung vorherrschen.“	0%	1%	1%	1%	0%
...friedliches Nebeneinander vorherrschen.“	22%	22%	18%	17%	24%
...friedliches Miteinander vorherrschen.“	39%	34%	34%	34%	36%
...nichts davon vorherrschen; gegen Wiedervereinigung.“	1%	1%	2%	1%	1%
Keine Angaben	11%	10%	10%	9%	10%

*Quelle:* Zusammengestellt aus Daten von Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Vierteljahresanalyse I. Quartal 1968 (Ergebnisse von Januar-März 1968), a.a.O., S. 92–96 und Dass., Gesamtdeutsches Barometer. Ergebnisse einer Untersuchung im April 1968, Bad Godesberg 1968, S. 25.

Auch diese Daten weisen darauf hin (vgl. Tabelle 21), daß die weltpolitischen Konstellationen das Antwortverhalten beeinflusst haben. Demnach stellten sich Ende der sechziger Jahre rund die Hälfte der Bundesbürger eine Art von Koexistenz beider Ordnungsmodelle in einem wiedervereinigten Deutschland vor. Diese Gruppe gliedert sich in einen größeren Teil (bis zu 39 Prozent), der ein „friedliches Miteinander“ erhoffte, und in einen kleineren Teil (bis zu 24 Prozent), der lediglich ein „friedliches Nebeneinander“ sehen wollte. Zwischen 27 Prozent

und 38 Prozent der Bevölkerung sprachen sich konkreter für die „Wiedervereinigung in einem Staat westlicher Ordnung“ aus. Nur eine sehr kleine Minderheit favorisierte hingegen eine Wiedervereinigung nach östlichen Muster.

Zwischen Sommer 1968 und Herbst 1969 differenzierte Infas die Frage nach strukturellen Ordnungsmustern eines wiedervereinigten Deutschlands: „Wie sollte, Ihrer Meinung nach, ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen? Hier sind mehrere Möglichkeiten. Welche würden Sie bevorzugen?“:

- „Nur ein deutscher Staat, in dem die DDR nur ein Land wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen ist (Bundesstaat)“;
- „Ein vollständig neuer deutscher Staat, dessen Ordnung neu festgelegt würde und weder der Ordnung in der Bundesrepublik noch der Ordnung in der DDR entspricht (Ganz neuer Staat)“;
- „Ein loser Zusammenschluß zwischen der Bundesrepublik und der DDR, in dem beide Teile ihre unterschiedliche politische Ordnung beibehalten (Konföderation)“;
- „Ein deutscher Einheitsstaat ohne Länder, wie er heute in der DDR besteht (Einheitsstaat)“.

Tabelle 22: Struktur eines wiedervereinigten Deutschland

(n=)	Juni/Juli	Aug./Sept	Okt./Nov.	Jan./Feb.	April/Mai	Juli/Aug.	Sept./Okt
	1968 (1939)	1968 (1928)	1968 (2128)	1969 (2166)	1969 (2176)	1969 (1931)	1969 (1997)
Bundesstaat	31%	33%	30%	33%	32%	29%	28%
Ganz neuer Staat	23%	20%	24%	22%	20%	21%	20%
Konföderation	15%	15%	15%	13%	16%	16%	16%
Einheitsstaat	12%	12%	13%	12%	11%	11%	11%
weiß nicht,							
keine Angabe	19%	20%	18%	20%	21%	23%	25%

Quelle: Zusammengestellt aus Daten von Infas, Verhaltensweisen zur deutschen Frage. September/Oktober 1969, Bad Godesberg 1969, S. 40 (Übersicht).

Das Meinungsklima erweist sich als sehr heterogen (vgl. Tabelle 22). Den größten Anklang fand noch die bundesstaatliche Lösung nach dem Vorbild des westdeutschen Föderalismus: Das Gebiet der DDR sollte demnach als ein Bundesland in das wiedervereinigte Deutschland integriert werden. Der hohe Anteil von einem Fünftel bis zu einem Viertel an Antwortverweigerern bzw. Indifferenten legt jedoch den Schluß nahe, daß die abstrakten, realitätsfernen Entwürfe von Wunschmodellen kaum der Vorstellungswelt der Westdeutschen entsprachen.<sup>220</sup> In den Ergebnissen spiegelt sich somit eher eine Mischung aus

220 Zudem lassen sich keine gravierenden Unterschiede zwischen den Befragtengruppen feststellen.

Desinteresse und Überforderung der Befragten wider. Zuverlässige Aussagen über die Vorstellungen der Bevölkerung, wie ein vereintes Deutschland im Innern strukturiert sein sollte, lassen sich darauf kaum stützen.

Erst für 1978 liegen weitere Ergebnisse aus diesem Kontext vor, als Emnid die Frage stellte: „Die Bundesrepublik Deutschland hat im Grundgesetz ja die Idee der Wiedervereinigung verankert. Stellen Sie sich einmal vor, auch die DDR würde sich an einer Wiedervereinigung sehr stark interessiert zeigen. Welche der folgenden Bedingungen wären Sie bereit anzunehmen, wenn dadurch die Wiedervereinigung möglich würde?“. Die Befragten bezogen folgendermaßen Stellung:<sup>221</sup>

- Einer „Regierungsbeteiligung der Kommunisten“ stimmten lediglich 19 Prozent der Befragten zu; 63 Prozent wären nicht bereit, dies als Bedingung einer Wiedervereinigung zu akzeptieren;
- der Option der „Neutralität Deutschlands“ hätten sich 35 Prozent anschließen können; 46 Prozent lehnten dies ab;
- am geringsten war die Akzeptanz einer „Aussetzung freier Wahlen“; nur 11 Prozent hätten dem zugestimmt; die eindeutige Mehrheit von 70 Prozent verneinte dies;
- 13 Prozent wären zu dem Zugeständnis bereit gewesen, „Sowjettruppen in der Bundesrepublik Deutschland“ und „Westalliierte in der DDR“ zu stationieren; hingegen stimmten 69 Prozent dem nicht zu;
- auch eine „Einschränkung der Wirtschaftsordnung“ fand nur geringe Zustimmung; 17 Prozent hielten dies für akzeptabel; 61 Prozent nicht.

Die Bevölkerung hätte somit Ende der siebziger Jahre in ihrer großen Mehrheit eher auf eine Wiedervereinigung verzichtet, als eine Revision der politischen Ordnung der Bundesrepublik akzeptiert. Der erreichte Status Quo sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Lediglich hinsichtlich einer möglichen Neutralisierung Gesamtdeutschlands bestand bei gut einem Drittel der Bundesbürger Kompromißbereitschaft. Die Akzeptanz dieser Option nahm mit steigendem Bildungsgrad zu und erwies sich unter SPD-Anhängern als besonders ausgeprägt.<sup>222</sup>

Dieser Befund bestätigte sich in einer Infas-Befragung vom darauffolgenden Jahr: „Unter welchen Bedingungen würden Sie die Wiedervereinigung akzeptieren?“:

- „Ein sozialistisches Deutschland (ähnlich wie die DDR)“;
- „ein freiheitlich-demokratischer, zur Neutralität verpflichteter Staat (ähnlich wie Österreich)“;

221 Vgl. Emnid, Informationen, Nr. 6/1978, S. 8 ff u. Tabelle 1, A 1–9.

222 Vgl. ebenda.

– „ein freiheitlich-demokratischer Staat im Verbund der westlichen Welt (ähnlich wie die heutige Bundesrepublik)“.

Erneut wird deutlich, daß die große Mehrheit (91 Prozent) der Bundesbürger eine Wiedervereinigung nur unter Beibehaltung eines freiheitlich-demokratischen Systems akzeptiert hätte. Weit mehr als die Hälfte (59 Prozent) wünschte sich ein vereintes Deutschland ähnlich der Bundesrepublik, im Verbund mit der westlichen Welt. Fast ein Drittel der Bevölkerung (32 Prozent) favorisierte einen freiheitlich-demokratischen, aber neutralen Staat. Nur 4 Prozent sprachen sich hingegen für ein sozialistisches System ähnlich der DDR aus.<sup>223</sup>

Die Forschungsgruppe Wahlen hat in den Folgejahren eine Tendenz zu neutralen Wiedervereinigungsmodellen festgestellt. In repräsentativen Umfragen wurde 1979 sowie 1984 bis 1986 gefragt: „Darüber wie ein wiedervereinigtes Deutschland aussehen soll, kann man ja ganz unterschiedlicher Meinung sein. Wir haben hier einige Möglichkeiten aufgeschrieben und möchten nun wissen, welcher Sie am ehesten zuneigen“ (vgl. Tabelle 23).

Tabelle 23: Ordnungsmodelle des wiedervereinigten Deutschland

	9/'79	1/'84	8/'85	6/'86
„Ein wiedervereinigtes Deutschland . . . „				
auf alle Fälle				
wie BRD	62,8%	61,7%	55,8%	56,3%
sollte				
neutral sein	34,1%	36,6%	42,0%	40,9%
kann von mir aus sein				
wie DDR	1,7%	1,3%	1,1%	1,6%
weiß nicht	k.A.	k.A.	1,1%	1,2%
(n=)	(984)	(1009)	(1050)	(1047)

Quelle: Erstellt aus Daten der Forschungsgruppe Wahlen; vgl. Übersicht in Forschungsgruppe Wahlen, Repräsentative Bevölkerungsumfrage vom Juli 1986. Sonderauswertung für die ZDF-Sendung „Kennzeichen D“, o. S..

Zwar fand das westdeutsche Modell insgesamt die größte Zustimmung unter den Befragten. Doch nahm die Überzeugung, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse „auf alle Fälle so sein wie die Bundesrepublik Deutschland heute ist“, in diesen Jahren von 63 Prozent auf 56 Prozent ab. Dagegen wuchs der Wunsch nach einem „dritten Weg“. Zuletzt befürworteten über 40 Prozent die Option: „Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte eine Mischung aus beiden deutschen Staaten sein. Es sollte neutral sein, also weder dem Westen

223 Weitere 5 Prozent machten keine Angaben oder wußten nicht Stellung zu beziehen; vgl. Infas, Jahresbericht 1979, a.a.O., S. 25.

noch dem Osten angehören“. Diese Entwicklung verweist auf die Verhärtung des Ost-West-Konflikts und die Nachrüstungsdebatte Anfang der achtziger Jahre. Kaum Chancen hatte dagegen – wie in allen vergleichbaren Erhebungen zuvor – ein sozialistisches Ordnungsmodell. Im Durchschnitt nur 1,3 Prozent vertraten den Standpunkt: „Ein wiedervereinigtes Deutschland kann von mir aus sein wie die DDR und dem Osten angehören.“

Hinsichtlich der Perspektive eines neutralen wiedervereinigten Deutschland sind zwischen den verschiedenen Befragtengruppen gravierende Unterschiede festzustellen. So fand diese Variante unter den Anhängern der Grünen sowie den jüngeren Befragten überdurchschnittliche Zustimmung.<sup>224</sup>

Für die Folgejahre kann der Trend zunehmender Neutralitätswünsche nicht bestätigt werden. Infratest fragte 1984 und 1987: „Unter welchen Bedingungen sollte eine Wiedervereinigung Ihrer Ansicht nach stattfinden? Was für ein System würden Sie da bevorzugen? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste.“ Fast alle Befragten (99 Prozent) wünschten sich für das wiedervereinigte Deutschland ein freiheitlich-demokratisches System (vgl. Tabelle 24).<sup>225</sup>

Tabelle 24: Wunschmodell einer Wiedervereinigung

	1984	1987	1987
	Wunschmodell gesamt		am ehesten durchführ- bares Modell
	%	%	%
Ein kommunistisches System			
– ähnlich wie die DDR	0	0	7
Ein freiheitliches System			
– neutral, ähnlich wie Österreich	22	22	37
– verbunden mit der westlichen Welt, ähnlich wie z. Zt. die Bundesrepublik	48	50	26
– in einem vereinten Westeuropa, unabhängig von USA und UdSSR	29	29	26
keine Angabe	1	2	5

Quelle: Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 96 u. 98.

Etwa die Hälfte stellte sich das vereinte Deutschland zu beiden Erhebungszeitpunkten nach dem Vorbild der Bundesrepublik und „verbunden mit der westlichen Welt“ vor. „Neutral, ähnlich dem Modell Österreichs“ sollte es sowohl 1984 als auch 1987 nach dem Wunsch etwa jedes fünften Befragten sein. Jeweils 29 Prozent meinten, das freiheitlich-demokratische Deutschland „sollte in einem vereinten Westeuropa, unabhängig von USA und UdSSR“

224 Vgl. einen Beitrag von Gibowski, Wie stehen die Deutschen, a.a.O., S. 12 f.

225 Vgl. Infratest/„Die Welt“, Die Deutschen, a.a.O., S. 97.



eingebettet sein. Unbestritten blieb die deutliche Ablehnung eines östlichen Ordnungssystems. Nicht einmal 1 Prozent der Bundesbürger wünschte ein „kommunistisches System ähnlich wie die DDR“.

Infratest fragte im April/Mai 1987 auch nach der möglichen Realisierbarkeit dieser Wunschmodelle: „Und was glauben Sie, unter welchen Bedingungen wäre eine Wiedervereinigung noch am ehesten durchführbar? Sagen Sie es mir bitte ebenfalls anhand dieser Liste.“ (vgl. Tabelle 24)<sup>226</sup> Ganz eindeutig hielten die Bundesbürger ein kommunistisches System ähnlich der DDR für wenig wahrscheinlich. Immerhin 7 Prozent hielten diese Möglichkeit für denkbar, obwohl sie überhaupt nicht ihren persönlichen Wunschvorstellungen entsprach. Die größten Chancen auf Realisierbarkeit hatte aus Sicht der Bundesbürger eine deutsche Wiedervereinigung unter neutralen Vorzeichen. 37 Prozent hielten diesen Weg für den am ehesten wahrscheinlichsten, gegenüber lediglich 22 Prozent, die sich dies ausdrücklich wünschten. Einiges spricht dafür, daß es sich hier um eine Konsequenz des noch ungelösten Ost-West-Konflikts handelt, der eine Einigung zugunsten eines westlichen Modells als wenig realistisch erscheinen ließ. Ein vereintes Deutschland, das der Bundesrepublik gleicht und in der westlichen Welt integriert ist, hielten die Westdeutschen denn auch nur für bedingt wahrscheinlich. Hier wird die größte Diskrepanz zwischen dem Wunschmodell der Bundesbürger und dessen Chancen auf Realisierbarkeit deutlich. Zwar wollte die Hälfte der Bevölkerung ein wiedervereinigtes Deutschland in die westliche Welt eingebunden sehen, „ähnlich wie z.Zt. die Bundesrepublik“, doch lediglich 26 Prozent hielten dies für möglich. Weitere 25 Prozent setzten Erwartungen in den westeuropäischen Einigungsprozeß, in eine westeuropäische Lösung der deutschen Frage.<sup>227</sup>

Mit Blick auf die praktische Umsetzung einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten fragte im November 1987 Allensbach: „Wenn jemand sagt: ‚Bei einer deutschen Wiedervereinigung müssen beide Seiten, die Bundesrepublik und die DDR, etwas von ihren politischen Ordnungen abstreichen und versuchen, einen Kompromiß zu finden.‘ Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?“ Daß 42 Prozent der Bundesbürger diese Aussage 1987 unterstützten, zeigt einerseits, daß eine Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich zu Konzessionen für eine Wiedervereinigung bereit war. Andererseits lehnten 30 Prozent etwaige Abstriche an der politischen Ordnung der Bundesrepublik ab, obwohl die Frageformulierung sehr allgemein gehalten war, Art und Ausmaß der Veränderungen nicht konkretisiert wurden.<sup>228</sup>

Nach dem Umbruch in der DDR wurde das politische System der Bundesrepublik zum Modell der deutschen Vereinigung. Dies schlug sich auch in

226 Vgl. ebenda, S. 98.

227 Vgl. ebenda, S. 94.

228 Weitere 28 Prozent der Befragten waren unentschieden; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 433.

den empirischen Befunden nieder. Im Februar 1990 fragte Allensbach: „Was meinen Sie, wie sollte eine Vereinigung der deutschen Staaten am besten vor sich gehen:

1. Als Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR mit einer neuen deutschen Verfassung und einer Volksabstimmung in ganz Deutschland, oder
2. als Beitritt der ehemaligen Länder in der DDR wie Sachsen oder Thüringen zur Bundesrepublik mit einer Abstimmung in der DDR und der Beibehaltung des Grundgesetzes?“.

Eine Mehrheit von 44 Prozent der Bundesbürger sprach sich für einen „Beitritt der DDR mit Beibehaltung des Grundgesetzes“ gemäß Art. 23 GG aus. Die Position der Befragten wurde von ihrem jeweiligen parteipolitischen Standort beeinflusst: Während die Anhänger der CDU zu 49 Prozent, der FDP zu 46 Prozent sowie der SPD zu 43 Prozent dem zustimmten, erklärten sich nur 29 Prozent der GRÜNEN-Anhänger mit diesem Weg zur Wiedervereinigung einverstanden. Sie befürworteten eine „Volksabstimmung in ganz Deutschland“ und eine „neue Verfassung“. <sup>229</sup> Acht Monate vor der Vollendung der staatlichen Einheit unterstrich dieses Umfrageergebnis den langjährigen Wunsch einer Mehrheit der Westdeutschen, daß die politische Ordnung der Bundesrepublik auch in einem wiedervereinigten Deutschland erhalten bleiben sollte. Einem west-östlichen Mischsystem, oder gar einem östlichen System, wurde somit eine Absage erteilt.

#### 2.2.4. *Einstellungen zur Deutschlandpolitik*

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik hat bis zur Verwirklichung der Einheit am 3. Oktober 1990 verschiedene Entwicklungsphasen durchlaufen, die von teils heftigen Diskussionen in der politischen Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft begleitet wurden. <sup>230</sup> Je nach politischer Konjunktur hat sich auch die Meinungsforschung intensiv mit den vielfältigen deutschlandpolitischen Problemen und Ereignissen befaßt. In diesem Kapitel kann jedoch nur ein Ausschnitt des umfangreichen Datenmaterials berücksichtigt werden. Zwei Grundsatzfragen spielten in der öffentlichen Meinung eine zentrale Rolle:

- die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze;
- sowie eine mögliche Anerkennung der DDR.

<sup>229</sup> Diese Option befürworteten 33 Prozent der CDU-Anhänger, 42 Prozent der FDP-Anhänger, 40 Prozent der SPD-Anhänger; 18 Prozent waren unentschieden; im Bevölkerungsdurchschnitt wünschten 38 Prozent der Westdeutschen eine „Wiedervereinigung mit neuer Verfassung“; Bevölkerung ab 16 Jahre in den alten Bundesländern; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 440.

<sup>230</sup> Vgl. dazu die Überblicksdarstellungen in Werner Weidenfeld u. Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt a.M. 1993 sowie Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993.

*Anerkennung der Oder-Neiße-Linie*

Noch 1949 bestand nach Befunden der HICOG in der amerikanischen Besatzungszone eine beachtliche Bereitschaft, für die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete notfalls in einen Krieg zu ziehen.<sup>231</sup> Bereits im Laufe der 50er Jahre hatten die Ostgebiete jedoch für Flüchtlinge wie Einheimische ihre vitale Bedeutung verloren. Schon im Spätsommer 1953 lehnten mehr als drei Viertel der Westdeutschen die Rückgewinnung der Ostgebiete mit militärischen Mitteln ab. Ende der 50er Jahre vertraten 82 Prozent diese Auffassung.<sup>232</sup>

Keinesfalls hätten die Westdeutschen aber einer Aufgabe des Rechtsanspruchs auf diese Gebiete zugestimmt – auch nicht für die Gegenleistung der Vereinigung Westdeutschlands mit der DDR (vgl. Tabelle 25).

*Tabelle 25: Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zum Preis der Wiedervereinigung*

	Dez. 1953 <sup>233</sup>	Nov. 1954 <sup>234</sup>	Mrz./ April 1955 <sup>235</sup>
dafür	13%	15%	10%
dagegen	69%	72%	72%
unentsch.	18%	13%	18%

*Quelle:* HICOG Surveys in: Merritt/Merritt, Public Opinion in Semisovereign Germany, a.a.O..

Im Februar 1966 hatte sich das Meinungsklima in dieser Frage grundlegend gewandelt: Erstmals waren die Westdeutschen bereit, die Oder-Neiße-Linie

231 Vgl. die Daten zur Frage: „Einige dieser Gebiete werden wahrscheinlich nie mehr zu Deutschland gehören. Welche Gebiete möchte Deutschland auf jeden Fall zurückhaben, selbst wenn dies nur durch einen Krieg erreicht werden könnte?“ bei: Merritt, Anna J./Richard L. Merritt, Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG-Surveys 1949–1955, a.a.O., S. 28 (Report No. 1 vom 30. Dezember 1949).

232 So die Ergebnisse des IfD Allensbach vom August 1953 sowie April 1959 zu der Frage: „Würden Sie sagen, daß wir mit allen Mitteln versuchen müssen, Pommern, Schlesien und Ostpreußen zurückzubekommen – notfalls auch durch Krieg?“; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 313 sowie dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. III, a.a.O., S. 505.

233 Die exakte Frageformulierung wird nicht angegeben; befragt wurden 601 Westdeutsche sowie 207 West-Berliner; von den West-Berlinern lehnten 82 Prozent die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab; vgl. Merritt/Merritt, Public Opinion in Semisovereign Germany, a.a.O., Report No. 193, S. 227; die Angaben für die Kategorien „dafür“ sowie „unentschieden“ zit. nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 114.

234 Befragt wurden 654 Westdeutsche; vgl. ebenda, Report No. 206, S. 247; die Angaben für die Kategorien „dafür“ sowie „unentschieden“ zit. nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 114.

235 Befragt wurden 843 Westdeutsche und 302 West-Berliner; aus dem Material geht nicht eindeutig hervor, ob sich die Angaben auf die gesamte Stichprobe oder nur die Westdeutschen beziehen; vgl. ebenda, Report No. 211, S. 255; die Angaben für die Kategorien „dafür“ sowie „unentschieden“ zit. nach Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 114.

in einer friedensvertraglichen Regelung anzuerkennen, wenn dadurch die Wiedervereinigung hätte erreicht werden können. Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der Bundesbürger stimmten diesem Vorschlag zu. Ein Viertel lehnte es weiterhin ab, die Oder-Neiße-Linie endgültig anzuerkennen.<sup>236</sup>

Inzwischen war in der Bevölkerung auch die Überzeugung gewachsen, Pommern, Schlesien und Ostpreußen seien „für immer verloren“: Glaubten 1953 noch zwei Drittel der Westdeutschen, daß die ehemaligen Ostgebiete eines Tages wieder zu Deutschland gehören würden, so war dies spätestens seit 1962 zur Minderheitsmeinung geworden. 1970 erwarteten lediglich 11 Prozent noch eine Rückgewinnung dieser Gebiete.<sup>237</sup>

Zudem vollzog sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der westdeutschen Bevölkerung ein grundlegender Meinungswandel. 1969 war erstmals eine Mehrheit bereit, sich grundsätzlich – d.h. ohne die Gegenleistung einer deutschen Wiedervereinigung – mit der Oder-Neiße-Linie abzufinden.<sup>238</sup> Fraglich blieb allerdings, inwieweit der empirische Befund des „Sich-Abfindens“ gleichzusetzen war mit der Akzeptanz einer politisch-rechtlichen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze. Inzwischen liegen jedoch einige Erhebungen vor, die explizit nach einer endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie fragen:

#### *Übersicht der Fragen:*

##### *FGW: 1979*

„Sind Sie dafür, daß die jetzige Grenze zwischen der DDR und Polen, also die Oder-Neiße-Linie, die endgültige Westgrenze Polens ist oder sind Sie dagegen?“<sup>239</sup>

##### *Ifak: 1970*

„Sie kennen sicher die Einstellung, daß die Bundesrepublik jetzt nicht länger zögern sollte, die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Grenze

236 Ein weiteres Viertel war unentschieden; die Frage des IfD lautet: „Wären Sie bereit oder nicht bereit, in einem Friedensvertrag die heutigen polnischen Grenzen endgültig anzuerkennen, wenn wir dafür die Wiedervereinigung mit der Ostzone erreichen?“. Gleichwohl deutete sich hier ein tiefgreifender Meinungsumschwung an; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 408.

237 „Glauben Sie, daß Pommern, Schlesien und Ostpreußen noch einmal zu Deutschland gehören werden oder sind sie für immer verloren?“ lautet die entsprechende Frage des IfD-Allensbach; Daten für den August 1953, April 1959, März 1962 sowie September 1964 vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. III, a.a.O., S. 504 sowie dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 341; Daten für März 1965, November 1967, November 1969 sowie April 1970 vgl. bei Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 116.

238 Dies belegen Daten des IfD auf die Frage: „Meinen Sie, wir sollten uns mit der jetzigen deutsch-polnischen Grenze (der Oder-Neiße-Linie) abfinden oder nicht abfinden?“; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 411 sowie Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 992; Daten für 1969 und 1970 vgl. bei Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 117.

239 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 1979, kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln), S. 225.

anzuerkennen. Finden Sie die Bundesrepublik sollte jetzt die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennen oder nicht anerkennen?<sup>240</sup>

*IfD: 1989*

„Wie stehen Sie persönlich zu dieser Frage: Sollte die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie, die jetzt Deutschland von Polen trennt, als die endgültige Ostgrenze anerkennen oder nicht anerkennen?“<sup>241</sup>

*Ipos: 1990*

„Sind Sie dafür, daß die jetzige Grenze zwischen der DDR und Polen, also die Oder-Neiße-Linie, die endgültige Westgrenze Polens ist oder sind Sie dagegen?“<sup>242</sup>

Die Ergebnisse dieser Erhebungen lassen sich wegen der variierenden Frageformulierungen nur bedingt vergleichen. Die nachfolgende Tabelle zeichnet somit lediglich die Grundtendenz der Einstellungsentwicklung zur Frage der Anerkennung der bestehenden deutschen Ostgrenze ab.

*Tabelle 26:* Einstellungen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie

	Aug/			CDU/ CSU	FDP	SPD	Grüne	Rep	
	1970 Bev. ges.	Nov. 1979 Bev. ges.	Dez. 1989 Bev. ges.						Mai 1990 Bev. ges.
anerkennen	55%	59%	59%	81%	77%	92%	85%	90%	38%
nicht anerkennen	40%	26%	13%	17%	21%	8%	14%	10%	62%
unentschieden <sup>1</sup>	x	x	11%	x	x	x	x	x	x
keine Angabe/w.n.	5%	15%	18%	2%	3%	0%	2%	0%	0%

1 In den Erhebungen von Ifak und der Forschungsgruppe Wahlen war die Kategorie „unentschieden“ nicht enthalten.

*Quelle:* Erstellt aus Daten der FGW, Ifak, IFD und Ipos (vgl. Übersicht).

Demnach hatten sich die Bundesbürger nicht nur mit der Existenz der Oder-Neiße-Linie abgefunden, sondern wollten diese auch als endgültige deutsche Ostgrenze akzeptieren. War das Meinungsklima 1970 noch eher geteilt<sup>243</sup>, so sprachen sich im folgenden jeweils deutliche Mehrheiten für eine definitive Anerkennung aus. Im Einigungsjahr, als die Entscheidung in dieser Frage

240 Zit. nach: Der Spiegel, Heft 44 vom 26.10.1970, S. 124.

241 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 991.

242 Vgl. Ipos, Einstellungen 1990, a.a.O., S. 86 f.

243 In der Erhebung des Ifak-Instituts wurden nicht nur erhebliche Einstellungsunterschiede je nach Parteipräferenz festgestellt, sondern auch zwischen den Altersgruppen; in der jüngeren Generation war die Zustimmung zur Anerkennung deutlich höher als in den älteren; vgl. in: Der Spiegel, Heft 44 vom 26.10.1970, S. 24.

unmittelbar anstand, stimmten schließlich 81 Prozent für die Beibehaltung der bestehenden Grenzen.

Dennoch ist der Argumentation Schweiglers kaum zu folgen, der davon ausgeht, „daß eine eventuelle zunehmende Bereitschaft zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie eine gleichzeitige Abnahme eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins widerspiegeln dürfte.“<sup>244</sup> Aus der sich abzeichnenden Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zieht er bereits 1974 die Schlußfolgerung, „daß heute wahrscheinlich zwischen 50% und 70% aller westdeutschen Erwachsenen über kein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein mehr verfügen“<sup>245</sup>. Letztlich geht es hier um die Frage, was unter dem Begriff „gesamtdeutsch“ zu verstehen ist. Bei den Westdeutschen, so läßt sich nach der Datenlage viel eher argumentieren, hatte lediglich eine territoriale Konzentration des gesamtdeutschen Nationalbewußtseins stattgefunden.

### *Anerkennung der DDR*

Daneben haben sich die Meinungsforschungsinstitute Ende der sechziger Jahre intensiv mit den Positionen der Westdeutschen zu einer möglichen Anerkennung der DDR befaßt. Obwohl die mangelnde Legitimation der SED-Regierung zunehmend an Bedeutung verloren hatte und die Aufnahme von Verhandlungen mit der ostdeutschen Seite mehrheitlich gewünscht wurde, war eine Anerkennung des ostdeutschen Staates zu diesem Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig.<sup>246</sup> Nach Ergebnissen von Infas lehnte 1968 mehr als die Hälfte der Bundesbürger eine Anerkennung der DDR ab, weniger als ein Drittel hätte dies begrüßt (vgl. Tabelle 27).

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stand die Frage, welche Konsequenzen dieser Schritt für das Ziel der deutschen Einheit bedeutet hätte. Den Kern der Anerkennungsproblematik erfaßte somit Allensbach im April 1966 mit der Frage: „Glauben Sie, wir könnten in der Frage der Wiedervereinigung weiterkommen, wenn wir zunächst einmal die Ostzone als selbständigen Staat anerkennen würden, oder glauben Sie das nicht?“. Das Meinungsklima war zu diesem Zeitpunkt von einer grundsätzlichen Skepsis

244 Schweigler, Nationalbewußtsein, a.a.O., S. 112.

245 Ebenda, S. 121.

246 Vgl. beispielsweise die Ergebnisse des IfD-Allensbach vom Mai 1966 zur Frage: „Manche Leute sagen, die westdeutschen Parteien sollten nicht mit den Politikern aus der Ostzone reden, solange an der Berliner Mauer auf Flüchtlinge geschossen wird. Finden Sie das auch, oder finden Sie, man sollte trotzdem mit ihnen reden?“; dazu vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 397 sowie die Infas-Daten zur Frage: „Sollten nach Ihrer Meinung zwischen der Bundesrepublik und der DDR-Regierung politische Verhandlungen geführt werden oder nicht?“; vgl. erstmals in: Infas, Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Februar/März 1970, – Tabellenband-, a.a.O., Übersicht 16, o.S.; zuletzt in Infas, Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Herbst 1970, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970, Übersicht 16, o.S..

Tabelle 27:<sup>247</sup> Anerkennung der DDR als selbständigen Staat, der aber kein Ausland ist

	1968				
	Jan.	Feb.	Mrz.	Apr.	Mai
begrüßen	29	30	30	30	24
nicht begrüßen	51	47	50	49	57
k.A.	20	23	20	21	19

*Quelle:* Erstellt aus Daten von Infas; eine Teilübersicht vgl. in: Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Vierteljahresanalyse I. Quartal (Ergebnisse von Januar-März 1968), a.a.O., S. 84.

geprägt: Nur 17 Prozent der Westdeutschen glaubten, durch eine Anerkennung würde es zu Fortschritten kommen. Jeder fünfte Befragte war unentschieden, doch fast zwei Drittel verneinten diese Frage.<sup>248</sup>

Zwischen Dezember 1966 und März 1968 fragte Infas ganz direkt nach dem besten Weg zur Wiedervereinigung: „Folgende drei Wege zur Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland werden heute erwogen. Welcher führt wohl am ehesten zum Ziel?“ (Kartenvorlage):

- A. „Die Wiedervereinigung ist nur dann möglich, wenn wir die Ostzonenregierung anerkennen und uns mit ihr an einen Tisch setzen.“
- B. „Die Wiedervereinigung muß langsam mit kleinen Schritten vorbereitet werden, d.h. es müssen Wege gefunden werden, die Kontakte mit den Menschen drüben zu vertiefen, ohne daß es zu einer rechtlichen Anerkennung der Ostzonenregierung kommt.“
- C. „Die Wiedervereinigung wird nur kommen, wenn wir hart bleiben und keinerlei Zugeständnisse an den Osten machen. Die Russen werden einsehen müssen, daß sie Deutschland nicht ewig geteilt halten können.“

Zu allen sieben Erhebungszeitpunkten sprach sich eine klare Mehrheit der Befragten für eine „Politik der kleinen Schritte“ und gegen eine offizielle Anerkennung der ostdeutschen Regierung aus (vgl. Schaubild 22). Auf diese Weise glaubte man am ehesten, eine Wiedervereinigung erreichen zu können.<sup>249</sup> Die Anhängerschaft einer „Politik der Härte“ hatte sich dagegen leicht verringert: Nur 15 Prozent meinten zuletzt, daß dieser Kurs der richtige Weg zur Wiedervereinigung sei. Zugleich fand der Vorschlag, die DDR-Regierung anzuerkennen und offizielle Verhandlungen aufzunehmen,

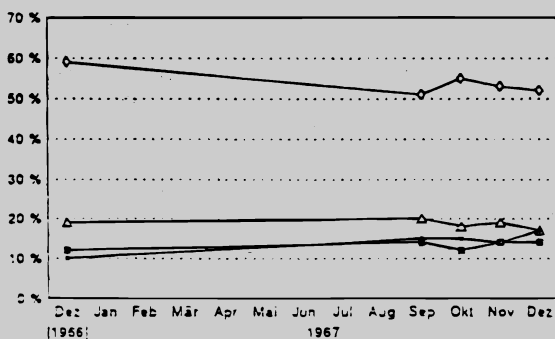
<sup>247</sup> Von Januar bis Mai 1968 schickte Infas dazu folgende Frage ins Feld: „Würden Sie es begrüßen, wenn die Bundesrepublik die DDR (Ostzone) als selbständigen Staat, der aber kein Ausland ist, anerkennen würde?“.

<sup>248</sup> Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 390.

<sup>249</sup> Der leichte Rückgang der Zustimmung im Herbst 1967 wird auf das Scheitern des Redneraustausches zurückgeführt; vgl. ebenda, S. 75.

Schaubild 22:<sup>250</sup>

## Der beste Weg zur Wiedervereinigung



Anerk. d. OZ-Regierung	—●—	10 %								15 %	15 %	14 %	17 %
kleine Schritte	-◇-	59 %								51 %	55 %	53 %	52 %
hart bleiben	—△—	19 %								20 %	18 %	19 %	17 %
k.A.	—□—	12 %								14 %	12 %	14 %	14 %

Quelle: Erstellt aus Daten von Infas.

zunehmend Befürworter. Allerdings war nur etwa jeder fünfte Bundesbürger, d.h. eine Minderheit damit einverstanden.

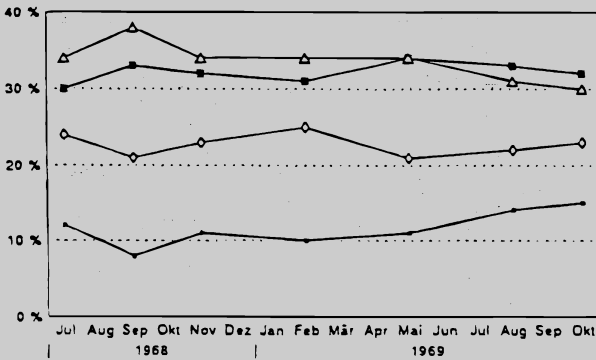
In den Infas-Befragungen zwischen Juli 1968 und Oktober 1969 wurde mit Blick auf das Wiedervereinigungsziel präziser nachgefragt: „Wenn wir jetzt einmal von allen Einzelheiten absehen: Was glauben Sie persönlich, ist von diesen drei Auffassungen hier (KARTE) auf lange Sicht der bessere Weg, die deutsche Frage zu lösen?“ Den Befragten wurden hierzu drei Antwortmöglichkeiten angeboten:

- „Die Anerkennung der DDR als ausländischer Staat. Das heißt, die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin sind völkerrechtlicher Natur und entsprechen z.B. denen der Bundesrepublik mit Österreich oder Rumänien.“
- „Die Anerkennung der DDR als selbständigen deutschen Staat, der aber für die Bundesrepublik kein Ausland ist.“
- „Die Nichtanerkennung der DDR als eigenen Staat durch die Bundesrepublik.“



Schaubild 23:<sup>251</sup>

## Was ist der bessere Weg, die deutsche Frage zu lösen?



völkerrechtl. A.d. DDR	—	12 %	8 %	11 %	10 %	11 %	10 %	11 %	11 %	11 %	11 %	11 %	11 %	14 %	15 %	15 %
staatsrechtl. A.d. DDR	◇	24 %	21 %	23 %	23 %	25 %	25 %	25 %	25 %	25 %	21 %	21 %	22 %	22 %	23 %	23 %
Nichtanerb. d. DDR	△	34 %	38 %	34 %	34 %	34 %	34 %	34 %	34 %	34 %	34 %	34 %	31 %	31 %	30 %	30 %
w.n./A.A.	●	30 %	33 %	32 %	32 %	31 %	31 %	31 %	31 %	34 %	34 %	34 %	33 %	33 %	32 %	32 %

Quelle: Erstellt aus Daten von Infas.

Die in der Grafik abgebildeten Erhebungen zeigen durchgängig etwa das gleiche Meinungsbild: Befürworter und Gegner einer Anerkennung der DDR hielten sich ungefähr die Waage. Beide Gruppen machten rund ein Drittel der Bevölkerung aus, ebenso wie die Indifferenten, die hierzu nicht Stellung nahmen. Das kurzfristige Abbröckeln der Zustimmung im Spätsommer 1968 führten die Demoskopon auf die Invasion in die CSSR zurück: „Eine kurzfristig kritischere Haltung gegenüber dem Osten ist durchweg in diesem Zeitraum festzustellen“.<sup>252</sup> Hervorzuheben ist schließlich, daß die Akzeptanz einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als ausländischer Staat deutlich geringer ausfiel als die Unterstützung einer staatsrechtlichen Anerkennung.

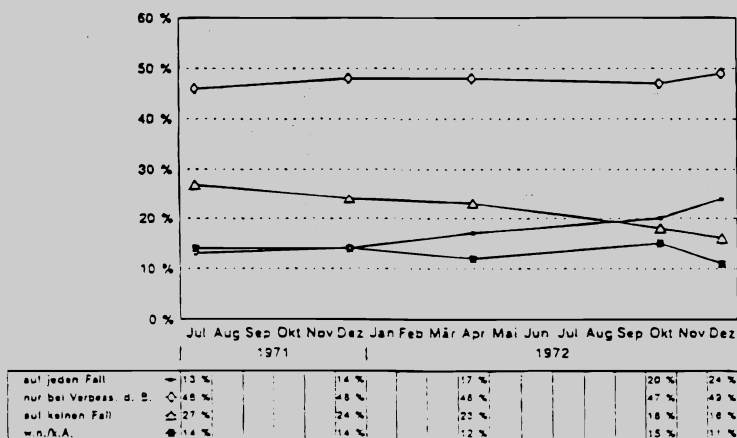
Von Juni/Juli 1971 bis Anfang Januar 1973 fragte Infas schließlich, ob eine Anerkennung der DDR von politischen Bedingungen abhängig gemacht werden sollte oder nicht: „Seit mehr als 20 Jahren besteht die DDR. Sollte nach Ihrer Meinung die Bundesregierung die DDR auf jeden Fall offiziell völkerrechtlich anerkennen, nur wenn wesentliche Verbesserungen der

251 Erstmals vgl. Infas, Verhaltensweisen zur deutschen Frage (Ergebnisse von Juni-Juli 1968), Bad Godesberg 1968, Übersicht 9, o.S.; zuletzt in: Infas, Verhaltensweisen zur deutschen Frage. Januar/Februar 1969, Bad Godesberg 1969, Übersicht 9, o.S..

252 Ebenda, S. 46.

Schaubild 24.<sup>253</sup>

## Offizielle völkerrechtliche Anerkennung der DDR



Quelle: Erstellt aus Daten von Infas.

innerdeutschen Beziehungen erreicht wurden oder keinesfalls anerkennen?“ (vgl. Schaubild 24).

Erstmals fand eine – sogar völkerrechtliche – Anerkennung der DDR eine Mehrheit unter der westdeutschen Bevölkerung. Als ausschlaggebend erwies sich jedoch die Frage der Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen: Fast die Hälfte hätte einer Anerkennung nur unter diesem Vorbehalt zugestimmt. Der Anteil derjenigen, die diese bedingungslos akzeptiert hätten, stieg jedoch kontinuierlich von 13 Prozent im Sommer 1971 auf 24 Prozent im Winter 1972/73.

Die Positionen der Westdeutschen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wie auch der DDR haben sich im Untersuchungszeitraum grundlegend verändert. Insgesamt deutet die Datenlage an, daß die große Mehrheit der Bevölkerung den deutschland- und ostpolitischen Initiativen der Regierung Brandt/Scheel zugestimmt hat. Ende der sechziger Jahre hatte die Auffassung dominiert, die Bundesregierung solle sich in der deutschen Frage stärker engagieren. Die schrittweise Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen und menschliche

253 Erstmals vgl. Infas, Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom II. Quartal 1971, – Tabellenband –, a.a.O., S. 27; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse im IV. Quartal 1972, a.a.O., S. 29–30.

Erleichterungen stellten für eine Mehrheit der Bevölkerung ein positives Verhandlungsziel dar. Doch nach dem Abschluß des Grundlagenvertrags und der Folgevereinbarungen wuchs die Unzufriedenheit mit der Bilanz der deutsch-deutschen Verhandlungen. Große Teile der Bevölkerung hatten sich mehr von der Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition erhofft. Zunehmend setzte sich die Ansicht durch, die Bundesregierung mache gegenüber dem SED-Regime zu viele Zugeständnisse. Nach einem dramatischen Stimmungseinbruch im Sommer 1980 verbesserte sich das Meinungsklima mit dem Antritt der neuen christlich-liberalen Regierung zunehmend – allerdings blieb der Grad der Zustimmung zur Deutschlandpolitik deutlich geringer als noch Ende der siebziger Jahre.<sup>254</sup>

Es bleibt weiter untersuchungsrelevant, inwieweit die Deutschlandpolitik als Determinante der Meinungsbildung in der Bevölkerung meßbar ist. Insbesondere stellt sich die Frage, ob Akzentverlagerungen in der Deutschlandpolitik die Positionen der Westdeutschen beeinflußt haben. Umgekehrt wäre denkbar, daß erst ein Einstellungswandel in der Bevölkerung der Politik neue Perspektiven ermöglicht hat. Denn noch ist nicht geklärt, was in diesem komplexen Beziehungsgeflecht Ursache und was Wirkung war. Eine weitergehende Analyse des demoskopischen Datenmaterials zu den Ereignissen der Deutschlandpolitik in zeitgeschichtlicher Perspektive erscheint deshalb unerläßlich.

### 2.2.5. Zusammenfassung

1. Die Westdeutschen haben stets am Ziel der deutschen Einheit festgehalten. Die große Mehrheit hat diesen Auftrag des Grundgesetzes befürwortet. Zurückhaltender, doch ebenfalls mehrheitlich wurde der Wiedervereinigungswunsch von der jungen Generation geäußert. Dennoch blieb die Zustimmung im Bevölkerungsdurchschnitt über die Jahrzehnte nahezu konstant. Denn mit steigendem Alter und zunehmendem politischen Interesse schlossen sich auch die Jüngeren diesem Ziel an.
2. Die Westdeutschen wollten die Teilung Deutschlands überwinden, begannen sich aber an diesen Zustand zu gewöhnen. In den Jahren nach dem Mauerbau griff Pessimismus in der deutschen Frage um sich: Immer weniger Bundesbürger glaubten an die Realisierbarkeit der Vereinigung. Die Spaltung Deutschlands und Europas schien auf unabsehbare Zeit zementiert. Die deutsche Einheit blieb bis zur friedlichen Revolution in der DDR außerhalb des unmittelbaren, persönlichen Erwartungshorizonts.

254 Vgl. dazu etwa die Ergebnisse auf die Frage: „Welchen Eindruck haben Sie von der Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR. Könnten Sie mir das bitte anhand dieser Karte hier sagen?“; einen Überblick der Daten vgl. in: Infas, Gesamtdeutsches Barometer, Materialbericht vom Januar 1968, a.a.O., Übersicht 8, o.S. sowie erstmals von Infratest, vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, a.a.O., S. 13.

3. Dieses Auseinanderklaffen von Wunsch und Wirklichkeit veränderte den Stellenwert der deutschen Frage. Nach Überwindung der ersten schwierigen Nachkriegsjahre hatte die Bevölkerung der Wiedervereinigung zentrale Bedeutung beigemessen. Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde diese Zielsetzung vor allem von ökonomischen Fragen verdrängt. Im Laufe der siebziger Jahre verschwand das Thema ganz von der Prioritätenliste der Westdeutschen.
4. Die europäische Einigung gewann hingegen an Bedeutung. In den achtziger Jahren wurde sie sogar als vorrangig gegenüber der Überwindung der Teilung Deutschlands betrachtet. Beide Zielperspektiven wurden jedoch nicht als Widerspruch wahrgenommen. Vielmehr erwiesen sich die Bundesbürger auch hier als pragmatische Realisten. So rückte die deutsche Frage im Einigungsjahr wieder auf Platz eins des öffentlichen Interesses.
5. Der Stellenwert der Wiedervereinigung wird zudem relativiert durch die begrenzte Opferbereitschaft der Westdeutschen. Die Fluchtwelle von 1984 stellte ihre Solidarität konkret auf die Probe. Dieses Ereignis wurde nicht vorbehaltlos begrüßt, doch zeigten sich weite Teile der Bevölkerung hilfsbereit. Angesichts der zweiten, ungleich größeren Fluchtwelle des Jahres 1989 war die Unterstützungsbereitschaft zunächst noch ausgeprägter. Doch nach wenigen Wochen stellte sich bereits Skepsis ein. Bei aller Freude über die deutsche Einheit wurden auch früh Bedenken hinsichtlich der Folgekosten laut. Zwar wuchs die Einsicht, daß Westdeutschland im Einigungsprozeß Kosten übernehmen mußte, doch blieb die persönliche Opferbereitschaft zögerlich.
6. Die Westdeutschen wollten die deutsche Einheit nicht um jeden Preis. Schon in den fünfziger Jahren war die Mehrheit nicht bereit, dafür die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufzugeben. Einem sozialistischen Staat wurde stets eine klare Absage erteilt. Das politische System der Bundesrepublik wurde zum Wunschmodell für das vereinte Deutschland.
7. Weite Teile der Bevölkerung wollten außenpolitisch zugleich an der Standortverankerung im Westen festhalten. Die politischen Realitäten in Europa schienen jedoch einen Kompromiß zwischen Ost und West zu verlangen. Die größten Chancen hatte aus Sicht der Westdeutschen deshalb eine Vereinigung unter neutralen Vorzeichen. Doch fand auch die Option eines demokratischen, neutralen Deutschland nur bei etwa einem Drittel der Bevölkerung Zustimmung.
8. In den Jahrzehnten der Teilung hat eine territoriale Konzentration des gesamtdeutschen Bewußtseins stattgefunden. Die Rückgewinnung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie besaß in den ersten Nachkriegsjahren für die Mehrheit vitale Bedeutung. Ein Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete wurde selbst als Gegenleistung für die Wiedervereinigung von Bundesrepublik Deutschland und DDR in den fünfziger

Jahren noch abgelehnt. Die Chancen auf Rückgewinnung wurden jedoch seit Anfang der sechziger Jahre zunehmend pessimistisch eingeschätzt. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatten sich die Westdeutschen mit diesem Verlust bereits abgefunden. Seit den 70er Jahren befürwortete eine wachsende Mehrheit dann explizit die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

8. Die Anerkennung der DDR stieß dagegen noch Ende der 60er Jahre mehrheitlich auf Ablehnung – mit abnehmender Tendenz. Auch bei Fortschritten in den deutsch-deutschen Beziehungen wollte der Großteil der Westdeutschen einen so weitgehenden Schritt nicht akzeptieren. Zwar wurde in der mangelnden Legitimation der SED-Regierung kein Hinderungsgrund mehr für Verhandlungen gesehen, doch wünschte sich die Mehrheit eine „Politik der kleinen Schritte“ ohne offizielle Anerkennung der DDR. Während der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag war erstmals eine Mehrheit bereit, die DDR – sogar völkerrechtlich – anzuerkennen. Nachdem statusrechtliche Bedenken hintangestellt worden waren und die Verhandlungen Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen versprochen, verlor die Anerkennungsproblematik im Bewußtsein der Westdeutschen an Relevanz.

### 2.3. *Identität zwischen Nähe und Distanz: Die Beziehungen zwischen den Deutschen*

#### 2.3.1. *Persönliche Beziehungen und Kontakte*

Den persönlichen Beziehungen und Kontakten zwischen den Deutschen in Ost und West kam im geteilten Deutschland eine besondere Bedeutung zu: Nur durch das Wissen übereinander und Erfahrungen miteinander war das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu sichern. Im folgenden soll deshalb die Entwicklung der Kommunikationsstrukturen nachgezeichnet werden.

#### *Freunde und Verwandte in der DDR*

Spätestens seit der Schließung der innerdeutschen Grenze konnten verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen im geteilten Deutschland nicht mehr ungehindert geknüpft werden. Ausgehend von der natürlichen Mortalität wäre folglich ein allmählicher Rückgang dieser Bindungen zu erwarten. Die westdeutsche Demoskopie hat sich über vier Jahrzehnte mehr oder weniger kontinuierlich dieser Fragestellung gewidmet.

*Übersicht der Fragen*

*Emnid: 1952–53, 1955–60, 1962–65, 1967, 1969, 1975, 1979, 1988*

„Haben Sie Freunde oder Verwandte, die in der russisch besetzten Zone leben?“

(Seit 1955: „Ostzone“; 1960; „Mitteldeutschland“; seit 1962: „Ostzone“; ab 1975: „DDR“);<sup>255</sup>

*FGW: 1979, 1985*

„Haben Sie Verwandte, Freunde oder Bekannte, die in Ost-Berlin oder der DDR leben?“<sup>256</sup>

*IfD: 1953*

„Haben Sie Verwandte oder Freunde in der Ostzone?“<sup>257</sup>

1981, 1982, 1989

„Haben Sie Verwandte oder Bekannte in der DDR oder in Ost-Berlin?“;<sup>258</sup>

*Infas: 1964, 1966–75, 1977–80*

„Haben Sie Verwandte, die in Ost-Berlin oder in der Zone wohnen?“

„Haben Sie Freunde oder gute Bekannte, die in Ost-Berlin oder in der Zone wohnen?“

(1964: „Ostzone“; seit 1968: „DDR (Ostzone)“; ab 1973: „DDR“);<sup>259</sup>

*Infratest: 1976*

„Haben Sie Verwandte, die in Ost-Berlin oder in der DDR wohnen?“

„Haben Sie Freunde oder Bekannte, die in Ost-Berlin oder in der DDR wohnen?“<sup>260</sup>

1982, 1983, 1987

„Haben Sie Verwandte oder Freunde/Bekannte, die in Ost-Berlin oder in der DDR wohnen?“;<sup>261</sup>

255 Vgl. erstmals Emnid, Informationen, Nr. 37/1952, S. 1; zuletzt in: dass., Informationen, Nr. 11–12/1988, Tabelle 5, A 91–95.

256 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 1979, kumulierter Datensatz, a.a.O., S. 81; dass., Politbarometer 1985, kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch), Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln, a.a.O., S. 153.

257 Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 313.

258 Vgl. dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 208 und dies. (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 411.

259 Vgl. erstmals in: Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Kontakte, Einstellungen, Chancen (Ergebnisse von August-September 1967), a.a.O., S. 4.

260 Vgl. Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 52; der Wortlaut der Frageformulierung wird nicht angegeben; abgedruckt in: Jansen, Meinungsbilder, a.a.O., S. 194.

261 Vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, a.a.O., S. 47; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1983, a.a.O., S. 38; dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 12.

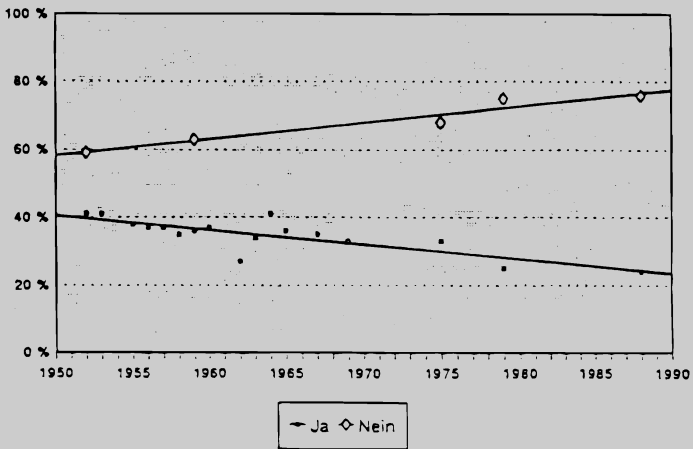
1989

„Haben Sie Verwandte bzw. Bekannte, die in der DDR bzw. in Ost-Berlin leben?“<sup>262</sup>

Die kontinuierlichste Datenreihe hat Emnid für den Zeitraum zwischen 1952 und 1988 erhoben. Hier wurde allerdings nicht zwischen Verwandten und Bekannten differenziert, wie dies bei den anderen Instituten überwiegend der Fall war, so daß die Emnid-Ergebnisse separat betrachtet werden müssen (vgl. Schaubild 25).<sup>263</sup>

Schaubild 25:

## Verwandte/Bekannte in der DDR



Quelle: Erstellt aus Daten von Emnid (vgl. Übersicht).

Insgesamt bestätigt die Zeitreihe die Vermutung, daß die persönlichen Beziehungen zu den Menschen im anderen deutschen Staat im Untersuchungszeitraum rückläufig waren. So hat Emnid im Laufe seiner Erhebungen nahezu eine Halbierung der persönlichen Kontakte festgestellt: Verfügten im September 1952 noch 41 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ab 16 Jahren über freundschaftliche oder verwandtschaftliche Bindungen in die DDR, so belief

262 Vgl. Infratest, Die DDR im Aufbruch. Was halten die Bundesdeutschen Ende Oktober '89 von der Flüchtlingswelle und Reformen?, München 1989, S. 53 ff.

263 Ergänzen ließen sich noch die Daten des IfD Allensbach, die nach vergleichbaren Kategorien aufgeschlüsselt sind und den von Emnid ermittelten Trend auf quantitativ leicht abweichendem Niveau bestätigen; die Werte sind in der Grafik nicht abgebildet.

sich ihr Anteil im Dezember 1988 noch auf 24 Prozent. Vor dem Hintergrund der über 40jährigen Teilung stellt dies jedoch ein beachtliches Ergebnis dar: Beinahe jeder vierte Bundesbürger hatte Verwandte oder Freunde im anderen Teil Deutschlands.

Insgesamt vollzog sich dieser Prozeß relativ kontinuierlich. Ein markanter Einbruch ist jedoch im Umfeld des Mauerbaus zu registrieren: So ermittelte Emnid zwischen 1960 und 1962 einen deutlichen Rückgang der Kontakte von 37 Prozent auf 27 Prozent. Eine kurzfristige Trendwende setzte 1963 ein und erreichte ihren Höhepunkt 1964, als 41 Prozent der Befragten angaben, Verwandte bzw. Freunde in der DDR zu haben. Dieses Phänomen ist vermutlich als Nachwirkung der massiven Flüchtlingsschübe im Jahr vor dem Bau der Mauer zu werten.<sup>264</sup>

Differenzieren läßt sich dieser Befund, wenn man den Anteil der Personen mit ausschließlich freundschaftlichen Kontakten getrennt vom Anteil derjenigen betrachtet, die verwandtschaftliche Beziehungen pflegten (vgl. Schaubild 26).<sup>265</sup>

Wenngleich beide Kurven („Verwandte/und Bekannte“ ebenso wie „nur Bekannte“) in den sechziger Jahren rückläufig sind, geschieht dies doch auf einem ganz unterschiedlichen Ausgangsniveau. Während die Zahl derer, die Freunde und Bekannte im anderen Teil Deutschlands hatten, im Laufe der sechziger Jahre von knapp 10 Prozent auf nur noch 4 Prozent zurückging, um sich dann auf diesem niedrigen Niveau bis Ende der siebziger Jahre einzupendeln, konnte sich der Anteil der Westdeutschen mit Verwandten in der DDR im selben Zeitraum relativ konstant bei 25 Prozent halten.

Für die erstaunliche Stabilität in den verwandtschaftlichen Beziehungen – der entsprechende Anteil ist zu keinem Zeitpunkt unter die 20 Prozent-Marke gesunken – sorgte der ständige Zustrom von Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland: Allein zwischen 1972 und 1987 flüchteten über 70.000 DDR-Bürger in den Westen; weitere 190.000 siedelten legal über<sup>266</sup>.

Daß verwandtschaftliche Bande offensichtlich stabiler waren als freundschaftliche Bindungen, wird besonders deutlich, wenn man die Herkunft der Be-

264 Allein im August 1961 war die Zahl der Flüchtlinge auf 47.433 angestiegen; vgl. die Angaben des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Auskünfte zur Deutschlandpolitik A-Z*, S. 32.

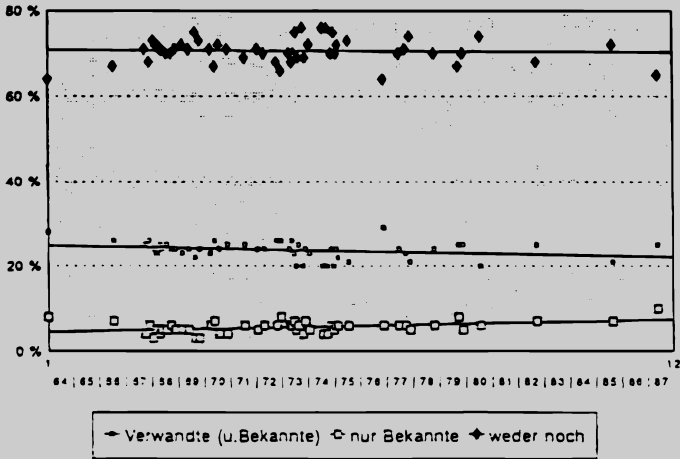
265 Der Infratest-Wert für 1983 ist in der Grafik nicht aufgeführt, da hier mit 31 Prozent die Anteile der verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Kontakte zusammengefaßt wurden; auch der für Oktober 1989 von Infratest ermittelte Wert umfaßt Freunde wie Verwandte und kann deshalb nicht in der Grafik mitberücksichtigt werden; im übrigen weicht er mit 41 Prozent vom Trend der o.g. Emnid-Daten in erheblichem Umfange ab, was sich anhand der in diesem Jahr sprunghaft angestiegenen Übersiedler- und Flüchtlingszahlen erklären läßt; vgl. hierzu auch Volker Ronge, *Übersiedler*, in: Werner Weidenfeld u. Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, Bonn 1992, S. 676.

266 Angaben nach Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 13



Schaubild 26:

## Verwandte und/oder Bekannte in der DDR



Quelle: Erstellt aus Daten von FGW, Infas u. Infratest (vgl. Übersicht).

fragten miteinbezieht. Exemplarisch läßt sich dies für das Jahr 1986 aufzeigen (vgl. Tabelle 28).

Tabelle 28: Verwandtschaftliche und freundschaftliche Bindungen nach Herkunft (1968)

Es haben in der DDR:	Verwandte	Bekannte	weder/noch
Einheimischer	17%	5%	78%
Vertriebener	53%	9%	38%
Flüchtling	69%	7%	24%

Quelle: Daten von Infas; vgl. Infas, Verhaltensweisen zur deutschen Frage. August/September 1968, Bad Godesberg 1968, Übersicht 1.

Vertriebene und DDR-Flüchtlinge hatten demnach im Vergleich zu den Einheimischen überdurchschnittlich häufig Verwandte in der DDR – 53 bzw. 69 Prozent gegenüber nur 17 Prozent. Anders als man erwarten könnte, ist in der Kategorie „Bekannte/Freunde“ jedoch keine erhebliche Abweichung mehr festzustellen. Nur 9 bzw. 7 Prozent der Vertriebenen und Flüchtlinge

gaben an, Bekannte in der DDR zu haben, im Vergleich zu 5 Prozent der einheimischen Bevölkerung.

Die Korrelation mit dem Alter der Befragten bestätigt, daß ältere Menschen nach wie vor häufiger Verwandte im anderen Teil Deutschlands hatten als Angehörige der jüngeren Generation. So ermittelte Infratest 1987 für die Gruppe der 60jährigen und Älteren einen Anteil von 28 Prozent, gegenüber nur 17 Prozent in der Kohorte der 14–29jährigen. Grund hierfür ist, daß viele ältere Westdeutsche entweder selbst (bzw. ihre Ehepartner) aus dem Gebiet der DDR stammten oder aber familiäre Kontakte knüpften, solange dies noch möglich war. Weniger gravierend ist dagegen die Differenz zwischen alt und jung bei den freundschaftlichen Bindungen: Nur zwei Prozentpunkte trennten die Älteren 1987 von den Jüngeren (11 bzw. 9 Prozent)<sup>267</sup>.

In den achtziger Jahren läßt sich im Blick auf die Beziehungen zwischen den Deutschen eine positive Tendenz ablesen. Dazu trugen vor allem jüngere Menschen bei. Infratest ermittelte in der Kohorte der 14–29jährigen einen Anstieg der freundschaftlichen Kontakte von 5 Prozent 1982, über 6 Prozent 1985 auf schließlich 9 Prozent 1987. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf den in den achtziger Jahren beständig expandierenden Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR zurückzuführen: Reisten 1982 etwa 15.000 Jugendliche in die DDR, so waren es 1987 bereits 77.000. Fraglich erscheint allerdings die Intensität solcher organisierten Reisen. So kann durchaus bezweifelt werden, ob diese im Schnitt sehr kurzen, organisierten DDR-Aufenthalte<sup>268</sup> genügend Zeit und Möglichkeiten boten, in engeren persönlichen Kontakt mit den Menschen dort zu gelangen.

### *Besuche*

Für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen in Ost und West sorgte nicht zuletzt der ständig zunehmende innerdeutsche Reiseverkehr (vgl. Tabelle 29): Hier ließen sich bereits bestehende Verbindungen intensivieren und neue Kontakte mit DDR-Bürgern knüpfen.

Vor allem in den siebziger Jahren nahm die Zahl der Reisen in die DDR und nach Berlin (Ost) deutlich zu, was sich auf den am 17. Oktober 1972 in Kraft getretenen Verkehrsvertrag zurückführen läßt. Damit waren erhebliche Reiseerleichterungen für den Personen- und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbart worden.<sup>271</sup> 1973 überstieg die Zahl der

267 Vgl. ebenda, S. 12.

268 Laut Infratest war die durchschnittliche Besuchsdauer in der ersten Hälfte der achtziger Jahre kontinuierlich zurückgegangen: (in Tagen) 1981: 7; 1982: 7; 1983: 6; 1984: 5; 1985: 4; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 49.

271 Vgl. zum Verkehrsvertrag u. a. Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München <sup>2</sup>1989, S. 192.

Tabelle 29: Reisen aus der Bundesrepublik in die DDR (in Mio.)<sup>269</sup>

1967:	1,42	1978:	3,18
1968:	1,26	1979:	2,92
1969:	1,11	1980:	2,75
1970:	1,25	1981:	2,09
1971:	1,26	1982:	2,22
1972:	1,54	1983:	2,22
1973:	2,28	1984:	2,50
1974:	1,92	1985:	2,60
1975:	3,12	1986:	(3,79) <sup>270</sup>
1976:	3,12	1987:	(4,13)
1977:	2,99	1988:	(5,51)

*Quelle:* Erstellt aus Daten des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen; vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Jahresberichte 1970–1986 sowie Günter Fischbach (Hrsg.), DDR-Almanach '90. Daten – Informationen – Zahlen; Stuttgart u. a. 1990, S. 49.

Reisenden erstmals die 2-Millionen-Grenze (2,28): Gegen Ende der siebziger Jahre konnten jährlich etwa 3 Millionen Reisen in den anderen Teil Deutschlands registriert werden. Ein zeitweiliger, empfindlicher Rückschlag war 1981 zu verzeichnen, nachdem die DDR-Regierung den Mindestumtauschsatz für Besuche in der DDR und Berlin (Ost) auf 25 DM pro Tag erhöht hatte. Dies bedeutete nahezu eine Verdoppelung des Tagessatzes bei Reisen in die DDR und fast eine Vervierfachung bei Tagesaufenthalten in Berlin (Ost). Wurden 1980 noch 2,75 Millionen Besucher registriert, so waren es 1981 nur noch 2,09 Millionen.

Den insgesamt jedoch positiven Trend belegen auch die demoskopischen Daten, wie die nachfolgende Grafik veranschaulicht. Methodische Schwierigkeiten ergeben sich auch bei diesem Datenkomplex aus den teilweise abweichenden Fragestellungen. Insbesondere der zeitliche Rahmen für DDR-Besuche wurde unterschiedlich vorgegeben. In die Zeitreihe sind daher nur solche Erhebungen mit aufgenommen worden, die sich auf einen mehrjährigen Zeitraum nach dem Mauerbau beziehen (vgl. Schaubild 27).

269 Die Zahlen umfassen Reisen von Westdeutschen in die DDR sowie zu mehrtägigen Aufenthalten nach Berlin (Ost); Tagesaufenthalte von bundesdeutschen Reisenden nach Berlin (Ost) sind hierin nicht enthalten; diese lagen von 1970 bis 1980 weitgehend konstant bei jährlich etwa 1,4 Millionen; nach 1980 war ein Rückgang auf nur noch 1,12 Millionen jährlich zu verbuchen (1986: 1,15 Millionen).

270 Die Zahlen ab 1986 sind nur begrenzt heranziehbar, da sie im Unterschied zu den vorangegangenen Angaben auch Transitreisen durch die DDR in Drittstaaten – und zwar sowohl von Deutschen als auch von Ausländern – beinhalten; daraus erklärt sich auch die eklatante Differenz von über einer Million Reisen zwischen 1985 und 1986 f; vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Jahresbericht 1986, S. 19; sowie Günter Fischbach (Hrsg.), DDR-Almanach '90. Daten – Informationen – Zahlen; Stuttgart u. a. 1990, S. 49.

*Übersicht der Fragen:**Emnid: 1956, 1958–60, 1962–65, 1975, 1979, 1988*

„Waren Sie selbst im Laufe dieses Jahres besuchsweise in der Ostzone, haben Sie im Laufe dieses Jahres Besuch aus der Ostzone bei sich gehabt, oder haben Sie sich im Laufe dieses Jahres mit einem Bewohner aus der Ostzone unterhalten oder nichts dergleichen?“<sup>272</sup>

*FGW: 1979*

„Waren Sie seit 1961 (Bau der Mauer) als Besucher oder auf Geschäftsreise in der DDR oder in Ost-Berlin? Ich meine nicht auf der Durchreise nach West-Berlin, sondern richtig als Besucher?“<sup>273</sup>

*1985*

„Haben Sie schon einmal die DDR oder Ost-Berlin besucht?“<sup>274</sup>

*IfD: 1953*

„Sind Sie seit 1945 schon einmal in der Ostzone gewesen?“<sup>275</sup>

*1965*

„Haben Sie in den letzten Jahren, ich meine seit 1960, einmal die Ostzone oder Ost-Berlin besucht? – Und in welchem Jahr?“<sup>276</sup>

*1989*

Sind Sie einmal in den letzten zehn Jahren, also seit 1979, als Besucher oder als Urlauber in der DDR gewesen?“<sup>277</sup>

*Infas: 1967–1968*

„Haben Sie bei einem Berlin-Besuch seit Errichtung der Mauer auch einmal Ost-Berlin besucht?“

„Sind Sie seit August 1961 einmal von Westdeutschland aus mit einer Aufenthaltsgenehmigung zum Besuch in der Zone gewesen? Ich meine, nicht nur auf der Durchreise nach West-Berlin, sondern richtig als Besucher in der Zone. Wann war das?“<sup>278</sup>

272 Diese Ergebnisse sind wegen ihrer mangelnden Vergleichbarkeit mit den anderen Daten nicht in die Analyse eingeflossen; vgl. erstmals Emnid, Informationen, Nr. 44/1956, S. 2 f.

273 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 1979, kumulierter Datensatz, a.a.O., S. 81.

274 Die FGW-Ergebnisse von 1985 sind nicht im Schaubild dargestellt, da hier der Zeitpunkt des Besuchs unbestimmt bleibt; vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 1985, kumulierter Datensatz, a.a.O., S. 151.

275 Die vom IfD hierzu ermittelten Werte sind nicht in die Grafik mitaufgenommen, da sie sich auf den Zeitraum vor dem Bau der Mauer beziehen; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. I, a.a.O., S. 47.

276 Die vom IfD hierzu ermittelten Werte sind nicht in die Grafik mitaufgenommen, da sie sich auf den Zeitraum vor dem Bau der Mauer beziehen; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 401.

277 Die vom IfD hierzu ermittelten Werte sind nicht in die Grafik mitaufgenommen, da sie nur die DDR (ohne Berlin (Ost)) umfassen; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 411.

278 Vgl. Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Vierteljahresanalyse I. Quartal 1968 (Ergebnisse von Januar-März 1968), a.a.O., S. 8.

1968–1969

„Waren Sie in den letzten drei Monaten in der DDR (Ostzone) oder Ost-Berlin?“<sup>279</sup>

1971–1972

Waren Sie in den letzten fünf Jahren schon einmal als Besucher oder auf Geschäftsreise in der DDR oder in Ost-Berlin? (Ich meine nicht nur auf der Durchreise nach West-Berlin, sondern richtig als Besucher.)<sup>280</sup>

1973–1975, 1977–1980

„Waren Sie seit 1961 (Bau der Mauer) als Besucher oder auf Geschäftsreise in der DDR oder in Ost-Berlin? (Ich meine nicht nur auf der Durchreise nach West-Berlin, sondern richtig als Besucher.)“<sup>281</sup>

*Infratest: 1976*

Waren Sie seit 1961 (Bau der Mauer) als Besucher oder auf Geschäftsreise in der DDR oder in Ost-Berlin?“<sup>282</sup>

1982–1985, 1987

„Waren Sie schon einmal in der DDR oder in Ost-Berlin? Ich meine hier nicht Transit-Reisen nach West-Berlin durch die DDR.“<sup>283</sup>

Der Anteil derjenigen, die die DDR aus eigener Anschauung kannten, nahm im Erhebungszeitraum kontinuierlich zu. Insgesamt hat er sich mehr als verdreifacht: War 1967 nur etwa jeder zehnte Bundesbürger seit der Errichtung der Mauer einmal in der DDR gewesen, so hatten 1987 bereits 36 Prozent die DDR (mindestens einmal) besucht. Zu dieser Entwicklung trug ein steter Zuwachs an Erstbesuchern bei: Allein von den rund 4,5 Mio Besuchern aus der Bundesrepublik zwischen Januar 1984 und September 1985 waren etwa 1,5 Millionen zum ersten Mal in der DDR oder Berlin (Ost)<sup>284</sup>.

279 Diese Ergebnisse sind wegen ihrer mangelnden Vergleichbarkeit mit den anderen Daten nicht in die Analyse eingeflossen; vgl. erstmals in: Infas, Verhaltensweisen zur deutschen Frage (Ergebnisse von Juni-Juli 1968), a.a.O., Übersicht 3; zuletzt in: Infas, Verhaltensweisen zur deutschen Frage. 1. Halbjahresanalyse 1969 (Ergebnisse von Januar-Februar und April-Mai 1969), Bad Godesberg 1969, Übersicht 3.

280 Vgl. erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom II. Quartal 1971, – Tabellenband –, a.a.O., S. 3; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom IV. Quartal 1972, – Tabellenband –, a.a.O., Übersicht 2., o.S.

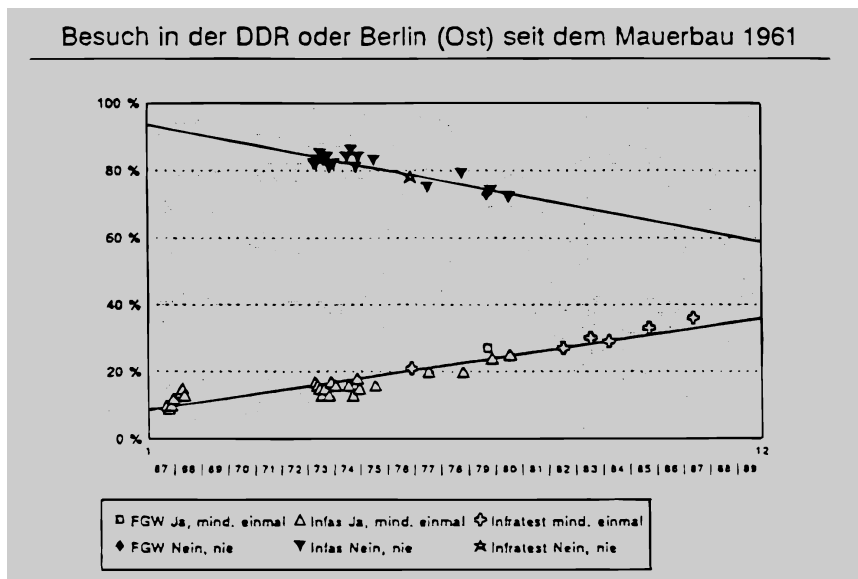
281 Vgl. erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im April 1973, – Tabellenband –, a.a.O., Übersicht 2., o.S.; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., S. 60–61..

282 Vgl. Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 52.

283 Vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, a.a.O., S. 53; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 36 ff; dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 22.

284 Angaben nach Statistiken des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zum innerdeutschen Reiseverkehr, zit. nach Infratest, Deutschlandpolitik 1985, a.a.O., S. 34 ff.

Schaubild 27:



Quelle: Erstellt aus Daten von FGW, Infas u. Infratest (vgl. Übersicht).

Vor allem die mittlere Generation der 30- bis 49-jährigen kannte den anderen Teil Deutschlands aus eigener Anschauung. Infratest ermittelte in dieser Alterskohorte nahezu eine Verdopplung der DDR-Erfahrenen: Verfügte 1976 noch 22 Prozent über persönliche DDR-Kenntnisse, waren es 1987 bereits 43 Prozent (vgl. Tabelle 30).

Auch die jüngeren Bundesbürger trugen maßgeblich zu den steigenden Reise-Zahlen bei. Immerhin kannte 1987 mehr als ein Drittel (36 Prozent) der 14–29-jährigen die DDR aus eigener Anschauung. Die ältere Generation der über 60-jährigen besaß gegenüber den Jugendlichen keinen Erfahrungsvorsprung. Zwar betrug der Anteil der DDR-Erfahrenen in dieser Gruppe 1987 immerhin ein knappes Drittel. Doch stellten sie damit – wie bereits in den Erhebungszeiträumen zuvor – den jeweils kleinsten Anteil der DDR-Reisenden (vgl. Tabelle 30).

Berücksichtigt man aber Reishäufigkeit und -ziele, so wird deutlich, daß sich die Kenntnisse der jungen Generation meist auf einmalige Aufenthalte bzw. auf Reisen nach Berlin (Ost) beschränkten. Die DDR-Kenntnisse der 14–29-jährigen können somit als „relativ weit verbreitet, aber gleichzeitig wenig fundiert“ gelten. Dagegen besaßen vor allem ältere Bundesbürger,

Tabelle 30: Besucher in der DDR und Berlin (Ost) nach Alter

	14/29 jährige	30/49 jährige	50/59 jährige	60 J. u. ältere
Besucher seit 1961 (mind. einmal)				
1976	26% <sup>285</sup>			
1982	30% <sup>286</sup>	–	–	26%
1983 <sup>287</sup>	14%	12%	13%	13%
1985	32%	40%	30%	26%
1987	36%	43%	33%	30%

*Quelle:* Zusammengestellt aus Daten von Infratest; vgl. Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 52; dass., Deutschlandpolitik 1982, a.a.O., S. 53; dass., Deutschlandpolitik 1983, a.a.O., S. 38; dass., Deutschlandpolitik 1985, a.a.O., S. 38; dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 14.

welche die DDR mehrfach bereisten, eine intensivere Kenntnis der dortigen Lebensverhältnisse.<sup>288</sup>

Hervorzuheben ist auch der Zusammenhang zwischen Reisetätigkeit und dem Vorhandensein verwandtschaftlicher bzw. bekanntschaftlicher Beziehungen in der DDR. So stellte Infratest 1982 fest, daß immerhin 70 Prozent derjenigen, die nach dem Mauerbau mindestens zweimal in der DDR waren, Verwandte dort hatten; 46 Prozent besaßen Freunde oder Bekannte in der DDR.<sup>289</sup> Darüber hinaus wurde 1985 ermittelt, daß 34 Prozent der Befragten mit Verwandten in der DDR bereits zwei- bis viermal in der DDR waren. Fast jeder zweite davon (45 Prozent) war sogar schon fünfmal und häufiger zu Besuch im anderen Teil Deutschlands.<sup>290</sup>

Vereinzelt haben die Meinungsforschungsinstituten auch explizit nach den Reisegründen gefragt. Hier ergibt sich eine interessante Korrelation mit dem Lebensalter der Befragten: Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil derjenigen, die ihre Reise mit dem Besuch von Verwandten oder Bekannten begründen (vgl. Tabelle 31).

285 Infratest unterteilte 1976 die erste Alterskohorte noch einmal in 14–19jährige (13 Prozent) und 20–29jährige (26 Prozent); vgl. Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 52.

286 1982 umfaßte die erste Kohorte nur die 18–29jährigen; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik 1982, a.a.O., S. 53.

287 Die im Vergleich niedrigeren Werte für den Erhebungszeitraum September 1983 erklären sich dadurch, daß Infratest hier explizit nach Besuchen in den vergangenen drei Jahren fragte; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik 1983, a.a.O., S. 38.

288 Ausführlich dazu vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S.15.

289 Vgl. Infratest, Deutschlandpolitik 1982, a.a.O., S. 46.

290 Vgl. Infratest, Deutschlandpolitik 1985, a.a.O., S. 46.

Tabelle 31: Reisegründe

Frage: „Weshalb sind Sie in der DDR gewesen: Um Verwandte, Freunde und Bekannte zu besuchen, um als Tourist Orte oder Landschaften zu sehen oder aus anderen Gründen?“<sup>291</sup>

	wegen Ver- wandten/ Bekanntem	als Tourist	aus anderen Gründen	keine Angabe
In der DDR sind gewesen...				
Bundesgebiet				
insgesamt	57%	28%	12%	6%
18–24 J.	33%	61%	7%	5%
25–34 J.	45%	34%	18%	6%
35–49 J.	62%	21%	14%	5%
50–64 J.	70%	20%	8%	4%
65 J.u.älter	74%	11%	9%	7%

Quelle: Infas-Repräsentativerhebung, Bundesgebiet, Januar bis Dezember 1975, Jahresbericht 1975, Übersicht 19.

Während fast drei Viertel der Befragten in den Alterskohorten über 50 Jahren als Reisemotiv den Besuch von Verwandten bzw. Bekannten in der DDR nannten, fiel der entsprechende Anteil bei den 18–24jährigen mit 33 Prozent vergleichsweise gering aus. Diese Altersgruppe unternahm ihre Reisen vorrangig zu touristischen Zwecken (61 Prozent).

### 2.3.2. Sympathie für die DDR-Bürger

Bereits im Mai 1967 waren 54 Prozent der Bundesbürger der Meinung, „... daß sich die Deutschen in der Ostzone und die Deutschen in der Bundesrepublik immer mehr entfremden und auseinanderleben“. Ein weiteres Viertel stimmte dem „ein wenig zu“.<sup>292</sup> Die Distanzen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands schienen durch die Teilung größer zu werden. Im folgenden soll näher analysiert werden, wie sich die affektiven Bindungen und die gegenseitige Wahrnehmung im Untersuchungszeitraum weiterhin entwickelt haben.

Der bekannteste, wenn auch umstrittene Indikator für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist die vom IfD Allensbach entwickelte sogenannte „Schwarzmeerfrage“. Mit Hilfe dieses Instruments beabsichtigte man, so Elisabeth Noelle-Neumann, „... das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der

<sup>291</sup> Befragt wurden Personen, die seit 1961 die DDR oder Berlin (Ost) mindestens einmal besucht hatten.

<sup>292</sup> Lediglich 11 Prozent stimmten dem nicht zu; weitere 10 Prozent machten keine konkreten Angaben; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 393.



Westdeutschen mit den Deutschen der DDR zu beobachten. Weit entfernt von Aktualität und Politik sollte die Frage sein, um möglichst lange als Meßinstrument tauglich zu bleiben.“<sup>293</sup> Die nachfolgende Tabelle 32 gibt einen Überblick über die empirischen Ergebnisse seit 1970.

*Tabelle 32:* Frage: „Stellen Sie sich bitte einmal vor, Sie machen Ferien irgendwo am Schwarzen Meer. Eines Tages lernen Sie dort einen anderen Deutschen kennen. Im Gespräch erfahren Sie, daß er aus der DDR kommt, in der DDR wohnt. Was denken Sie da wohl im ersten Moment, wenn Sie das erfahren? Sehen Sie doch bitte diese Karten einmal an: Was davon träfe zu?“ (Angaben in Prozent)

	Juli 1970	Nov. 1975	Aug. 1979	Nov. 1981	Jan. 1989
„Ich wäre neugierig, mich mit ihm zu unterhalten“	71	71	71	72	71
„Ich würde mich freuen“	61	57	48	54	57
„Ich glaube, wir würden uns als Deutsche im Ausland gut verstehen.“	59	54	50	51	54
„Ich würde vorschlagen, daß wir zusammen etwas trinken.“	45	47	40	47	51
„Seine wahre Meinung würde ich nie erfahren, weil er sich nicht traut, sie zu sagen.“	40	47	44	45	36
„Ich glaube, der würde mich als Westdeutschen gar nicht so gerne an seinem Tisch haben, weil er bestimmt ganz anders denkt als wir.“	13	18	15	17	13
„Ich glaube, wir hätten uns wenig zu sagen.“	12	16	14	16	13
„Ich glaube, das wäre ein Spitzel.“	6	6	6	6	5
„Ich hätte Lust, mich von ihm zurückzuziehen.“	3	4	4	5	4
„Ich wäre enttäuscht.“	2	3	3	3	2
k.A., keine konkrete Angabe	3	3	1	3	–

*Quelle:* IfD-Umfragen Nr. 2064, 3021, 3072 und 4002, zit. nach allensbacher berichte, Nr. 13/1982, S. 6 sowie Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 412 (Bevölkerung der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) ab 16 Jahre).

<sup>293</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist stark geblieben. Auch die junge Generation hält an der einen deutschen Nation fest, in: FAZ, Nr. 246 vom 23.10.1989.

Innerhalb einer Zeitspanne von fast 20 Jahren haben sich demnach die spontanen Reaktionen der Bundesbürger kaum verändert. Fast gleichbleibend dominierte die Neugier, sich bei einem solchen Zusammentreffen mit dem DDR-Bürger zu unterhalten. An zweiter bzw. dritter Stelle wurden die Indikatoren „Ich würde mich freuen“ und „Ich glaube, wir würden uns als Deutsche im Ausland gut verstehen“ genannt. Auch den übrigen positiven Reaktionen schlossen sich jeweils Mehrheiten an. Am häufigsten waren stets Bedenken, daß die Ostdeutschen ihre Meinung nicht frei sagen könnten. Hier werden Vorbehalte gegenüber dem DDR-System spürbar, die jedoch nur in begrenztem Maße auf den einzelnen DDR-Bürger projiziert wurden. Jeweils 13 Prozent der Befragten gingen zuletzt davon aus, daß grundlegende Unterschiede in der Denkweise das Verhältnis belasteten bzw. man sich wenig zu sagen hätte. Doch eindeutig ablehnende Verhaltensmuster waren nur vereinzelt festzustellen. Noelle-Neumann zieht aus dieser Datenlage den Schluß: „Die Ergebnisse zeigten, daß unterhalb der Tagesaktualität, in der die deutsche Einheit keine Rolle spielte, ein Empfindungsstrom lief, der wie unberührt von der Dauer der Zeitspanne der deutschen Teilung blieb.“

Doch kann man die von den Befragten zu Protokoll gegebene Gesprächsbereitschaft tatsächlich als Beleg für ein solches Gemeinschaftsempfinden werten? Hätten sich diese Westdeutschen im Ausland nicht möglicherweise ebenso gerne mit einem Österreicher oder Schweizer unterhalten bzw. auch mit den Einheimischen, obwohl in diesem Fall erst die Sprachbarriere hätte überwunden werden müssen? Belegen diese Daten nicht im Grunde nur, daß es zwischen den West- und Ostdeutschen keine Entfremdung oder Vorbehalte gab, die so stark waren, daß sie die Kontaktaufnahme verhinderten?

Allensbach ist diesen Gedanken mit einer zusätzlichen Frage nachgegangen: „Und hätten Sie das Gefühl, daß es ein Landsmann ist, oder würde Sie mit ihm nicht mehr verbinden als mit einem Österreicher, der die gleiche Sprache spricht?“ Parallel dazu wurde diese Nachfrage mit dem Beispiel eines Schweizers variiert. Hier wurden nach 1970 erhebliche Veränderungen

Tabelle 33:

	Österreicher			Schweizer	
	1970	1975	1981	1970	1981
Landsmann	68%	53%	49%	68%	52%
nicht mehr als mit einem Österreicher/ Schweizer	20%	29%	30%	18%	26%
unentschieden/k.A.	12%	18%	21%	14%	22%

Quelle: Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VI, a.a.O., S. 82 sowie dies./Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 203.

sichtbar, die den Befund einer starken Verbundenheit relativieren (vgl. Tabelle 33).

Zwar überwog an allen Erhebungszeitpunkten das Gefühl, einem Landsmann zu begegnen, doch war dieses Empfinden eindeutig rückläufig. Dies galt insbesondere für die unter 30jährigen.<sup>294</sup> Gleichzeitig stieg von 1970 bis 1981 der Anteil derjenigen, die meinten: „Es würde mich mit ihm nicht mehr verbinden als mit einem Österreicher“ bzw. „mit einem Schweizer“ von 20 Prozent auf 30 Prozent bzw. von 18 Prozent auf 26 Prozent an. In beiden Varianten nahm in diesem Zeitraum zudem der Anteil der Indifferenten deutlich zu.

Auch Infratest hat versucht, die emotionale Verbundenheit der Deutschen in Ost und West zu ermitteln. Dazu wurde im April/Mai 1987 die nachfolgende Frage eingesetzt: „Wenn Sie an die Menschen denken, die in der DDR leben, also nicht an den Staat, sondern an die dortige Bevölkerung: Welche der Aussagen auf der Liste trifft da für Sie persönlich am ehesten zu?“ (vgl. Tabelle 34).

*Tabelle 34:*

April/Mai 1987

	DDR-Besuch			Altersgruppen		
	ges.	nie/ einmal	zweimal/ häufiger	14–29 Jahre	30–49 Jahre	über 50 Jahre
Die DDR-Bürger sind...						
„genauso Deutsche wie wir, denen ich mich eng verbunden fühle“	40%	34%	60%	21%	34%	59%
„auch Deutsche, deren Leben mich interessiert, obwohl ich wenig persönliche Beziehungen zu ihnen habe.“	53%	57%	35%	69%	57%	37%
„Bürger eines anderen Staates, die mir gleichgültig sind.“	3%	3%	3%	4%	3%	3%
„Bürger eines anderen Staates, die ich als fremd empfinde.“	4%	5%	2%	6%	5%	1%
k.A.	0%	0%	0%	1%	1%	0%

*Quelle:* Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 26.

<sup>294</sup> Vgl. Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VI, a.a.O., S. 82 sowie dies./Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 203.

Insgesamt 40 Prozent der Bundesbürger fühlten sich nach diesen Daten eng mit den Deutschen in der DDR verbunden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit war am stärksten ausgeprägt in der älteren Generation und unter denjenigen, die bereits häufiger in der DDR waren. Die Mehrheit der Westdeutschen verlieh jedoch einem eher diffusen Verbundenheitsgefühl Ausdruck: 53 Prozent betrachteten die DDR-Bürger „auch (als) Deutsche, deren Leben (sie) interessiert, obwohl (sie) wenig persönliche Beziehungen zu ihnen habe(n)“. Auch diese allgemeine Aufgeschlossenheit gegenüber den Menschen in der DDR ist eine Generationenfrage: Mit 69 Prozent lag der Anteil unter den 14–29jährigen am höchsten. Ausgesprochene Gleichgültigkeit oder sogar Fremdheit äußerten zusammen nur 7 Prozent der Bevölkerung.

Nähe und Distanz zwischen den Deutschen in Ost und West mißt auch eine Frageformulierung von ipos: „Wenn Sie einem Menschen aus der DDR begegnen, sehen Sie in ihm in erster Linie einen Deutschen, oder sehen Sie in ihm in erster Linie einen Bürger der DDR?“ Im Mai 1990 meinten 62 Prozent der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) Befragten: als „ein Deutscher“. 37 Prozent sahen in erster Linie einen „Bürger der DDR“.<sup>295</sup>

Im September 1990 waren 80 Prozent der Westdeutschen der Ansicht, „es gibt so etwas wie einen Nationalcharakter“.<sup>296</sup> Allerdings meinten nur 35 Prozent, daß Ost- und Westdeutsche einen „gemeinsamen Nationalcharakter“ haben. Ein Drittel war nicht dieser Auffassung.<sup>297</sup> Fraglich ist vor diesem Hintergrund, was in den Augen der Bundesbürger den „deutschen Nationalcharakter“ formte. Die Zugehörigkeit zur gemeinsamen deutschen Nation – wie eingangs dargestellt wurde, für die meisten eine eher abstrakte, alltagsferne Größe – stellte offenbar einen nur oberflächlich wirkenden Kitt dar. Es stellt sich deshalb die Frage, ob und von welchen Stereotypen die Wahrnehmung der Ostdeutschen geprägt wurde. Ebenso gilt es zu prüfen, ob es im Datenmaterial Anhaltspunkte dafür gibt, daß sich die Westdeutschen in ihrem Selbstbild von den Ostdeutschen abgrenzten.

Infratest fragte im Oktober/November 1976: „Auf diesem Blatt stehen mehrere gegensätzliche Eigenschaften, die man einem einzelnen Menschen, aber auch einer Gruppe oder der Bevölkerung eines Landes zusprechen kann. Bitte kreuzen Sie bei jedem Eigenschaftspaar an, welche Eigenschaft

295 Auffällig ist in diesem Zusammenhang, daß allein die Anhänger der „Republikaner“ die Menschen aus der DDR mehrheitlich als Bürger der DDR und nicht zuerst als Deutsche betrachteten; vgl. Ipos, Einstellungen 1990, a.a.O., S. 77; die gleiche Frage wurde auch im April/Mai 1989 gestellt; die Ergebnisse lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Stichprobe in diesem Fall Berlin (West) nicht umfaßte: 62 Prozent antworteten „ein Deutscher“, 38 Prozent „ein Bürger der DDR“; dazu vgl. Ipos, Einstellungen 1989, a.a.O., S. 76.

296 11 Prozent verneinten die Existenz eines Nationalcharakters; 9 Prozent waren in dieser Frage unentschieden; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 496.

297 Weitere 12 Prozent waren unentschieden; Restgruppe: 20 Prozent; vgl. ebenda.

Ihrer persönlichen Meinung nach für die Bevölkerung in der Bundesrepublik zutrifft. Je mehr Sie Ihr Kreuz nach rechts setzen, desto mehr trifft die rechte Eigenschaft zu. Je mehr Sie es nach links setzen, desto mehr trifft die linke Eigenschaft zu.“ Den Befragten wurden dazu 15 polare Eigenschaftspaare zur Zuordnung vorgelegt. Das gleiche Verfahren wurde im Hinblick auf die DDR-Bürger wiederholt. Ein Vergleich beider Eigenschaftsprofile macht deutlich, in welchen Bereichen das Selbstbild der Bundesbürger mit dem Bild von den Menschen in der DDR kongruent war und in welchen es divergierte (vgl. Schaubild 28).<sup>298</sup>

Am größten ist die Ähnlichkeit in folgenden Bereichen: *Die Deutschen in West und Ost waren demnach ...*

- eher fleißig als faul,
- eher menschlich als unmenschlich,
- eher friedliebend als aggressiv,
- eher ungefährlich als gefährlich,
- eher freundlich als unfreundlich,
- eher großzügig als kleinkariert und
- eher aktiv als passiv.

Bei vier Gegensatzpaaren gibt es jedoch deutliche Unterschiede: *Die Westdeutschen hielten sich selbst für ...*

- anspruchsvoller als die anspruchslosen Ostdeutschen,
- weltoffener als die eher nationalistischen Ostdeutschen,
- selbstbewußter als die unsicheren Ostdeutschen,
- und fortschrittlicher als die konservativen Ostdeutschen.

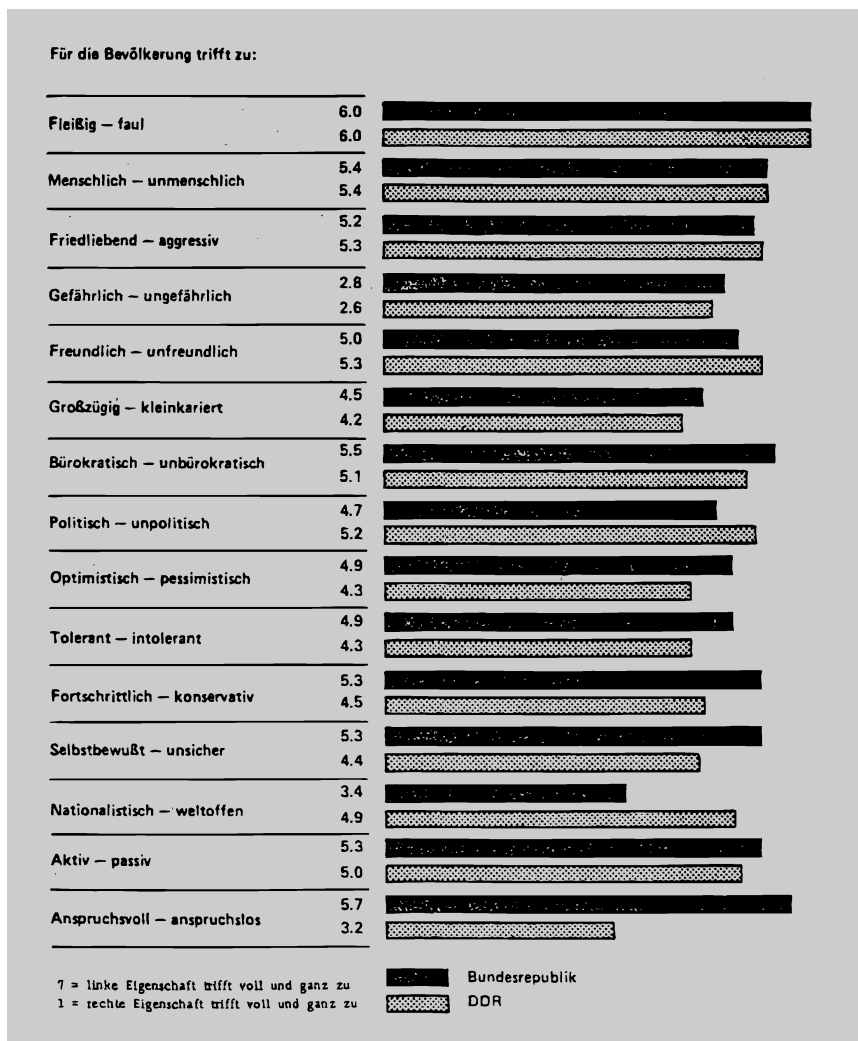
Trotz aller Gemeinsamkeiten wurden also Unterschiede festgestellt. „Das Bild der Westdeutschen von der Bevölkerung Ostdeutschlands ... trägt (jedoch) nicht die Merkmale eines 'Feindbildes'. Dabei fördert der unmittelbare Kontakt durch Besuche noch die positive Einschätzung der DDR-Bewohner“ – faßt Infratest die Ergebnisse von 1976 zusammen.<sup>299</sup>

Zehn Jahre später hat die Forschungsgruppe Wahlen nach den charakteristischen Eigenschaften der Deutschen in Ost und West gefragt: „Hier sind einige Eigenschaften, die den Deutschen manchmal zugeschrieben werden. Bitte sagen Sie mir für jede davon, ob sie nach Ihrer Meinung eher typisch für die Deutschen in der Bundesrepublik ist, oder eher typisch für die Deutschen in der DDR.“ Erneut zeigt sich, daß die Bundesbürger hier keinen großen

298 Vgl. Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 32 ff.

299 Vgl. ebenda, S. 33.

Schaubild 28: Eigenschaftsprofil der Bewohner beider Staaten

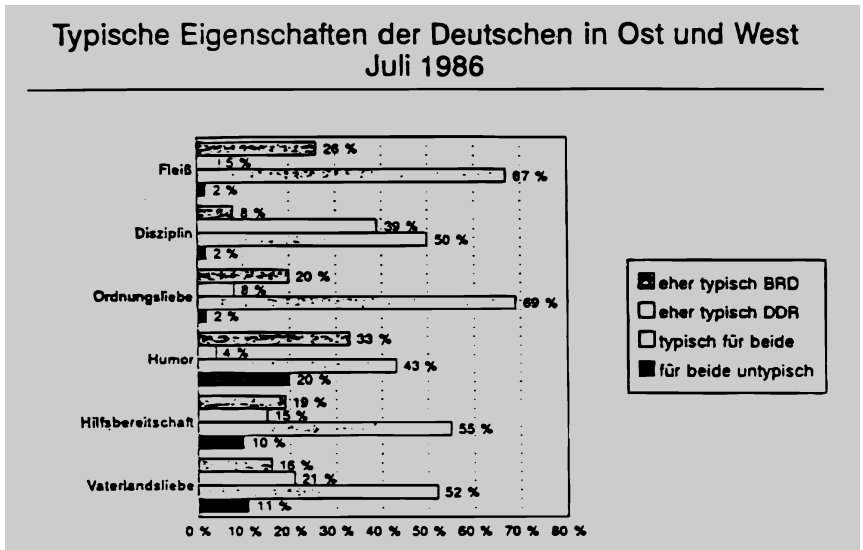


Quelle: Infratest, Meinungen der Bevölkerung 1976, a.a.O., S. 34.

Unterschied machten. Sämtliche genannten Eigenschaften wurden mehrheitlich beiden Bevölkerungsteilen gleichermaßen zugeschrieben. Darüber hinaus wurden die Merkmale „Fleiß“ und „Ordnungsliebe“, „Humor“ und mit knappem Vorsprung auch „Hilfsbereitschaft“ eher den Westdeutschen attestiert.

Den Ostdeutschen hielt man dagegen mehr „Disziplin“ und „Vaterlandsliebe“ zugute (vgl. Schaubild 29).

Schaubild 29:<sup>300</sup>



Quelle: Erstellung aus Daten der FGW.

Auch nach der Vereinigung, im Oktober/November 1990, bestätigte sich der Befund: Die Deutschen stellten eine Reihe von charakterlichen Gemeinsamkeiten fest. Hier wurde von Infratest allerdings keine Indexwert-Berechnung vorgelegt, sondern die Zustimmung prozentual gemessen. Im einzelnen ermittelte man folgende Ergebnisse (vgl. Tabelle 35 S. 120).

Wie die Tabelle 35 veranschaulicht, schrieb man sich den Großteil der positiven wie auch der negativen Eigenschaften gemeinsam zu. Die Merkmale „selbstbewußt“, „überheblich“, „konsumorientiert“, „ehrgeizig“ und „demokratisch“ rechneten die Westdeutschen in erster Linie sich selbst an. Dagegen wurden vor allem die Ostdeutschen als „obrigkeitshörig“, „leicht beeinflussbar“ und „bescheiden“ wahrgenommen.

Allensbach legte den Westdeutschen im Herbst 1990 eine andere Frage vor: „Kürzlich sagte uns jemand: 'Die in der DDR vergessen, wie hart hier in der Bundesrepublik arbeiten mußten, bis der Wohlstand geschaffen war.' Sehen

300 Vgl. FGW, Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juli 1986. Sonderauswertung für Kennzeichen D, o.S..

Tabelle 35: Charakteristika der Deutschen

	besteht kein Unterschied	trifft eher für die West- deutschen zu	trifft eher für die Ost- deutschen zu
gebildet	62%	32%	3%
spießig, kleinbürgerlich	60%	16%	20%
tolerant	58%	27%	12%
solidarisch	55%	12%	28%
nationalgesinnt	55%	16%	26%
ausländerfeindlich	55%	23%	18%
rücksichtslos	54%	35%	7%
egoistisch	48%	37%	11%
fleißig	48%	47%	4%
politisch engagiert	46%	23%	30%
geltungssüchtig	45%	43%	8%
kritisch	44%	34%	20%
selbstbewußt	38%	54%	6%
überheblich	36%	54%	8%
konsumorientiert	30%	53%	15%
demokratisch	46%	48%	4%
ehrgeizig	44%	46%	8%
obrigkeitshörig	31%	4%	61%
leicht beeinflussbar	40%	7%	50%
bescheiden	40%	10%	47%

Quelle: Infratest, Die Deutschen im Herbst 1990, a.a.O., S. 14 f.

Sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?“. Drei Viertel der Befragten stimmten dieser Aussage zu. Nur 15 Prozent sahen dies nicht so.<sup>301</sup> In diesem Ergebnis deuten sich bereits Probleme an, die in der Diskussion um die Folgen der Einheit eine wichtige Rolle spielen. Von den Ostdeutschen wird umgekehrt die fehlende Opferbereitschaft der Westdeutschen angemahnt. Das Schlagwort von der „Mauer in den Köpfen“ macht die Runde. Es bleibt somit weiterhin untersuchungsrelevant, inwieweit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen den Belastungen des Einigungsprozesses gewachsen sein wird.

### 2.3.3. Interesse an und Kenntnisse über die DDR

Als zentraler Indikator des persönlichen Bezugs zum anderen Teil Deutschlands ist das Interesse an der Entwicklung in der DDR zu betrachten. Die Meinungsforschungsinstitute Infas und Infratest stellten dazu in den Jahren

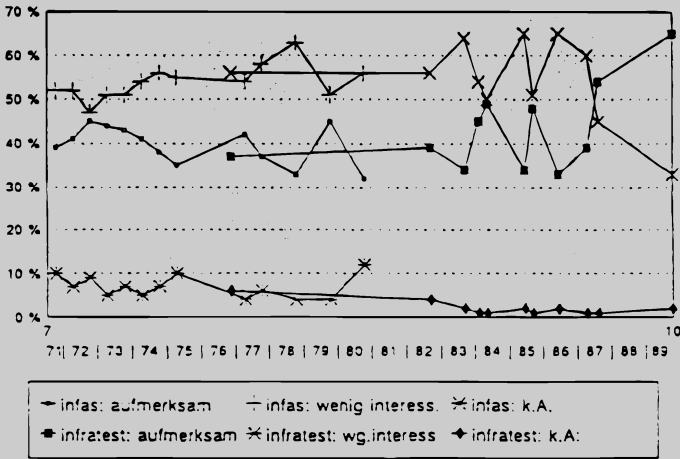
301 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 445.



1971–1980, 1982–1987 sowie 1989 die gleichlautende Frage: „(Und) Haben Sie in den letzten Jahren die Entwicklung in der DDR mit großer Aufmerksamkeit verfolgt oder hat Sie das weniger interessiert?“. Das nachfolgende Schaubild verdeutlicht den Trend:

Schaubild 30:<sup>302</sup>

## Interesse für die Entwicklung in der DDR



Quelle: Erstellt aus Daten von Infas u. Infratest.

Die Mehrheit der Westdeutschen hatte in diesem Zeitraum eher geringes Interesse an der Entwicklung in der DDR gezeigt. Erneut weist dies darauf hin, daß andere Themen als politisch wichtiger empfunden wurden. Durchschnittlich 40 Prozent hatten die Entwicklung in der DDR kontinuierlich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die kurzfristigen Schwankungen des Linienverlaufs in der Grafik machen zudem deutlich, daß der Aufmerksamkeitsgrad unmittelbar mit der jeweiligen tagespolitischen Situation zusammenhing. So stieg das Interesse an der DDR insbesondere im zeitlichen Umfeld des lange umstrittenen Honecker-Besuchs spürbar an. Im Herbst 1989 nahm die

302 Aus den von Infas teilweise monatlich erhobenen Daten wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit Halbjahresdurchschnitte errechnet; vgl. auch erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom II. Quartal 1971, – Tabellenband –, a.a.O., S. 7–8; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., S. 37–38; sowie Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 16.

Aufmerksamkeit der Westdeutschen angesichts der dramatischen Ereignisse in der DDR nochmals deutlich zu. Auffallend ist zudem, daß insbesondere die jüngere Generation sich stark unterdurchschnittlich für das Geschehen in der DDR interessierte. Allerdings ist das politische Interesse Jugendlicher generell geringer ausgeprägt als das der älteren Generationen. Grundsätzlich wurden folgende Faktoren ermittelt, die das Interesse an der DDR förderten:

- das allgemeine politische Interesse,
- persönliche Kenntnis der DDR,
- sowie verwandtschaftliche Kontakte dort.<sup>303</sup>

Bereits in den sechziger Jahren stellten die Massenmedien, allen voran das Fernsehen, die wichtigste Informationsquelle der Westdeutschen über die DDR dar. In den achtziger Jahren hat daneben die Bedeutung der persönlichen Kommunikationswege (Briefe, Gespräche, Reiseeindrücke, Besuche) zugenommen.<sup>304</sup> Insgesamt – dies deuten die wenigen vorliegenden Daten an – fühlten sich die Bundesbürger im Untersuchungszeitraum ausreichend über die DDR informiert. So hat Infas in den Jahren 1968 bis 1970 gefragt: „Glauben Sie, daß Sie genügend über die Verhältnisse in der DDR (Ostzone) unterrichtet sind, oder wollen Sie noch mehr erfahren?“ (vgl. Schaubild 31).

Gut ein Drittel der Westdeutschen hätte gerne mehr über den anderen Teil Deutschlands erfahren. Die eindeutige Mehrheit hielt sich, mit leicht rückläufiger Tendenz, für genügend informiert – was nicht zwangsläufig einen hervorragenden Informationsstand impliziert, sondern durchaus Ausdruck von Indifferenz oder Ablehnung sein kann.

1972 fragte Infratest konkret nach dem Informationsbedürfnis über die DDR: „Möchten Sie über die DDR und die Lebensbedingungen der Menschen dort gerne mehr wissen oder wissen Sie darüber genug oder interessiert Sie das nicht?“ Bei einer Mehrheit von 40 Prozent überwog der Wunsch nach mehr Informationen. Das stärkste Interesse zeigte sich unter den politisch besonders Interessierten sowie in der jungen Generation. Offen muß allerdings bleiben, inwieweit die unmittelbare Bezugnahme der Frageformulierung auf den Alltag der Deutschen in der DDR hier ein gesteigertes Interesse der Befragten bewirkt hat. 24 Prozent waren der Meinung, genügend informiert zu sein. Ein beachtlicher Teil (36 Prozent) der Befragten äußerte sein grundsätzliches Desinteresse am Thema DDR.<sup>305</sup>

Rückschlüsse auf das Informationsbedürfnis der Bundesbürger lassen auch die folgenden Ergebnisse von Infratest zu. An drei Erhebungszeitpunkten während der 80er Jahre wurde gefragt: „Wie beurteilen Sie insgesamt den Umfang, in dem bei uns im Fernsehen, im Radio und in den Zeitungen über die DDR

303 Vgl. ebenda, S. 17–21.

304 Vgl. dazu beispielsweise ebenda, S. 30.

305 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., Tabelle 51, S. 119.



Mehr als die Hälfte der Befragten war an allen Erhebungszeitpunkten der Meinung, der Umfang der Berichterstattung sei „gerade richtig“. Obgleich die Beiträge über die DDR in den achtziger Jahren eher zunahmen<sup>307</sup>, wuchs von 1982 bis 1987 auch der Wunsch nach mehr Berichterstattung – vor allem unter formal höher Gebildeten und jungen Menschen. Dies kann als Beleg für ein steigendes Interesse am anderen Teil Deutschlands gewertet werden. Im Oktober 1989 zeigte sich hingegen das umgekehrte Bild: Nur 12 Prozent waren der Ansicht, es werde „eher zuwenig“ berichtet; mehr als ein Viertel meinte, es werde „eher zuviel“ berichtet – was angesichts der dramatischen Ereignisse dieses Herbstes durchaus überraschen kann.

Das allgemeine Interesse am anderen Teil Deutschlands läßt sich darüber hinaus nach Themenbereichen differenzieren. Infratest stellte in vier Erhebungen die Frage: „Wie stark interessieren Sie sich im Hinblick auf die DDR für diese Themenbereiche?“ (s. Tab. 37).

Da die Antwortvorgaben variieren, sind die Prozentwerte nur bedingt vergleichbar.<sup>308</sup> Eindeutig ablesen lassen sich jedoch Grundmuster des DDR-Interesses: Mit Abstand die größte Aufmerksamkeit schenken die Bundesbürger 1987 dem Thema „Umweltschutz, Umweltprobleme“ in der DDR. An diesem Beispiel wird deutlich, daß „der Stellenwert bestimmter Probleme in der aktuellen politischen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik ... auch Einfluß darauf (hat), welche DDR-Themen bei den Bundesbürgern mit besonderer Aufmerksamkeit rechnen können.“<sup>309</sup> Durchgängig einen vorderen Rang nahmen daneben die Bereiche „politische Situation und Entwicklung“, „Alltagsleben“ sowie die „wirtschaftliche Situation und Entwicklung“ ein. Auch nahm das Interesse an „Städten und Landschaften in der DDR“ zu.<sup>310</sup>

Als Kriterien für eine besondere Aufgeschlossenheit gegenüber DDR-Themen erwiesen sich:

- ein generelles Interesse an der DDR,
- bereits durchgeführte Reisen dorthin sowie
- ein hoher formaler Bildungsgrad.

Das Interessenspektrum der Jugendlichen unterschied sich deutlich von dem der übrigen Altersgruppen. Vor allem jugendspezifische Themen fanden bei

307 Vgl. Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 35.

308 Dies gilt insbesondere für die Ergebnisse von 1985, da den Befragten hier eine erheblich erweiterte Themenliste vorgelegt wurde; im Berichtsband ist jedoch nur eine Teilübersicht der Themeninteressen mit Kurzversionen der Antwortvorgaben enthalten.

309 Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 47.

310 Bei diesen Themen war auch der Wunsch nach mehr Information am stärksten ausgeprägt; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1983, a.a.O., S. 44 sowie dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 18.

Tabelle 37: Themeninteresse DDR

(Zusammenfassung der Kategorien „sehr stark“/„stark“; Angaben in Prozent)

	Aug./ Sept. 1982	Sept. 1983	Aug./ Sept. 1985	April /Mai 1987
Umweltschutz/-probleme	–	45	43	65
Politische Situation u. Entwicklung in der DDR	46	43	48	44
Alltagsleben in der DDR	44	40	51	43
Lebensbedingungen u. Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend in der DDR	42	–	40	–
Wirtschaftliche Situation u. Entwicklung in der DDR	42	41	43	46
Städte u. Landschaften in der DDR	38	34	45	44
Berufliche Arbeits- bedingungen in der DDR	–	32	39	30
Geschichte der deutschen Nation	–	–	39	–
Soziale Absicherung der Bürger in der DDR (Renten, Arbeitslosigkeit u.ä.)/ Sozialsystem	–	29	28	–
Schul- u. Berufsausbildung in der DDR	–	24	35	–
Jugend u. Freizeit	–	–	30	–
Medien in der DDR	–	–	30	–
Wissenschaft u. Technik	26	23	–	31
Geschichte der DDR	–	23	–	26
Situation der Frau	–	23	28	25
Gesundheitswesen in der DDR	–	22	–	–
Sportberichterstattung aus der DDR	–	19	–	–
Kulturelles Leben, Literatur	16	16	26	19
Nationale Volksarmee, Militärwesen	16	–	–	–

*Quelle:* Erstellt aus Daten von Infratest; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, a.a.O., S. 42; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche 1983, a.a.O., S. 44; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 18 sowie dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 36.

ihnen großen Anklang. Dennoch darf das insgesamt sehr breit gestreute Interesse nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich ein beachtlicher Teil der Bevölkerung überhaupt nicht für die DDR interessierte: So ermittelte Infratest für das Jahr 1985, daß jeder fünfte sämtliche Themen uninteressant fand.

Aufschlußreich ist im vorliegenden Kontext nicht zuletzt der Kenntnisstand der Bundesbürger über den anderen Teil Deutschlands. Die Meinungsforschungsinstitute haben hierzu eine kaum zu übersehende Zahl von Fragen erhoben. Dabei wurden die unterschiedlichsten Themen abgefragt – vom Alltag der Menschen und der Gesellschaftsordnung in der DDR bis zu den Ereignissen und Argumenten der Deutschlandpolitik. Die vorliegenden Daten ergeben im Zeitverlauf kein lückenloses, doch ein facettenreiches Bild. An dieser Stelle soll nur eine Auswahl der wichtigsten Ergebnisse zu entscheidenden Etappen der Deutschlandpolitik dargestellt werden.

Den dramatischsten Einschnitt in die Beziehungen zwischen den Deutschen seit der Teilung in zwei Staaten stellte der Bau der Berliner Mauer dar. Ohne den Befragten einen Hinweis auf dieses Ereignis zu geben, hat Allensbach die Frage gestellt: „Am 13. August 1961 ist in Deutschland etwas Wichtiges geschehen. Wissen Sie zufällig noch, was das war?“ (vgl. Tabelle 38).

Tabelle 38: Erinnerung an den Mauerbau vom 13. August 1961

	Juli 1966	Jan. 1976	Juli 1981
(in Prozent)			
Mauerbau	55	45	52
vage oder falsche Antworten	3	3	4
keine konkrete Antwort/w.n.	42	52	44

(Januar 1976: „Vor fünfzehn Jahren, am 13. August ...“; Juli 1981: „Vor zwanzig Jahren, am 13. August ...“)

Quelle: Vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IV, a.a.O., S. 415; Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VII, a.a.O., S. 58 sowie dies./Piel (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VIII, a.a.O., S. 214.

Mitte der sechziger Jahre wußte mehr als die Hälfte aller Befragten, daß es hier um den Bau der Berliner Mauer ging. Nur ein kleiner Teil gab vage oder falsche Antworten. Obwohl erst wenige Jahre vergangen waren, konnten jedoch 42 Prozent diese Frage nicht beantworten. Bis 1976 war die Erinnerung weiter verblaßt. Anfang der achtziger Jahre ermittelte Allensbach dann Ergebnisse, die wieder denen von 1966 entsprachen.

Die Umkehrfrage nach dem Zeitpunkt des Mauerbaus in Berlin war offenbar noch schwieriger zu beantworten. Daran konnte sich im Juli 1967 ein Drittel der Westdeutschen erinnern. Jeder vierte nannte einen späteren, jeder fünfte

einen früheren Zeitpunkt. 21 Prozent wußten überhaupt nicht, wann die Mauer gebaut worden war. Aufgrund der geringen zeitlichen Distanz zu diesem historischen Ereignis hätte man genauere Erinnerungen vermuten können. Insofern überrascht es, daß der Mauerbau in der Folgezeit kaum weiter in Vergessenheit geriet. Denn fast ein Jahrzehnt später, im Dezember 1975, bestätigte sich der Befund weitgehend: Der Anteil der richtigen Antworten lag bei 27 Prozent; 25 Prozent gaben ein zu spätes, 23 Prozent ein zu frühes Datum an. Ein weiteres Viertel konnte gar keine Antwort geben.<sup>311</sup> Im Juli 1986 ermittelte schließlich die Forschungsgruppe Wahlen wiederum fast gleichlautende Ergebnisse: 25 Prozent gaben das Jahr des Mauerbaus richtig an; 26 Prozent nannten spätere, 20 Prozent frühere Jahre. Der Anteil derjenigen, die sich überhaupt nicht dazu äußern konnten, stieg allerdings auf ein Drittel an.<sup>312</sup>

Besser als der konkrete Zeitpunkt war der politische Hintergrund der Ereignisse vom August 1961 im Gedächtnis geblieben. In den bereits zitierten Erhebungen fragte Allensbach nach: „Wissen Sie noch, warum die Mauer damals gebaut wurde, was der Grund war?“ Auch hier fällt die Konstanz des Kenntnisstandes auf. Zwei Drittel der Westdeutschen waren sich im Juli 1967 wie im Dezember 1975 einig: „Der Flüchtlingsstrom soll durch die Mauer aufgehalten werden“.<sup>313</sup>

Aus den siebziger Jahren stammt eine Reihe von Umfragedaten zum Grundlagenvertrag, dem entscheidenden deutschlandpolitischen Ereignis des Jahrzehnts. Im Sommer 1973 schickte Emnid folgende Frage ins Feld: „Dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist eine Klage gegen den Grundvertrag eingereicht worden. Haben Sie sich für diesen Fall interessiert oder wissen Sie nichts Näheres darüber?“. Angesichts des als hoch eingestuften Informationsgrades der Bundesbürger im Bereich der internationalen Politik, kommt das Meinungsforschungsinstitut zu der Feststellung: „Um so erstaunlicher ist es, daß die für die außenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik immerhin recht bedeutungsvolle Verfassungsklage gegen den Grundvertrag von nicht mehr als 45 Prozent aller Befragten zur Kenntnis genommen wurde.“<sup>314</sup> In der Tat gaben 47 Prozent an, „nichts Näheres“ darüber zu wissen.<sup>315</sup> Wurde die

311 Die Frage lautet: „In Berlin gibt es ja die Mauer, die Ost- und West-Berlin voneinander trennt. Erinnern Sie sich zufällig noch, wann diese Mauer gebaut wurde?“; vgl. Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VI, a.a.O., S. 85.

312 Die Fragformulierung lautet hier: „In Berlin gibt es ja die Mauer, die Ost- und West-Berlin voneinander trennt. Können Sie mir sagen, in welchem Jahr diese Mauer gebaut wurde?“; vgl. FGW, Repräsentative Bevölkerungsumfrage vom Juli 1986. Sonderauswertung für Kennzeichen D, Frage 26, o.S..

313 18 Prozent äußerten 1967 andere Vermutungen, 16 Prozent bei der Wiederholung 1975; 16 Prozent bzw. 18 Prozent machten keine Angaben; vgl. Noelle-Neumann (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. VI, a.a.O., S. 85.

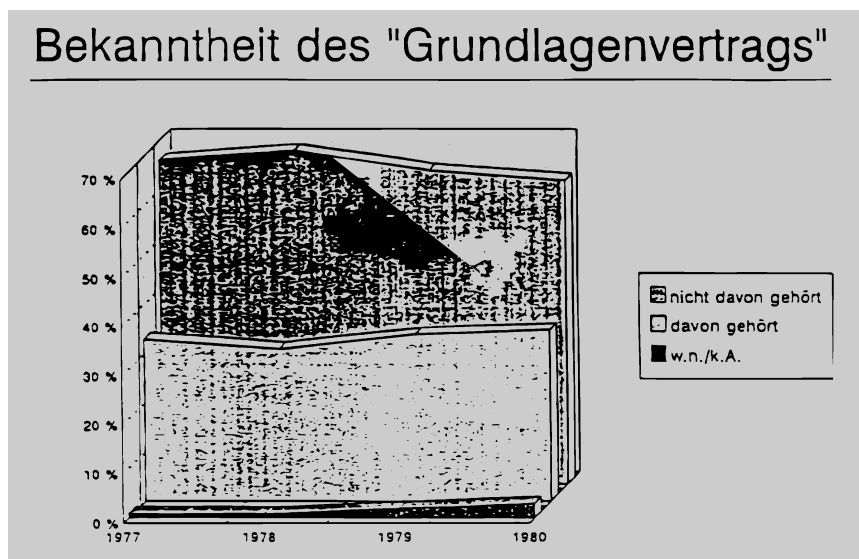
314 Emnid, Informationen, Nr. 7–8/1973, S. 4.

315 Weitere 8 Prozent machten keine Angaben; vgl. ebenda.

Klage jedoch zur Kenntnis genommen, so konnten fast 90 Prozent Bayern bzw. die bayerische Regierung als klageführende Partei in diesem Prozeß benennen. Drei Viertel wußten darüber hinaus, daß die Klage erhoben wurde, „weil der Grundvertrag gegen das im Grundgesetz geforderte Wiedervereinigungsgebot verstoßen soll“.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat Infas ganz allgemein nach der Kenntnisnahme des Vertragswerkes gefragt: „Haben Sie schon einmal den Begriff 'Grundlagenvertrag' gehört?“. Wie das nachstehende Schaubild verdeutlicht, wurde dieser nur von etwa einem Drittel der Bundesbürger wahrgenommen; zwei Drittel hatten nichts davon gehört (vgl. Schaubild 32).<sup>316</sup>

Schaubild 32.<sup>316</sup>



Quelle: Erstellt aus Daten von Infas.

Am stärksten wurde der Grundlagenvertrag von formal höher Gebildeten und von Anhängern der FDP rezipiert; SPD- und CDU/CSU-Anhänger unterschieden sich hier kaum. Häufiger als der Durchschnitt hatten auch

<sup>316</sup> Vgl. Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Oktober 1978, – Tabellenband –, a.a.O., Übersicht 1.02, o.S.; sowie Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., Übersicht 1.05 a-b, o.S..



DDR-Besucher davon gehört. Die inhaltlichen Kenntnisse der Bundesbürger sind zudem als eher gering einzustufen. So fragte Infas bei denjenigen, die den Begriff „Grundlagenvertrag“ schon einmal gehört hatten, nach: „Können Sie mir sagen, was im einzelnen Sie darunter verstehen?“ Mehr als ein Drittel der Befragten antwortete im Juli 1980 ganz allgemein „ein Vertrag mit der DDR“. Weitere 4 Prozent verstanden darunter einen Vertrag zur „Regelung grundsätzlicher Fragen“. Nur 17 Prozent konnten konkretisieren: „ein Vertrag zur Verbesserung, Normalisierung der Beziehungen“. 40 Prozent wußten dazu überhaupt nichts zu sagen.<sup>317</sup>

Die aktuellen Etappen auf dem Weg zur deutschen Einheit wurden dagegen mit großer Aufmerksamkeit in den Medien verfolgt. So haben im Dezember 1989 78 Prozent der Westdeutschen von dem 10-Punkte-Plan gehört, den Helmut Kohl Ende November vorgelegt hatte.<sup>318</sup> Auch den Staatsbesuch des Bundeskanzlers vom 14. bis 16. Juli 1990 in der Sowjetunion hat die große Mehrheit zur Kenntnis genommen. 84 Prozent gaben im August 1990 an, von diesem Ereignis, mit dem der zentrale Durchbruch auf dem Weg zur deutschen Einheit erzielt wurde, gehört oder gelesen zu haben.<sup>319</sup> Die Deutschlandpolitik stand 1989/90 somit im Mittelpunkt des politischen Interesses der Westdeutschen. Fraglich bleibt allerdings, wieweit die sachliche Detailinformation der Bürger zu diesen Ereignissen reicht. Es ist davon auszugehen, daß das von den Meinungsforschungsinstituten eingesetzte Instrumentarium vorwiegend die Wahrnehmung der Begrifflichkeit abtastet.

#### 2.3.4. *Beurteilung des DDR-Systems*

Das Verhältnis der Deutschen wurde nachhaltig geprägt – so die Grundannahme – von dem Bild, das sich die Bevölkerung vom jeweils anderen Teil Deutschlands machte. Zur Sichtweise der Bundesbürger liegt eine Vielzahl von empirischen Ergebnissen vor, welche die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche und Aspekte beschreiben. Einige Erhebungen beinhalten darüber hinaus konkrete Vergleiche zwischen den beiden deutschen Staaten.

Wie sah die Grundeinstellung der Bundesbürger gegenüber der DDR aus? Die Meinungsforschungsinstitute Infas und Infratest ermittelten über einen Zeitraum von zwanzig Jahren, wie sympathisch oder unsympathisch diese den Westdeutschen war. Dazu wurde den Befragten jeweils ein 11-stufiges

317 Weitere 4 Prozent gaben andere Antworten; vgl. ebenda.

318 Die Frageformulierung lautet: „Bundeskanzler Helmut Kohl hat Ende November im Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vorgelegt. Haben Sie davon gehört oder gelesen?"; jeder fünfte gab an, nichts davon zu wissen; vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 439.

319 „Bundeskanzler Kohl war kürzlich zu einem Staatsbesuch in der Sowjetunion. Haben Sie davon gehört oder gelesen? Welche Ergebnisse haben Sie begrüßt/nicht begrüßt?“ lautet die genaue Formulierung der Frage; vgl. ebenda, S. 442.

Skalometer vorgelegt, auf dem sie die DDR und seit 1977 auch verschiedene andere Länder nach dem Grad ihrer Sympathie einstufen sollten. Der Wert -5 entspricht der stärksten Abneigung, während der Wert +5 für die positivste Einschätzung steht.

*Übersicht der Fragen:*

*Infas: 1967, 1969–1975*

„Und jetzt nehmen wir noch einmal dieses Thermometer hier. Ich hätte gerne gewußt, was Sie von der DDR halten. Sie wissen schon: Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, desto sympathischer ist Ihnen die DDR, je weiter Sie auf den schwarzen Kästchen nach unten gehen, um so weniger sympathisch ist sie Ihnen.“<sup>320</sup>

*1977–1980*

(Ländervergleich:) „Und jetzt nehmen wir einmal dieses Thermometer hier. Ich hätte gerne gewußt was Sie von der DDR halten. Nun zur Einstufung: Wo stufen Sie die DDR ein?“<sup>321</sup>

*Infratest: 1982, 1985–87*

„Ich lese Ihnen nun die Namen von verschiedenen Ländern vor. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie sympathisch Ihnen diese Länder sind. Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. Je weiter Sie auf den hellen Kästchen nach oben gehen, desto sympathischer ist Ihnen das betreffende Land; je weiter Sie auf den dunklen Kästchen nach unten gehen, desto unsympathischer ist es Ihnen.“<sup>322</sup>

Die Entwicklung des Sympathiespiegels ist für die DDR in der nachfolgenden Grafik dargestellt (vgl. Schaubild 33).

Der Kurvenverlauf ist eindeutig: Fast an allen Erhebungszeitpunkten fiel die Sympathiebilanz für die DDR negativ aus. 1972, im Jahr der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags, war das Verhältnis von Antipathie und Sympathie erstmals ausgeglichen. Vom Winter 1972 bis April 1973 überwogen dann kurzzeitig positive Gefühle gegenüber dem anderen Teil Deutschlands – allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Schon in der Folgerhebung vom April/Mai 1973 wurden wieder Negativwerte gemessen. Dies galt auch

320 Vgl. erstmals in: Infas, Gesamtdeutsches Barometer. Vierteljahresanalyse I. Quartal 1968, – Tabellenband –, a.a.O., S. 2–3; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., S. 47–48.

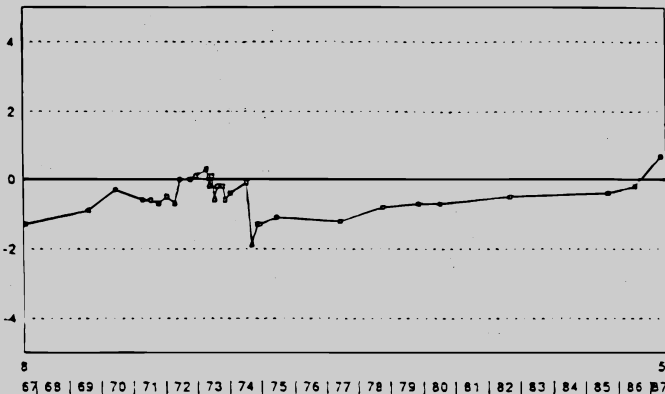
321 Vgl. erstmals in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen 1977. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Jahresbericht –, Bonn-Bad Godesberg 1978, S. 19; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., S. 39–58.

322 Vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, a.a.O., S. 29–30; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, S. 22; dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 58.

Schaubild 33:

## Sympathie für die DDR

Skalometer -5 bis +5



Quelle: Erstellt aus Daten von Infas und Infratest (vgl. Übersicht).

für alle anschließenden Erhebungen, mit Ausnahme des Monats Juni 1973. Der Tiefpunkt des Sympathiepegels lag bei -1,9 im September 1974. Es ist anzunehmen, daß die Guillaume-Affäre und der Rücktritt des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den dramatischen Sympathieeinbruch mit verursacht haben. Seit dem Ende der siebziger Jahre verbesserte sich die Position der DDR auf dem Skalometer kontinuierlich. Erst im Herbst 1987 wurde wieder ein positives Ergebnis gemessen. Mit 0,7 Punkten lag der Sympathiewert zu diesem Zeitpunkt auf dem höchsten Niveau seit Beginn der Erhebungen. Dies kann als Anhaltspunkt dafür gewertet werden, daß die Klimaverbesserungen der offiziellen Deutschlandpolitik im Umfeld des Honecker-Besuchs auch auf die öffentliche Meinung ausstrahlten.<sup>323</sup>

Weiter differenzieren lassen sich diese Ergebnisse durch einen Vergleich mit den Sympathiewerten anderer Staaten. Die Datenlage erlaubt folgenden Trendvergleich (vgl. Tabelle 39):

323 So setzte die DDR-Führung zwei Tage nach der offiziellen Bekanntgabe des Besuchstermins von Erich Honecker in der Bundesrepublik mit den Staatsratsbeschlüssen vom 17. Juli 1987 über eine allgemeine Straftäteramnestie, die Abschaffung der Todesstrafe sowie zur Änderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes in der DDR deutliche Signale nach außen; dazu vgl. Karl-Wilhelm Fricke, Die DDR auf dem Weg zum Rechtsstaat?, in: Deutschland Archiv 8/1987, S. 788–791.

Tabelle 39: Internationaler Trendvergleich Sympathiespiegel

	1977	1978	1979	1980	1982	1985	1986	1987
Schweiz	3.1	2.9	2.9	2.8	2.8	2.5	2.6	2.5
Österreich	–	–	–	–	3.0	2.4	2.7	2.5
Schweden	2.5	2.5	2.4	2.1	2.3	2.2	2.6	2.4
Frankreich	1.9	2.0	2.1	2.1	2.3	2.1	2.1	2.2
USA	2.8	2.5	2.3	2.7	2.2	2.0	1.7	1.9
England	1.5	1.9	1.6	1.3	1.7	1.6	1.6	1.7
Jugoslawien	1.0	0.8	0.9	1.0	1.1	1.1	1.4	1.2
DDR	-1.2	-0.8	-0.7	-0.7	-0.5	-0.4	-0.2	0.7
Polen	-0.3	0.2	0.4	0.1	-0.2	-0.2	-0.2	0.0
UdSSR	-1.8	-1.6	-1.5	-1.6	-1.2	-0.9	-0.9	-0.5

*Quelle:* Daten für 1977–1980 vgl. in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., S. 39–58; Daten für 1980–82 u. 1986–1987 vgl. in: Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 58; Daten für 1985 vgl. in: Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1986, a.a.O., S. 22.

Am sympathischsten waren den Bundesbürgern die Demokratien westlicher Prägung. Von den östlichen Staaten befand sich lediglich Jugoslawien durchgängig im positiven Bereich der Rangskala – wenn auch an letzter Stelle des Feldes. Wie die anderen sozialistischen Staaten wurde die DDR am unteren Ende der Skala eingestuft. Weniger sympathisch fanden die Bundesbürger nur noch die Sowjetunion und zeitweise Polen. Der kontinuierliche Sympathiegewinn der DDR ist einzuordnen in einen generellen Aufwärtstrend bei der Bewertung des Ostblocks. Dies verweist auf grundlegende Veränderungen im weltpolitischen Klima.

Um zu klären, ob sich die Sympathien bzw. Antipathien der Befragten auf die DDR als Staat oder auf ihre Bürger richteten, wurde zeitweise nachgefragt:

*Übersicht der Fragen:*

*Infas: 1972–1975, 1978–1980*

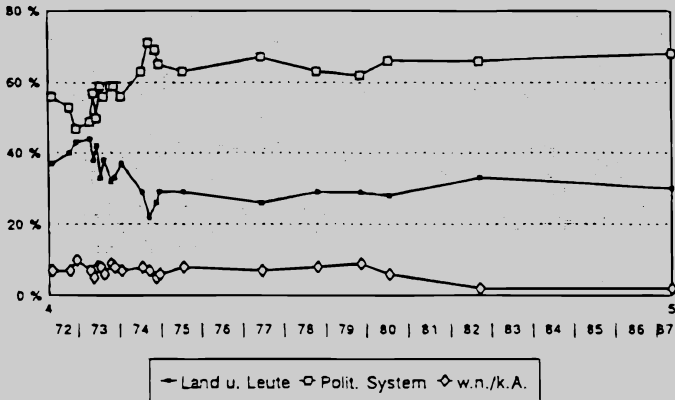
„Haben Sie bei Ihrer Einstufung eher an Land und Leute in der DDR gedacht oder eher an das politische System?“<sup>324</sup>

<sup>324</sup> Vgl. erstmals in: Infas, Innerdeutsche Beziehungen. Meinungen und Erwartungen. 1. Halbjahr 1972, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 4; zuletzt in: Infas, Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, a.a.O., S. 49–50.

Schaubild 34:

## Land oder Leute?

### Assoziation bei der Einstufung der DDR



Quelle: Erstellt aus Daten von Infas u. Infratest (vgl. Übersicht).

*Infratest: 1982, 1985–1987*

„Sie haben die DDR bei ... eingestuft. Haben Sie bei Ihrer Einstufung eher an Land und Leute gedacht oder eher an das dortige politische System?“<sup>325</sup>

Im Durchschnitt der Jahre 1972 bis 1982 dachten 60 Prozent der Befragten bei der Einstufung der DDR an deren politisches System. Lediglich ein Drittel assoziierte hingegen Land und Leute. Die negative Einstufung der DDR auf der Sympathieskala geht demnach eindeutig auf die Bewertung ihres politischen Systems zurück: Es löste „Distanzgefühle und Abwehrhaltungen“<sup>326</sup> aus.

Eine Indexwertberechnung von Infratest macht diesen Zusammenhang noch deutlicher: Diejenigen, die an das politische System dachten, bewerteten die

325 Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1982, a.a.O., S. 31–32; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 27; dass., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1986, a.a.O., S. 37–38 sowie dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 58.

326 Herdegen, Perspektiven, Teil I, a.a.O., S. 1262; ganz ähnlich auch die Ergebnisse der von Herdegen zitierten IfD-Umfragen 4020, 4066 sowie 4075 aus den Jahren 1983 und 1985–86; die Frageformulierungen lauteten hier: „Welche von diesen Leuten (Ländern) sind Ihnen besonders sympathisch? Wenn Sie mir bitte drei herausuchen?“ bzw. „Und welche von diesen Leuten (Ländern) sind Ihnen besonders unsympathisch? Wenn Sie es mir nach dieser Liste hier sagen“; vgl. ebenda, S. 1261 f u. S. 1269.

DDR weitaus negativer als umgekehrt. Auffällig ist außerdem, daß sich die Einschätzung von Land und Leuten konstant im positiven Bereich bewegte und stetig verbesserte. Dies hat den Sympathiegewinn der DDR insgesamt überhaupt erst ermöglicht. Dagegen war die Assoziation des politischen Systems – trotz deutlicher Verbesserungstendenzen – selbst 1987 noch mit einem negativen Sympathiewert verbunden (vgl. Tabelle 40).<sup>327</sup>

Tabelle 40: Sympathie-Index nach Assoziationen

	1977	1978	1979	1980	1982	1985	1986	1987
Land und Leute	1.3	1.7	1.7	1.8	2.0	2.0	1.7	2.2
politisches System	-2.2	-2.0	-2.0	-2.0	-1.6	-1.5	-1.4	-0.7

Quelle: Vgl. Daten von Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 26; sowie dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 58.

Dieser Befund rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie die Bundesbürger das ostdeutsche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem konkret bewerteten. Die Demoskopie hat in diesem Kontext wiederholt, jedoch unregelmäßig und mit unterschiedlichen Frageinstrumenten nach den Eindrücken der Bundesbürger gefragt. Im folgenden sollen einige zentrale Ergebnisse dargestellt werden. Das Negativbild der DDR erhält dadurch seine inhaltliche Konkretisierung.

### *Bundesrepublik Deutschland und DDR im Systemvergleich*

Besonders deutlich werden die Vorbehalte gegenüber der DDR als Staat im expliziten Systemvergleich mit der Bundesrepublik Deutschland. Hier wird gleichsam das DDR-Bild der Westdeutschen mit den Grundmustern ihres Staatsbewußtseins unterlegt. Exemplarisch veranschaulichen läßt sich die Perzeption der Bevölkerung anhand eines umfassenden Vergleichs aus dem Jahr 1972. Im Rahmen der Erhebung zu den „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974“ wurden die Befragten direkt aufgefordert, die Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu vergleichen. Dazu legte man ihnen 18 Eigenschaftspaare vor, die jeweils danach zu bewerten waren, ob sie für die beiden deutschen Staaten zuträfen oder nicht. Die Einstufung war auf einer Skala von 0 („trifft überhaupt nicht zu“) bis 5 („trifft voll und ganz zu“) vorzunehmen. Die Ergebnisse lassen keinerlei Aussagen darüber zu, inwieweit die zugeordneten Merkmale von den Befragten positiv oder negativ bewertet wurden. Statt dessen kann auf dieser Datenbasis ein

327 Darin sind auch Infas-Ergebnisse der Jahre 1977–1980 enthalten; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985, a.a.O., S. 26 sowie Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 58.

Diagramm dargestellt werden, welches das Spannungsverhältnis von Nähe und Distanz zwischen beiden deutschen Staaten im Bewußtsein der Bundesbürger unmittelbar vor Augen führt (vgl. Schaubild 35).

Das arithmetische Mittel steht für den Grad, in dem die verschiedenen Systemmerkmale nach Meinung der Westdeutschen auf die Bundesrepublik bzw. die DDR zutreffen. Der Abstand zwischen den Beurteilungsprofilen drückt jeweils das Maß der Nähe bzw. der Distanz zwischen beiden deutschen Staaten aus.<sup>328</sup>

Die *Bundesrepublik Deutschland* wurde demnach im Gegensatz zur DDR stärker durch folgende Merkmale charakterisiert:

- persönliche Freiheit der Menschen,
- leistungsfähige Wirtschaft,
- Friedens- und Entspannungspolitik,
- Mitbestimmung der Bürger in politischen Dingen und
- betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer;

aber auch durch:

- hohe Kriminalität,
- großer Unterschied zwischen arm und reich sowie
- viele Ehescheidungen.

In diesem Bereich war die Distanz zur DDR somit besonders deutlich ausgeprägt. Eine *geringe Distanz* zeigte sich zwischen den beiden Staaten dagegen im Hinblick auf:

- gerechte Einkommensverteilung
- sichere Arbeitsplätze,
- gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle,
- Förderung von Wissenschaft und Technik wie auch
- gutes Gesundheitswesen.

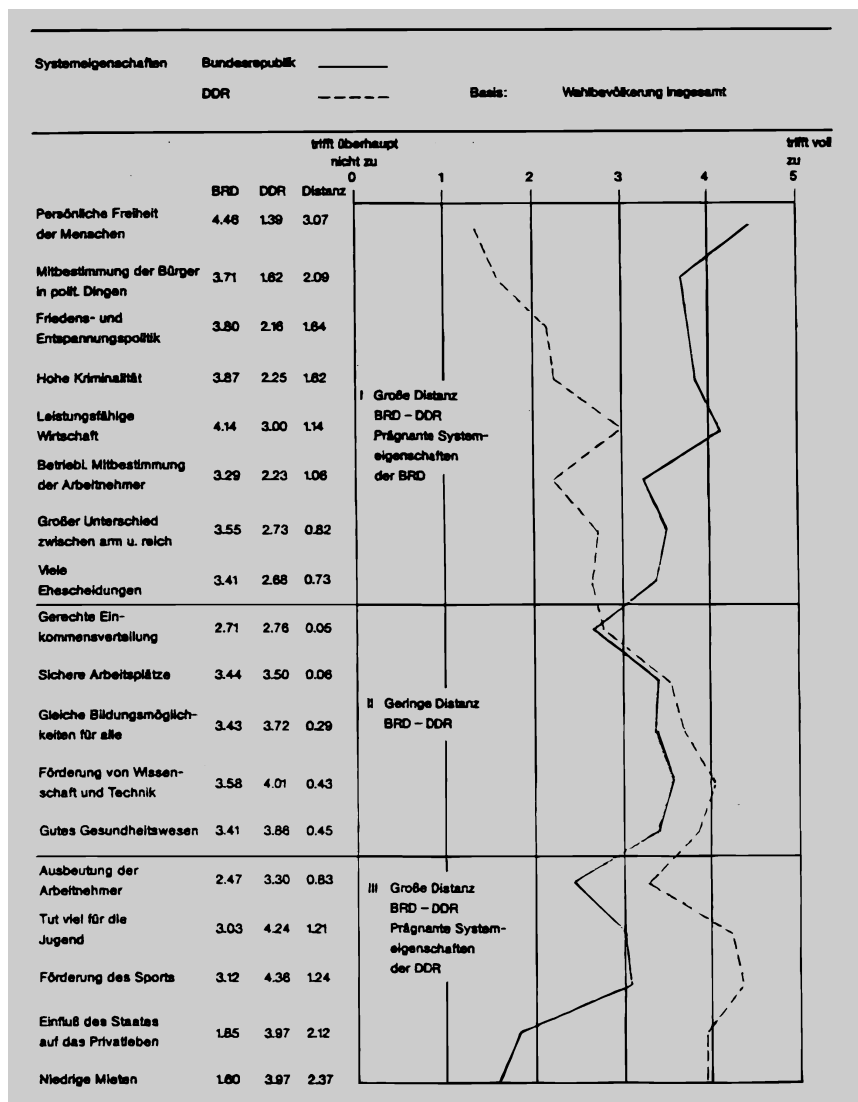
Anders als die Bundesrepublik – und dies bedingt wiederum eine große Distanz – war die *DDR* vor allem gekennzeichnet durch die Eigenschaften:

- Förderung des Sports,
- tut viel für die Jugend,
- Ausbeutung der Arbeitnehmer,
- Einfluß des Staates auf das Privatleben und
- niedrige Mieten.

Im Bewußtsein der Westdeutschen unterschieden sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen somit vor allem im Bereich der sozialen Sicherheit

328 Die verschiedenen Merkmale werden nach dem Grad ihrer Zuschreibung und nach themenorientierten Eigenschaftskomplexen ausführlicher diskutiert in ebenda, S. 101 f.

Schaubild 35: Vergleich der Beurteilung von Systemeigenschaften der Bundesrepublik Deutschland und der DDR



Quelle: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien 1974, a.a.O., Schaubild 1, S. 103.



und ökonomischen Leistungsfähigkeit, wie auch auf dem Gebiet der Jugendförderung und Arbeitnehmerrechte. Den gravierendsten Unterschied zum politischen System der Bundesrepublik bildete jedoch die Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte in der DDR. Dem Freiheitsaspekt kam somit nicht nur in der offiziellen Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, sondern auch im DDR-Bild der Bundesbürger ein besonderer Stellenwert zu.

Dieses Problemfeld soll deshalb anhand einer Reihe von neueren Erhebungen näher untersucht werden. Grundlegend ist zunächst die Frage der Rechtsstaatlichkeit der DDR. „Ungeachtet aller konkreten Vorstellungen, was das Wesen eines Rechtsstaats im einzelnen ausmacht, hat die Bevölkerung der Bundesrepublik eine deutlich artikuliert Vorstellung über die Rechtsqualität der DDR.“<sup>329</sup> Im Sommer und Herbst 1987 hat Allensbach dazu gefragt: „Würden Sie die DDR als einen Rechtsstaat bezeichnen oder eigentlich nicht?“. Eine klare Mehrheit der Bundesbürger von 68 Prozent bzw. 67 Prozent sprach der DDR diese Eigenschaft ab. Hielten im Sommer 1987 noch 11 Prozent die DDR für einen Rechtsstaat, so stieg dieser Anteil bis zum Oktober desselben Jahres – d.h. nachdem der Honecker-Besuch in der Bundesrepublik stattgefunden hatte – auf 16 Prozent an.<sup>330</sup>

Infratest hat in den achtziger Jahren nach der Verwirklichung bestimmter Grundrechte in der DDR gefragt (vgl. Tabelle 41).<sup>331</sup>

	1986		1987	
	voll	teilweise	voll	teilweise
Freie Meinungsäußerung	1	21	1	28
Freie Studien- und Berufswahl	6	40	7	49
Freie Wahl des Arbeitsplatzes	5	42	8	48
Glaubensfreiheit	11	38	17	42

*Quelle:* Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1986, a.a.O., S. 30 ff sowie dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 42.

Die Daten bestätigen, daß die Bundesbürger von einer starken Einschränkung der politischen und gesellschaftlichen Freiheiten in der DDR ausgingen.

329 Herdegen, Perspektiven, Teil II, a.a.O., S. 392.

330 21 Prozent bzw. 17 Prozent waren unentschieden; vgl. ebenda sowie Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Jahrbuch, Bd. IX, a.a.O., S. 420; für den Sommer 1987 weist Herdegen einen Dissens zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften in der Frage der Rechtsstaatlichkeit der DDR nach: So billigten die Wähler der CDU/CSU der DDR nur zu 10 Prozent diese Qualität zu, während jeder vierte Grünen-Wähler dies bejahte; vgl. Herdegen, Perspektiven, Teil II, a.a.O., S. 392.

331 Die Frageformulierung lautet: „Hier auf dieser Liste sind einige Grundrechte angeführt. Bitte sagen Sie mir zu jedem dieser Rechte, ob Sie der Meinung sind, daß dieses Recht in der DDR voll verwirklicht, begrenzt verwirklicht, oder nicht verwirklicht ist. Wenn Sie es nicht genau wissen, geben Sie einfach Ihre persönliche Einschätzung an“; vgl. Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1986, a.a.O., S. 30 ff sowie dass./Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 42.

Besonders deutlich galt dies für das Recht der freien Meinungsäußerung. Nur 1 Prozent der Befragten betrachtete diese als „voll verwirklicht“; 21 Prozent bzw. 28 Prozent hielten die Meinungsfreiheit immerhin für „begrenzt verwirklicht“. Auch in den Bereichen „Studien- und Berufswahl“ sowie „Wahl des Arbeitsplatzes“ wurden starke Beeinträchtigungen angenommen. Doch sah eine relative Mehrheit der Befragten die Freiheitsrechte in der DDR hier als partiell verwirklicht an. Diese Einschätzung nahm von 1986 bis 1987 weiter zu. Am wenigsten beeinträchtigt erschien die „Glaubensfreiheit“. 11 Prozent bzw. 17 Prozent hielten diese sogar für voll verwirklicht.

Infratest merkt in diesem Kontext zu Recht kritisch an: „Insgesamt sind viele Bundesbürger bei der Einschätzung dieser Frage auf Vermutungen bzw. Informationen bundesdeutscher Medien angewiesen. Nur rund ein Drittel der Bundesbürger verfügt über eigene Eindrücke über die Situation in der DDR nach 1961, die zum Teil auch nur auf einmaligen bzw. sehr kurzen Aufenthalten beruhen.“<sup>332</sup> Allerdings ist festzustellen, daß sich die Eindrücke der DDR-erfahrenen und -unerfahrenen Bundesbürger kaum unterschieden. Positiver als im Bevölkerungsdurchschnitt fiel hingegen das Bild derer aus, die den anderen Teil Deutschlands nur von einmaligen Besuchen kannten: „Offenbar hinterläßt ein solcher Erstbesuch im Hinblick auf die Lebensbedingungen der DDR-Bürger gelegentlich das Gefühl, 'ganz so schlimm ist es in der DDR ja doch nicht'. Aufgrund zu oberflächlicher Kontakte zu DDR-Bürgern kann dieser Eindruck oft nicht korrigiert werden.“<sup>333</sup>

Es bestand somit eine Tendenz, das Negativbild des SED-Systems teilweise zu korrigieren. Dies stand in Einklang mit dem Sympathiegewinn der DDR in den achtziger Jahren und wird bestätigt durch eine andere Infratest-Frage, die unmittelbar auf die Entwicklung der Freiheitsrechte zielt: „Haben Sie insgesamt den Eindruck, daß die DDR-Bürger heute freier leben als vor zehn Jahren, weniger frei oder hat sich da ihrer Meinung nach nichts geändert?“. Demnach ging die Mehrheit der Bundesbürger trotz aller Kritik an der Situation von Liberalisierungstendenzen in der DDR aus. Im April/Mai 1987 waren 51 Prozent der Befragten der Meinung, die Menschen in der DDR lebten heute „freier als vor zehn Jahren“. Mehr als ein Drittel glaubte, es habe sich „nichts geändert“. Nur 4 Prozent stellten jedoch eine Verschlechterung fest. Besonders positiv fiel die Einschätzung unter denjenigen aus, die bereits mehrfach in die DDR gereist waren.<sup>334</sup> Infratest führt dies auf „gewisse Anzeichen einer Liberalisierung im DDR-Alltag“ zurück: „die Lockerung von Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger in den Westen; die in jüngster Zeit häufiger in den bundesdeutschen Medien ausgestrahlten Live-Interviews mit DDR-Bürgern zu aktuellen Themen sowie die Diskussion um gegenseitige

332 Infratest, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1986, a.a.O., S. 33.

333 Infratest/Die Welt, Die Deutschen, a.a.O., S. 43.

334 Weitere 10 Prozent antworteten „weiß nicht“/„kann ich nicht beurteilen“; vgl. ebenda, S. 48.

Besuche von Honecker und Diepgen – all dies dürfte zu dem Eindruck beigetragen haben, daß sich insgesamt in der DDR etwas bewege.“<sup>335</sup>

Auf den Grad der Freiheit zielt auch eine international vergleichende Frage von Emnid: „Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob die Bevölkerung in diesem Land viel Freiheit – nur etwas Freiheit – nur sehr wenig Freiheit – oder gar keine Freiheit hat“ (vgl. Tabelle 42).

In der Bundesrepublik herrschte nach Meinung von 74 Prozent der Befragten „viel Freiheit“. 1988 stieg dieser Anteil auf 90 Prozent. Dagegen gingen nur 1 Prozent (1983) bzw. 2 Prozent (1988) von „viel Freiheit“ in der DDR aus. Lediglich 1 Prozent der Befragten vertrat 1983 wie auch 1988 die Ansicht, in der Bundesrepublik herrsche „gar keine Freiheit“. Demgegenüber wurde die Situation in der DDR diesbezüglich negativ eingeschätzt. 1983 meinten 45 Prozent, es gebe dort „gar keine Freiheit“. 1988 lag dieser Anteil bei 31 Prozent. Insgesamt weisen die Daten auf einen erheblichen Meinungswandel unter den Bundesbürgern hin: In nahezu allen abgefragten Ländern wurde der Grad der dort herrschenden Freiheit 1988 höher eingeschätzt. In besonders deutlichem Maße trifft dies auf Italien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Japan zu. Auffällig ist zudem die allgemein positivere Einschätzung der Freiheit in den sozialistischen Staaten Sowjetunion und Polen, sowie in der VR China und der DDR.

### 2.3.5. Zusammenfassung

1. Ende der 80er Jahre war mehr als die Hälfte der Bevölkerung nach 1945 geboren, hatte ein vereintes Deutschland also selbst nicht mehr erlebt. Durch die Teilung in zwei Staaten mit antagonistischen Gesellschaftssystemen schien die Entfremdung zwischen den Deutschen in Ost und West auf Dauer unabwendbar. Gegen diesen Trend stand die persönliche Kommunikation der Menschen über die Bruchlinie in Europa hinweg.

2. Wesentlich beständiger als die freundschaftlichen Kontakte erwiesen sich die verwandtschaftlichen Beziehungen. Der Mauerbau verschlechterte die Rahmenbedingungen zur Kommunikation noch einmal einschneidend. Doch alles in allem blieben die zwischenmenschlichen Bindungen erstaunlich stabil: Ende der 80er Jahre hatte noch etwa ein Drittel der Westdeutschen Verwandte oder Bekannte in der DDR.

3. Vor allem die zunehmenden Reisen in die DDR und nach Berlin (Ost) hatten in den 80er Jahren die persönlichen Beziehungen zwischen den Deutschen wieder aufleben lassen. Besonders die mittlere Generation besaß dadurch eigene Erfahrungen zur Realität in der DDR. Auch die Jugendlichen reisten immer häufiger nach Ostdeutschland, nicht zuletzt im

Tabelle 42:

# Ausmaß der Freiheit

"Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob die Bevölkerung viel Freiheit (...) hat?"

	viel Freiheit		etwas Freiheit		wenig Freiheit		keine Freiheit		Durchschnitt (1-4)
	1983	1988	1983	1988	1983	1988	1983	1988	1988
Vereinigte Staaten von Amerika	85 %	91 %	10 %	6 %	2 %	1 %	0 %	0 %	1,09
Bundesrepublik Deutschland	74 %	90 %	17 %	8 %	3 %	1 %	1 %	1 %	1,12
Kanada	75 %	86 %	15 %	8 %	3 %	1 %	2 %	0 %	1,13
Frankreich	69 %	87 %	23 %	8 %	3 %	3 %	1 %	0 %	1,15
Großbritannien	73 %	83 %	20 %	13 %	3 %	2 %	0 %	0 %	1,16
Italien	56 %	80 %	31 %	15 %	6 %	2 %	1 %	0 %	1,19
Japan	40 %	55 %	34 %	25 %	14 %	12 %	4 %	2 %	1,58
Mexiko	26 %	25 %	32 %	40 %	24 %	20 %	6 %	4 %	2,04
Indien	8 %	14 %	29 %	42 %	41 %	28 %	11 %	6 %	2,30
Volksrepublik China	1 %	3 %	18 %	27 %	37 %	47 %	33 %	14 %	2,78
Sowjetunion	0 %	1 %	9 %	21 %	30 %	52 %	56 %	23 %	2,99
DDR	1 %	2 %	12 %	16 %	38 %	49 %	45 %	31 %	3,11
Polen	0 %	0 %	6 %	12 %	37 %	52 %	52 %	33 %	3,21
Iran	0 %	2 %	10 %	12 %	24 %	30 %	58 %	49 %	3,35

Rahmen des organisierten Jugendaustauschs. Am seltensten unternahm die ältere Generation Reisen dorthin. Während die Jugendlichen aber vor allem aus touristischen Motiven nach Ostdeutschland reisten, wollten die älteren Generationen in erster Linie Verwandte dort besuchen.

4. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen läßt sich aus der westdeutschen Perspektive als Spannungsbogen von Nähe und Distanz kennzeichnen. DDR-Bürgern begegnete man stets mit Aufgeschlossenheit. Nur in wenigen Fällen wurde das Zusammentreffen vom Gefühl der Ablehnung oder Fremdheit begleitet. Am stärksten war die Verbundenheit in der älteren Generation und bei denen, die mehrfach in der DDR waren. Die Mehrheit äußerte jedoch ein eher diffuses Verbundenheitsgefühl: Zwar empfand man die beiden Bevölkerungsteile als Einheit, als ein Volk, hatte aber nur wenig persönliche Berührungspunkte. Eher scheint es sich um eine „distanzierte Interessiertheit“ zu handeln.

5. Das Selbstbild der Westdeutschen war nicht deckungsgleich mit ihrem Bild von den Ostdeutschen. Doch in vielen Punkten stimmten die Konturen der Eigenschaftsprofile überein, entdeckte man ungeachtet der Jahrzehnte der Trennung Gemeinsamkeiten – im positiven wie im negativen. Persönliche Kontakte förderten auch in dieser Hinsicht das Zusammengehörigkeitsgefühl. Von einer Art Feindbild kann nicht die Rede sein.

6. Das Interesse an der DDR war im Westen eher gering. So hat sich die Mehrheit der Bundesbürger im Untersuchungszeitraum nur wenig für die Entwicklung im anderen Teil Deutschlands interessiert. Erneut verweist dies auf die Tatsache, daß andere Themen als wichtiger empfunden wurden. Der Aufmerksamkeitsgrad der Bevölkerung für die DDR erweist sich zudem als stark abhängig vom persönlichen politischen Interesse und Bezug zu DDR, besonders aber auch von der aktuellen deutsch-deutschen Themenkonjunktur. Auch interessierten im Hinblick auf die DDR eher solche Themen, welche die Westdeutschen ohnehin gerade beschäftigten. Erst mit dem Umbruch in der ehemaligen DDR rückte die deutsche Frage auf Platz eins der tagesaktuellen Themenagenda.

7. Auch die Kenntnisse über das Leben in Ostdeutschland sind als gering einzustufen. Die Mehrheit der Westdeutschen fühlte sich ausreichend über den anderen Teil Deutschlands unterrichtet, hatte keinen Bedarf an weiteren Informationen. Wichtigste Informationsquellen über die DDR waren die Massenmedien. Vor allem die Kenntnisse derjenigen, die die DDR nicht aus eigener Anschauung kannten, blieben eher oberflächlich. Auch zentrale Ereignisse der Deutschlandpolitik waren weiten Teilen der Bevölkerung nicht präsent.

8. Die DDR als Staat war den Westdeutschen unsympathisch. Die Wahrnehmung des SED-Systems war klar negativ geprägt. Der ostdeutsche Staat löste Distanzgefühle und Abwehrhaltungen aus. In zentralen Bereichen erschien die

Bundesrepublik ihren Bürgern als der DDR klar überlegen. Im Vordergrund standen politische Systemmerkmale und die ökonomische Leistungsfähigkeit des westdeutschen Staates. So wurde die Einschränkung der Freiheitsrechte in der DDR besonders kritisch vermerkt. Zwar war in den 80er Jahren eine gewisse Tendenz zu Korrekturen an diesem Negativbild festzustellen, doch blieb die Wahrnehmung des SED-Systems zu allen Zeitpunkten negativ.

9. Grundsätzlich anders begegnete man den Menschen in der DDR. Aus dem Datenmaterial läßt sich klar belegen, daß ein essentieller Unterschied zwischen dem System auf der einen und Land und Leuten auf der anderen Seite gemacht wurde. Die negative Perzeption des SED-Systems hat das Verhältnis zwischen den Deutschen emotional-psychologisch nicht belastet. Stets und mit steigender Tendenz begegnete man den Deutschen in der DDR mit Sympathie.

### 3. *Auswahlbibliographie*

#### 1. *Bücher*

- ALMOND, Gabriel/Sydney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston 1965.
- ALLERBECK, Klaus, *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sekundäranalysen von Umfragedaten 1953–1974*, Opladen 1976.
- ALTER, Peter, *Nationalismus*, Frankfurt am Main 1985.
- ANDERSON, Benedict, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main/New York 1988.
- ARETIN, Karl-Otto Freiherr von (Hrsg.), *Die deutsche Frage in der Weltpolitik (Neue politische Literatur, Beihefte: Band 3)*, Wiesbaden 1986.
- BAKER, Kendall L./J. Dalton Russel/Kai Hildebrandt, *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge/Mass./London 1987.
- BARNES, Samuel H. u. a., *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.
- BENDER, Peter, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 21989.
- BESSON, Waldemar, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.
- BLUMENWITZ, Dieter/Gottfried Zieger, *Beiträge zur deutschen Frage – historische und rechtliche Aspekte*, Bonn 1984.
- DERS./Boris Meissner (Hrsg.), *Staatliche und nationale Einheit Deutschlands – ihre Effektivität (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 3)*, Köln 1984.
- DIES. (Hrsg.), *Die Überwindung der europäischen Teilung und die deutsche Frage (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 4)*, Köln 1986.
- BOROWSKY, Peter, *Deutschland 1963–1969*, Hannover 1983.
- BRACHER, Karl-Dietrich/Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt (Bracher, K.D./Th. Eschenburg/J.C. Fest/E. Jäckel (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 5/I)*, Stuttgart/Mannheim 1986.
- BREUILLY, John, *Nationalism and the State*, Manchester 21985.

- BUCHHEIM, Hans, Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß, Stuttgart 1984.
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.), Die Frage nach der deutschen Identität. Ergebnisse einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 221), Bonn 1985.
- CALLEO, David P./Roger Morgan/Raymond Poidevin/Michael Voslensky, Geteiltes Land – halbes Land? Essays über Deutschland, eingeleitet von Richard Löwenthal, Frankfurt am Main/Berlin 1986.
- DEBS., The German Polity, New York/London <sup>3</sup>1986.
- CIESLAR, E. (Hrsg.), Der Streit um den Grundvertrag. Dokumentation, München/Wien 1973.
- CONRADT, David P., The German Polity, New York/London <sup>3</sup>1986.
- COONEY, James A./Gordon A. Craig/Hans-Peter Schwarz/Fritz Stern (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen im Wandel, Stuttgart 1985.
- DEUTSCH, Karl W., Nationalbildung – Nationalstaat – Integration, hrsg. von A. Ashkenasi und P. Schulze, Düsseldorf 1972.
- DEBS., Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.
- DEBS., Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality, Cambridge/Mass./London <sup>2</sup>1975.
- EBERLEIN, Klaus W., Was die Deutschen möchten. Politische Meinungsumfragen in der Bundesrepublik, Hamburg 1968.
- FAULENBACH, Bernd, Ideologie des deutschen Weges, München 1980.
- FOSCHEPOTH, Josef (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988.
- FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG, German Identity – Forty years after Zero (liberale Texte), Sankt Augustin 1986.
- FRI TSCH-BOURNAZEL, Renata, Das Land in der Mitte. Die Deutschen im europäischen Kräftefeld, München 1986.
- FUCHS, Dieter, Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989.
- GABRIEL, Oscar W., Politische Kultur und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.
- DEBS., unter Mitarbeit von Frank Brettschneider, Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Bonn 1992.
- GARTON ASH, Timothy, Im Namen Europa. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien, 1993.
- GELLNER, Ernest, Nations and Nationalism, Oxford 1983 (reprint 1986).
- GLATZER, Wolfgang u. a., Recent Social Trends in West Germany 1960–1990, Frankfurt am Main 1992.
- GREWE, Wilhelm G., Rückblenden 1976–1979, Frankfurt am Main u. a., 1979.
- GRIFFITH, William E., The Ostpolitik of the Federal Republic of Germany, Cambridge/Mass./London 1978.
- GRUNER, Wolf D., Die deutsche Frage. Ein Problem der europäischen Geschichte seit 1800, München 1985.
- HACKER, James, Deutsche unter sich. Politik mit dem Grundvertrag, Stuttgart 1977.
- HACKER, Jens, Deutsche Irrtümer – Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1992.
- HANRIEDER, Wolfram F./Hans Rühle (Hrsg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979). Mit Beiträgen von D. Calleo u. a., Stuttgart 1981.
- HILDEBRAND, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Bracher, K.D./Th. Eschenburg/J.C. Fest/E. Jäckel (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 4), Stuttgart 1984.

- HONOLKA, Harro, Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität, München 1987.
- INGELHARDT, Ronald, *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.
- JANSEN, Silke, *Meinungsbilder zur deutschen Frage. Eine Längsschnittanalyse in der Bundesrepublik Deutschland* (Kieler Schriften zur politischen Wissenschaft Band 6), Frankfurt am Main 1990.
- JASPERS, Karl, *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München 1966.
- KIEFER, Markus, *Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949–1955* (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Band 525), Frankfurt am Main u. a. 1992.
- KLÖNNE, Arno, *Zurück zur Nation? Kontroversen zur deutschen Frage*, Köln 1984.
- KNOPP, Guido/Siegfried Quandt/Herbert Scheffler (Hrsg.), *Nation Deutschland? I. Hambacher Disput. Mit Beiträgen von H. Diwald u. a.*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1984.
- KOCH, Manfred, *Die Deutschen und ihr Staat. Ein Untersuchungsbericht*, Hamburg 1972.
- KOCH-HILDEBRECHT, Manfred, *Das Deutschlandbild. Gegenwart, Geschichte, Psychologie*, München 1977.
- KORTE, Karl-Rudolf, *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren*, Köln 1991.
- DERS., *Über Deutschland schreiben. Schriftsteller sehen ihren Staat*, München 1992.
- DERS., *Nation und Nationalstaat. Bausteine einer europäischen Identität* (Deutschland-Report 18), Melle 1993.
- DERS., *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands*, Frankfurt am Main/New York 1994.
- KROCKOW, Christian, Graf von, *Nationalismus als deutsches Problem*, München 1970.
- LEINEMANN, Jürgen, *Die Angst der Deutschen. Beobachtungen zur Bewußtseinslage der Nation*, Reinbek 1982.
- LIEDTKE, Klaus (Hrsg.), *Der neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen*, Hamburg 1989.
- LÖWENTHAL, Richard/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart <sup>2</sup>1974.
- LUDZ, Peter-Christian, *Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen. Ein politischer Essay*, München <sup>2</sup>1974.
- MARTIN, Ernst, *Zwischenbilanz: Deutschlandpolitik der 80er Jahre*, Stuttgart 1986.
- MAYER, Tilman, *Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage am Beispiel Deutschlands*, Opladen 1986.
- MEINECKE, Friedrich von, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, hrsg. und eingeleitet von Hans Herzfeld, München 1963.
- MEISSNER, Boris (Hrsg.), *Die deutsche Ostpolitik 1961–1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation*, Köln 1970.
- NAWROCKI, Joachim, *Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Entwicklungen, Möglichkeiten und Grenzen*, Berlin 1986.
- NEUMANN, Erich Peter/Elisabeth Noelle, *Antworten. Politik im Kraftfeld öffentlicher Meinung*, Allensbach <sup>2</sup>1955.
- NICLAUSS, Karlheinz, *Kontroverse Deutschlandpolitik. Die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland über den Grundlagenvertrag mit der DDR* (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Beihefte*, Band 3), Frankfurt am Main 1977.
- NIPPERDEY, Thomas, *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1966.
- OBERNDÖRFER, Dieter (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. *Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers*, Stuttgart 1979.



- PEISL, Anton/Armin Mohler (Hrsg.), *Die deutsche Neurose. Über die beschädigte Identität der Deutschen* (Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung Band 3), Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980.
- PICAPER, Jean-Paul/Gunter Oeltze von Lobenthal (Hrsg.), *Ist die deutsche Frage aktuell?*, Berlin 1985.
- PLESSNER, Helmuth, *Die verspätete Nation. Über die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959.
- RENAN, Erneste, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris 1882.
- RHEINBAY, Barbara, *Die Deutschlandbilder der west- und ostdeutschen Intellektuellen im Prozeß der deutschen Einigung* (Studien der Stresemanngesellschaft Nr. 3), Mainz 1993.
- RICHTER, Horst-Eberhard (Hrsg.), *Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen*, Hamburg 1990.
- ROTH, Margit, *Zwei Staaten in Deutschland. Die sozialliberale Koalition in Deutschland und ihre Auswirkungen 1969–1979*, Opladen 1981.
- ROTH, Rainer A., *Was ist typisch deutsch? Image und Selbstverständnis der Deutschen*, Freiburg/Würzburg 1979.
- SCHEUCH, Erwin K., *Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht*, Bergisch-Gladbach 1990.
- SCHMID, Günther, *Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel*, München 1975.
- SCHMIDTCHEN, Gerhard, *Die befragte Nation*, Freiburg 1965.
- SCHNEIDER, Beate, *Konflikt, Krise und Kommunikation. Eine quantitative Analyse innerdeutscher Politik*, München 1976.
- SCHULZ, Eberhard, *Die deutsche Nation in Europa. Internationale und historische Dimensionen*, Bonn 1982.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.), *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952* (Veröffentlichungen der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus; Rhöndorfer Gespräche Band 5), Stuttgart/Zürich 1982.
- DERS., *Die Ära Adenauer 1957–1963* (Bracher, K.D./Th. Eschenburg/J.C. Fest/E. Jäckel (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* Band 3), Stuttgart 1983.
- SCHWEIGLER, Gebhard, *Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR* (Studien zur Sozialwissenschaft Band 8), Düsseldorf <sup>2</sup>1974.
- SHELL, Kurt L., *Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise*, Köln 1965. (Schriften des Instituts für Politikwissenschaft, hrsg. vom wiss. Leiter Professor Dr. Otto Stammer, Band 19).
- SONTHEIMER, Kurt, *Deutschlands politische Kultur*, München 1990.
- STERNBERGER, Dolf, *Verfassungspatriotismus* (Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung: Grundfragen der Demokratie, Folge 3), Hannover 1982.
- TYRELL, Albrecht (Redaktion), *Bibliographie zur Deutschlandpolitik 1941–1974*, Frankfurt am Main 1975.
- WAGENLEHNER, Günther (Hrsg.), *Die deutsche Frage und die internationale Sicherheit*, Koblenz 1988.
- WEIDENFELD, Werner, *Die Frage nach der Einheit der deutschen Nation*, München, Wien 1981.
- DERS., *Der deutsche Weg*, Berlin <sup>2</sup>1991.
- DERS./Karl-Rudolf Korte, *Die Deutschen. Profil einer Nation*. Stuttgart 1991.
- DERS./Felix Philipp Lutz, *Die gespaltene Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 31–32/19992, S. 3–22.
- DERS. (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*, Bonn 1983.
- WEIDENFELD, Werner (Hrsg.), *Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage*, Köln 1985.
- DERS. (Hrsg.), *Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation*, Köln 1987.

- DERS. (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
- DERS. (Hrsg.), Die Deutschen und die Architektur des Europäischen Hauses. Materialien zu den Perspektiven Deutschlands, Köln 1990.
- DERS. (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993.
- DERS./Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989.
- DERS./Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991.
- DIES. (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993.
- WEIGELT, Klaus (Hrsg.), Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen, Mainz 1984.
- DERS. (Hrsg.), Deutsche Frage und Westbindung (Forschungsbericht Nr. 53 der Konrad-Adenauer-Stiftung), Melle/St. Augustin 1986.
- WEISENFELD, Ernst, Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986.
- WESTLE, Bettina, Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden 1989.
- WILDENMANN, Rudolf/Max Kaase, Die unruhige Generation: Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Mannheim 1968.
- WINKLER, Heinrich August (Hrsg.), Nationalismus, Königstein i. Ts. 1978.

## 2. Aufsätze

- ALTER, Peter, Nationalbewußtsein und Nationalstaat der Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1/1986, S. 17–30.
- BECKER, Josef, Die Deutsche Frage als Problem des internationalen Staatensystems, in: Politische Studien 1980, S. 379–412.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk, Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 7/1990, S. 30–46.
- BERGSDORF, Wolfgang, Die Wiedervereinigung der deutschen Sprache, in: Deutschland Archiv 10/1993, S. 1182–1191.
- BEST, Heinrich, Nationale Verbundenheit und Entfremdung im zweistaatlichen Deutschland. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/1990, S. 1–19.
- BLUMENWITZ, Dieter, Zur Frage der Einheit der deutschen Nation, ihrer rechtlichen Bedeutung und ihrer Absicherung im Grundvertrag, in: Politische Studien 1973, S. 225–242.
- DERS., Der Nationenbegriff und die Deutsche Frage, in: Zeitschrift für Politik 3/1985, S. 268–278.
- DERS., Die Offenheit der Deutschen Frage als Problem des Völkerechts, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), Deutsche Frage und Westbindung. Mit Beiträgen von D. Blumenwitz u. a., Melle/St. Augustin 1986 (Forschungsbericht Nr. 53 der Konrad-Adenauer Stiftung), S. 17–26.
- BRACHER, Karl-Dietrich, Betrachtungen zur Entwicklung des Staatsverständnisses in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zum Staatsverständnis der Gegenwart, Akademie für Politische Bildung, hrsg. von Manfred Hättich, Sonderdruck, München 1987, S. 101–110.
- BREDOW, Wilfried von, Geschichte als Element der deutschen Identität, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 102–118.
- CRAMER, Dettmar, Ostpolitik – zweiter Teil, in: Deutschland Archiv Nr. 12/1974, S. 1233–1235.
- DANYLOW, Peter, Die innerdeutschen Beziehungen – Kontinuität und Wandel, in: Die internationale Politik 1983–1984, S. 176–188.

- FAULENBACH, Bernd, Deutscher Sonderweg. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33/1981, S. 3–21.
- FOSCHEPOTH, Josef, Einleitung: Adenauer und die Deutsche Frage, in: ders. (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 7–29.
- FRICKE, Karl-Wilhelm, Die DDR auf dem Weg zum Rechtsstaat?, in: Deutschland Archiv 8/1987, S. 788–791.
- FRIEDRICH, Wolfgang Uwe, Die Deutsche Frage zwischen West und Ost, in: Außenpolitik 3/1987, S. 241–255.
- FUCHS, Dieter, Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: Berg-Schlosser, Dirk/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland, Opladen 1987 (PVS-Sonderheft 18), S. 357–377.
- GEISS, Immanuel, Reich und Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15/1973, S. 3–25.
- GRESS, Franz, Was heißt hier Selbstbewußtsein? – Zu Fragen der deutschen Geschichte und Identität, in: PVS-Literatur 1/1987, S. 33–44.
- HABERMAS, Jürgen, Der DM-Nationalismus, in: Die Zeit, Nr. 14 vom 30.03.1990.
- HACKE, Christian, Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik 1949–1985, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51–52/1985, S. 3–22.
- DERS., Wende zum Erfolg. Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl stärkt den Zusammenhalt, in: Die politische Meinung 238/1988, S. 13–20.
- HACKER, Jens, Neue Chancen für nationale Fragen? Das gesamtdeutsche Vakuum in Bonner und DDR-Sicht, in: Die politische Meinung März/April 1978, S. 41–53.
- HERDEGEN, Gerhard, Demoskopische Anmerkungen zum Geschichtsbewußtsein der Deutschen (West) im Kontext der deutschen Frage, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, mit Beiträgen von P. Alter u. a., Köln 1987, S. 187–202.
- DERS., Einstellungen der Deutschen (West) zur nationalen Identität, in: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrsg. von Dirk Berg-Schlosser und Jakob Schissler, Opladen 1987 (PVS-Sonderheft 18/1987), S. 205–221.
- DERS., Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage. Teil 1: Nation und deutsche Teilung, in: Deutschland Archiv 12/1987, S. 1259–1273.
- DERS., Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage. Teil 2: Kleine Schritte und fundamentale Fragen, in: Deutschland Archiv 4/1988, S. 391–403.
- HEß, Jürgen C., Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Wege zur Nation?, in: Neue Politische Literatur 3/1981, S. 229–332.
- HILLE, Barbara/Walter Jaide, Einstellungen Jugendlicher zur deutschen Frage im Spiegel naturwissenschaftlicher Forschung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Die Frage nach der deutschen Identität. Ergebnisse einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 221), Bonn 1985, S. 23–44.
- HILMER, Richard/Anne Köhler, Die Wende für Honecker. Daten zur Entwicklung des Meinungsbildes der Bundesbürger über den Honecker-Besuch seit 1982, in: Deutschland Archiv 10/1987, S. 1084–1091.
- DIES., Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler-/Flüchtlingsswelle im Sommer 1989, in: Deutschland Archiv 12/1989, S. 1383–1388.
- DIES., Die DDR im Aufbruch. Was halten die Bundesdeutschen Ende Oktober 1989 von Flüchtlingswelle und Reformen?, in: Deutschland Archiv 12/1989, S. 1389–1393.
- HÜBNER-FUNK, Sibylle, Nationale Identität: Neubeginn und Kontinuität, in: Soziale Welt 1985, S. 153–171.
- IRAL, Hubert/Armin Leon, Gorbatschows Reformpläne in der öffentlichen Meinung der Bundesre-

- publik Deutschland. Ein Verhaltenskonzept gegenüber der sowjetischen Öffentlichkeitsoffensive fehlt, in: Beiträge zur Konfliktforschung 3/1988, S. 85–102.
- JOFFE, Josef, Westverträge, Ostverträge und die Kontinuität der deutschen Außenpolitik, in: Europa-Archiv 4/1973, S. 111–124.
- JULING, Peter, Deutschlandpolitik 2000, Auch eine innen- und bildungspolitische Aufgabe der Zukunft, in: Politik und Kultur 1/1988, S. 62–71.
- KAASE, Max, Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 2, München/Wien 1971, S. 119–326.
- KAISER, Karl, Die neue Ostpolitik, in: Hanrieder, Wolfram F./Hans Rühle (Hrsg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979), Stuttgart 1981, S. 233–250.
- KASCHUBA, Wolfgang, Volk und Nation: Ethnozentrismus in Geschichte und Gegenwart, in: Winkler, H.A. (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 56–81.
- KIMMINICH, Otto, Die deutsche Frage in der europäischen Ordnung des 19. Jahrhunderts: Eine verfassungshistorische Betrachtung, in: Politische Studien 1976, S. 17–26.
- KITZMÜLLER, Erich/Heinz Kuby/Lutz Niethammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland. Nationalstaat ohne Nationalökonomie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33/1973, S. 3–30.
- DIES., Der Wandel der nationalen Frage, Teil II, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34/73, S. 3–30.
- KLESSMANN, Christoph, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1955–1963, in: Foschepoth, Josef (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 61–79.
- DERS., Issue Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 14/1973, S. 227–256.
- KÖHLER, Anne, Wiedervereinigung – Wunsch und Wirklichkeit. Empirische Beiträge zur Frage der nationalen Orientierung unter innerdeutschen Aspekten, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage, Köln 1985, S. 147–163.
- KÖHLER, Anne/Volker Ronge, „Einmal BRD – einfach“. Die DDR-Ausreisewelle im Frühjahr 1984, in: Deutschland Archiv 12/1984, S. 1280–1286.
- DIES., Ein Test auf die Wiedervereinigung? Die Reaktion der Bundesdeutschen auf die Übersiedlerwelle aus der DDR vom Frühjahr 1984, in: Deutschland Archiv 1/1985, S. 52–59.
- DIES., Ist die Übersiedlerwelle noch zu stoppen? Ursachen-Erfahrungen-Perspektiven, in: Deutschland Archiv 3/1990, S. 425–431.
- KOPP, Fritz, Der Nationsbegriff in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland. Aspekte der Kontinuität und des Wandels, in: Beiträge zur Konfliktforschung 4/1977, S. 79–115.
- DERS., Das Nationalbewußtsein im gespaltenen Deutschland, in: Politische Studien 1981, S. 413–423.
- KORTE, Karl-Rudolf, Suchbewegungen: Wo ist der deutsche Standort?, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage, Köln 1985, S. 19–36.
- DERS., Die Nation: Chance zur Selbstverwirklichung? Wertewandel und nationale Frage, in: Deutschland Archiv 8/1985, S. 828–830.
- DERS., Selbstfindung einer postnationalen Demokratie?, in: Deutschland Archiv 5/1987, S. 481–487.
- DERS., Deutschlandbilder – Akzentverschiebungen der deutschen Frage seit den siebziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3/1988, S. 45–53.
- DERS., Die Folgen der Einheit. Zur politisch-kulturellen Lage der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/1990, S. 29–38.
- DERS./Andreas Meusch/Werner Weidenfeld, Die Deutsche Frage in der politischen Bildung. Denkanstöße für eine zeitgerechte Umsetzung, in: Deutschland Archiv 7/1987, S. 716–721.

- KOSELLECK, Reinhart: Volk, Nation, in: Ders./Otto Brunner/Werner Conze (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 7, Stuttgart 1992, S. 141–431.
- KRELL, Gert, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Frage. Historische Entwicklungen und politische Optionen im Ost-West-Konflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/1990*, S. 24–34.
- LANGGUTH, Gerd, Wie steht die junge Generation zur deutschen Teilung?, in: *Politische Studien* 1986, S. 524–542.
- LEHMANN, Hans Georg, Mit der Mauer leben? Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 33–34/1986*, S. 19–34.
- LEPSIUS, Rainer M., Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation, in: Albertin, Lothar/Werner Link (Hrsg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart*, Düsseldorf 1981, S. 417–449.
- LÖCHERBACH, Dieter, Nation und kollektive Identität. Kritik und Reformulierung des Nationverständnisses in beiden deutschen Staaten, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1983, S. 188–202.
- LÖWENTHAL, Richard, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Ders./Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart <sup>2</sup>1974, S. 604–699.
- DERS., Vom Weg der Deutschen – vorgestern, gestern und heute, in: Calleo, David P./Roger Morgan/Raymond Poidevin/Michael Volensky, *Geteiltes Land – halbes Land? Essays über Deutschland*, eingeleitet von Richard Löwenthal, Frankfurt am Main, Berlin 1986, S. 7–43.
- MAIER, Hans/Heinrich Oberreuter, Demoskopie und Geschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 49 1977*, S. 11–20.
- MAYER, Tilman, Die Nationale Frage in Deutschland, in: *Neue Politische Literatur* 3/1983, S. 295–324.
- MERKL, Peter H., Die Rolle der öffentlichen Meinung in der westdeutschen Außenpolitik, in: Hanrieder, Wolfgang F./Hans Rühle (Hrsg.), *Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979)*. Mit Beiträgen von D. Calleo u. a., Stuttgart 1981, S. 251–280.
- MOMMSEN, Hans, Nationalismus und transnationale Integrationsprozesse in der Gegenwart, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 9/1980*, S. 623–669.
- DERS., Zum Problem des deutschen Nationalbewußtseins in der Gegenwart, in: *Der Monat* 2/1979, S. 75–83.
- DERS., Aus eins mach zwei. Die Bi-Nationalisierung Rest-Deutschlands, in: *Die Zeit*, Nr. 7 vom 06.02.1981.
- MOMMSEN, Wolfgang J., Nation und Nationalbewußtsein in der Gegenwart, in: *Politik und Kultur* 2/1974, S. 16–28.
- NIETHAMMER, Lutz/Ulrich Borsdorf, Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die BRD, in: *Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates*, Band 2: Das Vordringen neuer Kräfte (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 30/2), München/Wien 1972, S. 13–107.
- NEUMANN, Erich-Peter, Wiedervereinigung und öffentliche Meinung, in: *Die Politische Meinung* 9/1964, S. 19–31.
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth, Das Deutschlandbild der Deutschen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 66 vom 19.03.1991.
- DIES., Elisabeth, Im Wartesaal der Geschichte. Bleibt das Bewußtsein der deutschen Einheit lebendig?, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage*, Köln 1985, S. 133–146.
- DIES., Urteile über Bonn, in: *Die Zeit* vom 26.03.1971.
- DIES., Das Nationale – ein verwahrloster Garten. Symptome einer verwandelten Gesellschaft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.10.1981.
- DIES., Einheit? Ja, aber bitte billig!, in: *Die Zeit* vom 09.03.1990.

- OBERNDÖRFER, Dieter/Gerd Mielke, Die deutsche Frage im Westen kein bewegendes Thema?, in: Süddeutsche Zeitung vom 08./09.12.1990.
- PAPPI, Franz Urban, Parteisystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 14/1973, S. 191–213.
- PRATSCH, Kristina/Volker Ronge, „So einer wartet nicht auf das Arbeitsamt“ Die Integration der DDR-Übersiedler in die westdeutsche Gesellschaft, in: Deutschland Archiv 2/1985, S. 158–169.
- RAUSCH, Heinz, Politisches Bewußtsein und politische Einstellungen im Wandel, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 119–153.
- RONGE, Volker, Übersiedler, in: Weidenfeld, Werner/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 674–680.
- ROVAN, Joseph, Wiedervereinigung Deutschlands – weder aktuell noch utopisch? Die tatsächliche Gefahr: Neutralisierung, in: Deutschland Archiv 9/1981, S. 1000–1006.
- DERS., Verändertes Nationalbewußtsein? Ein Beitrag zur Entspezifizierung der deutschen Frage, in: Deutschland Archiv 1984, S. 1032–1042.
- RUFFMANN, Karl-Heinz, Zur Europäisierung der deutschen Frage in historisch-politischer Perspektive, in: Politik und Kultur 3/1986, S. 19–30.
- RUMPF, Helmut, Die Frage nach der Deutschen Nation, in: Zeitschrift für Politik 1971, S. 146–159.
- SCHÄUBLE, Wolfgang, Deutschlandpolitik im fünften Jahrzehnt der Teilung, in: Deutschland Archiv 8/1985, S. 864–874.
- DERS., Die Deutsche Frage in Europa. Vortrag vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in: Europa-Archiv 14/1988, S. 414–420.
- SCHEUCH, Erwin K., Nationalität deutsch – Für die Bundesdeutschen ein Nicht-Problem, in: Politik und Kultur 6/1983, S. 3–19.
- DERS., Die deutsche Nation im Bewußtsein der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen, Mainz 1984.
- SCHIEDERMAIR, Hartmut, Deutschland als Ganzes. Der Historikerstreit und die nationale Identität, in: Die politische Meinung 233/1987, S. 4–11.
- SCHISLER, Jakob, Aspekte der politischen Kultur im Deutschland der Gegenwart, in: Beiträge zur Konfliktforschung 3/1990, S. 5–32.
- SCHMIDTCHEN, Gerhard und Hans-Martin Uehlinger, Jugend und Staat, in: Matz, Ulrich u. a., Gewalt und Legitimität (Analysen zum Terrorismus Band 4/1), Opladen 1983, S. 104–437.
- SCHWAN, Alexander, Nationale Identität in Deutschland und Europa. Zum nationalen Selbstverständnis des deutschen Volkes und seiner Nachbarn, in: Weigelt, Klaus; (Hrsg.), Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen, Mainz 1984, S. 189–205.
- DERS., Verfassungspatriotismus und nationale Frage. Einige Überlegungen zum Verhältnis von deutschem Staats- und Nationalbewußtsein, in: Akademie für politische Bildung (Hrsg.), Zum Staatsverständnis der Gegenwart, Sonderdruck, München 1987, S. 85–100.
- SCHWARZ, Hans-Peter, Die nationale Frage – morgen, in: Die politische Meinung 154/1974, S. 9–33.
- DERS., Die Westdeutschen, die westliche Demokratie und die Westbindung im Licht von Meinungsumfragen, in: Cooney, James A./Gordon A. Craig/Hans-Peter Schwarz/Fritz Stern (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen im Wandel, Stuttgart 1985, S. 87–144.
- SCHWEITZER, Carl-Christoph, Ist die Deutsche Frage noch offen? Eine Untersuchung aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Beiträge zur Konfliktforschung 2/1986, S. 35–57.
- SEIFFERT, Wolfgang, Die Deutsche Frage nach dem Honecker-Besuch, in: Deutschland Archiv 12/1987, S. 1252–1257.
- SONTHEIMER, Kurt, Nation und Nationalismus, in: Käser, Steffen (Hrsg.), Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Analysen, Band 2, Göttingen 1972, S. 130–152.

- THADDEN, Rudolf von, Das schwierige Vaterland. Geschichte und Geschichtsbewußtsein als Problem der Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/1979, S. 3–17.
- VEEN, Hans-Joachim, Die Westbindung der Deutschen in einer Phase der Neuorientierung, in: Europa-Archiv 2/1991, S. 31–40.
- VEITER, Theodor, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk. Volkstheorie und Rechtsbegriffe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/1973, S. 3–47.
- VIERHAUS, Rudolf, Historische Entwicklungslinien deutscher Identität, in: Die Frage nach der deutschen Identität. Ergebnisse einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 221), S. 11–22.
- WAGNER, Wolfgang, Das Ost-West-Verhältnis nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Die Eskalation der Enttäuschungen in der Periode der Detente, in: Europa-Archiv 5/1980, S. 135–146.
- WEIDENFELD, Werner, Ratloses Nationalgefühl? Fragen an die Deutsche Frage, in: Ders. (Hrsg.), Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage, Köln 1985, S. 11–18.
- DERS., Geschichte und Politik, in: Ders. (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987, S. 13–32.
- DERS., Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 13–49.
- DERS./Karl-Rudolf Korte, Deutsche Frage, in: Dies. (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 126–131.
- WESTLE, Bettina, Zur Akzeptanz der politischen Parteien und der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kaase, Max/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 253–295.
- WIEMER, Wolfgang, Rechtspositionen sind kein Politikersatz, in: Deutschland Archiv 9/1984, S. 939–943.
- WILDENMANN, Rudolf, Wie unzufrieden die Deutschen sind, in: Capital 10/1977.
- WILMS, Dorothee, Stellenwert und Inhalte der Deutschlandpolitik in der politischen Bildung, in: Deutschland Archiv 9/1987, S. 908–932.
- DIES., Zur aktuellen deutschlandpolitischen Diskussion, in: Deutschland Archiv 4/1988, S. 337–339.
- WINDELEN, Heinrich, Grundfragen der deutschen Wiedervereinigung. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Kohl, in: Deutschland Archiv 3/1984, S. 225–231.
- WINKLER, H. A., Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: Ders. (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 12–33.
- DERS., Nation – ja, Nationalstaat – nein, in: Die Zeit, Nr. 8 vom 13.02.1981.
- WINTERS, Peter Jochen, Erich Honecker in der Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 10/1987, S. 1009–1016.
- WUTHE, Gerhard, Aspekte der nationalen Identifikation, in: Politik und Kultur 1/1986, S. 62–73.

### 3. *Graue Literatur und Datenmaterial*

- BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.), Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, o.O..
- DIVO-Institut (Hrsg.), Umfragen 1957. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1958.
- DASS. (Hrsg.), Umfragen 1958. Ereignisse und Probleme der Zeit im Urteil der Bevölkerung, Band 2, Frankfurt am Main 1959.
- DASS. (Hrsg.), Umfragen 1959/60. Ereignisse und Probleme der Zeit im Urteil der Bevölkerung, Band 3/4, Frankfurt am Main 1962.

- EMNID-Institut, Auswirkungen der Berliner Krise auf das Meinungsklima in der Bundesrepublik, Bielefeld April/Mai 1962.
- DASS., Die DDR im Meinungsbild der Bundesbürger. Aussagen der Demoskopie, Bielefeld 1987.
- DASS., Das Bild der politischen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland (vom 05.06. – 04.07.1967), Bielefeld August 1967.
- DASS., Das Deutschlandbild aus der Sicht der Bevölkerung in acht ausgewählten Ländern, – Forschungsbericht –, Bielefeld 1977.
- DASS., Informationen, Jahrgänge 1948–1990, Bielefeld 1948–1990.
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN e.V., Repräsentative Bevölkerungsumfrage im Januar 1984 für das „ZDF-Politbarometer“, Mannheim 1984.
- DIES., Sondererhebung für das ZDF-Magazin. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im August 1985, Mannheim 1985.
- DIES., Repräsentative Bevölkerungsumfrage vom Juli 1986, Sonderauswertung für die ZDF-Sendung „Kennzeichen D“.
- DIES., Wahlstudie 1980. durchgeführt von Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln).
- DIES., Politbarometer 1979 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln).
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN e.V., Politbarometer 1984 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln).
- DIES., Politbarometer 1985 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln).
- DIES., Politbarometer 1989 – kumulierter Datensatz (maschinenlesbares Codebuch des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln).
- DIES., Politbarometer, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 65 vom 19.03.1990.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, Sowjetische und amerikanische Politik im Urteil der Deutschen in der Bundesrepublik. Eine Studie erstellt von Sinus München im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Stern, Bonn 1988.
- GANTZEL, Klaus Jürgen, Die Einstellungen zur Deutschland- und Ostpolitik in der Bundesrepublik 1949–1969. Materialsammlung und erster methodenkritischer Kommentar, – Bericht über ein Forschungsprojekt vom August 1971 –, unveröffentl. Manuskript.
- GIBOWSKI, Wolfgang G., Wie stehen die Deutschen zu Deutschland? Beitrag für die Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung „German Identity – 40 Years after Zero“, Washington D.C., 12.-14. Dezember 1985.
- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS), Innerdeutsche Beziehungen. Die westdeutsche Öffentlichkeit und die gesamtdeutsche Politik (Ergebnisse von November-Dezember 1966), Bad Godesberg 1967.
- DASS., Westdeutsche Meinungen über Gesamtdeutschland (Ergebnisse von November-Dezember 1966), Bad Godesberg 1966.
- DASS., Gesamtdeutsches Barometer. Kontakte, Einstellungen, Chancen (Ergebnisse von August-September 1967), Bad Godesberg 1967.
- DASS., Gesamtdeutsches Barometer. Kontakte, Informationen, Meinungen (Ergebnisse von Oktober-Dezember 1967), Bad Godesberg 1967.
- DASS., Gesamtdeutsches Barometer. Vierteljahresanalyse I. Quartal 1968 (Ergebnisse von Januar-März 1968), Bad Godesberg 1968.
- DASS., Gesamtdeutsches Barometer. Materialbericht (Ergebnisse von August-Dezember 1967), Bad Godesberg 1968.
- DASS., Gesamtdeutsches Barometer. Februar-Bericht 1968, (Ergebnisse von Anfang März 1968), Bad Godesberg 1968.



- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS), Gesamtdeutsches Barometer. Ergebnisse der Untersuchung im März 1968, Bad Godesberg 1968.
- DASS., Gesamtdeutsches Barometer. Ergebnisse der Untersuchung im April 1968, Bad Godesberg 1968.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage (Ergebnisse von Juni-Juli 1968), Bad Godesberg 1968.
- DASS., Die Anerkennungsfrage. Meinungen und Einstellungen zur Anerkennung der DDR (Ergebnisse vom März 1968), Bad Godesberg 1968.
- DASS., Reaktionen auf die Ostberliner Maßnahmen im Berlin Verkehr. Ergebnisse einer Untersuchung im August 1968, Bad Godesberg 1968.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. August/September 1968, Bad Godesberg 1968.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. Oktober/November 1968, Bad Godesberg 1968.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. Halbjahresanalyse 1968 (Ergebnisse von Juni-November 1968), Bad Godesberg 1969.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. 1. Halbjahresanalyse 1969 (Ergebnisse von Januar-Februar und April-Mai 1969), Bad Godesberg 1969.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. 2. Halbjahresanalyse 1969 (Ergebnisse von Juli-August und September-Oktober 1969), Bad Godesberg 1969.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. Januar/Februar 1969, Bad Godesberg 1969.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. April/Mai 1969, Bad Godesberg 1969.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. Juli/August 1969, Bad Godesberg 1969.
- DASS., Verhaltensweisen zur deutschen Frage. September/Oktober 1969, Bad Godesberg 1969.
- DASS., Das Bild der DDR. Ergebnisse einer Untersuchung im November/Dezember 1969, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Das Bild der DDR. – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Deutsche Asymmetrie (Ergebnisse vom Dezember 1969/Januar 1970), – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS), Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Februar/März 1970, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom April/Mai 1970, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Sommer 1970, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Zum Verhältnis von BRD und DDR. Untersuchungsergebnisse vom Herbst 1970, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Meinungen und Einstellungen zum Verhältnis von BRD und DDR. 1. Halbjahresanalyse 1970 (Ergebnisse von Februar-März und April-Mai 1970), Bonn-Bad Godesberg 1970.
- DASS., Meinungen und Einstellungen zum Verhältnis von BRD und DDR (Ergebnisse vom 2. Halbjahr 1970), Bonn-Bad Godesberg 1971.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom II. Quartal 1971, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1971.
- DASS., Innerdeutsche Beziehungen – Meinungen und Erwartungen. Ergebnisse vom 2. Halbjahr 1971, Bonn-Bad Godesberg 1972.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom IV. Quartal 1971, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1972.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom III. Quartal 1972, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1972.
- DASS., Innerdeutsche Beziehungen. Meinungen und Erwartungen. 1. Halbjahr 1972, Bonn-Bad Godesberg 1972.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Politik. Untersuchungsergebnisse vom IV. Quartal 1972, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.

- DASS., Innerdeutsche Beziehungen. Meinungen und Erwartungen. 2. Halbjahr 1972, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im April 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im April/Mai 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juni 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS), Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im August 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Oktober 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im November 1973, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Dezember 1973/Januar 1974, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Juli 1974, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung September/Oktober 1974, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Oktober/November 1974, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung November/Dezember 1974, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen 1974. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik zum Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, – Jahresbericht –, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Dezember 1974/Januar 1975, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Januar/Februar 1975, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Januar bis Dezember 1975, – Jahresbericht –, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen 1975. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Jahresbericht –, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS), Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung September 1977. 2. Welle, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Mai bis November 1977, – Jahresbericht –, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen 1977. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Jahresbericht –, Bonn-Bad Godesberg 1978.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung Oktober 1978, – Tabellenband –, Bonn-Bad Godesberg 1979.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen 1978. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Jahresbericht –, Bonn-Bad Godesberg 1979.

- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Jahresbericht 1979 –, Bonn-Bad Godesberg 1980.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung im Juli 1980, – Tabellenband –, Bonn Bad Godesberg 1980.
- DASS., Resonanz der innerdeutschen Beziehungen. Die Deutschland- und Entspannungspolitik der Bundesregierung und die Beziehungen zur DDR im Meinungsspiegel, – Bericht 1980 –, Bonn-Bad Godesberg 1981.
- INFRATEST KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG, Die westdeutsche Bevölkerung und die DDR – Urteile und Vorurteile –, München 1968.
- DASS., Meinungen der Bevölkerung in der Bundesrepublik zur Deutschlandpolitik und zur DDR 1976, Berichtsband I, München 1977.
- DASS., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation, – Berichtsband 1982 –, Band II, München 1982.
- DASS., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1983. Einstellungen und Verhaltensweisen der Bundesbevölkerung, Band 5, – Berichtsband –, München 1983.
- DASS., Die DDR und die deutsche Frage aus der Perspektive bundesdeutscher Jugendlicher, München 1985.
- DASS., Die DDR und die deutsche Frage. Informationsstand und Einstellungen der bundesdeutschen Jugendlichen, Band 2, – Berichtsband –, München 1985.
- INFRATEST KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG, Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation 1985. Einstellungen und Verhaltensweisen der Bundesbevölkerung und von DDR-Besuchern (I. und II. Welle), – Berichtsband –, Band 6, München 1985.
- DASS., Deutschlandpolitik und innerdeutsche Situation. Einstellungen und Verhaltensweisen der Bundesbevölkerung, – Berichtsband –, Band 4, München 1986.
- DASS., Die DDR im Aufbruch. Was halten die Bundesdeutschen Ende Oktober '89 von der Flüchtlingswelle und Reformen?, München 1989.
- DASS., Die Jugend und die deutsche Vereinigung. Einstellungen von Jugendlichen in Deutschland West, München 1990.
- DASS., Die Deutschen West und Ost im Herbst 1990. Gemeinsamkeiten und Divergenzen, – Berichtsband –, München Dezember 1990.
- DASS., "Die Welt", Die Deutschen und ihr Vaterland. Repräsentativumfrage im Oktober 1987 zum Thema „Deutschland“, München/Bonn 1988.
- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE, Das politische Klima. Ein Bericht über die Stimmung im Bundesgebiet 1951, Allensbach am Bodensee 1951.
- INSTITUT FÜR PRAXISORIENTIERTE SOZIALFORSCHUNG (IPOS), Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1984, Mannheim 1984.
- DASS., Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1985, Mannheim 1985.
- DASS., Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1986, Mannheim 1986.
- DASS., Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1987, Mannheim 1987.
- DASS., Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1988, Mannheim 1988.
- DASS., Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1989, Mannheim 1989.
- INSTITUT FÜR PRAXISORIENTIERTE SOZIALFORSCHUNG (IPOS), Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990 in der Bundesrepublik und in der DDR. Ergebnisse zweier repräsentativer Bevölkerungsumfragen, Mannheim 1990.
- DASS., Vorbericht zur Bedeutung nationaler Symbole und Leistungen und Interesse am Sport, Mannheim 1988.
- JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL (Hrsg.), Jugend zwischen 13 und 24. Vergleich über 20 Jahre, Band I: Vorstudie, Band II: Tabellenteil, Band III: Kommentar, ohne Ort 1975.
- KÖHLER, Anne/Rudolf Eppinger, Einstellungen von Jugendlichen zur DDR und zur Deutschland-Politik (Schriften und Materialien zur Deutschlandpolitik und Europapolitik 3/1984), München 1984.

- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (Hrsg.), Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft, Ausgaben von 1980–1990, Brüssel 1980–1990.
- MERRITT, Anna J./Richard L. Merritt (Hrsg.), Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys 1945–1949, Urbana/Chicago/London 1970.
- DIES., Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949–1955, Urbana/Chicago/London 1980.
- NOELLE, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach <sup>3</sup>1956.
- DIES., Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957.
- DIES., Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach und Bonn 1965.
- DIES., Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967, Allensbach und Bonn 1967.
- DIES., Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, Allensbach und Bonn 1974.
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976, Band VI, Allensbach 1976.
- DIES., Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976–1977, Band VII, Wien/München/Zürich 1976.
- DIES./Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Band VIII, München/New York/London/Paris 1983.
- DIES./Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Band IX, München u. a. 1993.
- SAMPLE-INSTITUT, Aktuelle Umfrage zum Thema der Erhöhung der Zwangsumtauschsätze für DDR-Besucher (16.-27.10.1980), Hamburg 1980.
- SCHREIBER, Klaus, Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise: Zwischenbericht I + II, Berlin (hektographisch) 1963 und 1965.
- DERS., Wechselwirkungen zwischen politischen und ökonomischen Haltungen der Berliner Bevölkerung. Abschlußbericht, Berlin 1965.
- SCHULTZ, Martin, Die deutsche Frage in der Meinungsforschung der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung und Darstellung theoretischer Ansätze und Ergebnisinterpretationen (unveröffentlichtes Manuskript), Mainz 1989.
- SINUS, Sowjetische und amerikanische Politik im Urteil der Deutschen in der Bundesrepublik: Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Stern, Bonn 1988.
- SCHLETH, Uwe, Einstellungen zur Deutschland- und Ostpolitik. Bericht über empirische Untersuchungen zur künftigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen BRD und DDR, Seminararbeit Universität Mannheim 1969.
- SCHWEIGLER, Gebhard, German Questions or the Shrinking of Germany. Vortrag für das Institute for East-West and Security Studies, New York, November 1986.
- DERS., Quo Vadis Deutschland? Ein internationaler Kongreß über die Zukunft Deutschlands und der Deutschen. Reichtagsgebäude in Berlin 10.-11. Mai 1990. Materialsammlung zum Kolloquium über Die Entwicklung der öffentlichen Meinungen in der Bundesrepublik und der DDR.
- SPIEGEL-SPEZIAL, Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt. Arbeitsdaten, – Tabellenband –, o.O. 1991.
- SZUMMI, Birgit et. al., Datenreport: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, in: ZA-Informationen, Nr. 26 vom Mai 1990, S. 62–71.
- WEEDE, Erich, Zur Frage der Ost-West Differenzierung des deutschen Autostereotyps. Arbeit zur Diplom-Vorprüfung, Universität Hamburg 1964.
- WOLFFS, Michael (Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Einstellungen der Bevölkerung zu Heimat, Vaterland und Nation, Sankt Augustin 1984.
- DERS., (Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer Stiftung), Dokumentation: Nationalbewußtsein, deutsche Interessen und der Stellenwert der NATO und der EG in der Einschätzung der Bevölkerung (Interne Studien Nr. 3/1986), Sankt Augustin 1986.

- DERS. (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Patriotismus, Nationalgefühl und EG, Sankt Augustin 1986.
- DERS. (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Patriotismus, Wiedervereinigung und die Europäische Gemeinschaft. Umfragen aus den Jahren 1951–1986, Sankt Augustin 1986.
- DERS. (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Patriotismus in der Einschätzung der Bevölkerung. Umfragedaten aus den Jahren 1980–1987. Eine Fortschreibung, Sankt Augustin 1987.
- WOLFFS, Michael, (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Dokumentation: Deutsche Einheit. Nationalbewußtsein und Westbindung im Meinungsklima der Bevölkerung, Sankt Augustin 1991.
- DERS./Michael Beil (Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung), Dokumentation: Deutsche Einheit, Nationalbewußtsein und Westbindung – im Meinungsklima der Bevölkerung –, Sankt Augustin 1991.

#### 4. *Zusammenfassung: Kontinuität und Wandel der deutschen Frage im Bewußtsein der Westdeutschen*

Das empirische Datenmaterial ergibt ein kontrastreiches Muster der Einstellungen der Westdeutschen zur deutschen Frage: Es lassen sich sowohl Anhaltspunkte für eine wachsende emotionale Distanz als auch für ein anhaltendes Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen feststellen. In ihrem Bewußtsein haben die Westdeutschen staatliche und nationale Orientierungsmuster integriert. Die Wahrnehmung der deutschen Frage hat von 1945 bis 1990 fünf Phasen durchlaufen, die durch spezifische Prägungen gekennzeichnet sind:

1. Die deutsche Einheit als Selbstverständlichkeit: Leben im Provisorium
2. Abfinden mit der Zweistaatlichkeit: Einsicht in die weltpolitischen Realitäten
3. Ende eines Provisoriums: Die DDR als Nachbar
4. Die deutsche Einheit als abstrakter Programmsatz: Festhalten an einer Illusion?
5. Die deutsche Einheit 1990: Vereint und doch nicht eins?

##### 1. *Die deutsche Einheit als Selbstverständlichkeit: Leben im Provisorium*

Das Ziel der Wiedervereinigung zählte zu den Grundüberzeugungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die große Mehrheit der Westdeutschen hielt an der Auffassung fest, daß Deutschland als territoriale Einheit unteilbar sei. Das Raumbild schloß die durch den Zweiten Weltkrieg verlorenen Gebiete mit ein. Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wurde kategorisch abgelehnt. Ebenso verweigerten die Westdeutschen die Anerkennung der SED-Regierung. Die Politik des Alleinvertretungsanspruchs fand somit breite Zustimmung. Selbst die Hoffnung auf politische Fortschritte in der deutschen Frage änderte nichts an dieser Grundeinstellung.

Nationalistische Zuspitzungen besaßen in dieser Phase jedoch keine Bedeutung: Eine Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete mit militärischen Mitteln fand wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine Mehrheit mehr.

Bereits in dieser Frühphase verhielten sich die Westdeutschen pragmatisch: Das Leben der Menschen wurde zunächst bestimmt von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus. Erst nachdem die größten ökonomischen Schwierigkeiten überwunden waren, begannen sie, der Wiedervereinigung Priorität gegenüber anderen politischen Zielen beizumessen. Die deutsche Frage erschien nun als wichtigstes Problem, dem sich Deutschland stellen müsse.

Gleichwohl wollten die Westdeutschen die Einheit nicht um jeden Preis, sondern an bestimmte politische Bedingungen geknüpft sehen. Zentrale Bedeutung kam dabei der Garantie der äußeren Sicherheit und der freiheitlichen inneren Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu.

Die Feindbilder waren in diesen Jahren eindeutig: Verantwortlich für die Teilung war aus Sicht der Westdeutschen in erster Linie die Haltung „des Ostens“. Ein starkes Bedrohungsempfinden ging einher mit einem ausgeprägten Anti-Kommunismus. Doch während die Mehrheit der Westdeutschen noch davon ausging, daß die Wiedervereinigung im Bereich des Möglichen lag, veränderten sich die historischen Rahmenbedingungen durch die Verschärfung des Ost-West-Konflikts.

Verwandschaftliche und freundschaftliche Kontakte wurden in den fünfziger Jahren noch weitgehend konstant aufrechterhalten. Der Mauerbau bewirkte hier einen Einschnitt, der sich auch in den demoskopischen Befunden widerspiegelt. Zwar rissen die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West niemals ab, doch setzte ein allmählicher Rückgang ein. Zukünftig erwiesen sich die verwandschaftlichen Bindungen als weitaus stabiler als freundschaftliche Kontakte.

Die Bundesrepublik Deutschland galt als Provisorium mit begrenztem zeitlichen Horizont. Nationale Bindungen richteten sich nicht auf den neuen Staat, sondern blieben gesamtdeutsch bestimmt. Zugleich war das Bewußtsein bereits deutlich vorhanden, daß sich die Lebensverhältnisse im westlichen Teil Deutschlands weitaus günstiger entwickelten als im östlichen. Anfang der sechziger Jahre waren die Westdeutschen bereits mehrheitlich der Meinung, es gehe Deutschland besser als jemals zuvor in der Geschichte.

Die Bevölkerung fing an, sich mit der Teilung zu arrangieren. Sie war zumindest für die unmittelbare Lebenszufriedenheit kein Störfaktor. Wichtiges Element des Nationalstolzes war in den Aufbaujahren die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik. Zugleich spielten kulturelle Traditionen und Eigenschaften der Deutschen nach wie vor eine zentrale Rolle und verwiesen auf ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein.

## 2. *Abfinden mit der Zweistaatlichkeit: Einsicht in die weltpolitischen Realitäten*

Ab Mitte der sechziger Jahre rückten in der Bundesrepublik Deutschland neue Prägungen in den Vordergrund: die hohe Zufriedenheit mit der Demokratie und die Zuversicht in ihre Fähigkeit zum Wandel.

Vor allem die Systemeigenschaften des anderen deutschen Staates wurden negativ vermerkt: Im Bewußtsein der Westdeutschen unterschieden sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem im Bereich der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der Partizipationsmöglichkeiten. Den gravierendsten Unterschied zum politischen System der Bundesrepublik bildete jedoch die Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte in der DDR. Dem Freiheitsaspekt kam somit nicht nur in der offiziellen Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, sondern auch im DDR-Bild der Bundesbürger ein besonderer Stellenwert zu.

Jedem Wiedervereinigungsmodell in einem System sozialistischer Prägung wurde eine klare Absage erteilt. Allenfalls Varianten eines „Dritten Wegs“ oder Neutralisierungskonzepte konnten als Tribut an die machtpolitischen Realitäten in Europa mit einer teilweisen Zustimmung rechnen.

Die Lebenswirklichkeit der DDR war aus dem unmittelbaren Erfahrungshorizont jedoch weitgehend ausgeblendet. Nach dem Mauerbau beruhten die Eindrücke vom Alltag im anderen Teil Deutschlands vorwiegend auf der Medienberichterstattung. Immer mehr Westdeutsche begannen, sich an die Teilung zu gewöhnen. Man war pessimistisch und prognostizierte, daß sich die Deutschen in Ost und West auseinanderlebten und voneinander entfremdeten.

Mitte der sechziger Jahre war die Bereitschaft vorhanden, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, wenn dadurch die Wiedervereinigung hätte erreicht werden können. Erneut wird der pragmatische Realismus der Westdeutschen deutlich: In den Jahren nach dem Mauerbau hatte sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Ostgebiete für immer verloren, auf friedlichem Wege nicht zurückzugewinnen seien.

In dieser Zeit veränderte sich auch der Wiedervereinigungsbegriff: Der Großteil der Westdeutschen dachte an eine Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR. In diesem Sinne setzte bereits eine territoriale Konzentration des gesamtdeutschen Nationalbewußtseins ein. Zugleich war dies die Phase, in der andere politische Herausforderungen zunehmende Bedeutung erlangten, vor allem die sich abzeichnenden ökonomischen Schwierigkeiten. Die persönliche Opferbereitschaft für die Wiedervereinigung ging zurück.

Der Mauerbau hatte auch sinnbildlich das Ende vieler Hoffnungen eingeleitet. Zwar blieb die deutsche Einheit weiterhin Zielvorstellung, doch in der zweiten

Hälfte der sechziger Jahre war der Glaube an die Realisierung deutlich rückläufig. Die große Mehrheit der Westdeutschen rechnete nicht mehr damit, diese persönlich zu erleben.

### 3. *Ende eines Provisoriums: Die DDR als Nachbar*

Die Teilung Deutschlands war für die große Mehrheit der Westdeutschen kein unerträglicher Zustand mehr. Dennoch wuchs gegen Ende der sechziger Jahre in der Bevölkerung der Wunsch nach mehr Engagement in der deutschen Frage. Vor den machtpolitischen Realitäten in Europa konnten nicht mehr länger die Augen verschlossen werden. Auf diese Grundbefindlichkeit konnte sich die Deutschlandpolitik stützen.

Statusrechtliche Fragen, die in der Vergangenheit noch jegliche Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands verhindert hatten, verloren zunehmend an Bedeutung. Der Großteil der Westdeutschen befürwortete eine Politik der kleinen Schritte: Verhandlungen sollten aufgenommen werden, ohne die ostdeutsche Regierung offiziell anzuerkennen. Die Politik der Härte erschien als Politik der Erstarrung und damit nur noch einer Minderheit als sinnvoll.

Ende der sechziger Jahre war ein weiterer grundlegender Meinungswandel ablesbar: Die Westdeutschen waren mehrheitlich bereit, sich auch ohne Gegenleistung mit der Oder-Neiße-Linie abzufinden. Die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel konnte sich in dieser Hinsicht auf einen Konsens in der Bevölkerung stützen. Seit den siebziger Jahren hat sich eine wachsende Mehrheit der Westdeutschen explizit für die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausgesprochen.

Hinsichtlich einer möglichen Anerkennung der DDR war die Bevölkerung hingegen deutlich zurückhaltender. Zwar wuchs die Zustimmung tendenziell, doch eine offiziell völkerrechtliche Anerkennung des ostdeutschen Staates wurde bis Anfang der siebziger Jahre abgelehnt – selbst wenn nur auf diesem Wege Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen zu erreichen wären. Erst mit dem Abschluß der Ostverträge und des Grundlagenvertrags verlor diese Frage an Relevanz. Erstmals wurden wesentliche Verbesserungen in den innerdeutschen Beziehungen dem Grundsatz der Nichtanerkennung vorangestellt.

Als ein konkreter Erfolg der Deutschlandpolitik in dieser Phase ist im Blick auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen die Steigerung der Reise- und Besuchszahlen seit 1973 zu bewerten. Doch gibt es im Datenmaterial Anhaltspunkte dafür, daß sich die Westdeutschen weitergehende menschliche Erleichterungen von den deutsch-deutschen Verhandlungen versprochen hatten.

Die DDR wurde von den Westdeutschen als eigener Staat wahrgenommen. Zum Alltag in Ostdeutschland, der sich von der eigenen Lebenswirklichkeit



stark unterschied, bestand weiterhin eine große Distanz. Pluralismus und Wohlstand in der Bundesrepublik waren der Maßstab, an dem die Verhältnisse in der DDR gemessen wurden.

In der Negativfolie vom SED-Staat ließen sich indes Risse feststellen: 1972, im Jahr der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags, erschien die DDR den Westdeutschen erstmals eher sympathisch – wenngleich nur kurzfristig und in geringem Maße. Nachdem Mitte der siebziger Jahre ein Tiefpunkt der Sympathiebilanz erreicht worden war, setzte ein kontinuierlicher Aufwärtstrend ein.

Es bestätigte sich, daß die Westdeutschen lieber auf die deutsche Einheit verzichten wollten, als ein Gesellschaftsmodell sozialistischer Prägung zu akzeptieren. Eine Revision der politischen Ordnung in Deutschland wurde abgelehnt. Wunschmodell war ein in die westliche Welt eingebundenes Deutschland nach dem Vorbild der Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik Deutschland war kein Provisorium mehr. Im Nationalbewußtsein hatte ein wesentlicher Einstellungs- und Identifikationswandel stattgefunden: Der Stolz auf die Nation bezog sich vor allem auf Leistungen und Merkmale des politische Gemeinwesens des westdeutschen Staates. Gesamtdeutsche oder kulturelle Aspekte spielten eine nachgeordnete Rolle. Von einer emotionalen Distanz zur Bundesrepublik Deutschland konnte nicht mehr die Rede sein.

#### 4. *Die deutsche Einheit als abstrakter Programmsatz: Festhalten an einer Illusion?*

Am Ziel der nationalen Einheit hielten die Westdeutschen weiterhin mit großer Mehrheit fest. Vor allem die Menschenrechtsverletzungen an der innerdeutschen Grenze riefen immer wieder in Erinnerung, daß die Teilung Deutschlands ein unnatürlicher Zustand war. Das Ziel der Vereinigung blieb somit emotional verankert, ohne daß es von der Mehrheit intensiv als Thema der nationalen Identität reflektiert wurde. Vielmehr handelte es sich um einen abstrakten Programmsatz mit nur begrenzter Relevanz für das Alltägliche.

Andere Themen hatten die Teilung Deutschlands aus dem aktuellen Sorgehorizont der Bundesbürger zurückgedrängt. Der europäischen Vereinigung räumte man in den achtziger Jahren Vorrang vor der deutschen Einheit ein. Doch stand diese Zielperspektive keineswegs im Widerspruch zur deutschen Frage. Vielmehr handelte es sich hier um zwei komplementäre Identitätsbausteine. So erschien die europäische Integration – neben Neutralisierungskonzepten – noch als einer der am ehesten gangbaren Wege zur deutschen Einheit.

Der Bedeutungsverlust der deutschen Frage ist einzuordnen in den zeitgeschichtlichen Kontext. Nach wie vor erschien der Ost-West-Konflikt als historische Konstante, welche die deutsche Teilung auf unabsehbare Zeit zemen-

tierte. Sämtliche Modelle einer Vereinigung besaßen als Wunschvorstellungen nur spekulativen Charakter. Die Erwartungen der Westdeutschen sanken auf den Tiefpunkt. Noch unmittelbar vor dem Umbruch in der DDR glaubte nur eine kleine Minderheit an eine absehbare deutsche Vereinigung.

Die zentrale Formel der Deutschlandpolitik entsprach der Wahrnehmung der Menschen: Demnach existierten in Deutschland zwei Staaten einer deutschen Nation. Denn ein Großteil der Westdeutschen hielt an der Zusammengehörigkeit der Nation fest. Anders als die Staaten wurden die Deutschen in Ost und West als Einheit empfunden. Dennoch führte die fortdauernde Existenz zweier deutscher Staaten zu unübersehbaren Brüchen in der nationalen Selbstwahrnehmung: Die Lebenswirklichkeit in der Bundesrepublik war die prägende Erfahrung, von der aus Gegenwart und Zukunft definiert wurden. Im Bewußtsein der Westdeutschen wie auch in ihrer Alltagssprache entwickelte sie sich zunehmend zum Synonym für Deutschland. Die DDR blieb ein wichtiger Teil der nationalen Identität, wurde aber stärker in historischer und kultureller Perspektive miteinbezogen. So empfand vor allem die junge Generation in den achtziger Jahren die DDR zunehmend als Ausland. Diese Unsicherheiten in der Selbstwahrnehmung der Deutschen waren es, die Anfang der achtziger Jahre eine neue Identitätsdebatte mit auslösten.

Auch handelte es sich um ein eher diffuses Verbundenheitsgefühl, denn die Mehrheit der Westdeutschen hielt zwar an der Zusammengehörigkeit der Deutschen fest, hatte aber zugleich nur wenige unmittelbare Berührungspunkte mit DDR-Bürgern. Das Leben in Ostdeutschland blieb eine ferne Vorstellung. Dennoch war im Verhältnis zwischen den Menschen eine gleichbleibende Offenheit festzustellen, wurde kaum von Fremdheit oder Ablehnung berichtet. Vor allem jüngere Bundesbürger knüpften in dieser Phase auf DDR-Reisen Kontakte mit Ostdeutschen. Dagegen hielten vor allem die Älteren verwandtschaftliche Bindungen aufrecht. Die Reisezahlen entwickelten sich positiv.

Aus dem Datenmaterial läßt sich allerdings die Frage nicht hinreichend beantworten, inwieweit es sich hier um eine allgemeine Disposition der Westdeutschen handelte, die nicht primär national begründet war. So gibt es Anhaltspunkte für eine stärker europäische bzw. kosmopolitische Orientierung, die nationale Wurzeln weniger stark betonen wollte.

Das Interesse an den Lebenswelten der Ostdeutschen war wechselhaft und – abhängig vom persönlichen politischen Interesse und Bezug zur DDR – bei der Mehrheit als eher gering einzustufen. Je nach deutsch-deutscher Themenkonjunktur stieg der Aufmerksamkeitsgrad für die Entwicklungen in der DDR kurzfristig an. Folglich ist von einer Asymmetrie des Interesses auszugehen, da umgekehrt das Informationsbedürfnis der Ostdeutschen im Blick auf den Westen sehr groß war. Zudem waren die Kenntnisse der Westdeutschen über den anderen Teil Deutschlands eher gering, selbst was

herausragende Ereignisse der Deutschlandpolitik betraf. Insgesamt ließ sich in den achtziger Jahren aber ein gesteigertes Interesse ablesen.

Große Distanzen bestanden wie in den früheren Jahrzehnten vor allem gegenüber dem SED-System. Zugleich strahlte die deutsch-deutsche Annäherung – am augenfälligsten erkennbar beim Honeckerbesuch in der Bundesrepublik Deutschland – auch auf die öffentliche Wahrnehmung der DDR aus. Im Herbst 1987 wurde die positivste Einstellung gegenüber der DDR seit Beginn der entsprechenden Erhebungen gemessen. Dem entsprach eine Tendenz zu Korrekturen am Negativbild vom ostdeutschen Staat, selbst im zentralen Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsgarantien. Ausschlaggebend erscheint in diesem Zusammenhang das veränderte weltpolitische Klima, denn auch die übrigen Ostblockstaaten gewannen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an Sympathie. Der sogenannte „Gorbatschow-Effekt“ veränderte hier die Wahrnehmung nachhaltig. Aber auch zu diesem Zeitpunkt wurde die DDR auf einer hinteren Position der Sympathieskala eingeordnet. Das Negativbild blieb im Grundsatz erhalten.

Entscheidend ist, daß die Distanzgefühle gegenüber der DDR als Staat nur sehr begrenzt auf die Menschen projiziert wurden, denen man weiterhin mit großer Sympathie begegnete. Keinesfalls grenzte man sich bewußt von den Ostdeutschen ab. So blieb das Selbstbild der Westdeutschen in den siebziger wie achtziger Jahren in vielen Punkten deckungsgleich mit ihrem Bild von den Ostdeutschen, wenn auch bestimmte Unterschiede festgestellt wurden. Von einer Art Feindbild konnte nicht die Rede sein.

##### 5. *Die deutsche Einheit: Vereint und doch nicht eins?*

Die deutsche Einheit wurde 1990 binnen weniger Monate vollendet. Ohne ein entwickeltes *Zusammengehörigkeitsgefühl* der Deutschen in Ost und West hätte dieser Weg nicht so zügig beschritten werden können. Im Einigungsprozeß wurde nochmals deutlich, daß im Bewußtsein der Westdeutschen staatliche *und* nationale Orientierungen verwurzelt waren: Sowohl die Erfahrungswelt der Bundesrepublik Deutschland als auch die Vorstellungswelt eines vereinten Deutschland waren Bestandteile ihrer Identität als Deutsche.

Die große Mehrheit der Westdeutschen hat die deutsche Einheit 1990 begrüßt. Ihrem Staatsbewußtsein als Bundesbürger entsprach es, daß sie sich mehrheitlich eine Vereinigung durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wünschten. Dabei ging es bewußt auch um die Beibehaltung des Grundgesetzes. In einer Phase des geschichtlichen Umbruchs erwiesen sich die Bindungen an das politische System Westdeutschlands als stabil. Die Zustimmung zur Gesellschaftsordnung nahm sogar zu. Die alte Bundesrepublik wurde so zum Modell des vergrößerten, neuen Deutschland.

Die DDR war die Vergleichsgesellschaft, zu der die Bundesrepublik ihre

spezifische demokratische Gegenidentität entwickelt hatte. Mit der deutschen Einheit hat Westdeutschland die Möglichkeit der Selbstdefinition durch die Abgrenzung von der DDR verloren. Zugleich treten Schattenseiten und Erblasten des DDR-Systems seither unmittelbar vor Augen. Westdeutsche wie Ostdeutsche sehen sich dadurch mit neuen Identitätsnachfragen konfrontiert.

Der von Bundesregierung und Bundestag eingeschlagene Weg zur Einheit wurde von den Westdeutschen mehrheitlich mitgetragen. Auch die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie war für die große Mehrheit kein Streitpunkt mehr. Das Nationsverständnis erwies sich 1989/90 eindeutig als ein gesamtdeutsches im Sinne der Zusammengehörigkeit von Bundesrepublik Deutschland und DDR: Die Westdeutschen begrüßten die deutsche Einheit; auch viele derjenigen, die sich vorher kaum mit den Ostdeutschen verbunden gefühlt hatten, bekannten sich spontan zur Zusammengehörigkeit.

Im Einheitsprozeß bestätigte sich zudem, daß die über Jahrzehnte fast gleichbleibend hohe Zustimmung zur Vereinigung ein Wunschbild der Befragten widerspiegelte. Die Konsequenzen und Modalitäten dieses Schrittes wurden dabei kaum berücksichtigt. Eine erste Bewährungsprobe für das Zusammengehörigkeitsgefühl bedeutete die Fluchtwelle von 1989. Die zunächst überwältigende Hilfsbereitschaft der Westdeutschen flaute schnell ab. Bei aller Freude über die Vereinigung wurden unter den Westdeutschen auch schon früh Bedenken laut, die Vereinigung könne eher Nachteile bringen. Unsicherheiten bestanden von Anfang an über Ausmaß und Art dieser Lasten. Mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahmen die Verteilungsprobleme im vereinten Deutschland weiter zu. Doch grundsätzlich bestand und besteht die Bereitschaft, die Folgekosten der deutschen Einheit gemeinsam zu tragen.

#### *Ausblick:*

Die Einstellungen der Bundesbürger zur deutschen Frage haben von der Teilung bis zur Einheit fünf Phasen durchlaufen. Im Gesamtkontext des vorliegenden Datenmaterials deutet sich an, daß sich dieser Wandel in auffällender Übereinstimmung mit den entscheidenden Etappen der Deutschlandpolitik vollzog.

Inwieweit die Deutschlandpolitik hier als Determinante der Meinungsbildung in der Bevölkerung gewirkt hat oder umgekehrt ihrerseits eine abhängige Variable des veränderten Meinungsklimas war, ist bislang noch nicht geklärt. Insbesondere stellt sich die Frage, was im komplexen Beziehungsgeflecht von Regierungspolitik und öffentlicher Meinung Ursache, und was Wirkung war.

In diesem Kontext wäre ebenso untersuchungsrelevant, wie die Bundesbürger konkrete deutschlandpolitische Maßnahmen bewertet haben. Welche Erwartungen hatten sie in die Deutschlandpolitik gesetzt? Wurden ihre Hoffnungen

erfüllt oder enttäuscht? Inwieweit wurde die Wahrnehmung der deutschen Frage hiervon beeinflusst? Welche Rolle spielten dabei Alter und Parteipräferenz?

Eine weitergehende Analyse des demoskopischen Datenmaterials zu den Ereignissen der Deutschlandpolitik in zeitgeschichtlicher Perspektive erscheint unerlässlich.